

# ASTA ZEITUNG

Uni Frankfurt · Herbst 2013

**K**

**R**

**I**

**S**

**E**

**asta** 

**Am 9.10. wurde das neue TuCa in Persischrot gestrichen. Aber was hat das mit der aktuellen Ausgabe der AStA-Zeitung zutun?! Thema dieser Zeitung ist »Krise«. Bei der folgenden Stellungnahme des Dekans (!) des Fachbereiches 05, Prof. Dr. Rolf van Dick, bekamen wir die Krise. — Viel Spaß damit wünscht Eure Redaktion!**

#### Bildnachweise

Seite 1, 24–29, 68, 72: Gegenfeuer  
Seite 4: mi.la / photocase.com  
Seite 7: Wikipedia / John Gould  
Seite 9: kallejipp / photocase.com  
Seite 10–13, 71: Flickr Goethe Uni Frankfurt  
Seite 19: vintageprintable.com  
Seite 31: cgtextures.com  
Seite 32–35: Paul Stephan  
Seite 36–39: Bulent Kilic  
Seite 40: Hellersdorf, PM Cheung  
Seite 42–43: Bei dem/der Autor\_in  
Seite 44: dioxin / photocase.com  
Seite 46: Wikipedia  
Seite 48–53: Bei dem/der Autor\_in  
Seite 54: goegi / photocase.com  
Seite 59: Wikipedia  
Seite 61: Wikipedia  
Seite 62: Autofocus Videowerkstatt  
Seite 64: Bei dem/der Autor\_in

## Statt Editorial was anderes zum Lachen

»Liebe Studierende, gerade hatten wir eine Besprechung mit dem Immobilienmanagement bezüglich der gestern Nacht vorgenommenen "Bemalung" der Kommunikationszone im 1. OG im PEG. Im Namen der Kolleginnen und Kollegen in den Dekanaten möchte ich ausdrücken, dass dies ein Verhalten ist, was nicht den üblichen Standards des menschlichen Miteinanders entspricht. Das PEG ist ein Haus, in dem wir seit nun einem halben Jahr in sehr angenehmer, gerade auch baulicher, Atmosphäre gemeinsam forschen und lehren. Insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich jeden Tag, jede Woche, und über lange Jahre viele Stunden am Arbeitsplatz aufhalten, haben sich in den letzten Monaten immer wieder sehr positiv über die neuen Räumlichkeiten geäußert.

Wir möchten Sie bitten, dies nicht durch eigenmächtige Aktionen zu ändern. Wie Sie wissen, arbeitet das Immobilienmanagement an einem Konzept, wie insbesondere der Eingangsbereich des PEG für Aushänge usw. genutzt werden kann und dies wird auch so bald wie möglich realisiert werden. Auch die Nutzung des gemeinsamen studentischen Cafes funktioniert nach unserer Beobachtung ganz hervorragend. Wir können

nicht gutheißen, dass eigenmächtig Räume, die öffentlich zugänglich sind, angestrichen werden. Eine Beseitigung und erneute Streichung würde ca. 1500–2000 Euro kosten und dies ist wieder Geld, das uns an anderen Stellen dringend fehlt. Stellen Sie sich vor, in Ihren privaten Wohnumgebungen würde dies ohne Rücksprache mit Ihnen als Mietern oder Bewohnern geschehen – vermutlich würde dies kaum jemand gut finden.

Wir werden im Laufe der nächsten Woche mit den studentischen Vertretern der im PEG vertretenden Fachbereiche ins Gespräch eintreten, wie wir in Zukunft solche Aktionen verhindern können und ich möchte Sie alle darum bitten, sich selbst und der ganz überwiegenden Mehrheit der im PEG arbeitenden Menschen die saubere Arbeitsumgebung, die nachweislich zu einem besseren Arbeiten beiträgt, zu erhalten. Für Vorschläge der Gestaltung, insbesondere auch der Fachschaftenräume stehen wir Dekaninnen und Dekane selbstverständlich als Ansprechpartner zur Verfügung.

*Mit freundlichen Grüßen,  
Rolf van Dick*

*Dekan des Fachbereichs Psychologie  
und Sportwissenschaften*



**Mitgliederzeitung der verfassten Studierendenschaft der Universität Frankfurt a.M.**

**Hrsg.** AStA der Universität Frankfurt a.M.

**V. i. S. d. P.** AStA-Vorstand (D. Malcharczyk, G. Nasseh)

**Anschrift:** Mertonstr. 26-28, 60325 Frankfurt a.M.

**Web** [www.asta-frankfurt.de](http://www.asta-frankfurt.de)

**Mail** [info@asta.uni-frankfurt.de](mailto:info@asta.uni-frankfurt.de)

**Redaktion** Laura Elsebach, Alexander Kern, Jessica Lüttgens, Sarah Tolba

**E-Mail** [zeitung@asta.uni-frankfurt.de](mailto:zeitung@asta.uni-frankfurt.de)

**Gestaltung** gegenfeuer.net

**Druck** Bechtle Verlag&Druck

**Auflage** 45000

**Jahrgang** 2013

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Mitglieder des AStA oder der Redaktion wieder.

Die Rechte der Artikel liegen bei den Autoren.

**Eigentumsvorbehalt** Keiner. Geben Sie diese Zeitung gerne jeder x-beliebigen Person weiter.

Redaktionsschluss für  
die nächste Ausgabe:  
15. Februar

Thema: »100 Jahre Uni  
Frankfurt und nix (draus)  
gelernt...«

4	Vorbemerkung von Teilen der Redaktion
6	Sozialdarwinistische Zustände
10	Paranoia, Putzen, Propaganda
14	Krise – Bildung – Widerstand
16	Demokratie an der Universität in der Krise?
17	Fragen an Herrn Katzenbach
18	»Wo ist er hin, dieser Zucker, der die Straßen verklebt?«
20	Die Krise der Volkswirtschaftslehre
21	Interview mit der Psychotherapeutischen Beratungsstelle für Studierende
22	Gesundheit in der Krise
24	Die Neuen Leiden
30	Widerstand im Gesundheitswesen in Griechenland
32	Is Revolutionary Ireland Dead and Gone?
36	Zum Juni-Aufstand in der Türkei
40	Nur Mob, noch keine Elite
44	Wohnungsmangel
46	Tierversuche an der Uni
48	Die Goethe-Universität zieht um
54	Trotteln auf Abwegen
56	Wenn die Linke die Welt verändern will, muss sie sich zuallererst selbst verändern!
59	Das Mediziner-Kabarett
59	Neuer Sammelband in der Reihe »Frankfurter Beiträge zur Erziehungswissenschaft«
58	Arbeitskreis Kritische Theorie
60	100 Jahre Ernest Jouhy
62	Frauen sollen nicht in Lager
64	Fremd in jedem Land
68	Because we are not your friends
69	Uni-Präsident verweigert Mitbestimmung
69	Studentischer Projektrat – Raum für eure Ideen!
69	Studieren mit Handicap? Kein Problem!
71	Nachtgedanken zum Vandalismus
72	Kontakte und Adressen

das Denken  
hat die Wert  
sublimiert



# Vorbemerkung von Teilen der Redaktion

Liebe Genoss\*innen, werte Interessierte, das, was gemeinhin als Meinungspluralität bezeichnet wird, ist insofern eine Errungenschaft der Demokratie, die es zu verteidigen gilt, als wir uns zumindest in der BRD des 21. Jahrhunderts kaum noch damit auseinandersetzen müssen, dass unsere Bücher verbrannt- oder unsere Freundinnen nur aufgrund getätigter Aussagen inhaftiert würden. Gerade im post-faschistischen Europa ist das Verwurzeln dieses »Wertes« in den Ideologien und Ansichten der Menschen ausdrücklich nicht zu unterschätzen; besonders, da unsere Gesellschaftsordnung nicht selten dazu tendiert, hinter die Errungenschaften zurückzufallen – zumeist gar im Namen derselben. Wie sich das konkret zeigt, exemplifizieren in der vorliegenden Ausgabe unter anderem die kritischen Ökonomen und das Institut für Polizeibeobachtung und Intervention.— Nun, da jedoch gegenwärtig der positivierte, seines kritischen Elements beraubte Ruf nach Berücksichtigung aller Meinungen und Gefühle zumeist liberalen und pseudo-liberalen Ideolog\*innen, Gegner\*innen von Nazi-Blockaden und den Feind\*innen Israels überantwortet ist, kommen wir nicht umhin eben diesen zunächst zu überhören und uns – man sehe und staune – erstmal ein paar Gedanken zu machen.

Wir haben nicht den Anspruch, die Zeitung in den Dienst herrschender Ideologien und -Machtverhältnisse zu stellen, den wir durch das naive Abdrucken aller Artikulationsbedürfnisse schon verfehlt hätten. Wenn wir, die wir nunmal in die Rolle berufen wurden, auszuwählen, nun das Produkt überschwappender Befindlichkeiten, wie es der Text »Beitrag zum Thema Vandalismus« ist, abdrucken und es damit zum Rang einer zumindest beachtenswerten Position oder etwas Ähnlichem erheben, geben wir genau den Trotteln eine Stimme, die schon in den Seminaren und politischen Gremien dieser sogenannten Universität noch das letzte progressive Argument zu übertönen drohen. Der Begriff der Meinungsfreiheit legt die Vorstellung nahe, man könne sich Meinungen aussuchen wie Eissorten und die Feinde derselben würden genau das unterbinden. Nun dürfen natürlich alle Leute denken, was sie wollen und wir können nichts daran ändern, wenn die Meinung, die dabei heraus kommt, nichts anderes ist, als sich zur Textform zusammenpferchende Emotionen, Befindlichkeiten, Vorurteile und Behauptungen, deren Ausdruck sich nicht von störenden Argumenten, treffenden Bezeichnungen oder soetwas wie Quellen ausbremsen lassen möchte; - nur müssen wir als politische Institution, die sich noch

nicht vollständig aufgegeben hat, diesen Blödsinn nicht auch noch abdrucken und so tun, als wäre das, was in solchen Texten steht eine »Gegenposition« zu irgendeiner als homogen imaginierten »linken« Position, die wir hier vertreten. Viel eher sollen Texte, die tatsächlich eine Position begründen, statt dies nur vorzugeben, wie etwa die Vorstellung von Platypus, Berücksichtigung finden; auch wenn sie, in wohliger Gesellschaft der deutschen und europäischen Linken, die Shoah ignorieren, was wohl einer der Gründe dafür ist, dass sie so trübsinnig über verpasste Chancen sinnieren, anstatt den Blick in die Gegenwart zu richten, wo sich eigentlich genug Linke und Bewegungen, die es sein möchten, in Stellung bringen: nur leider nicht, um »das soziale Versprechen gesellschaftlicher Emanzipation« zu erfüllen, sondern um ihre fetischisierte oder fanatisch-religiöse Kritik an der Gesellschaft materiell werden zu lassen: und in letzter Konsequenz Juden totzuschlagen. Die Beachtung und das Verständnis des Nationalsozialismus würde die Emphase der historischen Analyse zerstören und eröffnen, dass das Schlimmste am Kapitalismus ist, dass er den Leuten erst das Denken und Fühlen abgewöhnt und sie dann im Namen der Freiheit und unter Berufung auf unterschiedlichste Alternativvorstellungen ihren

Vernichtungsabsichten Geltung verschaffen lässt.

Die Leute von Platypus würden hierauf wohl reagieren; das hieße dann Diskurs und hätte damit zumindest den Anspruch, mit Wahrheit etwas zu schaffen zu haben.

Das Gewäsch über Vandalismus, das hier als Beispiel herhalten musste, wird übrigens – ganz zum Schluss – doch abgedruckt. Das hat Gründe. Erstens ist es politisches Kalkül, denn vielleicht nimmt es den Reaktionen und Vollidioten, die sich unter dem Label der Meinungsfreiheit und dem Programmpunkt des Anti-Vandalismus organisieren und zunehmend auch (personelle) Überschneidungen mit bekennenden Faschisten aus dummdieser Burschenschaft und NPD-Jugend aufweisen, ein wenig den Wind aus den Segeln und lässt die wenigstens nur Naiven ein wenig das Interesse am Kampf gegen den »linksfaschistischen«-AStA verlieren.

Zweitens ist es tatsächlich ein hervorragendes Beispiel dafür, wie sich Ideologie und impulsive Meinungsäußerung zu etwas verquicken, was sich als Position tarnt. Einstiegsübung in die Ideologiekritik.

Drittens gehen wir fast schon davon aus, dass die Autorin »Liselotte Meister« nicht existiert, sondern ein Tarnname ist und der Text in seinem Dialog von Kontrafaktizität

und Stupa-Interna eigentlich der Feder einer oppositionellen Gruppe entspringt, die zuletzt durch Veranstaltungen mit der schamlosen Geschichtsrevisionistin Erika Steinbach auf sich aufmerksam machte. Das im Hinterkopf, verliert der Text ein wenig seine Ekelerregung und läßt fast schon zum Schmunzeln ein.

## Liebe Leser\*innen,

kaum ein Text in dieser Zeitung spiegelt unmittelbar die Ansichten und Analysen der Redaktion oder des AStA wider – allein schon deswegen, weil die Vorstellung, die Positionen der Mitglieder seien identisch, einen gewissen Schrecken hat. Wir haben eine Auswahl getroffen und wenn ihr mit den vertretenen Positionen (und Meinungen) nicht einverstanden seid und euch zu Kritik veranlasst seht: dann besteht die Hoffnung, dass wir unserem Anspruch gerecht geworden sind.

In diesem Sinne, lasst uns Streiten; »das Denken hat die Wut sublimiert« (Adorno, Minima Moralia)

## EIN TEIL DER REDAKTION

P.S.: Liselotte, falls du nicht erfunden bist, sorry!

# Sozialdarwinistische Zustände

**Wohnungs- und Obdachlose als vergessene Opfer rechter Gewalt. In der öffentlichen Wahrnehmung rangieren Wohnungslose und ihre Lebensumstände unzweifelhaft ganz weit unten. Die generell fehlende Aufmerksamkeit führt häufig auch zu einer Nichtbeachtung der Gewalttaten gegen Obdachlose und der dahinter stehenden Motive. Häufig wird das rechte Motiv bei Gewalt bis hin zum Mord an wohnungslosen Menschen gar nicht erkannt oder thematisiert. Damit wiederholt sich selbst im Tod die Marginalisierung zu Lebzeiten.**

## Armut und Wohnungslosigkeit in Deutschland

Dass auch die (vermeintliche) Wohlstandsgesellschaft in der Bundesrepublik Armut und Ausschluss produziert, ist für ihre Kritiker\_innen keine Neuigkeit. Da Reichtum immer auch verstärkte Teilhabe an der Gesellschaft bedeutet, ist die Folge von Armut häufig eine Marginalisierung. Zu diesen sozial marginalisierten zählen unter anderem auch Drogenabhängige, Langzeitarbeitslose, Behinderte, psychisch Kranke und auch Obdach- bzw. Wohnungslose. Die deutschen Behörden führen bundesweit keine gesetzlichen Statistiken zur Zahl der Wohnungslosen. Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) gab es in Deutschland im Jahr 2010 ungefähr 250.000 Wohnungslose, das heißt Menschen, die nicht über einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügten (verdeckte oder latente Wohnungslosigkeit), etwa 22.000 Personen lebten ohne jede Unterkunft auf der Straße, waren also obdachlos im engeren Sinn. Unklar ist, ob hier Minderjährige, so genannte Straßenkinder, inbegriffen sind. Ungefähr zwei Drittel der Obdachlosen sind aus finanziellen Gründen obdachlos. Ausgangspunkt des Lebens auf der Straße sind häufig Unfälle,

Firmenpleiten, Scheidungen, Todesfälle, Arbeitslosigkeit, Schulden oder eine Gefängnisentlassung. War Obdachlosigkeit früher ein klassisches Männerproblem, so ist der Anteil der Frauen mittlerweile auf 25 Prozent angestiegen.

Es verwundert aber, dass Obdachlosigkeit immer noch überwiegend ein Männerproblem ist. Denn die Bundesrepublik ist trotz gewisser Fortschritte auch eine patriarchal verfasste Gesellschaft, und in jeder patriarchalen Gesellschaft profitieren Männer vom Geschlechterregime. Obdachlose Männer scheinen hier tatsächlich eine seltene Ausnahme zu bilden.

Dennoch sind obdachlose Frauen und Mädchen noch einmal besonderen Gefahren ausgesetzt, nämlich der Gefahr von sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen. In Notübernachtungen existiert nicht grundlos eine strikte Geschlechtertrennung. Das Angebot an Unterkünften für Frauen und Mädchen gilt als ungenügend, besonders Mädchen-Sleep-Ins existieren kaum. So sind obdachlose Frauen und Mädchen ohne Rückzugs- und Schutzraum nicht nur der Gefahr sozialdarwinistisch motivierter Gewalt, sondern auch der Gefahr sexualisierter Gewalt stärker ausgeliefert als nicht-obdachlose Frauen und Mädchen.

## Lebenssituationen

Die gesundheitliche Situation von Langzeit-Obdachlosen gilt als schlecht. Die meisten Obdachlosen leiden unter Mangelernährung, Rheuma, Hauterkrankungen, Erkrankungen des Bewegungsapparats, psychischen Krankheiten oder Suchtproblemen. Die Anzahl der psychisch Erkrankten soll fünfmal höher sein als beim Rest der Bevölkerung, und ein Drittel hat zudem erhebliche Alkoholprobleme. Im Ergebnis findet sich bei Obdachlosen eine geringere Lebenserwartung.

Dem Anspruch nach müssten Behörden hier unterstützende Leistung erbringen. Doch sehen sich Woh-

irgendwelchen vermeintlichen Charaktereigenschaften geschuldet, sondern zumeist Ergebnis einer allgemeinen sozialen Isolation und konkreter Erlebnisse.

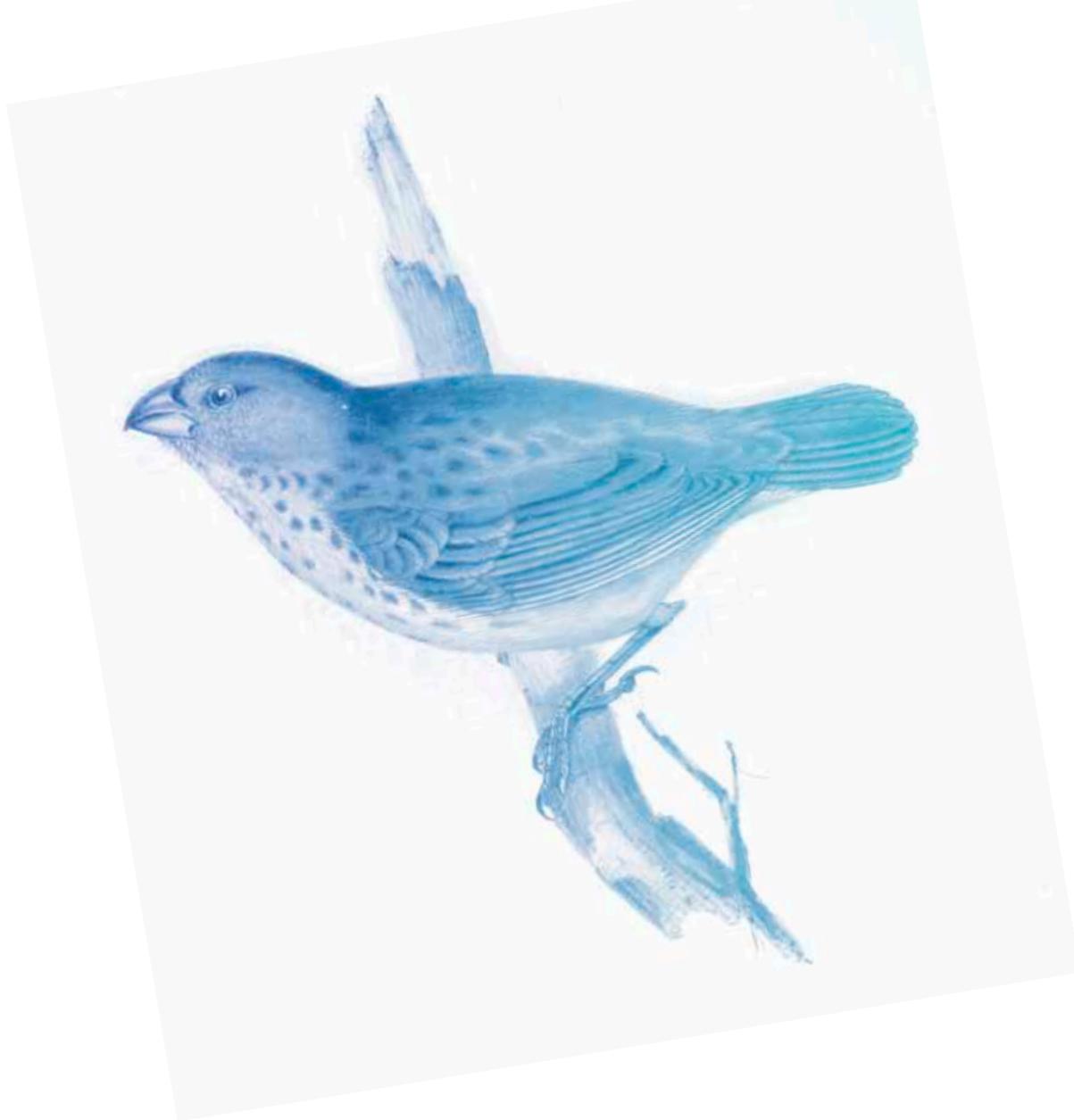
Bei der Behandlung von und dem Umgang mit Wohnungslosen findet sich häufig ein Schwanken zwischen sozialdarwinistischer Anfeindung und Romantisierung. So wird manchmal auch die Freiheit und Ungebundenheit des »Lebens auf der Straße« beneidet. Laut dem romantischen Berber-Klischee ziehen Obdachlose durch das Land und leben leicht vom Betteln und Musikmachen. Aus linker Sicht wird dieses Leben manchmal sogar als antibürgerliche Lebensform idealisiert. Eine vergleichbare Haltung findet sich auch im Antiziganismus, der hier stellenweise starke strukturelle Ähnlichkeiten aufweist. Diesem Stereotyp ist zu entgegnen, dass es sich nur selten um eine freiwillig gewählte Art des Lebens handelt, bei einigen obdachlosen Menschen kommt es mit der Zeit zu einer problematischen Verwahrlosung und Vereinzelung. Das kann aber nicht als Begründung für die Behörden gelten, obdachlose Menschen generell wie unmündige Kinder zu behandeln. Die Geschichte jedes Obdachlosen ist eine individuelle, deswegen sollte auch die angebotene Hilfe auf den Einzelnen abgestimmt sein.

---

**In der öffentlichen Wahrnehmung rangieren Wohnungslose und ihre Lebensumstände unzweifelhaft ganz weit unten.**

---

nungslose häufig mit Behörden-Schikanen konfrontiert und berichten davon, auf dem Amt wie ein »Stück Dreck« behandelt zu werden. Viele obdachlose Menschen lehnen deswegen im Zweifel Hilfe ab, selbst wenn sie sich in großer Not befinden. Diese Vereinzelung und Selbstisolierung sind aber weniger



### Sozialdarwinismus – ein »Extremismus der Mitte«

Grundsätzlich bezeichnet Sozialdarwinismus oder Sozialchauvinismus die Abwertung von Menschen auf Grund ihrer sozialen oder ökonomischen Stellung. Sozialdarwinismus richtet sich aber nicht nur gegen Obdachlose, sondern auch gegen Langzeitarbeitslose und andere sozial Benachteiligte und Einkommensarme. Obdachlosenhass bzw. Obdachlosen-Feindlichkeit ist eine Teilmenge des Sozialdarwinismus, der sich entweder speziell gegen Obdachlose richtet oder diese auf Grund ihrer leichten Verfügbarkeit als Opfer auswählt. Sozialdarwinismus wurzelt von allen gruppenbezogenen, menschenfeindlichen Ressentiments vermutlich am stärksten im vorherrschenden Wirtschaftssystem, dem Kapitalismus.

Wenn Bevölkerungsgruppen auf Grund ihrer materiellen Situation mehrheitlich unten in der sozialen Hierarchie angesiedelt sind, dann wird ihr Zustand häufig von Rassist\_innen im Kollektiv biologisiert oder kulturalisiert, das heißt ihr sozialer Zustand für wesentlich und herkunftsbestimmt erklärt. Nichts Anderes meinen Thilo Sarrazin und Co., wenn sie über Bevölkerungsgruppen und deren vererbte Intelligenz sprechen. Hier wird Türk\_innen oder Sinti und Roma die Schuld

an ihrer sozialen Lage qua Ethnie oder Religion bzw. Kultur zugesprochen. Ähnliches wie bei dieser Kulturalisierung und Ethnisierung von Armut, geschieht auch im Sozialdarwinismus. Wer unter die Räder des Kapitalismus gerät, sei selber schuld, so die populäre, vorherrschende Meinung. Dem Individuum wird die Schuld an seiner Lebenssituation selbst zugeschrieben, teilweise auch – wie bei Sarrazin – der gesamten Unterschicht.

So wird Armut einerseits individualisiert, andererseits auch wieder biologisiert, wenn Sarrazin die Unterschicht zum Reservoir sich ständig fortpflanzender Dummheit und Faul-

---

### Wer unter die Räder des Kapitalismus gerät, sei selber schuld, so die populäre, vorherrschende Meinung.

---

heit erklärt. Wie die Verkaufszahlen seines Buches »Deutschland schafft sich ab« zeigen, sind solche Thesen besonders im Bürgertum populär; offenbar weil sie den eigenen Stand aufwerten und nach unten abgrenzen. Mit dem Aufkommen der Wirtschaftskrise kam es in den »besseren Kreisen« zwischen 2009 und 2010 zu

messbaren, verschlechterten Einstellungen gegenüber Arbeitslosen, sozial Benachteiligten und Migrant\_innen. Die Bielefelder Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer sprach von der höchsten von ihnen ermittelten Abwertung von Langzeitarbeitslosen durch »Gutverdiener«. Diese Entsolidarisierung der Gesellschaft wurde von manchen Politiker\_innen und Meinungsmacher\_innen noch gezielt befeuert. So schrieb der Philosoph Peter Sloterdijk 2009 in der FAZ: »Lebten im ökonomischen Altertum die Reichen unmissverständlich und unmittelbar auf Kosten der Armen, so kann es in der ökonomischen Moderne dahin kommen, dass die Unproduktiven mittelbar auf Kosten der Produktiven leben [...]«. Und der FOCUS-Redakteur Michael Klonovsky hetzte in seinem Artikel »Das Gott-Wort der Guten« vom 2. August 2010: »Die Tatsache, dass es unproduktive Unterschicht, Sozialschmarotzer, ja dass es Plebs gibt, findet der Gutmensch so skandalös, dass er jeden zum Schlechtmenschen erklärt, der darauf hinweist.«

### Sozialdarwinistische Verhältnisse

Da die Stadt im Kapitalismus nicht bedürfnis- sondern gewinnorientiert funktioniert, sind Bevölkerungsgruppen, die nicht potenzielle Kund\_innen sind bzw. solche sogar

verschrecken könnten, generell unerwünscht. Noch vor der Wirtschaftskrise, im Jahr 2007, äußerten sich bereits 38,8 Prozent negativ über Obdachlose, und 34 Prozent sprachen sich dafür aus, Bettelnde aus den Fußgängerzonen zu entfernen. Vor allem lokal finden sich immer wieder und in letzter Zeit gehäuft in der Öffentlichkeit negative Diskurse über Bettler\_innen und Straßenmusikant\_innen. Diese werden nicht selten auch noch rassistisch und antiziganistisch aufgeladen, wenn von »osteuropäischen Bettlerbanden« oder »Bettel-Roma« die Rede ist. Dabei entstehen häufig Mythen um Bettler\_innen, hinter denen sich generell maföse Strukturen verbergen würden oder die ein enormes Einkommen aufweisen würden.

Das Ergebnis solcher Diskurse ist nicht selten die Forderung nach Vertreibung und Säuberung der Innenstädte. Die Vertreibungs- und Verdrängungspolitik im öffentlichen Raum (»Säuberung«) hat zum Ziel, eine Innenstadt zu schaffen ohne Obdachlose, Bettler\_innen, Drogenabhängige, Prostituierte oder Angehörige missliebiger Jugendkulturen wie die der Punks. Mittel sind im öffentlichen Raum Bettel- und Musizierverbote, Platzverweise sowie ein Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen. Im Jahr 2009 wurde eine polizeiinterne »Handlungsanweisung« in Hamburg

bekannt, wonach bestimmte Gruppen wie Punks aus dem öffentlichen Raum vertrieben werden sollen. Neben der tagtäglichen Drangsalierung von Obdachlosen, Drogenabhängigen, Migrant\_innen oder Punks, zumeist an sogenannten »milieuspezifischen Orten«, kommt es immer wieder auch zu gewalttätigen Übergriffen durch Polizeibeamt\_innen.

Mit der zunehmenden Privatisierung des öffentlichen Raumes findet die Säuberung aber auch im privatisierten Raum statt. Beispielsweise in Bahnhöfen und auf Bahnhofsvorplätzen. Durch die Privatisierung können sich die Eigentümer\_innen sogar auf das Delikt »Hausfriedensbruch« berufen, und eine eigene Bahnpolizei sorgt für die Durchsetzung der Souveränität und der DB-Prinzipien, der drei S: »Service, Sicherheit, Sauberkeit«. Inzwischen werden auch mancherorts Geldautomaten-Vorräume von Sparkassen über Nacht abgeschlossen, weil in ihnen übernachtet wurde, und Mitarbeiter\_innen von Supermärkten übergießen Lebensmittelabfälle mit Reinigungsmitteln, damit niemand sich an dem Abfallgut bedienen kann. Hinzu kommt eine zunehmende Videoüberwachung und »Securitisierung« des privaten wie des »öffentlichen« Raums.

#### **Sozialdarwinistische Gewalt**

Die bereits beschriebenen Bilder von Obdachlosen und die Einstellungen gegenüber ihnen führen nicht nur zu einem strukturellen Sozialdarwinismus, sondern auch zu direkten Übergriffen. Es handelt sich ganz überwiegend um situative Gewalt, das heißt, sie ist kaum geplant. Allerdings gab es in Vergangenheit auch schon Anschläge auf Obdachlosenheime. In Fällen von Gewalt gegen Obdachlose fällt generell auf, dass die Gewalt sehr enthemmt eingesetzt wird, auffällig lange Tatzeiten und extreme Brutalität sind charakteristisch und klarer Hinweis darauf, dass die Täter\_innen Obdachlosen den Status als »vollwertige Menschen« absprechen.

Zum Teil scheint dieser gewalttätig ausgelebte Hass der Kompensation des eigenen Unterlegenheitsgefühls und von Zukunftsängsten zu dienen, indem man ihn an noch Schwächeren »auslebt«. Sozialdarwinistisch motivierte Gewalt verbindet sich nicht selten mit anderen Ressentiments. So lassen sich Überschneidungen zur Homophobie, zur Behindertenfeindlichkeit, zum Rassismus, zum Antiziganismus und

vereinzelt sogar zum Antisemitismus feststellen.

Laut der Straßenzeitung motz werden die Gewalttaten seit Anfang der 1990er Jahre zunehmend von Tätergruppen verübt. Es gibt vor allem zwei Gruppen von Täter\_innen. Einmal Personen, die durch ihr Äußeres (Szene-Kleidung, Tattoos), ihre Aktivitäten in der Vergangenheit oder ihre organisatorische Anbindung eindeutig der extremen Rechten zuzuordnen sind. Dabei inszenieren sich rechte Parteien und Organisationen gerne als Fürsprecher\_innen von denjenigen Obdachlosen, die sie dem eigenen Kollektiv (»Volk«, »Rasse«, Religion) zuordnen. Neben den eindeutig zu verortenden Täter\_innen gibt es auch noch vermeintlich »unpolitische« Jugendliche. Ein rechter Hintergrund der Taten wird von offiziellen Stellen in denjenigen Fällen meist geleugnet, in denen den Täter\_innen keine entsprechende Anbindung an die Szene nachgewiesen werden kann. Bei keiner anderen Opfergruppe wird das rechte Tatmotiv so häufig ausgeblendet wie bei Obdachlosen.

Fazit: Obdachlosen-Feindlichkeit als eigene Kategorie anerkennen!

Sozialdarwinismus gegen sozial marginalisierte äußert sich in struktureller Gewalt (Ausgrenzung, verbale Anfeindung) und direkter Gewalt (Übergriffe, Vertreibungen) bis hin zum Mord. Da es aber an einer kriti-

Obdachlose stellen eine besonders von rechter, sozialdarwinistisch motivierter Gewalt bedrohte Gruppe dar, da sie teilweise eine spezifische Anfeindung als »Penner« erleben und sich durch eine besondere Schutz- und Wehrlosigkeit auszeichnen. Ein Umstand, um den auch die Täter\_innen wissen. Auch deswegen zeigen Obdachlose einen Angriff praktisch nie an, weil bei ihnen die Angst vor Rache am größten ist, vor der sie sich ja nirgendwo in Sicherheit bringen können. Die Taten werden aber nicht von einer radikalen, politischen Minderheit verübt, sondern bauen auf dem Nährboden einer verbreiteten sozialen Ausgrenzung auf.

Zur Abschaffung des Sozialdarwinismus bräuchte es deswegen generell ein anderes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem. Zum Umgang mit der Gewalt gegen Obdachlose muss zuerst einmal die Aufmerksamkeit für diese Art der Gewalt geschaffen werden. Außerdem muss sich das Bild von und die Einstellung gegenüber sozial marginalisierten in der gesamten Gesellschaft ändern. Dabei gilt es auch, tradierte Klischees aufzubrechen. Es muss eine differenzierte Darstellung von obdachlosen Menschen geben. Jeder obdachlose Mensch hat eine ganz individuelle Lebensgeschichte, die es verdient, angehört zu werden.

In den Fällen tödlicher rechter Gewalt

---

### **In Fällen von Gewalt gegen Obdachlose fällt generell auf, dass die Gewalt sehr enthemmt eingesetzt wird, auffällig lange Tatzeiten und extreme Brutalität sind charakteristisch und klarer Hinweis darauf, dass die Täter\_innen Obdachlosen den Status als »vollwertige Menschen« absprechen.**

---

gegen die Öffentlichkeit mangelt, wird dieses Motiv kaum beachtet. Nur wenn sich unter den Täter\_innen Personen finden, die eindeutig der extrem rechten Szene zuzuordnen sind, wird ein rechtes Motiv vermutet. Dabei sollte das Motiv für sich den Charakter einer Tat definieren und nicht die Anbindung der Täter\_innen an die rechte Szene. Ein sozialdarwinistisches Motiv wird von vielen Täter\_innen auch erstaunlich offen vor Gericht eingestanden, wenn sie versuchen, ihre Tat zu rechtfertigen. Da heißt es dann, ihr Opfer habe »allen auf der Tasche gelegen« oder hätte »die Umwelt verschmutzt«.

gegen Wohnungslose sollte den Opfern zumindest posthum Gestalt (Namen, Bild, Biografie) verliehen werden, um ihnen einen Teil ihrer Würde zurückzugeben. In einzelnen Fällen ist diese Arbeit vorbildhaft, wird aber fast nur von kleinen Antifa-Gruppen am Tatort – zum Teil in Zusammenarbeit mit den vielerorts zu findenden Straßenzeitungen geleistet. Nur deswegen kennen wir heute Namen wie Emil Wendland (Neuruppin), Eckard Rütz und Klaus Dieter Gerecke (Greifswald) oder André K.(Oschatz).

**LUCIUS TEIDELBAUM  
IN DER LOTTA #51, FRÜHJAHR 2013**

#### **Anmerkung der ASStA-Zeitungsredaktion:**

Menschen, die von prekären Lebensbedingungen wie Flucht, Misshandlung, sozialen und gesellschaftlichen Missständen, betroffen sind, sind der Gefahr ausgesetzt, durch die sozialen Netzwerke zu fallen und ein Leben auf der Straße zu führen. Schätzungsweise 250-330.000 Menschen gelten in Deutschland als wohnungslos, auf der Straße leben geschätzt etwa 20-22.000 – davon 1/4 Frauen (genauere Zahlen sind nicht bekannt, da sich die deutsche Regierung seit Jahrzehnten weigert, Statistiken hierzu zu veröffentlichen). Das Leben von wohnsitzlosen Menschen ist hart; Ansprüche an das Sozialsystem setzen einen festen Wohnsitz und zuverlässige Erreichbarkeit voraus, die Heime sind oftmals überfüllt, in einem schlechten Zustand und unterfinanziert, die Betreuungssituation fatal und die gesellschaftliche Erwünschtheit von Wohnsitzlosen gering. Auf den Straßen droht den Menschen nicht selten tödlich endende Gewalt, polizeiliche Repression und sexuelle Übergriffe.

Auf dem Campus Bockenheim und Umgebung leben derzeit mehrere Personen das ganze Jahr über. Auch finden viele prekär Lebende in der Mensa eine warme, preisgünstige Mahlzeit, eine Sitzbank zum Ausruhen und eine kleine Spende oder Zuwendung. Mit Sorge betrachten wir die Tendenz des IG-Farben-Campus diese Personen aus dem Bild der Hochschule zu verdrängen, an den Kontrollpunkten abzuweisen, an der Mensa die günstige Essensausgabe zu kontrollieren und den Campus auf diese Weise unzugänglich für Bedürftige zu machen. Wir fordern die Studierenden und die Universitätsleitung zu Solidarität und Zugang zu den Campi für die Menschen auf, welche »normalbiographische« Privilegien wie eine höhere Bildung, ein angenehmes Zuhause und einen gesicherten Zugang zu medizinischer Versorgung, Lebensmitteln, Finanzen und sozialen Kontakten nicht genießen konnten.



Über den Umgang mit  
studentischem Protest an  
der Goethe-Universität

PARANCOIA  
PUTZEN  
PROPAGANDA

---

**Die ersten Wochen des Sommersemesters waren von vielfältigen studentischen Protesten gekennzeichnet: Zum Semesterbeginn organisierte das Protestplenum einen Rave, an dem mehrere hundert Menschen teilnahmen, um tanzend gegen eine Uni zu protestieren, die die Studierenden wie Kund\_innen behandelt und ihre Forderungen ignoriert. Rund um die IVI-Räumung am 22. April kam es zu mehreren Demonstrationen, an denen sich viele Studierende beteiligten. Am 24. April folgte dann die studentische Vollversammlung aller Fachbereiche mit rund 1000 Teilnehmenden. Die Vollversammlung wurde von einem dreitägigen inhaltlichen Programm begleitet: Plena, Workshops und Diskussionsrunden wurden organisiert, die teilweise in studentischen Cafés, teilweise in einem von den Studierenden auf dem Campus aufgestellten Zelt stattfanden. Vor und nach der VV wurde versucht, mittels Musik, Essen und Trinken sowie Transparenten und Kreidemalereien, dem Campus ein wenig studentisches Leben einzuhauhen. Das ist – zumindest für drei Tage – gelungen.**

Überschattet wurden diese Versuche der Studierenden, ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen und der Sterilität des I.G.-Farben-Campus etwas entgegenzusetzen, von der Kriminalisierung der Proteste durch die Uni-Leitung und dem Versuch der Spaltung der Studierendenschaft. Das Verhalten des Präsidiums und einiger Mitarbeiter\_innen und Studierenden nimmt dabei Ausmaße an, die einen nicht mehr nur den Kopf schütteln lassen, sondern Anlass zur Besorgnis bieten – denn hier geht es nicht mehr nur um eine Meinungsverschiedenheit, sondern immer stärker auch um Repression und Hetze gegenüber kritischen Studierenden. Sicherheitswahn und Kriminalisierung

#### **Sicherheitswahn und Kriminalisierung**

Das Präsidium hat offenbar Angst vor der Wut der Studierenden, was man durchaus verstehen kann, bietet doch die Politik der Uni-Leitung viele Gründe, wütend zu sein. Allerdings wird sich nicht mit diesen Gründen auseinandergesetzt oder versucht, Verbesserungen zu schaffen. Stattdessen ist die Haltung, die derzeit gegenüber den Studierenden eingenommen wird, immer stärker von einer paranoiden Grundhaltung gekennzeichnet, die sich in völlig unverhältnismäßigen Maßnahmen ausdrückt, die die Bewegungsfreiheit an der Universität einschränken und eine gewöhnliche studentische Veranstaltung wie eine Vollversammlung als Bedrohung erscheinen lassen. Erste Anzeichen dieser Entwicklung zeigten sich bereits im vergangenen Wintersemester, als aus Angst vor Besetzungen der AfE-Turm an mehreren Tagen geschlossen wurde und bei

einem kritischen Campusrundgang des Protestplenums mehrere Cafés und Gebäude am I.G.-Farben-Campus »aus Sicherheitsgründen« abriegelt wurden.

Im April wurde von der neuen Besitzerin des AfE-Turmes, der ABG-Holding, das komplette Erdgeschoss des Gebäudes mit Nato-Draht ausgelegt, um die Studierenden abzuwehren, von denen anscheinend erwartet wurde, eine kriegerische Invasion des Turms zu planen. Für diese Maßnahme ist zwar nicht das Präsidium verantwortlich, sie produziert aber genauso wie die Schließungen von Cafés »aus Sicherheitsgründen« ein Bild von Studierenden als einer Gefahr, der man nicht anders begegnen kann, als durch die Abriegelung von Gebäuden. Die grotesken Züge dieses »Sicherheitskonzeptes« lassen sich wohl kaum besser veranschaulichen, als durch die Mitarbeiter\_innen des im Turm verbliebenen Büros für Schulpraktische Studien, die in Kriegsambiente im Eingangsbereich ausharrten und den Studierenden durch einen Schlitz in der verbarrikierten Eingangstür ihre Scheine aushändigten.

Rund um die Vollversammlung zeigten sich erneut die paranoiden Anwendungen des Präsidiums, als dieses wenige Stunden vor der seit Monaten angekündigten Veranstaltung drohte, diese zu verbieten, wenn nicht ein Sicherheitskonzept vorgelegt und Verantwortliche benannt werden. Das stellt einen unzulässigen Eingriff in die Rechte der Studierenden dar – eine Vollversammlung kann nicht einfach verboten werden. Die VV konnte letztendlich wie geplant stattfinden, allerdings wurde den Organisator\_innen trotz

Verhandlungen mit dem Präsidium mehrfach die Zufahrt zum Campus versperrt und der Aufbau eines Zeltes untersagt. Stunden vor Beginn der Veranstaltungen wurden alle Mensen und Cafés auf dem Campus sowie das House of Finance und das Casino geschlossen. Auch die meisten Toiletten in den Gebäuden am Platz, auf dem die VV stattfand, wurden dichtgemacht. Diese Reaktion war nicht nur völlig unverhältnismäßig sondern stellte de facto das Aussetzen der Grundversorgung der Studierenden dar. Es bleibt offen, ob diese Maßnahme einer tatsächlichen Angst der Uni-Leitung vor einem randalierenden Mob, der die Mensa anzündet und die Toiletten in Schwimmbäder verwandelt, geschuldet war oder ob das Ziel der Schließungen darin bestand, Studierende zum Verlassen der Universität zu bewegen, um eine hohe Teilnehmer\_innenzahl bei der VV zu verhindern. In jedem Fall wurde ein Bedrohungsszenario entworfen, das die Organisator\_innen und Teilnehmer\_innen der Vollversammlung mit Gewalt und Zerstörung in Verbindung brachte und somit zur Diffamierung von berechtigtem Protest führte und zur Spaltung der Studierendenschaft beitrug. Diese Kriminalisierung der Vollversammlung fand auch in einer großen Polizeipräsenz am Campus ihren Ausdruck. Studierende, die den Campus betreten wollten, wurden von Polizist\_innen kontrolliert.

Hier zeigt sich, dass Dinge, die eigentlich selbstverständlich sein sollten – nämlich den Campus betreten, in der Mensa essen, auf Toilette gehen und eine studentische Vollversammlung abhalten – zum Gegenstand von

Restriktion und Kontrolle werden. Dies stellt einen nicht zu akzeptierenden Angriff auf die Möglichkeit der Studierenden, sich frei zu bewegen und ihre studentischen Rechte wahrzunehmen, dar.

Auch dass schon das Aufstellen eines Zeltes als Bedrohung gewertet wird, dass monatelang darüber verhandelt werden muss, ob es ein Fachschaftencafé, für das es bereits einen Raum gibt, tatsächlich geben darf und dass man sich neuerdings als Studierende\_r nicht mehr nach 22 Uhr im I.G.-Farben-Haus aufhalten darf, verdeutlicht, dass die Angst der Uni-Leitung vor den Studierenden so groß ist, dass bereits studentische Initiativen, Diskussionen außerhalb der Vorlesungszeiten und Fachschaftsfeiern als etwas gewertet werden, das verhindert werden muss. Das ist nicht nur armselig, sondern stellt eine Repression studentischer Kultur dar, die genau zu der Wut führt, vor der sich so gefürchtet wird.

Auch an den neuen Gebäuden am I.G.-Farben-Campus lässt sich diese von Kontrolle und Verbot geprägte Haltung gegenüber den Studierenden verdeutlichen. Im neuen PEG-Gebäude gibt es ganze Treppenhäuser, die nicht von Studierenden genutzt werden dürfen, da Mitarbeiter\_innen anscheinend eine Möglichkeit benötigen, das Gebäude zu verlassen ohne dieser bedrohlichen Spezies zu begegnen. Das Gebäude, in dem Präsidium und Verwaltung untergebracht sind, gleicht einem Hochsicherheitstrakt: Eine Tür, die man von Hand öffnen könnte, gibt es nicht. Um in das Gebäude zu gelangen, muss man erst über eine mit Kamera versehene Gegensprechanlage sein Anliegen vorbringen, bevor

man in die heiligen Hallen vorgelassen wird. Im Innern des Gebäudes sind auch die einzelnen Bürogänge verschlossen und auch hier kommt man nur weiter, wenn man mithilfe einer Gegensprechanlage sein Anliegen vorbringt. So ähnlich hat man sich immer den Besuchsgang im Gefängnis vorgestellt. Statt sich also mit den Forderungen der Studierenden auseinanderzusetzen, sperrt die Uni-Leitung sich lieber ein, sodass Studierende gar nicht erst die Möglichkeit haben, spontan das Präsidium aufzusuchen und Forderungen zu artikulieren, wie es etwa nach der Turm-Vollversammlung im Herbst letzten Jahres geschehen war. Dass die meisten Studierenden doch noch in der Lage sind, sich ein gewisses Maß an reflektierendem Denken zu bewahren und die Zustände in der Universität nicht kritiklos hinzunehmen, macht sie zu einem Störfaktor für die Uni-Leitung. Die Universität wandelt sich somit mehr und mehr von einem Ort für Studierende zu einem Ort, an dem Studierende als ein notwendiges Übel behandelt werden.

### Die 100.000 Euro-VV

Die Repressionen gegenüber den Studierenden in Form von Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit und ihrer Möglichkeit, Veranstaltungen durchzuführen, löst verständlicherweise bei vielen Betroffenen Unmut aus. Dieser Unmut richtet sich aber in vielen Fällen nicht gegen die für die Maßnahmen verantwortliche Uni-Leitung sondern gegen die kritischen Studierenden, die als Krawallmacher\_innen gebrandmarkt werden. Zu dieser Spaltung der Studierendenschaft trägt das Präsidium durch das bereits erwähnte Bedrohungsszenario bei. Ein wichtiger Faktor ist außerdem, dass eine Vermischung und Pauschalisierung verschiedener Dinge stattfindet: Im Rahmen der Proteste gegen die Räumung des IVI wurden Scheiben an mehreren Uni-Gebäuden eingeworfen. Diese Ereignisse wurden auf verschiedene Weise in den Kontext der Vollversammlung gestellt. So gab es am Tag der VV am Café »Sturm und Drang« einen Aushang mit der Aufschrift: »Wegen Drohungen gegen unsere Einrichtung im Rahmen der aktuellen Demos und Kundgebungen müssen wir heute leider unsere Cafeteria ab 12:00 aus Sicherheitsgründen schließen«. Diese Wortwahl und die Schließung des Cafés kurze Zeit vor Beginn der VV, suggerierten, dass es eine konkrete Drohung gegen das Café im Zusammenhang mit der VV gegeben habe – eine VV droht aber nicht, sie dient der Information und Diskussion.

Am Abend vor der Vollversammlung verschickte das Präsidium eine E-Mail an alle Studierenden, in der darauf

hingewiesen wurde, dass es durch das Einwerfen der Fensterscheiben zu einem Schaden von 100.000 Euro gekommen sei, der »einem Gegenwert von 100 Tutorien und Übungsgruppen« entspräche. Mal davon abgesehen, dass anscheinend, statt beispielsweise der Sicherheitsdienst oder schicke Möbel, zuerst die ohnehin nur spärlich vorhandenen Tutorien zum Gegenstand von Einsparungen werden sollen: Der Zeitpunkt des Versendens dieser E-Mail und die Schließung von Mensen und Gebäuden am Tag der VV rückten diese in den Kontext der Sachbeschädigungen. Falls diese Assoziation von der Uni-Leitung intendiert war, hat die Strategie zumindest bei einigen Studierenden funktioniert: Eine Facebook-Botschaft an die Organisator\_innen der Vollversammlung lautete: »Danke liebe Krawallmacher, ich wäre wirklich gern zum Mittagessen gegangen.«

Auch in den Medien fand eine Vermischung statt, in der Zeitung »Die Welt« wurde unter der Überschrift »Mit Bengalo und Raubbombe zur Alten Oper« erst über die Vollversammlung berichtet um dann nahtlos zur Demo gegen die IVI-Räumung und den anschließenden »Ausschreitungen« überzugehen. In der »Bild« wurden direkt unter dem absurden Artikel »Radikale Studenten fordern: Macht

die wohl ohnehin stattgefunden hätte, wurde mit dem Vorhandensein eines studentischen Freiraums in Verbindung gebracht und so letztlich die Abschaffung dieses Freiraums gerechtfertigt.

### Pro Reflexion

Am Tag der 100.000-Euro-E-Mail hat sich die Facebookseite »Pro Westend – Gegen Vandalismus« gegründet, die zwar darauf besteht, unpolitisch zu sein, sich aber klar gegen »Radikalität« ausspricht. Doch nicht nur mit diesem kruden Ablehnen von Radikalität – bei dem offenbleibt, ob mit Radikalität eine an die Wurzeln gehende Kritik der Gesellschaft oder das Kleben von Stickern gemeint ist – sondern auch mit ihrem Namen positioniert die Seite sich politisch: Einerseits stellt die Bezeichnung des I.G.-Farben-Campus als Campus Westend ein Ausblenden der Geschichte des Campus dar und andererseits bedeutet die Befürwortung des »Westends« die Befürwortung eines Campus, der von Überwachung geprägt ist und kaum Raum für studentische Selbstverwaltung bietet. Insofern ist eine Befürwortung des »Campus Westend« eine politische Positionierung. Aber davon abgesehen gibt die Seite einer Stimmungsmache gegen den AStA und gegen kritische Studie-

---

## »Bin ja stark dafür, dass Schlägertrupps engagiert werden, die diese Spinner mal ordentlich verhauen, wenn sie sie beim Sprayen und kleben erwischen.«

---

Frankfurt kaputt« die Forderungen der Vollversammlung dokumentiert. So wurde eine direkte Verbindungslinie gezogen zwischen »Krawall« und der Vollversammlung – also einer Veranstaltung bei der, mittlerweile muss man das fast schon dazu sagen, Reden gehalten werden und die zur Kommunikation innerhalb der Studierendenschaft dient. Es wurde also von Seiten der Uni-Leitung wie einiger Medien eine Pauschalisierung von Protest und kritischen Stimmen als Bedrohung unternommen, die keinen Unterschied mehr macht und somit jeder Form von Protest ihre Legitimation abspricht.

Eine ähnliche Erfahrung durften bereits die Betreiber\_innen des TuCa machen: Nachdem es zeitgleich zu einer Feier im TuCa im Turm zu Sachbeschädigung durch Unbekannte, die keine Gäste der Feier waren, kam, wurde das TuCa verantwortlich gemacht und seine weitere Existenz in Frage gestellt. Auf dem I.G.-Farben-Campus gibt es noch keinen neuen Raum für das TuCa (Anm. d. Red.: Mittlerweile hat das TuCa auch ohne die Zustimmung der Universität einen neuen Raum im PEG-Gebäude gefunden). Die Sachbeschädigung,

rende Raum, die mit Kritik nichts zu tun hat. Einige der Kommentare auf der Seite kann man nur mit dem Wort Hetze beschreiben.

Ein Beispiel:

»Bin ja stark dafür, dass Schlägertrupps engagiert werden, die diese Spinner mal ordentlich verhauen, wenn sie sie beim Sprayen und kleben erwischen. Dürfte sich bestimmt auch über das Festnahmerecht nach 27 StPO rechtfertigen lassen, wenn im Anschluss die Polizei gerufen wird. Ich hab solche Leute dermaßen von satt, die 9 Semester erfolglos Soziologie studieren und dann auf einmal schimpfen, wie scheisse die Gesellschaft doch sei. Man muss nur mal die Facebook-Profil dieser Leute sehen... ›Arbeitet bei: Arbeit ist Scheisse‹ ist nur ein Beispiel. Und für solche Pfosten darf man dann später Hartz4 bezahlen.«

Doch nicht nur in den Kommentaren und Beiträgen auf Facebook-Seiten tun sich Abgründe auf: Der AStA erhält derzeit regelmäßig Drohungen und Hass-E-Mails.

»Pro Westend« ruft neuerdings zu Putzaktionen auf, um die Spuren des »Vandalismus« zu beseitigen. Nicht selten werden dabei Aufkleber mit

Sachbeschädigung gleichgesetzt. Dazu sind mehrere Dinge zu bemerken:

Durch Putzen wird die Uni nicht zu einem besseren Ort. Wer glaubt, das Problem der Goethe-Universität bestehe in Graffiti und Aufklebern, saß wahrscheinlich noch nicht vor einem überfüllten Seminar auf dem Gang und hat noch nicht versucht, einen Raum für ein autonomes Tutorium zu finden.

Das Einwerfen von Fensterscheiben zu kritisieren, ist berechtigt. Statt aber diese Praxis ohne weiteres Nachdenken bedingungslos zu verurteilen, wäre eine Reflexion darüber notwendig, warum Menschen Fensterscheiben einwerfen. Es ist nämlich zu vermuten, dass es zu solchen Vorfällen aufgrund von Wut und einem Gefühl der Ohnmacht kommt. Diese Gefühle sind in Anbetracht des Verhaltens der Uni-Leitung, vor allem in Bezug auf das IVI, durchaus nachvollziehbar. Es wäre also angebracht, darüber zu nachzudenken, wie diese Wut auf sinnvolle Art und Weise ausgedrückt werden kann, also welche Formen von Protest sinnvoll sind. Denn nur weil bestimmte Arten von Protest kontraproduktiv und unreflektiert sind, bedeutet das nicht, dass es keinen Anlass für Protest gäbe.

Bei der Diskussion auf der »Pro Westend«-Seite geht es aber schon lange nicht mehr um die 100.000-Euro-Fenster, sondern um weiße Wände. Warum sind weiße Wände für viele Studierende (»Pro Westend« hat immerhin über 2 000 Likes) so wichtig? Was finden so viele schlimm an ein paar Aufklebern und Schriftzügen? Das Argument, das am häufigsten zu hören ist, beruft sich auf die bei der Reinigung entstehenden Kosten. Aber diese Kosten entstehen nur, weil die Uni-Leitung die Spuren der Unzufriedenheit der Studierenden unsichtbar machen möchte. Tags und Sticker sind eine Form des Protests, deren Sinn gerade darin besteht, sichtbar zu sein. Dass Parolen an der Wand überstrichen werden, zeigt, dass ein sichtbarer Ausdruck von Protest nicht gewünscht ist. Dass Zeichnungen und Gedichte genauso schnell verschwinden wie politische Aussagen, zeigt, dass die studentische Gestaltung der Universität auch dann nicht erwünscht ist, wenn sie künstlerisch ist. Natürlich, nicht alle Graffiti sind schön und nicht alle Sprüche sind klug. Aber mir ist eine Diskussion mit Edding an der Wand lieber als überhaupt keine Diskussion. Außerdem ist es nicht an Einzelnen, darüber zu entscheiden, was schön ist und was nicht. Wenn man eine Gestaltung der Wände, die man persönlich nicht schön findet, bekämpft, hat das auch etwas mit Intoleranz zu tun.

Die Universität sollte eigentlich ein Ort sein, der von Studierenden aktiv



und nicht nur mit einer passiv-konsumierenden Haltung genutzt wird. Dazu gehört die Gestaltung des Raumes Universität und deren Aneignung für studentische Initiativen. Am I.G.-Farben-Campus gibt es so gut wie keine autonomen studentischen Räume, die zur Diskussion und Reflexion genutzt und von den Studierenden gestaltet werden dürfen und dass nicht einmal Plakate und Veranstaltungshinweise an die Wand gehängt werden dürfen, ist als ein aktives Bekämpfen studentischer Kultur zu verstehen. Akte der Aneignung und des Raum-Nehmens haben deshalb umso mehr eine Berechtigung. Jede Parole an der Wand zeigt, dass jemand die Universität nicht als fremdes Eigentum begreift, sondern als etwas, das allen gehört und an dessen Gestaltung man mitwirken kann. Dies ist meiner Meinung nach eine sinnvollere Haltung als das zwanghafte Reinhalten, die absurde Verteidigung der weißen Wand.

#### **Widerworte**

Die weiße Wand ist nicht neutral. Die weiße Wand suggeriert, dass alles gut so ist, wie es ist und dass kein Einspruch erhoben werden muss. Die weiße Wand suggeriert, dass wir zum Studieren nichts weiter brauchen als das, was im Vorlesungsverzeichnis steht. Die weiße Wand schweigt. Sie ist so sehr Standard und ohne Widerworte, wie die Uni-Leitung sich ihre Studierenden wünscht. Wir wollen aber Widerworte geben. Wir wollen nicht überwacht werden und funktionieren. Wir wollen auch nicht brav und ordentlich sein. Wir wollen diskutieren, reflektieren und protestieren. Denn das ist die angemessene Haltung einer Uni gegenüber, die ihre Studierenden als passiv-konsumierende Kund\_innen versteht. Wir wollen uns den Ort, an dem wir studieren, aneignen und ihn aktiv gestalten – denn das ist die angemessene Haltung einer Uni gegenüber,

die die Studierenden als Störfaktor und Bedrohung versteht.

Die studentische Vollversammlung am 24. April war ein erster Versuch der Studierenden, sich die Uni zurückzuholen. Wir werden damit nicht aufhören – auch wenn alles dafür unternommen wird, solche Versuche zu delegitimieren und zu kriminalisieren.

# Krise – Bildung – Widerstand

**Deutschland – Stabilitätsanker in krisenhaften Zeiten. So beurteilt nicht nur Angela Merkel die gegenwärtige Situation. Vorbei scheinen die Tage, da die Regierenden der German Angst entgegenarbeiten mussten. Nach Ausbruch der Krise 2008 verging kein Tag, an dem es keine Tipps und Tricks gab, sein Gespartes zu sichern – vor gierigen Finanzakteuren, vor der Inflation oder fliegenden Spaghetti-Monstern. Die Stimmung scheint heute wieder ins Positive gekippt zu sein – man freut sich über geringe Arbeitslosenquoten und die Konsumfreude der Volksgenossen. Doch auch wenn Deutschland momentan nicht allzu schlecht da steht, hat die Krise nicht nur in vielen anderen Staaten, sondern, wie im folgenden gezeigt werden soll, auch in Deutschland verheerende Auswirkungen.<sup>1</sup>**

Besonders drastisch stellt sich die soziale Lage in Griechenland und Spanien dar. In Griechenland liegt die Arbeitslosenquote bei 28%, die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei 65%. Unter dem Druck der von Deutschland dominierten Politik der Troika, bestehend aus EU-Kommission, IWF und EZB, wurde das Lohn- und Rentenniveau abgesenkt und Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen. Menschen brechen aufgrund von Unterernährung zusammen. Das Gesundheitssystem ist kaum mehr funktionsfähig – Menschen sterben, weil sie sich weder Medikamente noch einen Arztbesuch leisten können.<sup>2</sup>

In Spanien sehen die Arbeitslosenquoten ähnlich aus, und auch hier sind sie mit katastrophalen Lebensbedingungen für die dort lebenden Menschen verbunden. Von den 2 Jahren, die man in Spanien theoretisch Arbeitslosengeld erhalten kann, bekommen es die meisten nicht länger als 6 Monate, denn Voraussetzung für einen darüber hinausgehenden Bezug ist, dass man zuvor über ein Jahr lang durchgehend beschäftigt war. Da aber fast ein Drittel aller Beschäftigten in Spanien in Leiharbeitsverhältnissen beschäftigt ist, in denen man auf Abruf zur Verfügung steht, wird der Erhalt von Arbeitslosengeld zu einer bloß theoretischen Möglichkeit. Wer aus der ‚sozialen Sicherung‘ herausfällt, sieht sich auf die Unterstützung der Familie zurückgeworfen. Ganze Familien halten sich mit der Rente ihrer Großeltern über Wasser, die nur in seltenen Fällen 350 Euro überschreitet.

Dieses Elend spiegelt sich auch in den Zwangsräumungen wieder, die seit der Finanzkrise trauriger Alltag geworden sind. Seit 2008 wurden in Spanien über 400.000

Zwangsräumungen vollstreckt. Den Betroffenen wurden keine Ersatzunterkünfte zur Verfügung gestellt, so dass ganze Familien auf der Straße landeten.<sup>3</sup>

Neben diesen unmittelbaren Krisenfolgen kommt es vielerorts in Europa zum Erstarken faschistischer und nationalistischer Kräfte, etwa der steile Aufstieg der Chrysi Avgi (goldene Morgenröte) in Griechenland, oder der Zuwachs regionaler separatistischer Kräfte in ganz Europa.

Doch wer glaubt, dass die Krise spurlos an Deutschland vorbeiziehe, irrt. Die Geschichte von der deutschen Oase des Wohlstands, die die Herrschenden gerne erzählen, hat für die meisten Menschen eine traurige Pointe. Denn wirtschaftliche Stabili-

Verschlechterung der Lebenssituation der Lohnarbeitenden.

Gleichzeitig kam es zu einer Senkung der Lohnnebenkosten, also jener Leistungen, die früher von den Sozialversicherungen abgedeckt wurden und heute vermehrt privat übernommen werden müssen (private Altersvorsorge, Zuzahlungen zu Krankenkassenleistungen, Zahnersatz etc.). Das Deutschland europaweit das Land mit dem größtem Niedriglohnsektor ist, ist also nicht weiter verwunderlich. Insgesamt sind fast 8 Millionen Menschen im Niedriglohnsektor beschäftigt; das ist fast jede vierte erwerbstätige Person und entspricht der Gesamtbevölkerung der Schweiz. Zudem sind es zwei Drittel Frauen, die hier beschäf-

lohnabhängigen allerdings »bildet die Drohung mit dem Hungertod den innersten Kern von Agenda 2010 und Hartz IV.«<sup>4</sup> Im Zuge der Agenda 2010 wurde u.a. der Kündigungsschutz gelockert, die Zeit- und Leiharbeit vollends freigegeben, die Zumutbarkeitsregeln für Jobsuchende wurden verschärft und erhöhte Zuzahlungen bei Krankenkassenleistungen durchgesetzt.

Hartz IV fungiert dabei als zentrale Disziplinierungsmaschinerie, in der durchaus systematisch mit Rechtsbrüchen gearbeitet wird. So sind Sanktionen wie Leistungskürzungen häufig nicht etwa von den rechtlichen Ansprüchen der Empfänger\_innen abhängig, sondern von der Budgetlage der jeweiligen Agentur – entsprechend erfolgreich sind die zahlreichen Klagen.

Die vielerorts in die Höhe schnellen Mieten und Strompreise sorgen gleichzeitig auch hierzulande dafür, dass ausreichender, bezahlbarer Wohnraum und bezahlbarer Strom für immer mehr Menschen keine Realität, sondern ein unerfülltes Bedürfnis sind.

Dass diese Bedrohung der eigenen Existenz nicht spurlos an einem vorbeigeht, spiegelt sich auf vielen Ebenen wieder. In den Jahren von 2004–2011 hat die Zahl der durch psychische ‚Erkrankungen‘ bedingten Fehltage um das 20fache zugenommen. Aber auch rassistische Krisendeutungen gehören zum bundesdeutschen Alltag: Ob Sarrazins Gerede von »jüdischen Genen« und »faulen Südländern«, die ewigen Warnungen vor »schmarotzenden Roma« oder die aktuelle rassistische Pogromstimmung z.B. in Bad Soden und Duisburg und vor dem Flüchtlingsheim in Hellersdorf. Via Facebook wird zu Brandstiftung aufgerufen, Flüchtlingskindern wird der

---

**Deutschland ist das einzige EU-Land, in dem es seit den 1990er Jahren zu keiner Erhöhung der Reallöhne mehr gekommen ist; vielmehr sind sie gefallen (0,8%; von 2000–2009 sogar um 4,5%).**

---

tät der »Fleißrepublik« wurde erkaufte durch die seit Jahrzehnten laufende Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die meisten Menschen:

Hier wird mal der Gürtel enger geschnallt, dort eine Nullrunde gedreht, die Leiharbeit ausgeweitet und spürbare Lohnerhöhungen sind auch nicht in Sicht. Deutschland ist das einzige EU-Land, in dem es seit den 1990er Jahren zu keiner Erhöhung der Reallöhne mehr gekommen ist; vielmehr sind sie gefallen (0,8%; von 2000–2009 sogar um 4,5%). Die immer hoch gelobte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beruht genau auf dieser ‚Lohnzurückhaltung‘ bei gleichzeitigem Produktivitätszuwachs – also auf der

tigt sind, die in ihrer ‚Freizeit‘ auch einen Großteil der Reproduktions- und Pflegearbeit übernehmen müssen, also den Haushalt schmeißen, die Kinder versorgen und sich um Angehörige kümmern, und dafür auch noch schlechter entlohnt werden: die Löhne von Frauen insgesamt liegen nach wie vor durchschnittlich 22% unter denen der Männer.

Politisch durchgesetzt wurde diese Misere vor allem durch die von Rot-Grün eingeführte Agenda 2010, die man getrost als Programm zum staatlich organisierten Lohndumping beschreiben kann. Aus der Perspektive der Herrschenden bildet sie natürlich die »Grundlage für den heutigen wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands« (Volker Kauder, CDU). Aus der Perspektive der

Zugang zum Spielplatz verwehrt und Steine fliegen auf die Gebäude. Dass es en vogue ist, wieder öffentlich den Hitlergruß zu zeigen, ist traurig, aber entsprechend nicht weiter verwunderlich. Verwunderlich ist eher, dass diese ganze Scheiße so lange auf wenig bis gar keinen (emanzipatorischen) Widerstand gestoßen ist – zumindest in Deutschland. Während in Griechenland und Spanien Massen auf die Straße gehen und gegen die deutsche Krisenpolitik protestieren, regt sich in Deutschland nach wie vor nichts, und das vor dem Hintergrund, dass die deutsche Politik direkt wie indirekt für die krisenhafte Entwicklung in den sogenannten Krisenländern verantwortlich ist: indirekt dadurch, dass sie durch die oben genannten Reformen von Billiglohn, Zeitarbeit und Hartz IV, die restlichen Staaten niederkonkurriert hat, sowie durch die direkten Eingriffe in die Wirtschaftspolitik der betroffenen Staaten in den anschließenden »Rettungsprogrammen«.

Was die deutsche Regierung in den Krisenländern mit aller Gewalt durchsetzt, hat sie also auch der hiesigen Bevölkerung schon angedeihen lassen – eben nur nicht mit der Brechstange, sondern in so dosierten Mengen, dass das angstgetriebene Volk es bis zur nächsten Wahl vergessen hat.

### Way out?

Waren die Gewerkschaften einst als Kampforganisationen zur Verteidigung und Durchsetzung der Interessen der Lohnabhängigen gedacht, so gefallen sie sich in Deutschland seit Jahrzehnten als Schoßhunde der kapitalistischen Standortlogik; während Die Linke frech plakatiert »Revolution? Nein!« und sich stattdessen mit 10€ Mindestlohn zufriedengeben will. Wer also gegen die Gesamtscheiße aufbegehren will, braucht offensichtlich nicht viel von den etablierten Großorganisationen erwarten, muss sich vielmehr selbst organisieren. Einen Ansatz zu einer solchen Selbstorganisation versucht momentan das M31-Netzwerk zu etablieren. Es handelt sich dabei um ein antikapitalistisches Netzwerk aus Basisgewerkschaften, anarchistischen und antiautoritär-kommunistischen Gruppen. Im Frühsommer wurde hier der Vorschlag gemacht, bei einem nächsten europäischen oder spanischen Generalstreik auch hier in Deutschland spürbar und sichtbar einen grenzüberschreitend-solidarischen Kampf gegen die Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen und für ein gutes Leben auf die Straße zu tragen – jenseits kleiner Latschdemos und popeliger Kundgebungen vor Konsulaten.<sup>5</sup> Im Auf- rufstext heißt es: »Wir rufen dazu auf, sich auf betrieblicher und auf allen

anderen gesellschaftlichen Ebenen an allen Orten aktiv an einem zukünftigen europäischen Generalstreik oder einem [...] Generalstreik in Spanien zu beteiligen. Damit können wir die Kämpfenden und Streikenden in Europa öffentlichkeitswirksam unterstützen, uns aber auch für die Verbesserung der eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen einsetzen.« Neben Betriebsversammlungen, die ihre Pausen in der Öffentlichkeit verbringen, werden für einen solchen Tag verschiedene Aktionsformen wie Hausbesetzungen und Blockaden vorgeschlagen. Im Papier ist auch der Vorschlag enthalten, an den Unis und Hochschulen Streiks und Vollversammlungen zu organisieren. Das mag zunächst überraschend klingen, hat aber seinen berechtigten Hintergrund.

### Bildung – Krise – Widerstand

Es sind nicht nur die »Reformen« im Rahmen der Agenda 2010, die als Beispiel dafür gelten können, wie in Deutschland bereits vor Ausbruch der jetzigen Krise durchgesetzt wurde, was den Krisenländern nun als Lösung aufgenötigt wird. Wie wiederum ein Blick nach Griechenland und Spanien zeigt, gehören neben Restrukturierungen und Kürzungen im Bereich Arbeit, Soziales und Gesundheit auch Kürzungen im Bildungssektor zu den Klassikern der Krisenpolitik. Blicken wir zwei Jahre zurück, lässt sie sich mustergültig in Hessen wiederfinden. Da die Hochschulfinanzierung primär Ländersache ist, ist es das Kürzen von Mitteln auch. 2010 setzte die CDU-Landesregierung unter Federführung der Wissenschaftsministerin Eva Kühne-Hörmann durch, dass die hessischen Hochschulen in den Jahren 2011–2015 je 30 Millionen Euro einzusparen haben, insgesamt also 150 Millionen Euro. Die Begründung war so klassisch wie der Akt selbst: Hessen leide unter sinkenden Steuereinnahmen und einer Rekord-Neuverschuldung. In den Jahren von 2008–2010, in denen zwecks Krisenlösung Abwrackprämie, Kurzarbeit und Bankenrettung finanziert werden mussten, sind die Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts von 1577,88 auf 2011,68 Milliarden Euro angestiegen. Dieser Trend gilt auch für Hessen und veranlasste die Regierenden zu einem Kurs der Haushaltskonsolidierung. Und da Bildung meist nicht unmittelbar rentabel ist, kann hier auch erst mal schön gespart werden. Dass die Unis dann kein Geld mehr haben, um ihre Angestellten, Mitarbeiter und Hilfskräfte ordentlich zu entlohnen und so viele einzustellen, dass nicht alle ständig Überstunden schieben müssen, dass Seminare überfüllt und Gebäudesanierungen mit QSL-Mitteln bezahlt werden müssen, wundert da nicht mehr.

Gleichzeitig wurde die Uni durch die BA/MA Umstellung, sowie die Umwandlung der Goethe Uni zur Stiftungsuniversität tiefgreifend auf die Bedürfnisse des Kapitals zugerichtet. Schnell abgefertigte, flexible, belastbare und vor allem unkritische Arbeitskräfte sind nun die Spezialität des Hauses in der Frankfurter Universität. Woran das Kapital sich freut, muss den Student\_innen ein Übel sein: Volle Seminarräume, Studium in Überschallgeschwindigkeit (dass es knallt) und Ellebogenkampf um Seminarplätze und ein Fünkchen Aufmerksamkeit der unterbesetzten und teils unterbezahlten Lehrendenschaft sind mittlerweile wesentliche Substanz des Studiums. Und auch für Studierende sind Arbeitsverhältnisse und Mietpreise ein Thema, das an der Existenz nagt. Ein Studium ohne Nebenjob ist bei den Mietpreisen in Frankfurt nicht mehr möglich, wenn nicht Mami und/oder Papi einiges springen lassen.

Kritisches Denken aber braucht Raum und Zeit. Beides wird uns täglich im Dauerlauf zwischen Nebenjob, beschleunigtem Studium und Wohnungssuche genommen. Es ist deshalb nicht an den Haaren herbei gezogen, die Uni in die Krisenproteste mit einzubeziehen und zu einem Kampffeld zu erklären, auf dem in Solidarität mit den Kämpfenden anderswo gegen die Krisenpolitik Widerstand organisiert werden muss. Die Haltung von vielen Studierenden und Beschäftigten, die zunehmend schlechtere Lage im Modus individualisierten Ausharrens zu bewältigen, muss dafür durchbrochen werden. Wir sollten Schluss damit machen, den Stress und die Existenzängste, mit denen das Bildungssystem uns vor sich hertreibt, mit uns selbst auszuhandeln und höchstens mal beim Kaffee darüber zu meckern. Manche haben vielleicht Angst an dem Ast zu sägen, auf dem sie sitzen. Doch was, wenn andere dafür sorgen, dass er morsch wird und er ohne eigenes Zutun bricht. Dann landet man trotzdem auf dem Arsch – und hat auch noch seine Subjektivität in den Wind geschossen. Der Widerstand gegen die Studiengebühren 2006 ff. hat außerdem gezeigt, dass es möglich ist, Verbesserungen des eigenen Lebens gemeinsam zu erkämpfen. Auch deshalb scheint es sinnvoll, die Gelegenheit beim Schopfe zu packen und den Rahmen des vorgeschlagenen Streiktages zu nutzen, um nicht schon wieder auf dem Arsch zu landen, um zu signalisieren, dass es so nicht weitergeht, in den quälenden Alltag einzugreifen und die Probleme in die Öffentlichkeit zu tragen, mit denen wir alltäglich an der Uni konfrontiert sind – von der Arbeitsüberlastung über die Entdemokratisierung bis hin zur Abschaffung

kritischen Denkens und Schließung studentisch-selbstverwalteter Räume.

Der gemeinsame Widerstand gegen diese konkreten Eingriffe in unser eh schon beschädigtes Leben ist gleichzeitig praktische Solidarität mit unseren Genoss\_innen, die in den Betrieben in Spanien, Griechenland, der BRD und in der ganzen Welt kämpfen. Ein europäischer Streik bietet uns die Gelegenheit Widerstand gegen die deutsche Krisenpolitik und deren Konsequenzen sowohl innerhalb der BRD als auch in den sogenannten »Krisenländern« auf die Straße zu bringen und die Angriffe auf unser Leben in einen größeren Kontext zu setzen. Dieser Kontext heißt Kapitalismus, wo die Bedürfnisse der Menschen dem Kalkül der Profitmaximierung unterworfen sind, ob auf der Arbeit, in der Uni oder sonstwo!

SORAYA QUANI

<sup>1</sup> Wer eine gute und knappe Krisenanalyse lesen möchte, die hier leider nicht zu leisten ist, dem\_der seien die »Thesen zur Krise« von den Freundinnen und Freunden der klassenlosen Gesellschaft empfohlen, erschienen in: Kosmoprolet #2 (auch unter: <http://goo.gl/d5iAoW>).

<sup>2</sup> Zur Lage des griechischen Gesundheitssystems vgl. den Bericht von Nadja Rakowitz unter: <http://goo.gl/OOMYrE>.

<sup>3</sup> Zu den Zwangsräumungen in Spanien vgl. den Artikel von Annika Müller in: konkret 2/2013, S. 16–18.

<sup>4</sup> Zu den Zwangsräumungen in Spanien vgl. den Artikel von Annika Müller in: konkret 2/2013, S. 16–18.

<sup>5</sup> Der Aufruf zur Diskussion dieses Vorschlags ist zu finden unter: [strikem31.blogspot.eu](http://strikem31.blogspot.eu).

# Demokratie an der Universität in der Krise?

Wir schreiben das Jahr 2013: in vielen Teilen der Welt wird für bürgerliche Demokratierechte demonstriert, werden öffentliche Plätze besetzt oder wird sich mit den Ordnungskräften Straßenschlachten geliefert. Auch in bürgerlichen Staaten wird mit den Stichworten »Transparenz« und »direkte Demokratie« für mehr Mitbestimmung geworben und sich meist »wütend« über die Korruption im Kapitalismus beschwert. Anscheinend ist Demokratie wieder in Mode gekommen. Man möchte sich heute weniger vorschreiben lassen, als noch vor 50 oder 40 Jahren, so scheint es. Wie sieht es im Alltag der Menschen mit Demokratie in Schule, Uni oder im Betrieb aus? Mit Projektwerkstätten, Casemanagement oder dem Butterflykonzept wird in diesen Institutionen Mitbestimmung »von oben« suggeriert. Aber ist die Demokratie wirklich in diesen Institutionen gewünscht? Schauen wir uns doch mal die Universität Frankfurt an: als Stiftungsuniversität wird ihre Autonomie betont, endlich könne man sich von den »Fesseln der Bürokratie befreien«. Die Dekan\_innen und das Präsidium können jetzt ganz frei entscheiden.

Aber halt, gibt es nicht noch andere Statusgruppen, die an der Universität arbeiten und studieren: der Mittelbau, der die meiste Lehre anbietet oder die Reinigungskräfte, Sekretär\_innen und Angestellte in den Bibliotheken oder die größte Statusgruppe, die Studierenden? Na klar, es gibt doch jedes zweite Jahr Wahlen an der Universität, wie in der »großen Politik« darf man seine Stimme abgeben, für seine Statusgruppe stimmen. Jedoch nach der Wahl merkt man schnell, dass die Professor\_innen immer eine absolute Mehrheit haben und somit über alle

anderen Statusgruppen herrschen können.

Seit den 68ern wird von Studierendenseite die Forderung nach mehr Mitbestimmung gefordert, sei es nach paritätischer Besetzung aller Gremien oder nach einer radikalen Demokratisierung der Hochschule. Die Gruppenuniversität, eine Universität, in der alle Statusgruppen die gleichen Rechte haben, wurde in den siebziger Jahren als ein Gegenentwurf zu der Ordinarienuniversität konzipiert. Der Muff unter den Talaren sollte gelüftet werden, leider wurde die Idee einer bür-

sich dies jetzt in folgender Form: vor jeder Wahl einer\_s Dekan\_in muss diese\_r ein Vorstellungsgespräch mit PowerPointPräsentation beim Präsidium absolvieren. Obwohl eigentlich der Fachbereich durch seine »große« Autonomie eigenständig entscheiden kann, wer sein\_e Dekan\_in werden soll, muss dies erst einmal vom großen »König«, aka Präsidium, abgenickt werden. Wenn dann ein\_e Kandidat\_in in dem Eignungstest durchfällt, wird nach folgendem Rezept verfahren: bitte kein Aufsehen erregen, nicht an die Öffentlichkeit gehen,

ihr euch auf, die Universität ist kein Parlament«. Demokratie ist also doch nicht mehr in Mode. Folgt man der Debatte, dann ist bürgerliche Demokratie doch in der Krise? Die Widersprüchlichkeiten des Liberalismus sind doch zu groß? Politiker\_innen alle Couleur regen sich über die Politikverdrossenheit der Jugend, der Arbeitslosen und der Allgemeinheit auf. Auch jedes Jahr bei den Wahlen zum Studierendenparlament kritisiert man die geringe Wahlbeteiligung und fragt sich: wollen Studierende überhaupt Demokratie? In Schule, Hochschule oder Betrieb gibt es meistens nicht viel davon, solange die SV, der AstA oder der Betriebsrat keine kritischen Äußerungen vornimmt, stört Demokratie nicht. Nur wenn doch plötzlich kritische Fragen gestellt werden, mehr als das Vorhandene eingefordert wird, oder die Institution als Ganzes in Frage gestellt wird, dann ist sie gefährlich. Also was tun? Bürgerliche demokratische Grundrechte weiter beschneiden lassen oder darauf pochen, dass ja im Grundgesetz unsere Demokratie festgeschrieben ist? Vielleicht gibt es noch einen dritten Weg, nämlich unsere Gesamtgesellschaft zu demokratisieren, die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund zu stellen und nicht formelle Herrschaft weiter zu legitimieren und zu verfestigen. Vielleicht wird dann, nach Schaffung einer solchen demokratischen Grundlage, Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen in Mode kommen und nicht nur im ideologisch-idealistischen Diskurs.

OSCAR ZETA ACOSTA

---

**Durch den konservativen Backroll seit den 80er Jahren werden in Hochschulen in Deutschland demokratische Errungenschaften immer weiter abgebaut, die demokratisch gewählten Gremien wurden seit 2003 regelrecht entmachtet.**

---

gerlich-demokratischen Hochschule nie wirklich umgesetzt. Zwar kam es zu einigen Reformen, dennoch konnte sich der Stand der Professor\_innen (damals eher der Professoren) seine Macht sichern. Durch den konservativen Backroll seit den 80er Jahren werden in Hochschulen in Deutschland demokratische Errungenschaften immer weiter abgebaut, die demokratisch gewählten Gremien wurden seit 2003 regelrecht entmachtet. Unter dem Schlagwort »Unternehmerische Hochschule« bekam das Präsidium immer weiter reichende Befugnisse in Entscheidungsfragen, ähnlich denen von Geschäftsführer\_innen in Betrieben. Alles sollte marktkonform geregelt werden, für lange Diskussionen bleibt da nicht mehr viel Zeit. An der Universität Frankfurt äußert

denn, man möchte doch die Personen nicht »diskreditieren«. So kann also heimlich, still und leise das Präsidium demokratische Wahlen unterlaufen. Ein anderes Beispiel: der Senat beschließt nach längerer Diskussion, dass auch studentische Vertreter\_innen in der Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung (ABL) ein Stimmrecht bekommen. Dem Präsidium war diese Entscheidung anscheinend nicht genehm, soll doch die ABL nach Herauslösung aus dem FB 04 exzellent werden, da stört Demokratie leider nur. Also hob der Präsident dank seines allumfassenden Veto«rechts« den Beschluss des höchsten demokratischen Gremiums wieder auf. Auf die Empörung, die nicht nur von Seiten der Studierenden kam, folgt vom Präsidium nur »Warum regt

# Fragen an Herrn Katzenbach

Auf der letzten Fachbereichsrats-sitzung sollte eine neuer Dekan für den Fachbereich 04 – Erziehungswissenschaften – gewählt werden. Dazu kam es aber nicht, das Präsidium legte bereits vor der Wahl ein Veto gegen den Kandidaten Professor Katzenbach ein. Wir stellten ihm 11 Fragen zur Demokratie an der Universität Frankfurt.

## **1. Herr Katzenbach, könnten Sie uns aus Ihrer Sichtweise die Ge-schehnisse vor und nach der Fachbereichsrats-sitzung kurz erläutern?**

Da gibt es nicht viel zu erläutern. Das Hochschulgesetz sieht vor, dass der Präsident seine Zustimmung zur Wahl erteilt, dazu gab es eine Art »Vorstellungsgespräch« im Präsidium, und im Anschluss an dieses Gespräch teilte der Präsident mit, dass er diese Zustimmung nicht erteilen wird.

## **2. Sie haben sich als Kandidaten für die Wahl des Dekanats nicht mehr aufstellen lassen. Könnten Sie uns beschreiben, wie Sie zu dieser Entscheidung kamen?**

Es hätte aus meiner Sicht wenig Sinn gemacht, mich dennoch aufstellen zu lassen – vielleicht hätte man versuchen können, meine Wahl dann doch noch durchzukämpfen. Abgesehen davon, dass ich das für wenig aussichtsreich gehalten hätte. Vor allem aber habe ich nicht gesehen, wie dann eine vernünftige produktive Arbeitsbeziehung zum Präsidium hätte hergestellt werden sollen. Die braucht es aber dringend, gerade angesichts der aktuellen Sparzwänge.

## **3. Warum glauben Sie, will das Präsidium Sie nicht? War ihre »Power-Point-Präsentation zu schlecht«?**

Ich glaube, das fragen Sie den Präsidenten besser selbst. In der Sache gibt es sicher einen zentralen Konfliktpunkt, dass ich nämlich in meinem Konzeptpapier noch einmal sehr deutlich darauf hingewiesen habe, dass der Fachbereich Erziehungswissenschaften – ungeachtet der strukturellen Unterfinanzierung der Gesamtuniversität – bei der Verteilung der Mittel innerhalb

der Universität massiv benachteiligt wird. Der Löwenanteil des Budgets der Goethe-Uni wird vom Land bereitgestellt, und dies nach Maßgabe der Zahl von Studienplätzen. Legt man den Anteil der Studienplätze, den der Fachbereich Erziehungswissenschaften in der Fächergruppe der sogenannten »Buchwissenschaften« hat, zugrunde, dann müsste unser Personalbudget – grob geschätzt – um 50% höher ausfallen. Das sind ja keine Peanuts, auch wenn das nur eine Schätzung ist und über die genauen Zahlen noch zu sprechen wäre. Aber genau das will ja niemand. Weder im Präsidium, und letztlich auch sonst niemand in der Universität. Es ist ja allen klar, dass, würde man unsere Beschwerden ernst nehmen, dies zwangsläufig zu einer inneruniversitären Umverteilung führen müsste. Wir prangern diesen Missstand ja schon seit Jahren an, bekommen aber im Grunde regelmäßig immer wieder dieselbe Antwort: Sinngemäß, dass wir im Prinzip schon recht hätten, dass jetzt aber gerade nicht der passende Zeitpunkt sei, um daran etwas zu ändern. In den Zeiten als es noch etwas zu verteilen gab, waren wir eben nicht überproportional an den Zuwächsen beteiligt, was nötig gewesen wäre, um die Unterfinanzierung auszugleichen. Und jetzt, wo es ums Sparen geht, da sitzen wir alle in einem Boot, werden genauso wie die anderen Fachbereiche zur Kasse gebeten. Es gibt da zwar einen sogenannten Solidaritätsfonds, der eine gewisse Abmilderung unserer Sparobligationen zulasten anderer Fachbereiche vorsieht, der aber in den nächsten Semestern sukzessive zurückgefahren werden soll. Auf diese Weise gelingt es zumindest, uns als Nutznießer dieser Regelung rhetorisch zu einem sogenannten Nehmer-Fachbereich zu stilisieren. Auch wenn wir, legt man unsere Berechnungen zugrunde, der größte Geber-Fachbereich überhaupt sind.

## **4. Hat der Protest gegen die Kürzungen im Fachbereich (FB) 04 mit den jüngsten Ereignissen zu tun? Wer weiß?**

## **5. Welche Umgangsweise mit der Situation würden Sie sich vom FB wünschen?**

Der FB ist damit in eine äußerst schwierige Situation gebracht worden, für die ich ehrlich gesagt im Moment auch keine Lösung weiß. Aber vielleicht bin ich im Moment auch nicht derjenige, von dem man an dieser Stelle Lösungsvorschläge erwarten sollte.

## **6. Und welche Visionen haben Sie für den FB?**

Ich würde mir wünschen, dass der Fachbereich endlich einmal in die Situation kommt, in Ruhe arbeiten zu können, um seine Stärken produktiv nutzen zu können. Ich bin seit 13 Jahren an dieser Universität, und mein Einstieg hier fiel zusammen mit der brandschutztechnisch begründeten Teil-Sperrung des Turms, verbunden mit dem Versprechen des damaligen Präsidenten Steinberg, dass der Turm das erste Gebäude sein wird, dass im Campus Westend durch einen Neubau ersetzt wird. Nun, es ist anderes gekommen, und seither war die Arbeit im Fachbereich immer und immer wieder durchdrungen von Mängelverwaltung, Abwehrkämpfen, Sparprogrammen und dem Hangeln von einem Sonderprogramm zum nächsten. Das ist sehr zehrend, frisst Kraft und Kreativität – und ist der geforderten Entwicklung wissenschaftlicher Exzellenz nur bedingt zuträglich.

## **7. Hat Ihre Nichtwahl Konsequenzen für Ihre ehrenamtliche Tätigkeit in den Hochschulgremien?**

Ich bin jetzt wie gesagt 13 Jahre an dieser Universität. In dieser Zeit war ich neun Jahre GD des Instituts für Sonderpädagogik, sechs Jahre Studiendekan des Fachbereichs Erziehungswissenschaften, ich war Mitglied im Direktorium des Zentrums für Lehrerbildung, habe an 13 Berufungskommissionen mitgewirkt, bei einigen als Vorsitzendem. Ich will damit sagen, dass ich mich im Rahmen dieser Tätigkeiten versucht habe, in die Gestaltung der Goethe-Uni in verschiedenen Funktionen einzubringen. Ich sehe auch die Arbeit in den Hochschulgremien nicht als Ehrenamt, sondern als Teil meiner beruflichen Aufgaben an, für die ich ja nun auch nicht schlecht bezahlt werde. Und die Arbeit muss auch weiterhin gemacht werden. Aber ich muss schon zugeben, dass mich in den letzten Wochen hin und wieder schon leichte Motivationsprobleme beschlichen haben...

## **8. Anscheinend gab es in zwei weiteren FB ähnliche Verhinderungen von Dekan innenwahlen. Warum äußert sich niemand dazu? Haben alle Angst vor dem Präsidium?**

Tja, man kann die Kollegen leider nicht fragen. Der Vorgang wurde ja bisher sehr diskret behandelt, um – wie man sagt – die Personen nicht zu beschädigen, damit unterbindet man dann natürlich auch jede öffentliche Debatte.

## **9. Halten Sie die Stiftungsuniversität Frankfurt für eine demokratische Institution?**

Der Gesetzgeber hat hier eine Sollbruchstelle eingebaut. Es prallt an dieser Stelle das demokratische Verfahren der Wahl im Fachbereichsrat zusammen mit der für hierarchische Organisationen geltenden top-down-Entscheidungsstruktur. Und es gibt kein geregeltes Verfahren, wie im Konfliktfall mit dieser Situation umgegangen werden soll. Das ist misslich. Grundsätzlich muss man ja sagen, dass es ein bundesweiter Trend der letzten 10, 15 Jahre war, die Rolle der Präsidenten an den Hochschulen massiv zu stärken. Man kann darüber streiten, ob eine solche Struktur der Spezifik einer Universität wirklich gerecht wird. Natürlich bietet eine konsequent demokratisch verfasste Universität den Einzelnen mehr Freiräume, die in der Vergangenheit meines Erachtens vereinzelt auch zur Privilegiensicherung genutzt wurden. Ich frage mich nur, ob man das nicht letztlich in Kauf nehmen muss, wenn man ein Klima von Offenheit und kritischem Denken bewahren will, das für Wissenschaft und Forschung nun mal konstitutiv ist.

Abgesehen davon halte ich die Art des Umgangs des Präsidiums mit dem Fachbereich in dieser Sache auch für eine hierarchisch strukturierte Organisation für wenig zielführend.

## **10. In der Presse konnte man wenig zu den Vorkommnissen lesen, interessieren sich Medien zu wenig für das Thema Demokratie an Hochschulen?**

So bedeutend fand ich den Vorgang nun auch nicht, dass ich einen Aufschrei in der Presse erwartet hätte. Es ist eher ein Mosaiksteinchen im Umbau der Hochschullandschaft und das letztlich die Frage berührt, was für ein Verständnis wir von Hochschulen haben, was sie eigentlich leisten, welchem gesellschaftlichen Auftrag sie nachkommen sollen, und welcher Form der Steuerung man sie dann vernünftigerweise unterwirft. Ich würde mir wünschen, dass hierüber öffentlich wieder mehr nachgedacht wird.

## **11. Als letzte Frage, wenn Sie für einen Monat Präsident wären, was würden Sie tun?**

Ich wollte es nicht mal für einen Monat sein: Was würden Sie denn tun?

# »Wo ist er hin, dieser Zucker, der die Straßen verklebt?«

1. Keine Ahnung, was die Leute von Frittenbude im Kopf hatten, als sie diese Zeile formulierten; ist auch nicht so wichtig. Viel wichtiger scheint die Frage zu sein, wo der Zucker, unser Zucker, denn nun hingekommen ist. Wo sind die Momente, Fetisch hin oder her, die uns so stilvoll zu täuschen im Stande waren? Dass wir zwischenzeitlich sogar glaubten, einen Moment der Unmittelbarkeit, was auch immer das sein soll, provozieren zu können, wenn wir mit einer Flasche Wein bis spät in die Nacht noch im TuCa sitzen und diskutieren, auch wenn ich das nie gemacht hab. »Wie 's sein könnte« eben. Keine Ahnung, ob ihr das genauso sieht, aber eine Bullenkette zu durchbrechen fühlt sich auch ungefähr so an - ziemlich traurig eigentlich.

2. »Fin de l'Université«; wenn man sich diesen Satz mal auf der Zunge zergehen lässt oder sich diese wunderschönen Poster anschaut, auf denen er steht, zusammen mit »für französische Verhältnisse«, dann wird dieses.. ähm.. Gefühl, welches zumindest ich mal hatte und das sich wirklich nach Zucker anfühlt, das alle Straßen und Bewegungen verklebt, verlangsamt und relativiert, manchmal noch fühlbar - aber jedes Mal weniger. Es geht um die Hoffnung, dass es irgendwo noch etwas gibt, wonach zu suchen (»kämpfen« wäre in den meisten Fällen gelogen, oder?) sich noch lohnt. - Denn seitdem uns die Geschichte die Frage, wie es nach Auschwitz noch möglich sein soll Gedichte zu schreiben und Hoffnung zu haben, abgenommen hat, scheinen wir ein bisschen in die Pflicht genommen: und scheitern schon an der Diagnose. Was gilt es denn zu tun, nachdem wir festgestellt haben, dass

die Selbstvernichtung der Vernunft nicht das Ende der Geschichte ist? Und was gilt es -vor allem- zu denken? Was am Kapitalismus schlecht ist, sehr geehrte Frau Jaeggi, wäre uns allen ziemlich klar, wenn nicht eines der Probleme wäre, dass er uns abgewöhnt, die Augen zu öffnen. Und diese Frage in Deutschland nach 1945 überhaupt so zu stellen, als wäre es eine Frage der Gerechtigkeit und der Ethik, ob eine Gesellschaftsformation, deren Widersprüche (egal wie vermittelt) in den Faschismus und in Deutschland zur Shoah führten, nun

---

*Doch weil das nicht wahr ist und der Lauf der Geschichte – so oder so – ebendas schon von alleine in Angriff nehmen wird, bleibt uns nichts als zu akzeptieren, dass die Frage nach dem Zucker keine rhetorische ist.*

---

moralisch oder unmoralisch ist, wirkt bestenfalls befremdlich.

3. Das Problem ist nicht, dass es diese Leute nicht gibt, die irgendwo sitzen, wo sie der Universitätsbetrieb nicht findet, und denken und schreiben, sondern dass wir alle gerne diese Leute wären und deswegen Theorie AKs gründen. Das Problem ist auch nicht, dass es die engagierten Leute nicht gibt, die sich auch nicht zu fein sind, selbst Hand anzulegen, sondern das Problem ist, dass wir diese Leute als Aktionisten diffamieren würden; übrigens nur um anschließend in der Manier von Volksfestchoreographen »kreative Aktionsformen« zu fordern, uns damit selbst zu widerlegen und ein weiteres mal vergessen zu haben, dass Kritik nicht eine Frage der Einstellung ist.

Heute schaffen wir es alle nicht, am Gegenstand zu denken. Es gibt keine kritische Theorie - und davon, die

Möglichkeit für selbige festzuhalten, habe ich langsam genug. Allein schon weil uns niemand hilft, die Sofas ins schieß PEG zu stellen, weil wir nicht für den Communismus, sondern für billige Mate kämpfen. Und weil ihr alle glaubt, das Problem an den Anti-Imps und Occupy sei, dass ihre Kritik »verkürzt« ist - und nicht, dass Historie wie Theorie den Drang der Massen, genau dann Jüdinnen tot zu schlagen, wenn die Widerständigen am hoffnungsvollsten frohlocken und zu Solidarität aufrufen, als notwendig zu entlarven drohen. Das ist kein

Vorwurf, wenn es einer wäre, wäre ich inkonsistent. Das wiederum macht die Sache so traurig. Und irgendwie hoffnungslos.

4. Wie ist es dann in drei Jahren, wenn die Szene vernichtet, die Häuser geräumt und die Gefängnisse nur deshalb leer sind, weil wir uns nicht gewehrt haben? Wo ist er dann hin der Zucker? Wenn die neue Generation des Protestplenums nicht mal weiß, dass es ein TuCa, ein IVI mal gegeben hat und jenes zumeist als »selbstverwaltetes Café« in den Erzählungen der Alten auftaucht. Wem es zu viel Pathos ist, vom Zauber dieser Orte zu sprechen, der\*die könnte auch analysieren, dass diese Art von Orten eine Art des Denkens sind, wie Denken eine Art der Praxis. Oder war. Wie es heute ist, können wir nicht sagen, weil wir vergessen haben, wie man widerspricht. Eingeeübt haben wir diesen Verlust übrigens in unseren eigenen Plena.

5. »Fin de l'Université«; manchmal wird aus der Drohung ein Versprechen. Denn bevor es dieser sogenannten Universität und dem Widerstand, den ihr Prozesscharakter provoziert, gelingt, auch noch der letzten von uns, die wir eh nichts verstehen, das Gefühl zu geben, wir befänden uns auf dem goldenen Pfad der zur Freiheit führenden Kritik, sollten wir die Sache wirklich in die Geschichtsbücher verbannen und einen post-historischen Umgang forcieren. Zerschlagen wir die Uni! Spalten wir uns!

Doch weil das nicht wahr ist und der Lauf der Geschichte - so oder so - ebendas schon von alleine in Angriff nehmen wird, bleibt uns nichts als zu akzeptieren, dass die Frage nach dem Zucker keine rhetorische ist.

Es ist mir übrigens scheißegal, dass sich niemand außer mir selbst in diesem Geschreibsel wiederfindet. Tolerieren kann ich nur, wenn ich herrsche. Meinungspluralität ist Ideologie. Die Fragen der Ethik sind schon beantwortet. Meistens durch die Geschichte. »Antifa, Kommunismus, schieß Deutschland« - ich hoffe es verletzt die Liberalen innerlich, dass ich das sagen darf. Und abschließend für die, die hinter die Demokratie sogar noch zurückfallen: Ich hege Sympathie für alle, die mit Gewalt verhindern, dass ihr Politik macht. Die Frage zu stellen, ob Gewalt legitim sei, ist Ideologie.

Ein paar Genoss\*innen werden vielleicht verstehen: Euch allen das Beste!

A.K.

**FAM**

**DE**

**L'UNIVERSITÉ**

CONSEIL POUR LE MAINTIEN DES OCCUPATIONS

# Die Krise der Volkswirtschaftslehre

**Die Finanzmarktkrise und die von ihr ausgelöste aktuelle Staatsschuldenkrise mit den europaweiten Forderungen nach Sparprogrammen machen deutlich, dass Mainstream-Ökonom\*innen keine Antworten auf die Krise geben, sondern ihrem neoliberalen Marktdogma treu bleiben. Das jahrelange Vertrauen auf sich selbstregulierende Märkte trug maßgeblich zur anhaltenden Wirtschaftskrise bei. Begründet liegt dieser Glaube vor allem im fehlenden Theorienpluralismus des Studienfaches Volkswirtschaftslehre, welches sich aufgrund mangelhafter Lösungen ebenfalls in einer Krise befindet.**

Das Fundament des marktradikalen Dogmas wird bereits in den Universitäten gelegt. Der Lehrbetrieb fokussiert sich fast ausschließlich auf die neoklassischen Theorien sowie pseudokeynesianische Synthese und sorgt dafür, dass Studierende der Wirtschaftswissenschaften mit einem begrenzten Horizont die Hochschulen verlassen. Viel zu selten bleibt Raum für kritisches Hinterfragen oder alternative Theorien. Die Annahmen der Modelle werden zumeist nur am Anfang der Veranstaltungen kurz angesprochen, im Laufe des Studiums jedoch nie weiter diskutiert. Man könnte meinen der Bologna Prozess, mit seinem eng geschnürten Bachelor und Master Korsett, sei der Grund dafür, dass keine Zeit bleibt um über den Tellerrand hinauszuschauen, doch das ist nur die halbe Wahrheit. Wissenschaftlicher Erfolg wird nahezu ausschließlich an Veröffentlichungen in renommierten Fachzeitschriften gemessen. Der Haken an der Sache, jedes dieser Journals wird

---

## Viel zu selten bleibt Raum für kritisches Hinterfragen oder alternative Theorien.

---

durch neoklassische Wissenschaftler\*innen dominiert, die dafür sorgen, dass auch nur Vertreter\*innen dieses vorherrschenden Dogmas ihre Artikel dort platzieren können. Es entsteht ein Teufelskreis. Junge Wissenschaftler\*innen bekommen während des Studiums meist nur die neoklassische Gleichgewichtsökonomik vermittelt, und müssen danach als Doktorand\*innen systemkonform sein um wissenschaftlichen Erfolg zu haben. So entsteht die nächste Generation einseitig lehrender Professor\*innen. Zusätzlich tragen oft zitierte Ökonom\*innen die neoliberale Lehre in die Gesellschaft und es erscheint in der öffentlichen Wahrnehmung so, als ob diese unabhängigen Expert\*innen absolute Wahrheiten kundtun.

Damit muss Schluss sein! Es bedarf einer offenen und pluralen Lehre, damit mehr heterodoxe Ökonomen Gehör bei Studierenden und der Gesellschaft finden. Dazu muss es an den Hochschulen mehr Theorienvielfalt in Forschung und Lehre geben. Vor allem interdisziplinäre Veranstaltungen, Theoriegeschichte und Wissenschaftstheorie, insbesondere Methodologie können dabei einen wesentlichen Beitrag leisten. Auch plurale Lehrbücher müssen zur Lektüre im Studium empfohlen werden. Die Qualität von Forschung darf nicht mehr allein an Veröffentlichungen und Zitationen in Fachzeitschriften

gemessen werden, damit auch Chancengleichheit für heterodoxe Wissenschaftler\*innen besteht. Die damit verbundene politische Implikation kann nur sein Hochschulen zu verpflichten eine gewisse Anzahl von Lehrstühlen mit heterodoxen Professor\*innen zu besetzen um eine ausgewogene Lehre zu garantieren. Auch wenn das einen Einschnitt in die Hochschulautonomie bedeutet, bleibt es der einzig erfolgreiche Weg, um die Lehre aus dem beengenden Würgegriff der allein herrschenden neoklassischen Denkschule zu befreien.

Wir als kritische Ökonomen versuchen deshalb den Studierenden ein Forum zu bieten, um die herrschende Lehre kritisch zu reflektieren. Der Fokus liegt zudem auf der Präsentation und Diskussion alternativer Theorien und Sichtweisen, sowie der Genese wirtschaftswissenschaftlicher Dogmen. Wir laden regelmäßig heterodoxe Wissenschaftler\*innen anderer Universitäten und Institute ein und engagieren uns im Netzwerk Plurale Ökonomik, dem Dachverband kritischer Initiativen der Volkswirtschaftslehre in Deutschland.

Kritische Ökonomen Uni Frankfurt  
[kritische-oekonomen.de/](http://kritische-oekonomen.de/)  
[facebook.com/kritische.oekonomen](https://facebook.com/kritische.oekonomen)

**BIJAN KAFFENBERGER  
& MARCEL ZEITINGER**

# Interview mit der Psychotherapeutischen Beratungsstelle für Studierende

## Seit wann gibt es die Beratungsstelle an der Universität Frankfurt?

Die Psychotherapeutische Beratungsstelle für Studierende (PBS) wurde 1969 im Rahmen der »Studentenunruhen« gegründet und gehörte zunächst für einige Jahre zum Studentenwerk. 1974 übernahm der Leiter (Prof. Mentzos) der Psychosomatischen Klinik/ Uniklinik Frankfurt die Beratungsstelle bevor diese im Juli 2010 vom Studien-Service-Center der GU übernommen wurde.

## Wer darf Ihre Beratungsstelle aufsuchen?

Alle Studierenden der GU und Fachhochschule Ffm bzw. KHS Offenbach können zu uns zur Beratung kommen.

## Ist die Beratung kostenfrei?

Da die Beratung ein Service der GU im Rahmen des Studien Service Centers für ihre Studierenden ist, ist diese kostenfrei.

## Wie lange muss man auf einen Termin warten?

Unser Anliegen ist es, die Wartezeiten auf 2 höchstens 3 Wochen zu

begrenzen. Aus personellen Gründen und in Prüfungsphasen (z. B. Semesterende) entsteht leider zeitweise eine Wartezeit von bis zu 6 Wochen.

## Gibt es auch kurzfristige Beratungstermine?

Jeder Studierende, der sich in einer akuten Notsituation befindet (z. B. drohende Suizidalität, Gefahr der Exmatrikulation, starke Prüfungsängste in der Prüfungsphase) bekommt einen zeitnahen Termin noch in der Woche der Anmeldung, u. U. noch am selben Tag.

## Wann sollten Studierende Ihrer Meinung nach das Gespräch mit Ihnen suchen?

Spätestens dann, wenn sich abzeichnet, dass aus eigener Kraft oder Rücksprache mit Familie, Freunden, Dozenten etc. keine Problemlösung möglich ist oder sich Symptome/ Störungen zeigen, die fachlich abgeklärt werden sollten. Einige Studierende haben allerdings kaum andere Ansprechpartner, sind sehr isoliert, d.h. hier wäre es umso sinnvoller, sich direkt an uns zu wenden.

## Was sind die häufigsten Probleme, weshalb Sie aufgesucht werden?

Vor allem unterschiedlichste Formen von Angst, gerade auch Prüfungsängste, depressive Störungen, Eßstörungen, Persönlichkeitsstörungen und seltener Suchtprobleme. Aber auch Loslösungskonflikte von der Familie, Migrationskonflikte und Beziehungskonflikte spielen eine große Rolle.

## Ist die Anzahl der Aufsuchenden gestiegen?

Sie ist in den letzten Jahren fast auf das Doppelte angestiegen ( von ca. 250 auf 450 – 500 / Jahr ).

## Wie erklären Sie sich die steigende Anzahl?

Wir beobachten zunehmend eine Mehrfachbelastung der Studierenden, die zumindest teilweise durch den Bologna-Prozess mitinitiiert oder verstärkt wird. So erleben die Studierenden neben der erhöhten Arbeitsdichte und verringerten Freiräumen im Studium gesteigerten gesellschaftlichen Leistungsdruck und Konkurrenz sowie steigende Lebenshaltungskosten und

Wohnungseingänge. Das führt u. U. zu vermehrten psychischen Belastungen bis hin zu behandlungswürdigen Störungsbildern.

## Sind sie eine reine Beratungsstelle oder bieten sie auch Therapien an?

Aufgrund unserer derzeitigen Personalsituation steht die »reine« Beratung im Vordergrund. In geringem Maße führen wir allerdings Kriseninterventionen bzw. Prüfungsbegleitungen über mehrere Gespräche durch, insbesondere da, wo es zeitlich drängt (z. B. kurz bevorstehende Prüfung) oder der Studierende keine Krankenversicherung für psychotherap. Interventionen besitzt.

## Arbeiten Sie auch mit anderen Einrichtungen zusammen?

Inneruniversitär sind wir in engem Kontakt mit der Zentralen Studienberatung des SSC, der KHG, einigen Fachberatungen der Fachbereiche und Prüfungsämtern und dem Studentenwerk. Nach außen haben wir viele Kontakte zu niedergelassenen Psychotherapeuten und Ärzten, einigen stationären klinischen Einrichtungen und Weiterbildungsinstituten, wie bspw. dem Sigmund-Freud-Institut.

## Wie finanzieren Sie sich?

Wie bereits erwähnt: da wir als Service- / Beratungsleistung für Studenten zum SSC der GU gehören, werden wir über verschiedene Landesmittelbudgets (u.a. QSL und HSP) finanziert. Darüber hinaus unterstützen uns die Freunde und Förderer der Goethe-Universität mit Mitteln für eine Supervision.

## Günstige Kleintransporter für Studierende

# 20%

Studierende der Goethe-Uni erhalten gegen Vorlage des Studierendenausweises bei Anmietungen immer Montags bis Freitags einen Studierendenrabatt von 20% auf den Mietpreis.

Das KFZ-Referat (»Kraftfahrzeug-Referat«) existiert seit 1960 an der Universität Frankfurt. Es wurde vom Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) gegründet, um den Studierenden preiswerte Umzugstransporter zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2003 wurde das KFZ-Referat privatisiert und vermietet seine Transporter heute auch an Nichtstudenten. Mit dem AStA der Johann Wolfgang Goethe Universität besteht ein umfangreiches Kooperationsabkommen. Die Fahrzeuge – Mercedes Sprinter und Ford Transit – sind Transporter für Umzüge, Kleintransporte und Einkaufsfahrten. Besonders günstig sind Anmietungen im Vier-Stunden- oder Nachttarif an Werktagen. Bei Anmietungen am Wochenende empfehlen wir rechtzeitige Reservierung bzw. Buchung. Studierende der Goethe-Uni erhalten gegen Vorlage des Studierendenausweises bei Anmietungen Montags bis Freitags einen Studierendenrabatt von 20% auf den Mietpreis.

# Gesundheit in der Krise

**Zusammenfassung:** Die gesundheitlichen Folgen der Krise sind zweierlei: Erstens vermehren die materiellen Folgen der Krise, sei es soziale Ungleichheit, Armut, Arbeitslosigkeit oder Tränengas Krankheiten in der Bevölkerung und zweitens verändern sich Gesundheitssysteme, vorgeblich alternativlos durch die Krise legitimiert, durch neoliberale Strukturanpassungen. Die materiellen Folgen der Kürzungen in Gesundheitssystemen wirken sich wiederum negativ auf die Gesundheit aus; dabei werden zuerst und am stärksten marginalisierte Menschen getroffen und so die soziale Ungleichheit vertieft. In Griechenland und Spanien sind diese Vorgänge im Moment exemplarisch zu beobachten. Es ist schwer zu glauben, dass die Kürzungen im Gesundheitssystem von einer Mehrheit der Menschen erwünscht sind – die Kürzungen werden somit zum Symptom der politischen Krise. Krankheit und Tod als Folge der Krise sind konkrete Konsequenzen von ansonsten oft abstrakt erscheinenden gesellschaftlichen Entwicklungen. Im Bewusstsein, dass Gesundheit durch den Staat geschützt, erhalten und gefördert, und gerade nicht durch Marktinteressen geschädigt werden sollte, erscheinen die Entwicklungen in Griechenland und Spanien als schwere Ungerechtigkeiten. Gleichzeitig bergen sie das Potential zur Politisierung sowie zur Empathie und internationalen Solidarität. Insbesondere Deutschland, das sowohl Anteil an der verordneten Sparpolitik als auch an den »Reformen« im griechischen Gesundheitswesen hat, sollte sich fragen, worauf es in der Politik eigentlich ankommt: auf Menschen und nicht auf Märkte.

## 1. Zusammenhänge zwischen Gesundheit und Krise

Die gesundheitlichen Folgen der Krise<sup>1</sup> lassen sich über zwei Zusammenhänge erklären: Erstens verändern sich die sozialen Determinanten der Gesundheit und in deren Folge das Auftreten von Krankheit und zweitens verändern sich Gesundheitssysteme und somit die Versorgung erkrankter Menschen.

Wenn Gesundheit und Krankheit im gesellschaftlichen Zusammenhang betrachtet werden, so zeigt sich, dass Krankheiten nicht ausschließlich im individuellen Körper durch erhöhten Blutdruck, erhöhte Blutfettwerte oder Bewegungsmangel entstehen, sondern maßgeblich auch durch die gesellschaftlichen Umweltbedingungen. Dies kann eher direkt durch extreme Armut, Nahrungsmangel oder Tränengas geschehen oder eher indirekt durch soziale Ungleichheit, Rassismus oder Arbeitslosigkeit als psychosoziale Stressfaktoren, die im Lebenslauf die Gesundheit der Menschen beeinträchtigen<sup>2</sup>. Große

gesellschaftliche Veränderungen betreffen immer auch diese Faktoren. Und so kann eine ökonomische Krise, die mit einer Verschärfung von Armut und sozialer Ungleichheit einhergeht, sich negativ auf die Gesundheit einer Bevölkerung auswirken.

Ob und wie gut erkrankte Menschen medizinisch versorgt werden, hängt von den Zugangsmöglichkeiten und der Qualität des Gesundheitssystems ab. Gesundheitssysteme lassen sich als gesellschaftliche Institutionen betrachten, die in politischen Prozessen auf-, um- oder abgebaut werden. In Krisenzeiten können stabile Gesundheitssysteme negative gesundheitliche Konsequenzen abfangen. Ökonomische Schwierigkeiten können aber auch als politische Legitimation für den Abbau staatlicher Gesundheitsleistungen dienen. Ohne hier näher darauf einzugehen, kann dies als klassischer Mechanismus neoliberaler Ökonomisierung verstanden werden. So werden mit dem unbewiesenen Argument mehr Effizienz, Transparenz

und Qualität<sup>3</sup> zu erreichen, staatliche und oft solidarisch organisierte Strukturen wie gesetzliche Krankenversicherungen abgebaut. Darunter leiden insbesondere die Menschen, die auf eine solidarische Versorgung angewiesen waren und sich die privaten Kosten der Behandlungen nicht oder nur schwer leisten können. Dies wiederum trägt bei zur Vergrößerung gesundheitlicher und sozialer Ungleichheit.

Die konkreten Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Krisen und der Gesundheit von Bevölkerungen sind ausgesprochen komplex, es steht aber außer Frage, dass es solche Zusammenhänge gibt und dass sie von erheblicher Bedeutung sind. Als klassisches Beispiel wird in der Sozialepidemiologie häufig der Zusammenbruch der Sowjetunion angeführt. Das große, zentralistisch organisierte Gesundheitssystem zerbrach und die Lebensverhältnisse vieler Menschen verschlechterten sich durch die folgende Krise. Die Lebenserwartung in den post-sozialistischen

Ländern fiel bei Männern von 70 Jahren vor dem Zusammenbruch auf 59 Jahre danach und liegt noch heute weit unter dem europäischen Durchschnitt. Dieser dramatische Einschnitt lässt sich am ehesten durch das Zusammentreffen verschiedener Faktoren erklären: die ökonomische Rezession und Transformation, die politische Krise durch den Zusammenbruch des sozialistischen Systems und der Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme und des Gesundheitswesens. Kummulativ entfalteten diese Faktoren ihre schlechte Wirkung auf die Gesundheit der Menschen. In Kuba, welches wirtschaftlich durch den Wegfall der Importe aus der Sowjetunion schwer getroffen wurde, blieb die Lebenserwartung unverändert. Die gut organisierten sozialen Sicherungssysteme und das Gesundheitssystem blieben erhalten und konnten die wirtschaftlichen Einschnitte in Bezug auf die gesundheitlichen Folgen ausgleichen.<sup>4</sup>

## 2. Griechenland

Wie sich die Krise in Europa auf gesundheitliche Makroindikatoren wie die Lebenserwartung auswirkt, wird sich bestenfalls erst in einigen Jahren mit befriedigender Genauigkeit feststellen lassen. Dennoch werden bereits jetzt die Auswirkungen zum Teil dramatisch deutlich. Besonders in Griechenland zeigen sich die gesundheitlichen Folgen dieser Krise.

In Griechenland wurden und werden wesentliche Bestandteile der Gesundheitsversorgung gekürzt. Die Kürzungen wurden vom griechischen Parlament beschlossen, aber von der europäischen Kommission, dem IWF und der EZB als Bedingung für weitere Finanzhilfen vorgegeben.<sup>5</sup> Die Kürzungen haben das Ziel, einen Überschuss im Staatshaushalt zu erzwingen. Welche Konsequenzen die Kürzungen für die Bevölkerung haben, erscheint dabei bestenfalls zweitrangig. Die staatlichen Gesundheitsausgaben müssen nach Vorgaben der Troika auf maximal 6% des Bruttoinlandsprodukts beschränkt werden. Bei einem ohnehin sinkenden Bruttoinlandsprodukt, was sich immer deutlicher als Folge der Austeritätspolitik abzeichnet<sup>6</sup>, bedeutet dies eine massive Kürzung der Gesundheitsausgaben, die pro Mensch zur Verfügung stehen. Zur Größenordnung: die öffentlichen Gesundheitsausgaben pro Kopf betragen \$1500 mit sinkender Tendenz in Griechenland und \$3400 mit steigender Tendenz in Deutschland im Jahr 2011.<sup>7</sup> Arbeitslosengeld in Griechenland wird nur noch für 12 Monate nach Verlust des Arbeitsplatzes gezahlt, ebenso erlischt der Krankenversicherungsschutz nach 12 Monaten. Mindestens 30% der griechischen Bevölkerung sind bereits aus dem Krankenversicherungsschutz herausgefallen, in Folge der steigenden Arbeitslosigkeit werden es noch deutlich mehr werden. Im Gesundheitssystem wird Personal entlassen, Gehälter werden gekürzt und Krankenhäuser geschlossen.<sup>8</sup>

Die Folgen sind deutlich spürbar. Die staatlich gelenkte Krankenversicherung EUPYY (die auf Anweisung der Troika durch die Fusion mehrerer Krankenkassen gerade erst entstand) ist praktisch zahlungsunfähig.<sup>9</sup> Die Menschen müssen Medikamente und Arztbesuche bar bezahlen. Zu niedergelassenen Ärzt\_innen gehen daher immer weniger Menschen, stattdessen kommen sie in die Notaufnahmen, wenn es gar nicht mehr anders geht. Die Krankenhäuser und Notaufnahmen sind in Folge überlastet, die Wartezeiten in den Notaufnahmen liegen im Schnitt bei vier Stunden. Patient\_innen werden gebeten, Medikamente oder Verbandmaterial selbst mitzubringen. Die Pflege im Krankenhaus muss

von Angehörigen übernommen werden, weil das Pflegepersonal überlastet ist.<sup>10</sup>

Verständlicherweise erzeugen diese Bedingungen massive Unzufriedenheit bei Patient\_innen, aber auch bei Gesundheitsarbeiter\_innen. Problematisch für das Gesundheitssystem ist besonders die Unzufriedenheit letzterer: niedrige Löhne, Überstunden und Überlastung ist für viele ein Grund das Land zu verlassen. Ein beliebtes Zielland ist Deutschland, wo Ärzt\_innen und Krankenpfleger\_innen dringend gesucht werden. Den einzelnen ist in ihrer Suche nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen sicherlich kein Vorwurf zu machen, doch dass dieser Pro-

---

### »Eine blasse alte Frau sitzt im Pyjama in einem Rollstuhl, der Schlauch aus ihrer Vene führt hoch zu einem Infusionsbeutel. Neben ihr röchelt ein älterer Mann, er bekommt keine Luft,...«

---

zess aktiv von deutscher Seite durch Werbe- und Umschulungskampagnen unterstützt wird, ist doch sehr fraglich. So rekrutiert auch das Frankfurter Universitätsklinikum aktiv Pflegepersonal aus Spanien und Griechenland. Dass bei diesem »Modell der Zukunft« der ärztliche Direktor unseres Klinikums den potentiellen Import spanischer Krankenhauseskeime als größtes Problem ansieht, zeugt von der Begrenztheit des rein biomedizinischen Blicks.<sup>11</sup>

An diesen Beispielen der gesundheitlichen Folgen der Krise in Griechenland sollte deutlich werden, dass die Kürzungen der Gesundheitsleistungen sicherlich nicht im Interesse der griechischen Bevölkerung lagen, obwohl das griechische Parlament die Beschlüsse mehrheitlich verabschiedete. Die massiven Proteste in Griechenland, an die wir uns schon fast gewöhnt haben, machen dies deutlich. Ohne den massiven Druck der Troika wäre es zu diesen Kürzungen nicht gekommen.

### 3. Die verkörperte Krise

Die Krise in Europa wird häufig als Finanzkrise bezeichnet. Dies erweckt den irreführenden Eindruck, es würde nur um Geldströme, ungedeckte Kredite oder Staatsschuldenhöhen gehen. Die steigenden Arbeitslosenzahlen und sinkenden Bruttoinlandsprodukte verdeutlichen aber, dass es sich längst um eine ausgeprägte Wirtschaftskrise handelt. Doch erst im kranken Menschen, der in Griechenland seine Medikamente nicht mehr bezahlen kann, oder im enteigneten Menschen, der in Spanien seine Wohnung verlassen muss, manifestiert und verkörpert sich die Krise als eine menschliche.<sup>12</sup> Schnappschussartig lassen sich die Schicksale aus Zeitungsberichten erahnen:

»Eine blasse alte Frau sitzt im Pyjama in einem Rollstuhl, der Schlauch aus ihrer Vene führt hoch zu einem Infusionsbeutel. Neben ihr röchelt ein älterer Mann, er bekommt keine Luft, die Sauerstoffmaske, die ihm eine Krankenschwester vor wenigen Minuten auf die Nase gesetzt hat, ist verrutscht. Aber bei dem Gedränge im Wartesaal der Notaufnahme fällt das keinem auf. Die Frau im Pyjama bittet einen der Security-Mitarbeiter, die den Eingang zu den Behandlungsräumen bewachen, dem alten Mann die Maske wieder übers Gesicht zu ziehen.«<sup>13</sup> Neben der Paradoxie, dass Sicherheitsmänner, die das überforderte Gesundheitssystem vor dem Frust der Menschen schützen sollen, Aufgaben

der Krankenversorgung übernehmen, offenbart sich auch hier, dass es vor allem alte, arme und kranke Menschen sind, die am stärksten von den Einschnitten betroffen sind und am wenigsten dagegen tun können. Auch wenn Berichte von Einzelschicksalen immer punktuell sind, so vermögen sie etwas, das Statistik kaum vermag: sie eröffnen die Möglichkeit zu Empathie und Empörung. In der meist so abstrakten Welt der Krisenberichtserstattung ist dies essenziell für eine Politisierung und für internationale Solidarität. Der Blick auf die gesundheitlichen Folgen birgt dabei ein besonderes Potential, denn kaum sonst wo wird die Verkörperung der Krise und der Krisenpolitik so deutlich. Die Anerkennung der menschlichen Schicksale kann dabei helfen, den analytisch völlig inadäquaten nationalstaatlichen Blick, der in der öffentlichen Meinung so hartnäckig perseveriert (die Deutschen müssen jetzt alles zahlen, die Pleite-Griechen sind doch selber schuld etc.), zu überwinden.

Im Gesundheitswesen ist somit der erste Schritt hin zu einer alternativen Politik das Begreifen des Krisenprozesses als Transnationalisierung sozialer Ungleichheit. Ein Verständnis der Zusammenhänge von Politik und Gesundheit eröffnet dann Handlungsmöglichkeiten auf allen Ebenen. Ermutigend ist der Aufbau solidarischer Polikliniken in mehreren griechischen Städten, die allen Menschen zugänglich sind. Eine direkte Unterstützung ist durch ein großes Solidaritätsnetzwerk möglich ([www.solidarity4all.gr](http://www.solidarity4all.gr)). Doch wichtiger als materielle Solidarität ist vielleicht politische Solidarität durch die Einflussnahme auf europäische und deutsche Krisenpolitik mit der Forderung, dass Gesundheit

und andere öffentliche Sektoren vor dem neoliberalen Abbau geschützt werden müssen.

FELIX WICKE,

10. SEMESTER HUMANMEDIZIN  
S. A.: [WWW.MFM-FRANKFURT.DE](http://WWW.MFM-FRANKFURT.DE)

1. Ich verwende den Begriff »Krise« hier etwas grob und meine damit so etwas wie die seit etwa 2009 sich entwickelnde »Eurokrise«, die oft als Staatsschulden- und Wirtschaftskrise bezeichnet wird.
2. In der sozialespidemiologischen Forschung gibt es umfangreiche Arbeiten zu diesen Zusammenhängen. Eine klassische Beschreibung der gesundheitlichen Folgen gesellschaftlicher Bedingungen findet sich bei Friedrich Engels: *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, 1845. Ein aktueller Bericht über die sozialen Determinanten der Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation ist online verfügbar: [http://www.who.int/social\\_determinants/thecommission/finalreport/en/index.html](http://www.who.int/social_determinants/thecommission/finalreport/en/index.html)
3. Eine Analyse der Mechanismen der Neoliberalisierung öffentlich-staatlicher Bereiche am Beispiel der Universitäten, die sich ebenso auf die Gesundheitsversorgung übertragen lässt, gibt Chris Lorenz: *if you're so smart, why are you under surveillance? Universities, Neoliberalism and New Public Management*. *Critical Inquiry*, 2012;599-630.
4. Birn et al. *Textbook of International Health: Global Health in a Dynamic World*. 3<sup>rd</sup> Ed. 2009, Oxford UP, Seiten 144ff.
5. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-03/griechenland-kuerzungen-gesundheit> (abgerufen 21.8.2013).
6. mehr oder weniger überraschend... siehe z. B. Paul Krugman: *Austerität: Der Einsturz eines Glaubensgebäudes*. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2013.
7. <http://www.oecd.org/els/health-systems/oecdhealthdata2013-frequentlyrequesteddata.htm> (21.8.2013).
8. Karanikolos et al. *Financial Crisis, austerity, and health in Europe*. *Lancet* 2013;381:1323.
9. <http://www.faz.net/aktuell/wissen/medizin/gesundheitsystem-vor-dem-kollaps-droht-eine-humanitaere-katastrophe-11973778.html>
10. <http://www.sueddeutsche.de/gesundheit/gesundheitsversorgung-in-griechenland-schluss-aus-kein-amen-1.1635719> (21.8.2013).
11. <http://www.fnp.de/rhein-main/frankfurt/Manchmal-ist-es-frustrierend;art675,417001> (21.8.2013).
12. Ausführlicheres zum Konzept des »embodiments« in der Sozialespidemiologie: Krieger & Smith: *»Bodies Count,« and Body Counts: Social Epidemiology and Embodying Inequality*. *Epidemiologic Reviews* 2004;26:92.
13. siehe Fußnote 9

die  
neuen  
Leiden

A person wearing a dark jacket with a white stripe on the back and dark pants is walking away from the camera on a paved path. The path is flanked by a fence on the left and a low wall on the right. In the background, there are several buildings, trees, and a signpost with a circular logo. The overall scene is outdoors and appears to be a campus or park area.

**Prof. Dr. Dr. Rolf Haubl ist Psychologe, Germanist und Gruppenanalytiker. Er lehrt Soziologie und psychoanalytische Sozialpsychologie an der Universität Frankfurt/Main und ist Direktor des Sigmund-Freud-Instituts. In seinem Aufsatz »Die Krankheiten der Gesellschaft und die psychosomatische Medizin« hat Alexander Mitscherlich<sup>1</sup> die Institutionalisierung einer »Sozialmedizin« gefordert. Ihre Aufgabe soll es sein, »die krankheitserregenden Lebensbedingungen der Gesellschaft zu erkennen versuchen«, um ihr zu ermöglichen, »etwas über sich selbst zu erfahren, und zwar gerade das, wofür sie sonst kein Wahrnehmungsorgan besitzt, was sie aus ihrer gegenwärtigen Bewusstseinslage noch nicht zu überschauen und also auch noch nicht zu korrigieren vermag«. Dieses anspruchsvolle Programm hat einige Implikationen:**

**A** In jeder Gesellschaft leiden Gesellschaftsmitglieder – woran auch immer. Nicht alles Leiden ist jedoch krankheitswertig. Das moderne Medizinsystem hat den gesellschaftlichen Auftrag, das als krankheitswertig anerkannte Leiden knapp zu halten, da die Krankenrolle zu einer ressourcenaufwendigen Suspension von den üblichen gesellschaftlichen Pflichten berechtigt. Deshalb wird die Transformation von Leiden in Krankheit an eine institutionelle Akkreditierung gebunden: Ob es sich um eine Krankheit handelt, wird dabei nicht nur nach wissenschaftlichen Befunden entschieden, sondern immer auch danach, welche Interessengruppe den größten Druck ausüben kann, indem sie Unterstützer mobilisiert. In diese Lobbyarbeit gehen zwar wissenschaftliche Befunde ein, sie lässt sich aber nicht darauf reduzieren. So gleichen die Kampagnen für die Akkreditierung einer Krankheitsdiagnose allen anderen Kampagnen für die Durchsetzung eines beliebigen gesellschaftlichen Anliegens. Sie sind Soziomarketing. Ist es erfolgreich, werden Diagnosen etabliert, die leidenden Gesellschaftsmitgliedern eine Möglichkeit verschaffen, ihr Leiden anerkennungs-fähig auszudrücken. Dabei kommt es zu einer beständigen Vermehrung von Diagnosen, die sich nicht einfach neuen wissenschaftlichen Befunden oder der Profitgier des Medizinsystems zuschreiben lässt, die seinen Verknappungsauftrag hintertreibt, sondern Folge einer Erweiterung bestehender Ausdrucksmöglichkeiten ist.

**B** Ein zweiter gesellschaftlicher Auftrag für das moderne Medizinsystem besteht darin, Krankheiten zu individualisieren. Es behandelt die vereinzelt Kranken, nicht aber die krank machenden und kränkenden gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sie leben. Damit sorgt

das Medizinsystem dafür, die Aspekte von Krankheiten zu dethematisieren, die zu einem unkontrollierten oder unkontrollierbaren Veränderungsdruck auf die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse führten, würden sie thematisiert und vielleicht sogar politisiert werden. In der Regel kümmert es einen Kranken auch nicht, in wie weit seine Krankheit gesellschaftlich mitbedingt ist. Jedoch weist seine Diagnose eine bestimmte gesellschaftliche Verteilung auf. Und diese Verteilung verrät etwas über den Zustand, in dem sich die Gesellschaft befindet. Krankheitsdiagnosen geben in medizinischer Rahmung die soziokulturellen Einstellungen einer bestimmten Epoche zum Leiden der Gesellschaftsmitglieder wieder. Diese Einstellung wird allerdings meist erst im historischen Rückblick erkennbar. Krankheitsdiagnosen zu dekonstruieren, ist eine notwendige Aufgabe einer »Sozialmedizin« im Sinne Alexander Mitscherlichs. Sie hat diejenigen gesellschaftlichen Konflikte bewusst zu machen, die das Medizinsystem unbewusst zu halten versucht. Als Alexander Mitscherlich sein Programm einer »Sozialmedizin« formulierte, wartete er sogleich auch mit einem Befund auf: »dass die exzessiven Ritualisierungen von Leistung in der Leistungsgesellschaft mit neuen Formen der Lebensgefährdung einhergehen«. Dieser Befund ist schon allein deshalb nicht trivial, weil das moderne Medizinsystem die Leistungsgesellschaft verteidigt, indem es Gesundheit und Krankheit mit Bezug auf Leistungsfähigkeit definiert. Gilt ihr Gesundheit als generelle Leistungsfähigkeit, deren Erhaltung zu den Pflichten der Gesellschaftsmitglieder gehört, so gilt ihr Krankheit als ein Zustand, in dem diese generelle Leistungsfähigkeit für mehr oder weniger lange Zeit nur noch eingeschränkt oder nicht mehr

besteht. Aber auch in diesem Zustand ist die Verpflichtung auf Leistung nicht völlig außer Kraft gesetzt. Denn die Anerkennung einer Krankheit ist mit einer doppelten Nachweispflicht verbunden: zum einen muss es sich um einen unfreiwilligen Zustand handeln, zum anderen muss alles daran gesetzt werden, ihn so schnell wie möglich wieder zu verlassen. Folglich ist Krankheit nur als Ausnahmezustand legitimiert. Kann diese Legitimation in Anspruch genommen werden, ist Minderleistung oder Leistungsversagen gesellschaftlich entschuldigt. Andernfalls nicht. Dann müssen die Gesellschaftsmitglieder ihre Minderleistung oder ihr Leistungsversagen selbst verantworten. Zudem laden sie die Schuld auf sich, der Gesellschaft ihre generelle Leistungsfähigkeit vorzuenthalten, was als gesellschaftsschädigend gilt, da Gesellschaften auf die Verwertung der generellen Leistungsfähigkeit ihrer Mitglieder angewiesen sind, um sich zu erhalten und zu entwickeln. Fragt man, wie es um den Befund von Alexander Mitscherlich heute steht, so ist er womöglich aktueller denn je. Denn in den Verschiebungen des Krankheitsspektrums sowie im Kampf um die Anerkennung neuer Krankheitsdiagnosen spiegeln sich die Probleme der Leistungsgesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Ich will dies im Folgenden für die drei modernen Leiden näher erläutern, die sich als narzisstische Depression, als »Chronisches Müdigkeitssyndrom« (CFS) sowie als »Aufmerksamkeitsdefizit und / oder Hyperaktivitätssyndrom« (AD[H]S) ausdrücken, wobei ich behaupten möchte, dass es sich jeweils um Facetten eines Leidens an einem Leistungsprinzip handelt, das sich zunehmend gegen die elementaren menschlichen Bedürfnisse nach Vergemeinschaftung richtet.

### **Narzisstische Depression**

Mit einer Inzidenz von 8–20% gehören klinisch relevante Depressionen zu den häufigsten psychischen Erkrankungen von Erwachsenen. Die Lebenszeitprävalenz liegt bei Einbeziehung aller Depressionsformen um die 30%, so dass etwa ein Drittel der Bevölkerung einmal im Leben depressiv erkrankt. Etwa 15% erkranken an einer Major Depressive Disorder. Es mehren sich die Hinweise, dass das Ersterkrankungsalter sinkt und die Depressionsrate von Generation zu Generation steigt, was allerdings auch ein Wahrnehmungseffekt aufgrund einer zunehmenden diagnostischen Sensibilität sein könnte. Wie auch immer: Die Millionen depressiver Kranker bedeuten nicht nur massenhaftes Leid; sie verursachen auch enorme sozioökonomische Kosten, bedenkt man nur, dass depressive Erkrankungen für den Eintritt einer Arbeitsunfähigkeit zwar vergleichsweise selten sind, aber mit durchschnittlich 51 Fehltagen lange Krankschreibungen nach sich ziehen. Depressionen haben eine multifaktorielle Ätiopathogenese, in der genetische, biologische, psychische und soziale Faktoren zusammenwirken. Wie, das ist noch weitgehend unbekannt. Kurz vor dem erstmaligen Auftreten einer Depression lassen sich typische kritische Lebensereignisse ausmachen, die alle mit realen, aber auch befürchteten Verlusten, Enttäuschungen und Kränkungen zu tun haben: und das nicht nur im zwischenmenschlichen Bereich. An die Stelle wichtiger Bezugspersonen können auch nicht- bzw. transpersonale Objekte wie z. B. Wertsysteme treten. Solche Erkrankungsanlässe schlagen sich allerdings in der Regel nicht direkt als Depressionen nieder. Depressionen sind viel mehr das Resultat einer spezifischen psychischen Verarbeitung, die verhindert, dass die Verluste,

Enttäuschungen und Kränkungen angemessen bewältigt werden. Inzwischen ist immer öfter von einer

»depressiven Gesellschaft« die Rede. Sind die 1980er und 1990er Jahre gesellschaftsdiagnostisch unter dem Titel der »Erlebnisgesellschaft« abgehandelt worden, in der »Erlebe Dein Leben!« als Leitmaxime der Lebensführung breiter Gesellschaftsschichten propagiert wurde, zeigt sich die aktuelle Gesellschaftsdiagnose schwarz eingefärbt. Der wissenschaftliche Sachgehalt dieser Diagnose ist allerdings alles andere als klar, weil zwischen drei Alternativen unterschieden werden muss, aber nur selten genau unterschieden wird: der Zunahme klinisch relevanter Depressionen, der Zunahme von kritischen Lebensereignissen, die – je nach psychischer Verarbeitung – zu klinisch relevanten Depressionen führen können, aber nicht müssen, und schließlich der Zunahme eines depressiv disponierten Sozialcharakters. Sozialmedizinisch betrachtet ist der Depressionsdiskurs in vielerlei Hinsicht ein politischer Diskurs. Das gilt nicht zuletzt für die immer lauter geäußerte Vermutung, die Depression sei die Schattenseite eines globalen neo-liberalen Gesellschaftswandels. Dabei wird nicht nur eine weltweite Zunahme von Depressionen angeführt, sondern zumindest für die Erste Welt auch ein Formenwandel der psychischen Krankheit behauptet. So hat es den Anschein, als nähmen Depressionen, in der Schuldgefühle vorherrschen, generell ab, vor allem solche, die mit Vergehen gegen religiöse und sexuelle Normen assoziiert sind und Bestrafungsvorstellungen nach sich ziehen. Dagegen nähmen Insuffizienzgefühle generell zu, vor allem solche, die als hypochondrische Sorge um die eigene Funktionsfähigkeit und das heißt immer auch: Leistungsfähigkeit kreisen. Anders formuliert: Zumindest in der Ersten Welt seien es vor allem »narzisstische Depressionen«, die sich häufen. Solche Depressionen sind von ihrer Emotionsregulation her sehr viel mehr durch Scham- als durch Schuldgefühle geprägt. Die Protagonisten des neo-liberalen Gesellschaftswandels betonen die Chancen, die der Individualisierungsprozess bietet. Dabei erklären sie den »flexiblen Menschen« zu ihrem neuen Helden. In einer neo-liberalen Gesellschaft bestehe in weiten Grenzen gesellschaftlicher Notwendigkeiten die Möglichkeit, einmal getroffene (berufliche, familiäre, weltanschauliche) Lebensentscheidungen jederzeit korrigieren zu können – wenn man psychosozial nur flexibel genug sei. Eine zweite Chance werde es immer geben. Diese Reversibilität existiert zwar bis zu einem gewissen Maß, ist ansonsten aber eine narzisstische Phantasie. Faktisch gibt es keinen bedingungslosen Neubeginn. Zum einen hängt das Ausmaß der Reversibilität von den Kapitalien ab, über die ein Gesellschaftsmitglied verfügt: Geld (ökonomisches Kapital), Bildung (kulturelles Kapital), Netzwerke (soziales

Kapital); zum anderen ist fraglich, ob die Gesellschaftsmitglieder tatsächlich die erforderliche psychosoziale Flexibilität aufbringen (wollen und können), und wenn ja, ob dann die psychosozialen Kosten erträglich sind. Damit stellt sich die Frage, über welche Kompetenzen die Gesellschaftsmitglieder verfügen müssen, um die propagierte – nicht nur ermöglichte, sondern auch normativ geforderte – Flexibilität für ihre eigenen Interessen zu nutzen? Und was geschieht, wenn ihnen diese Kompetenzen fehlen?

Ich fokussiere im Folgenden bei meiner Antwort auf gesellschaftsspezifische Ängste, zumal es eine hohe Co-Morbidität von Depressionen und Angststörungen gibt. Jede Zeit hat ihre dominanten Ängste. Seit der »klassischen« Moderne kommt es zu einer Verschiebung: Ist es vormals die Konformität, die Gesellschaftsmitglieder in ihren Lebensanstrengungen anspricht, so ändert sich dies in der neoliberalen Gesellschaft. Nunmehr wird von jedem Individuum die Anstrengung erwartet, sich für Anstren-

---

### **Jede Zeit hat ihre dominanten Ängste. Seit der »klassischen« Moderne kommt es zu einer Verschiebung: Ist es vormals die Konformität, die Gesellschaftsmitglieder in ihren Lebensanstrengungen anspricht, so ändert sich dies in der neoliberalen Gesellschaft.**

---

gungen fit zu halten. Damit verändert sich auch die dominante Angst: Ängstigten sich die Gesellschaftsmitglieder früher davor, von einer konventionellen Lebensführung abzuweichen, so ist Non-Konformismus in der neo-liberalen Gesellschaft nicht mehr das Problem. Im Gegenteil: Dieser Gesellschaftstyp bezieht seine Kreativität und damit sein Innovationspotenzial aus einer Vervielfältigung von frei gewählten Lebensstilen. Diese Vervielfältigung bringt jedoch eine ihr eigene Angst hervor: die Angst, persönlich zu versagen bzw. die Angst, sich Versagen als persönlich verursacht zuschreiben zu müssen. Persönliches Versagen ist – klinisch gesprochen – einer der Auslöser einer narzisstischen Depression. Darüber ist bei den Propagandisten der neo-liberalen Gesellschaft aus gutem Grund nicht die Rede. Denn sie gehört zu den psychosozialen Kosten, die Gesellschaftsmitglieder ohne ausreichende Bewältigungskompetenzen zu tragen haben. Depression ist grundlegend verschieden von Trauer. Menschen mit einer narzisstischen Depression sind nicht traurig, sondern infolge von Enttäuschungen ängstlich und wütend zugleich. Dabei kehren sie die Wut aus Angst vor einem totalen Verlust der sozialen Anerkennung gegen sich selbst und setzen auf diesem Wege die erlebte Entwertung in eine gesteigerte Selbstentwertung um. Die Enttäuschung resultiert daraus, dass das Real-Selbst dieser Menschen trotz aller Anstrengungen hinter ihrem Ideal-Selbst zurückbleibt.

Nehmen wir an, ein Gesellschaftsmitglied habe Flexibilität und Reversibilität zu seinem Ideal-Selbst erhoben dem es gerecht zu werden sucht; dann wird es jede reale Erfahrung, dass es diesem Anspruch an sich selbst nicht gerecht zu werden vermag, als beschämend erleben: nicht nur als Mangel, sondern als Makel, der sein Selbstwertgefühl erniedrigt. In der narzisstischen Depression, die es daraufhin entwickeln kann, bleibt ein »erschöpftes Selbst« unbewusst an den Anspruch gekettet, der es kränkt und krank macht. Unter diesen Bedingungen wird eine wirksame Enttäuschungsprophylaxe zur Schlüsselkompetenz. Eine Theorie des Scheiterns gibt es bislang nur in Ansätzen. Wie lebt es sich in einer Gesellschaft, in der die Angst, persönlich zu versagen, herrscht? Wie bewältigen die Gesellschaftsmitglieder ihre Schamangst? Am Besten hilft zweifellos gesellschaftlicher Erfolg. Um dieses knappe Gut wird dann auch unter Einsatz aller Kräfte konkurriert. Erfolgreiche Gesellschaftsmitglieder stellen ihren gesellschaftlichen Erfolg gut

sichtbar heraus, um den Neid ihrer Konkurrenten, die sie hinter sich gelassen haben, als Anerkennung zu verbuchen. Da gesellschaftlicher Erfolg ein knappes Gut ist, kann sich jedes Gesellschaftsmitglied ausrechnen, dass viele auf der Strecke bleiben werden: manche, weil ihre Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft nicht ausreichen, um erfolgreich zu werden; manche aber auch, weil sie unter Aufbietung aller ihrer Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft zwar gesellschaftlich erfolgreich, nicht aber zufrieden oder gar glücklich werden. Wo gesellschaftlicher Erfolg zu einem persönlichen Muss wird, ist vorstellbar, dass die Gesellschaftsmitglieder versuchen, gegenüber Enttäuschungen unempfindlich zu werden, um immer wieder von vorne anfangen zu können. Da sich eine solche Unempfindlichkeit aber nicht auf negative Gefühle begrenzen lässt, sondern den emotionalen Haushalt der ganzen Person betrifft, schwindet auch die Fähigkeit, positive Gefühle zu empfinden. So gesehen, verwundert es nicht, wenn Coolness, Indifferenz, Zynismus und Langeweile in der neoliberalen Gesellschaft grassieren. Befragt man die Kulturgeschichte, so gehört die Depression – oder Melancholie – seit jeher zu den psychischen Zuständen mit dem höchsten Stigmatisierungspotenzial. Ihre soziokulturelle Stigmatisierung ist vor allem in solchen Gesellschaften wahrscheinlich, deren Ideologie sie als »perfekte Gesellschaften« darstellt: So finden sich vom Gottesstaat des Mittelalters bis

zur neo-liberalen Gesellschaft vielfältige Zeugnisse einer Diffamierung depressiver Menschen, weil sie – aus der Sicht der Herrschenden – die jeweiligen Heilsversprechen in Frage stellen. So schämen sich auch heute noch viele Depressive dafür, depressiv zu sein.

**CFS** Auf diesem Hintergrund ist es interessant, sich die Geschichte des »Chronischen Müdigkeitssyndroms« zu vergegenwärtigen, das sich phänomenologisch nicht leicht von einer Depression unterscheiden lässt. In der Tat ist wiederholt die Frage gestellt worden, ob es sich beim CFS nicht um eine »somatisierte Depression« handelt, so dass sich eine eigenständige Diagnosekategorie erübrigt. Die verfügbaren Untersuchungen ergeben kein eindeutiges Bild. Eindeutig ist dagegen das Votum der Lobbygruppe aus Experten und Patientenvertretern, die das Syndrom nach langen Jahren des Kampfes um Anerkennung als eigenständige Krankheitsdiagnose durchgesetzt hat. Sie behauptet einen Unterschied, der genau besehen die Stigmatisierung der Depression bedient. So kann man in »HarperDs & Queen«, einem populären britischen Magazin lesen: »Personen, die an Chronischer Müdigkeit leiden, sind hoch leistungsmotiviert. Sie haben zuviel Willensstärke, während Depressive so gut wie keine haben«. Liest man diese Gegenüberstellung vor dem Hintergrund einer Gesellschaft, die Leistungsmotivation zu ihren Kardinaltugenden zählt, dann erscheinen Menschen, die an einem »Chronischen Müdigkeitssyndrom« leiden, als tugendhafte Gesellschaftsmitglieder, die Anspruch auf Verständnis und damit auch auf Entlastung durch die Krankenrolle haben. Dagegen werden depressive Menschen als leistungsunwillig stigmatisiert und suggeriert, sie verdienen die Krankenrolle gar nicht. Was weiß die Forschung über die Lebensführung von Menschen, die an CFS leiden? Wie meist gibt es mehr als eine Pathogenese. Gesichert ist ein Subtyp, der in Identifikation mit unerbittlichen elterlichen Leistungserwartungen höchste Leistungsanforderungen an sich selbst stellt. Die Einlösung dieser Anforderungen kann, wenn überhaupt, nur unter Aufbietung aller »Kräfte« gelingen. Reichen sie nicht aus, erleben es die Betroffenen als Schwäche, die sie sich verbieten. Sie ruhen sich nicht aus und klagen auch nicht, überfordert zu sein – aus Angst, Anerkennung zu verlieren, da sie von Kindheit an die Erfahrung gemacht haben, in solchen Situationen mit Beschämungen und / oder Schuldzuweisungen bestraft worden zu sein. Um diese negativen Gefühle nicht (wieder) erleben zu müssen, beantworten sie jede Schwäche mit einer neuerlichen Mobilisierung letzter Reserven und zwar so lange, bis ein kritisches Lebensereignis eintritt, das nicht mehr auf diese Weise zu bewältigen ist: Dem entsprechend zeigen Untersuchungen, dass es oftmals gestiegene berufliche Belastungen und daraus folgende Gefährdungen

der intimen Beziehungen sind, die hinter der Somatisierung<sup>2</sup> zum Vorschein kommen. Betrachtet man in dieser Perspektive die Selbstaussagen von Betroffenen, so finden sich etliche darunter, für die gilt, was einer von ihnen über seine prämorbid Lebensführung in die Metapher fasst: »Ich habe die Kerze an beiden Enden gleichzeitig entflammt«. Oder in den Worten eines anderen: »In meinem Leben bin ich immer mit 90 Meilen in der Stunde unterwegs gewesen. Nun bin ich [durch CFS] gezwungen worden abzustopfen und statt fünf Sachen gleichzeitig nur noch eine zu machen.«

Menschen, die derart beschleunigt leben, sind nicht nur Yuppies, weshalb die diffamierende Bezeichnung von CFS als »Yuppie-Grippe« sozial zu kurz greift. Seit den späten 1970ern in den USA und mit der üblichen Verspätung in Deutschland seit den späten 1980ern nimmt der Leistungsdruck für breitere Bevölkerungsschichten zu, weil es unter den Bedingungen verschärfter ökonomischer Verteilungskämpfe immer »Kräfte« raubender wird, sozial aufzusteigen. Aufstiegsorientierung schlägt sogar in Abstiegsangst um. Besonders betroffen sind Menschen, die ihr Selbstwertgefühl aus ihrem Arbeitsvermögen beziehen. Unter Menschen, die an CFS leiden, gibt es davon anscheinend viele: »Ich bin jemand, der sich sehr über das definiert, was er tut. Und ich fühle, wenn ich nicht arbeiten könnte, würde das das Schlimmste sein, was mir passieren könnte. Ich fühle, dass ich völlig daneben wäre, wenn ich nicht arbeiten könnte«. Deshalb schränken solche Menschen, wenn sie ein CFS entwickeln, auch nicht ihre Arbeit ein, sondern ihr übriges Leben, um »Kräfte« für die Arbeit zu sparen: »Zur Arbeit, ins Bett. Zur Arbeit, ins Bett. Ich hatte kein Leben«. Trotz dieser Ich-Einschränkung versuchen sie, unbedingt eine sozial erwünschte Fassade zu wahren. Besonders auffällig ist das instrumentelle Verhältnis, das solche Menschen zu sich selbst haben, wie es in Beschreibungen zum Ausdruck kommt, in denen sie von ihrem Körper sprechen, als sei er nicht sie selbst: »Dein Körper benötigt Ruhe, aber du brauchst Antrieb und du musst irgendetwas tun, was dich auf Touren bringt ...«. »Wenn du dich nicht gesund fühlst, wenn dein Körper nicht richtig arbeitet, untergräbt das das Vertrauen in deinen Körper, von dem du gar nicht gewusst hast, dass er da war«. Sogar das Ziel einer gesünderen Lebensführung wird noch aus derselben Distanz formuliert: »lernen, was dir dein Körper sagt«. Änderungen der Lebensführung erweisen sich als schwierig, da die Betroffenen in einer Mitwelt leben, ihre Familien eingeschlossen, die sie nicht aus ihren Leistungsverpflichtungen entlässt. Wie bereits angedeutet, hat es einen langen Kampf um die Anerkennung des CFS als eigenständige Krankheitsdiagnose gegeben – und zwar als hirnpathologische Krankheit. Trotz anhaltender Zweifel besteht seit dem Inkrafttreten der ICD-10 Online-Version von 2006 die

diagnostische Möglichkeit, das Syndrom unter G93.3 zu verschlüsseln. Damit fällt es unter »[Sonstige] Erkrankungen des Gehirns«. Dadurch wird eine hirnpathologische Verursachung festgeschrieben und der Verdacht abgewehrt, es handle sich um eine »Neurasthenie«<sup>3</sup> oder um eine »somatoforme Störung«. Trotzdem hält die Kontroverse an, wobei die Lobbygruppe in Deutschland klagt, die Diagnose werde zu selten vergeben. Nimmt man das Symptom einer »chronischen Müdigkeit« für sich alleine, liegt die Bevölkerungsprävalenz in Deutschland nach einer aktuellen Erhebung bei 6,1%. Das »Chronische Müdigkeitssyndrom« ist mit maximal einem halben Prozent dagegen sehr viel seltener. Damit übereinstimmend nennt das Deutsche Ärzteblatt für das Jahr 2002 eine Zahl von 300 000 betroffenen Erwachsenen. Auch sollen Kinder und Jugendliche darunter leiden, allerdings noch seltener. In Anbetracht der vergleichsweise geringen Prävalenz in der Bevölkerung, die für das CFS geschätzt wird, muss die anhaltende Kontroverse verwundern, die um seine Interpretation entbrannt ist. Fokussiert man den hier akzentuierten Subtypus von »Leistungsträgern«, so lässt sich die gesellschaftliche Relevanz dieser Kontroverse begreiflich machen. Betroffen sind Menschen, die das Ideal der Leistungsgesellschaft verkörpern und bei Überforderungen anfangen, darunter zu leiden, dass sie es verkörpern. Ihr Kampf um die Anerkennung des CFS als hirnpathologische Krankheit erscheint in dieser Perspektive als eine Stabilisierung der Leistungsgesellschaft. Statt die gesellschaftlichen Zumutungen zu problematisieren, die auf eine Normalisierung von Überforderungen hinauslaufen, zielen die Gesellschaftsmitglieder, die mitzuhalten suchen, es aber nicht länger können, vorbewusst darauf ab, mit der Krankenrolle »belohnt« zu werden. Es ist keine Frage, dass sie tatsächlich leiden und durch ihre Symptome widerwillig eine mehr oder weniger gravierende Veränderung ihres Lebens hinnehmen müssen, die bezeichnenderweise nicht selten in die Arbeitsunfähigkeit führt. Indem sie die Rolle eines organisch Kranken für sich erkämpfen, erhalten sie einen legitimen Grund für eine Auszeit oder einen Ausstieg. Solange sie dabei Ausnahmen bleiben, kostet dies die Leistungsgesellschaft weniger, als wenn sie ihr hypertrophiertes Grundprinzip in Frage stellen müsste.

**AD[H]S** Ähnlich wie für CFS beschrieben, verläuft auch die Karriere der AD[H]S-Diagnose bei Kindern und Jugendlichen, die unbehandelt – so ein gängiges Szenario – zu AD[H]S-Erwachsenen werden, deren gesellschaftlicher Erfolg gefährdet ist. Auch für dieses Syndrom, das bei Kindern- und Jugendlichen eine Bevölkerungsprävalenz von 2-5% hat, versucht eine Lobby eine hirnpathologische Interpretation durchzusetzen, obgleich es klare Hinweise für ganz unterschiedliche Pathogenesen gibt, die diagnostisch

unterschieden werden müssten, weil sie eben nicht – wie oft zu hören ist – verschiedene »Sichtweisen« auf dieselbe nosologische Einheit sind. Keine Frage, dass zu den möglichen Ursachen für die beobachteten Symptome auch Hirnstoffwechselstörungen gehören. Nach seriösen Schätzungen liegt ihre Häufigkeit aber im Promillebereich. Auch der AD[H]S-Diskurs ist eine Diskurs, in dem die Leistungsgesellschaft verhandelt wird. Sichtet man die Symptome, die für eine Diagnose herangezogen werden, dann sind es ein ungehemmter Bewegungsdrang und / oder eine notorische Unaufmerksamkeit, die mit weiteren Auffälligkeiten in sozialen Beziehungen einhergehen (können), zu denen anti-soziale Tendenzen, oppositionelles Trotzverhalten sowie Ungehorsam gegenüber Autoritätspersonen gehören. Dabei wird immer wieder die Schule als der institutionelle Kontext herausgestellt, in dem diese Verhaltensweisen besonders stören, da Stillsitzen, Konzentration auf den zu lernenden Unterrichtsstoff und Respekt vor der Lehrperson zu den basalen Erwartungen der Institution an einen Schüler gehören. Ob und inwieweit er diese Erwartungen erfüllt, entscheidet maßgeblich über seinen Schulerfolg und damit auch über seine späteren Lebenschancen. Nun sind Unruhe, Unaufmerksamkeit und Ungehorsam keine neuen »Störungen«. Rückt man AD[H]S in die Geschichte der Kindheit und in die Geschichte der Schule ein, so finden sich von Anfang an Erwachsene, die sich über solche Kinder beklagen. Zivilisationsgeschichtlich betrachtet befinden sich Grundschulkind an der Schwelle, an der Fremdzwang in Selbstzwang übergehen soll: Von den Kindern wird erwartet, ihr Verhalten zu zivilisieren, indem sie die geltenden Normen gesellschaftlicher Affektregulierung verinnerlichen, da Selbstbeherrschung eine

---

### **Befragt man die Kulturgeschichte, so gehört die Depression – oder Melancholie – seit jeher zu den psychischen Zuständen mit dem höchsten Stigmatisierungspotenzial.**

---

der ersten Bürgerpflichten ist. Wenn dieser Verinnerlichungsprozess erfolgreich verläuft, werden die Anforderungen der Gesellschaft nicht länger als Zumutungen erlebt, die Widerstand provozieren, sondern als Herausforderungen, denen sich die Heranwachsenden freiwillig und freudig stellen. Darf die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts als eine Zeit forciert Modernisierung gelten, in der das bürgerliche Leistungsethos breitenwirksam wird, was zu einer Prämierung kognitiver Fähigkeiten führt, so entspricht dem der Sachverhalt, dass in dieser Zeit das unruhige, unaufmerksame und ungehorsame Schulkind zum Problemkind wird.

Zeitgleich entsteht auch die soziokulturelle Vorstellung von Aufmerksamkeit, die wir heute als selbstverständlich voraussetzen. Danach ist Aufmerksamkeit die generelle Fähigkeit, sich nicht von der Erfüllung seiner Rollenpflichten durch sinnliche Reize ablenken zu lassen, die diesen Pflichten zuwider laufen, mithin der Zerstreuung zu widerstehen und sich zu zentrieren, zu konzentrieren. Verlangt wird, von der Attraktion eines Wahrnehmungsgegenstandes sowie von eigenen inhaltlichen Interessen abzusehen. Damit ist eine Voraussetzung geschaffen, entfremdete Arbeit leisten zu können. Indem die Schule auf ein Leben in der Erfüllung von Rollenpflichten vorbereiten soll, hat sie einen Anpassungsauftrag, weshalb sich schulische Curricula – bis heute – kaum an den Inhalten orientieren, die Kinder und Jugendliche interessieren. Die Forderung nach einer »kindgerechten Schule« wird nach wie vor durch die Praxis düpiert, »schulgerechte Kinder« zu prämiieren und alle anderen auszusortieren. Ist Schule die Institution in der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen, in der diese danach selektiert werden, ob und wie weit sie fähig und bereit sind, gesellschaftlich geforderte Leistungen zu erbringen, so ist auch klar, warum AD[H]S für ein Schulkind und seine Eltern zu einem an Konsequenzen reichen Problem wird. Werden über die Zertifizierung schulischer Leistungen die späteren Lebenschancen verteilt, so ist das nur dann gerecht, wenn die gleichen Chancen bestehen, Leistungen zu erbringen. Besteht Chancengleichheit, so gehen unterschiedliche Schulabschlüsse einzig auf unterschiedliche Leistungen zurück und sind somit gerechtfertigt. Minderleistung und Leistungsversagen in der Schule erweist sich somit nicht nur individuell, sondern auch gesellschaftlich als erklärungsbedürftiges Problem. AD[H]S-Kinder und -Jugendliche sind unruhig, unaufmerksam und ungehorsam, was Minderleistung und Leistungsversagen in der Schule nach sich zieht. Nun könnte man behaupten, dies sei in erster Linie ein Problem der Schule: eine »kindgerechte Schule«, die mehr Förderung und weniger Selektion betreibt, führe zu einer Verringerung der betroffenen Kinder und Jugendlichen – mit Ausnahme von denen, die tatsächlich Hirnstoffwechselstörungen haben. So gesehen, wären in einem ersten Schritt Schulreformen fällig. Jedoch ist festzustellen, dass eine solche Forderung im öffentlichen AD[H]S-Diskurs nicht mit dem gleichen Nachdruck vorgebracht wird wie die Forderung, AD[H]S als monokausale Organpathologie anzuerkennen. Folge dieser Haltung – ob naiv, resignativ oder zynisch – ist ein ideologischer Kurzschluss: Die Leistungsforderungen der Schule werden als sakrosankt gesetzt, wodurch man AD[H]S auf ein Anpassungsproblem reduziert. Es gibt Kinder und Jugendliche, die sich anpassen, und solche, die sich nicht anpassen. Unter denen, die sich nicht anpassen,

gibt es wiederum welche, die sich aufgrund von AD[H]S nicht anpassen können, obwohl sie dazu bereit sind. Greift für diese Kinder und Jugendlichen die Erklärung einer monokausalen Organpathologie, dann sind weder sie noch ihre Eltern und Lehrer für ihre Minderleistung oder ihr Leistungsversagen verantwortlich zu machen. Mehr noch: Greift die Erklärung, dass für die Therapie der unterstellten Hirnstoffwechselstörung ein potenter Wirkstoff wie Ritalin zur Verfügung steht, dann erscheint eine Nicht-Verabreichung des Psychopharmakons als Verletzung des Grundsatzes der Chancengleichheit. Da dieser Grundsatz zur Basisideologie der Leistungsgesellschaft und ihres Schulsystems gehört, müssen Schulen und ihre

Entlastungs-Politik durchzusetzen. Die Mittelschicht ist strukturell in einer Zwischenposition: Sie orientiert sich nach oben und sichert sich gleichzeitig gegen unten. Dabei setzt sie auf Leistung, in der sie einen Garanten für einen gelingenden sozialen Aufstieg sieht. Die ihr eigene Gerechtigkeitsnorm ist die der Leistungsgerechtigkeit: wer mehr leistet, verdient auch mehr. Deshalb favorisiert die Mittelschicht auch ein Schulsystem, das den Schülern nicht nur Leistungsbereitschaft beibringt, sondern auch eine Differenzierung nach Leistungsfähigkeit: wer mehr leistet, verdient einen höheren Schulabschluss und damit im späteren Leben ein höheres Einkommen und ein höheres Ansehen. Indessen ist die gesellschaftliche Lage der Mittelschicht

---

### Werden über die Zertifizierung schulischer Leistungen die späteren Lebenschancen verteilt, so ist das nur dann gerecht, wenn die gleichen Chancen bestehen, Leistungen zu erbringen.

---

Lehrer daran interessiert sein, jeden Verdacht von sich zu weisen, sie würden diesen Grundsatz verletzen. Deshalb wird dann auch Methylphenidat als ein Wirkstoff wie Insulin dargestellt, der nichts anderes bewirkt, als den gestörten Hirnstoffwechsel zu «normalisieren». Wenn das so wäre, müsste Ritalin bei AD[H]S-Kindern und -Jugendlichen anders wirken als bei Kindern, die einen «normalen» Hirnstoffwechsel haben. Das aber lässt sich nicht nachweisen. Denn das Medikament wirkt bei Kindern ohne AD[H]S-Diagnose ähnlich, so dass eine positive Wirkung nicht als Beweis dafür gelten kann, dass der unterstellte Mangel an Neurotransmittern medikamentös lediglich kompensiert würde. Zudem zeigt sich bei einem Drittel der AD[H]S-Kinder und -Jugendlichen, dass auch bei Gabe von Placebos eine Verringerung der Symptome eintritt, was – wie bei allen Placebo Effekten – auf einen eigenständigen Effekt zwischenmenschlicher Zuwendung verweist. Die Präferierung einer hirnpathologischen Erklärung führt nicht nur zu einer Delegation von Erziehungsaufgaben an das Medizinsystem und stellt dadurch zugleich Verantwortungsfragen still, sie erschwert auch Bemühungen, sinnverstehend mit den «störenden» Verhaltensweisen der Kinder und Jugendlichen umzugehen. Man kann den Eindruck gewinnen, dass die Erwachsenen gar nicht «hören» wollen, was die AD[H]S-Kinder und -Jugendlichen zu «sagen» haben, und da die Kinder und Jugendlichen spüren, dass dies so ist, bedienen sie sich einer «Sprache der Symptome», die sie selbst nicht verstehen. Auch wenn sich AD[H]S-Kinder und -Jugendliche nicht alle aus der Mittelschicht stammen, so sind es doch in erster Linie Mittelschicht-Eltern (und an der Mittelschicht orientierte Eltern), die – im Verein mit Lehrern und Ärzten – öffentlichen Druck ausüben, um ihre

seit den 1990er Jahren prekärer denn je: So hat ihre Aufstiegsorientierung dazu geführt, dass beide Elternteile berufstätig geworden sind. Unter den Bedingungen einer zunehmenden Dynamisierung des Arbeitsmarktes samt der dadurch erzwungenen Aggressivierung der Selbstvermarktung der eigenen – flexibel einsetzbaren – Arbeitskraft erhöht sich für Familien die Gefahr einer Destabilisierung, die zu einem nicht geringen Teil auf Kosten der Nachkommen geht. Von ihren Eltern weiterhin mindesten auf Statussicherung eingestellt, erleben die Kinder und Jugendlichen die Selbstausbeutung, die ihre Eltern praktizieren, als wenig lebenswert, zumal auch das Versprechen, dass sich Leistung lohnt, immer öfter unerfüllt bleibt: z.B. wenn sich schmerzlich zeigt, dass Leistung nicht vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg schützt. Diese «Proletarisierung» der Mittelschicht erhöht bei ihren Mitgliedern die Angst vor sozialer Desintegration, die sie – in ihrer Leistungsideologie verhaftet – nicht durch eine leistungskritische Politisierung, sondern durch eine Steigerung ihrer Anpassungsleistungen zu bewältigen suchen: Mehr vom selben. Und diesen Bewältigungsmodus geben sie – hinterrücks – an ihre AD[H]S-Kinder und -Jugendlichen weiter, wenn sie deren «störende» Verhaltensweisen als Symptome einer Hirnstoffwechselstörung erklären, wie es ihnen das Medizinsystem empfiehlt, das damit seinem gesellschaftlichen Auftrag nachkommt, den Status quo der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu sichern. Gleichzeitig macht es ihnen das verlockende Angebot einer Therapie, die ihr schlechtes Gewissen beruhigt, indem es einen potenten psychopharmakologischen Wirkstoff bereitstellt, der die Symptome zum Verschwinden bringt, ohne dass die Eltern

dafür mehr Zeit aufwenden müssten, als es bedarf, um die Einnahme der Medikamente zu überwachen. Indem die Eltern auf diese Weise Zeit sparen, ersparen sie sich gleichzeitig eine Reflexion ihres eigenen Lebensentwurfes. Würden sie sich die Zeit nehmen, um die «Sprache der Symptome» ihrer AD[H]S-Kinder und -Jugendlichen verstehen zu lernen, kämen sie vermutlich nicht umhin, sich selbst nach dem Sinn in ihrem Leben zu fragen. Und die AD[H]S-Kinder und Jugendlichen, für die Kindheit immer weniger «Schonzeit» ist, weil die ursprüngliche Vorstellung langsamer und deshalb nachhaltiger Entwicklung dem dromomanen Diktat eines beschleunigten Erwachsenwerdens geopfert wird: was bedeutet es für sie, mit der AD[H]S-Diagnose und täglichen Ritalin-Dosen zu leben? Sie lernen, dass ihre Anpassungsprobleme krankhaft sind, weil gesunde Kinder und Jugendliche keine Anpassungsprobleme haben. Sie lernen, dass ihre Unruhe, ihre Unaufmerksamkeit und ihr Ungehorsam «Störungen» sind, die keinen Sinn machen. Sie lernen, dass es nicht darauf ankommt, sich zu verständigen, um andere und sich selbst zu verstehen, sondern Mittel zu finden, schnellstmöglich zu beseitigen, was «stört». Statt mündig zu werden, lernen sie, sich im Dienste einer unreflektierten Anpassung selbst zu instrumentalisieren. Und das unter Umständen ein Leben lang. Was meine Überlegungen, die ich hier vorgetragen habe, für die klinisch-psychoanalytische und psychotherapeutische Arbeit oder gar für die Berufspolitik von Psychoanalytikerinnen und Psychoanalytikern bedeutet, vermag ich auf Anhieb nicht zu sagen. Auch gibt es Berufenere als mich, dies zu diskutieren. Ich wollte anlässlich des hundertsten Geburtstag von Alexander Mitscherlich in diesem Jahr an sein Programm einer »Sozialmedizin« erinnern und einen Eindruck von dessen Aktualität vermitteln. Was er »Sozialmedizin« nennt, ist eine psychoanalytische Sozialpsychologie und Soziologie, die sich mit der soziokulturellen Bedingtheit individuellen Leidens und dessen Transformation in Krankheitsdiagnosen auseinandersetzt und dabei das Medizinsystem selbst als ein System sozialer Kontrolle thematisiert. Ich bin der Auffassung, dass es zu den Aufgaben gerade der Psychoanalyse gehört, die psychosozialen Folgen normativer sozialer Ordnungen vor allem in Zeiten eines forcierten Gesellschaftswandels bewusst zu machen, damit blinde Anpassung nicht selbstverständlich wird.

**ERSCHIENEN IN: ASTA-ZEITUNG, SCHWERPUNKT PSYCHOLOGIE, 12/2008, SEITE 24 – 27**

**1** Anm. d. Red. Alexander Mitscherlich (1908 – 1982) war Professor an der Universität Frankfurt am Main und Gründer des Sigmund-Freud-Instituts. Er hat maßgeblich zur institutionellen Verankerung der Psychoanalyse in der Bundesrepublik beige tragen und u.a. mit seinen

sozialpsychologischen Schriften in den öffentlichen Diskurs der Nachkriegszeit eingegriffen. Mitscherlich hätte dieses Jahr seinen hundertsten Geburtstag gefeiert.

**2** Anm. d. Red. »Von Freud eingeführte Bezeichnung für die Umwandlung seelischer Konflikte in Organerkrankungen oder psychosomatische Störungen.« (Fröhlich, Werner D.: Wörterbuch Psychologie, München 2000)

**3** »Allgemeine und umfassende Bezeichnung für einen Zustand extremer Inaktivität bzw. Ermüdbarkeit bzw. genereller Antriebslosigkeit in körperlicher und geistiger Hinsicht.« (Ebd.)

#### Zum Weiterlesen:

- Haubl, Rolf; Brähler, Elmar (Hg.); psychosozial 110: Neue moderne Leiden. Krankheit und Gesellschaft
- Stephan Hau, Hans-Joachim Busch, Heinrich Deserno (Hg.): Depression – zwischen Lebensgefühl und Krankheit
- Marianne Leuzinger-Bohleber, Yvonne Brandl, Gerald Hüther (Hg.): ADHS – Frühprävention statt Medikalisierung. Theorie, Forschung, Kontroversen



# Widerstand im Gesundheitswesen in Griechenland

Griechenland steckt in der Krise. Die von der Troika oktroyierten und der griechischen konservativ-sozialdemokratischen Regierung umgesetzten Austeritätsmaßnahmen führen nicht etwa heraus, sondern stürzen die Gesellschaft immer tiefer in die Krise. Die Sparpakete der letzten drei Jahre haben das griechische Gesundheitssystem auf das Niveau eines Entwicklungslandes gebracht, aber die Troika besteht dennoch auf weiteren Einschnitten im medizinischen Bereich. Das medizinische Personal in Krankenhäusern und Praxen kann oft nur noch eine Notfallbehandlung aufrecht erhalten. Die letzten drei Jahre kam es zu einem massiven Anstieg von Erkrankungen, v.a. bei Depression, Alkoholismus und AIDS; Malaria, West-Nil-Fieber, Tuberkulose kehren nach Griechenland zurück. Es gibt eine Krise bei den Blutkonserven; Importe werden notwendig, die aber nicht erfolgen, weil nicht gezahlt werden kann. Die Säuglingssterblichkeit hat sich die letzten drei Jahre verdoppelt. Die Suizidrate hat um 30% zugenommen. In den meisten Kliniken fehlen unverzichtbare Grundmaterialien wie Einmalhandschuhe, Gips und Katheter. Ärmere Frauen müssen zu Hause entbinden, da sie sich eine Krankenhausbettstelle, die zwischen 700 und 1.500 Euro kostet, nicht leisten können.

Es sollen – ohne gesundheitspolitischen Plan! – fast die Hälfte der Klini-

Bevölkerung haben keine Krankenversicherung mehr. Man verliert diese – wie auch jegliche staatliche finanzielle Unterstützung –, wenn man länger als ein Jahr arbeitslos ist (Arbeitslosenrate lt. SZ vom 8.8.2013: 27,6%). Patient\_innen müssen auch für Leistungen, die von der staatlichen Krankenversicherung gedeckt sind, oder beim Arzt oder in der Apotheke immer mehr zuzahlen. Und das bei drastisch gesunkenen Löhnen (der Mindestlohn liegt bei 390 Euro im Monat!).

Diese Informationen mögen genügen, sich ein Bild von der dramatischen Situation im Gesundheitswesen in Griechenland zu machen. Was machen alle die Menschen, die nicht (mehr) versichert sind oder nicht genügend Geld haben für medizinische Versorgung? Wenn sie Glück haben, werden sie in ihrer Stadt oder in ihrem Ort eine der inzwischen über 30 »Solidarischen Kliniken« (sie werden Kliniken genannt, faktisch sind es ambulante Praxen) finden, wo sie umsonst ambulant behandelt werden. Die ersten dieser Kliniken sind im Zusammenhang von Flüchtlings(selbst)hilfeprojekten entstanden: die erste in Griechenland überhaupt in Rethymno auf Kreta, aber auch die inzwischen »berühmte« Klinik in Thessaloniki, über die ich hier ausführlicher berichten werde. Dort schlossen sich aus Anlass eines Hungerstreiks von Flüchtlingen Ärzt\_innen und migrationspolitische Aktivist\_innen zusammen, um Menschen ohne

die z.B. von der orthodoxen Kirche organisiert werden oder mit dieser eng zusammenarbeiten, so z.B. die in Xanthi, in der Hauptstadt Thrakiens. Diese Praxen wie wohl auch die der Ärzte der Welt scheinen nicht den politischen Ansatz zu teilen, den die meisten der Solidarischen Praxen verfolgen: Den solidarischen Praxen geht es explizit nicht nur um medizinische Hilfe als »Barmherzigkeit« sondern um Solidarität als politischen Prozess und als Widerstand gegen die Zerstörung eines öffentlichen Gesundheitswesens.

## Das »soziale Gesundheitszentrum der Solidarität« in Thessaloniki (KIA)

Im Januar 2011 beschlossen während eines Hungerstreiks von 300 Migrantinnen für einen legalen Aufenthaltsstatus, von denen 50 in Thessaloniki untergebracht waren, die sie betreuenden Ärzt\_innen, nach dem Streikende weiterzumachen und nach dem Vorbild des Zentrums in Rethymno ein selbstverwaltetes solidarisches Gesundheitszentrum für Migrant\_innen und Menschen ohne Papiere in Thessaloniki aufzubauen, das dann im November 2011 öffnete. Bald zeigte sich aber, dass auch der Bedarf der griechischen Bevölkerung immer höher wird. Inzwischen haben 60% der Patient\_innen einen griechischen Pass, was ein Besuch der Praxis im Juli 2013 augenscheinlich bestätigte. 95% der Patient\_innen kommen aus den ärmsten Teilen der Stadt, die große Mehrheit ist zwischen 20 und 60 Jahre alt. Es gibt ca. 6000 Patientenkontakte im Jahr.

Im Gesundheitszentrum der Solidarität arbeiten über 200 Ehrenamtliche: Ärzt\_innen aus 9 Fachrichtungen (darunter Allgemeinmediziner, Kinderärzte, Gynäkologen, Zahnärzte, Psychiater, Psychotherapeut\_innen), Pflegepersonal, Sozialarbeiter\_innen und Verwaltungsmitarbeiter\_innen. Zum Netzwerk gehören weitere 80 (Fach)Ärzt\_innen, die bereit sind, Patient\_innen in ihrer eigenen Praxis unentgeltlich zu behandeln. Sehr wichtig ist außerdem die soziale

Apotheke in der Klinik, die kostenlos Medikamente an die Patient\_innen abgibt. Noch haben sie für 90–95% der Patient\_innen die nötigen Medikamente. Schwierig wird es bei teuren und selten gebrauchten Krebsmedikamenten, doch auch diese können sie oft organisieren. Manche Abteilungen von Krankenhäusern schleusen unversicherte Menschen an den Verwaltungen vorbei, um sie umsonst zu behandeln. Das wird sicher mutmaßlich bald schwieriger werden, wenn die mit deutscher Gründlichkeit installierten DRG und entsprechende Computerprogramme wirklich implementiert sind. Muss allerdings jemand offiziell ins Krankenhaus und ist nicht versichert, dann muss er\_sie bezahlen. Wenn man das nicht kann, dann geht die Rechnung vom Krankenhaus ans Finanzamt, das dann versucht, die Schulden mit den Steuern einzutreiben. Wenn auch das nicht möglich ist, haben die Menschen im Moment Schulden, auch wenn die Wohnung oder das Haus, das sie bewohnen, ihr Eigentum ist. Das wird sich – Auflage der Troika – ab 1. Januar 2014 ändern. Ein weiterer Armutsschub ist dann zu befürchten.

Wie auch in Athen und den anderen Praxen arbeiten die Mitarbeiter\_innen in Thessaloniki unentgeltlich, d.h. nach Feierabend von ihrem anderen Job, in ihrer Freizeit. Die Praxis funktioniert wie eine normale Arztpraxis: Patient\_innen rufen an und bekommen einen Termin, es gibt eine Krankenakte, einen Wartebereich, verschiedene Sprechzimmer. Allerdings gibt es keine Rezepte, keine Überweisung oder ähnliches, denn die Arbeit der Praxen findet eigentlich illegal statt. Die Beschäftigten, hier vor allem die behandelnden Ärzt\_innen, riskieren damit möglicherweise auch ihre Existenz, denn sie behandeln dort mehr oder weniger illegal. Bislang ist allerdings noch keinem etwas passiert. Es ist anzunehmen, dass die politischen Instanzen froh sind um deren ehrenamtlichen und lebensrettenden Einsatz und deshalb noch niemanden belangen.

## Die letzten drei Jahre kam es zu einem massiven Anstieg von Erkrankungen, v.a. bei Depression, Alkoholismus und AIDS; Malaria, West-Nil-Fieber, Tuberkulose kehren nach Griechenland zurück.

ken geschlossen werden. Ein Viertel der Stellen im Gesundheitswesen ist nicht mehr besetzt. Im Krankenhaus Beschäftigte müssen oft monatelang auf ihr Gehalt warten, Bereitschafts- und Notdienste werden oft überhaupt nicht mehr bezahlt.

Viele Kranke haben inzwischen keinen Zugang mehr zu notwendiger medizinischer Behandlung, denn 30% der

Papiere und Flüchtlinge medizinisch zu versorgen. Andere Kliniken wurden erst im Zusammenhang mit der Krise und den geschilderten dramatischen Entwicklungen gegründet, wie z.B. die in Athen im Stadtteil Elliniko von Ärzt\_innen des Sanitätsdienstes bei einer Demo im Sommer 2011.

Es gibt allerdings auch Praxen oder medizinische Versorgungsstellen,

Die Praxis wird nicht als karitativ verstanden, sondern als politisches Projekt. Insofern werden die Patient\_innen auch dazu aufgefordert, an dem Projekt zu partizipieren und z. B. an den Versammlungen des Praxiskollektivs teilzunehmen. Seit der Eröffnung gilt der politische Grundsatz der Solidarität: »...unser Hauptziel als SSKTH ist es zu zeigen, dass solidarische Strukturen funktionieren und dass es uns durch solidarische Organisation gelingen kann, die Probleme zu überwinden, die durch die ökonomische Krise entstehen. Solidarität bedeutet dabei mehr, als nur eine helfende Hand auszustrecken. Solidarische Strukturen können wirkungsmächtig werden, wenn Solidarität zum Teil des Bewusstseins wird, nicht nur unserer Patient\_innen, sondern auch ihrer Familien und der Viertel, in denen sie wohnen. Während eines solchen Prozesses wird klar, dass solidarische Strukturen nicht nur im Gesundheitssektor geschaffen werden können, sondern in allen Bereichen unseres Lebens. Dieser Bewusstwerdungsprozess ist schwer in Gang zu setzen. Erfolg haben wir dann, wenn es gelingt, das SSKTH zum Teil einer Bewegung mit dem Ziel der gesellschaftlichen Selbstverwaltung und Solidarität zu machen«, so die Kinderärztin Serafia Kalamitsou in einem Interview (Graswurzelrevolution, Nr.373, 11/2012). Die Praxis lebt von Medikamenten- und finanziellen Spenden und von Solidaritätsaktionen (wie z. B. Konzerten, Solidarity-Dinners, Festivals, bei denen an den politischen Diskussionsständen Material verteilt aber auch T-Shirts verkauft werden etc.) (Spenden-)Gelder werden nicht vom Staat, Parteien oder Firmen angenommen, sondern nur von Privatpersonen, Vereinen, sozialen Gruppen etc. So wollen sie sich ihre politische Unabhängigkeit bewahren. Über diese wird im Kollektiv durchaus auch gestritten. Es gibt dort Leute, die eng mit der linken Partei Syriza verbunden sind oder Funktionen in dieser haben, und welche die eher aus einer autonomen politischen

Richtung kommend mit Parteipolitik gar nichts zu tun haben (wollen). Die Entscheidungen über Fragen der praktischen aber auch politischen Zusammenarbeit, der Organisation der Arbeit, der politischen Positionierung werden auf den alle 7-10 Tage stattfindenden Vollversammlungen des Gesundheitszentrums getroffen. Von dieser gehen auch öffentliche Stellungnahmen zu Gesundheitsthemen aus. Die Praxis versteht sich als temporäre Einrichtung mit dem Ziel gesellschaftliche und politische Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle einen gleichberechtigten kostenlosen Zugang zum Gesundheitssystem haben. Daneben stehen aber auch Fragen vom Kampf gegen Rassismus auf der Tagesordnung des Zentrums. Gefragt danach, wie wir in oder aus Deutschland solidarisch sein können, bekommt man immer wieder die Antwort: Nicht das fehlende Geld oder die Medikamente sind unser zentrales Problem, sondern der »Krebs in den Köpfen«, der die Mehrheit lähmt, sich gegen die Austeritätspolitik zu wehren, in Griechenland wie in Deutschland. Das wichtigste, was sie von uns erwarten, ist, dass wir hier die Akteure dieser Austeritätspolitik bekämpfen und aufklären über die wirklichen Zusammenhänge. Die auch und vorrangig von deutschen Politiker\_innen geforderte Austeritätspolitik tötet Menschen in Griechenland, das ist kein Geheimnis mehr. Die Unterstützung dieser Politik nimmt dies billigend in Kauf. Das müssen wir hier den Menschen erklären. Dennoch sind natürlich auch Geldspenden willkommen – nicht nur an die Klinik in Thessaloniki, sondern auch an die 33 anderen!! (Adressen für Spenden, und Aufrufe der Kliniken zu Soliaktionen finden sich auf der Homepage des vdää unter: Themen / Gesundheitspolitik international / Gesundheitswesen in Griechenland)

**NADJA RAKOWITZ**





# Is Revolutionary Ireland Dead and Gone?

## Bericht aus einem Land in der Krise

Eines Menschen Vergangenheit ist das, was er ist. Sie ist der einzige Maßstab, an dem er gemessen werden kann.

(Alle Zitate in den Zwischenüberschriften stammen von Oscar Wilde, geboren in Dublin.)

Was für einen Menschen gilt, gilt erst recht für eine Nation: Um die aktuelle Situation in Irland zu verstehen und bewertend einzuordnen, ist es unvermeidlich, wenigstens in großen Zügen die irische Geschichte zu kennen.

Eigentlich hat sich seit den Zeiten von James Joyce und William Butler Yeats nicht so viel geändert in Dublin. Man ist in der übersichtlichen

Hauptstadt viel zu Fuß unterwegs, schlendert mal gemütlich, mal gehetzt von einem Geschäft zum anderen, denkt über seinen derzeitigen Lieblingsmailwechsel nach und landet am Abend in irgendeinem Pub, wo man betrunkene Originale kennenlernt. Allerdings waren die Jahre vor dem 1. Weltkrieg in Irland auch ein Höhepunkt des politischen Aktivismus. Nicht nur in den Werken von Joyce und Yeats ist die nationale, und damit in Irland stets untrennbar verbunden: die soziale, Frage omnipräsent. Die irische Geschichte stellt sich, wenigstens ex post betrachtet, als eine der Not, der kolonialen Unterdrückung durch England, aber auch des zähen und unerbittlichen Widerstands dagegen dar, der

letztendlich in die Revolution und die Unabhängigkeit mündete.

Allerdings dichtete der »Barde« dieser Zeit, Yeats, in dem berühmten Gedicht September 1913: »Romantic Ireland's dead and gone, / It's with O'Leary in the grave.« John O'Leary war ein nationalistischer, dezidiert antiklerikaler, Aktivist und wichtiger Protagonist der Celtic Revival-Bewegung, mit dem Yeats eng befreundet war. Yeats beklagt in diesem Gedicht den fehlenden Aufopferungswillen und Idealismus seiner Landsleute, wie er ihn selbst prominent etwa in dem Einakter Cathleen ni Houlihan propagiert, in dem Irland durch eine alte Frau personifiziert wird, die die jungen Männer dazu animiert, bürgerliches Leben, Familie und Ehefrau hinter sich zu lassen und sich für die Freiheit Irlands zu opfern – und sich am Ende als Schönheit entpuppt. Ihm schwebte eine nicht nur politische, sondern vor allem kulturelle Revolution vor: Ähnlich wie die deutschen Romantiker Anfang des 19. Jahrhunderts versuchte er federführend eine distinkte irische, klassen- und schichtenübergreifende Nationalliteratur zu begründen, die an ein vorchristliches keltisches Erbe anknüpfen sollte. Eine verklärte Kultur jenseits der Entfremdung und

Vereinzelung der Gegenwart, in der es noch Platz für Liebe, Begeisterung und das Wunder gibt. So veröffentlichte er etwa, unabhängig von seinen Gedichten, die oft Motive aus der keltischen Mythologie beinhalten, ähnlich Jakob und Wilhelm Grimm eine Anthologie irischer Volksmärchen und gründete und leitete das Abbey Theatre, in dem er nationalistischen Autoren eine Bühne bot. Yeats muss spätestens mit dem Erstarken der wirklichen irischen Nationalbewegung gemerkt haben, dass es einen unversöhnlichen Gegensatz zwischen diesem Projekt und dem der realpolitischen Nationalisten gab.

Drei Jahre später, nach dem Osteraufstand von 1916, der im Rückblick als Auslöser der kurz nach dem 1. Weltkrieg ausbrechenden eigentlichen Revolution gilt, dichtete er freilich enthusiastischer in dem Gedicht Easter, 1916: »All changend, changed utterly: / A terrible beauty is born.« Das Gedicht beschreibt den Osteraufstand als ambivalentes Ereignis. Der Aufstand war tatsächlich ein Opfer für Irland – womöglich eines aus Liebe: »And what if excess of love / Bewildered them till they died?« Ohne größere Unterstützung in der Bevölkerung besetzten die radikalen (d.h. republikanischen und später panirischen)



1 Denkmal des Arbeiterführer James Collonny in der Dubliner Innenstadt.

2 Romantic Ireland in Reinform: Blick von Tara, mythische Keltenhauptstadt und nationale Kultstätte.

3 Denkmal der Feministin, Sozialisation und Nationalistin Constance Markiewicz in der Dubliner Innenstadt. Daneben das nach ihr benannte Fitnessstudio.

4 Occupy-Veranstaltung vor der irischen Nationalbank.

5 Ein Pub in der Dubliner Innenstadt.



Nationalisten im Verbund mit einigen Sozialisten das Dubliner Hauptpostamt und deklarierten die irische Republik. Der Aufstand wurde binnen Tagen niedergeschlagen, fast alle seiner Protagonisten hingerichtet. Doch er war zugleich ein Fanal: Die irische Unabhängigkeitsbewegung hatte nun Märtyrer und das brutale Vorgehen der Briten auch gegen die Zivilbevölkerung führte zu einem abrupten Umschwung der öffentlichen Meinung. Die Partei der radikalen Nationalisten, Sinn Fein, vorher nur eine relativ kleine Splittergruppe, gewann die nächsten Parlamentswahlen erdrutschartig und führte Irland schließlich erfolgreich in die Unabhängigkeit. Yeats konnte sich folglich bestätigt fühlen: Irland konnte seine Unabhängigkeit nur durch ein idealistisches Opfer erlangen, es brauchte zusätzlich zur realistisch-pragmatischen Motivation ein hinzutretendes emotionales Moment, das den individuellen Egoismus transzendiert. Gleichzeitig weiß Yeats, das genau dieses irrationale Moment gefährlich ist. Sein Gedicht nimmt sich vor dem Hintergrund der darauf folgenden Geschehnisse geradezu prophetisch aus. Die Unabhängigkeit konnte nur um den Preis eines Abkommens mit dem

Vereinigten Königreich erreicht werden, in dem der Nordosten der Insel um das industrielle Zentrum Belfast vom Rest Irlands abgespalten wurde. Außerdem verblieb Irland zunächst unter der Hoheit des britischen Königs. Ein guter Teil der radikalen Nationalisten wollte diesen aus ihrer Sicht faulen Kompromiss nicht akzeptieren. Es kam zu einem blutigen Bürgerkrieg zwischen ›Pro-Treaty‹- und ›Anti-Treaty‹-Fraktion, der mehr Menschenleben als der Unabhängigkeitskrieg forderte. Nach seiner Befriedung wurden im

Yeats' langjährige Muse, die bei der Premiere des erwähnten Stücks ›Irland‹ spielte), wurde weitgehend in den Hintergrund gedrängt. Yeats brachte dies in einem seiner letzten Gedichte, Parnell, sehr treffend auf den Punkt: »Parnell came down the road, he said to a cheering man: / Ireland shall get her freedom and you still break stone.« Charles Stewart Parnell war einer der wichtigsten Protagonisten der Nationalbewegung im 19. Jahrhundert. Bereits in seiner Biographie kommt die Tragik dieser Bewegung zum Ausdruck: Der gefei-

»[M]aybe what they say is true / Of war and war's alarms, / But O that I were young again / And held her in my arms!« Yeats, später sogar Senator im unabhängigen Irland, bekennt sich so am Ende seines Lebens zum Apolitizismus, was angesichts der beschriebenen Ereignisse – dem bevorstehenden Ausbruch des 2. Weltkriegs – freilich extrem zynisch wirkt. Doch vielleicht manifestiert sich in Yeats' Gedicht auch eine kollektive Erfahrung des irischen Volkes: Politischer Idealismus bringt letzten Endes nichts als Scherereien. Einerseits mit Hinblick auf das irdische, andererseits mit Hinblick auf das jenseitige individuelle Wohlergehen. In dem Gedicht, das Yeats seinen eigenen Tod vorausahnend schrieb, gewissermaßen sein lyrisches Testament an seine Nation, Under Ben Bulbin, formuliert er freilich eine andere Utopie: Die irischen Dichter sollen sich auf die irische Geschichte und Kultur besinnen, auf »seven heroic centuries«: »Cast your mind on other days / That we in coming days may be / Still the indomitable Irishry.« Die Lyrik soll so im Sinne von Nietzsches heroischer Geschichtsschreibung die Erinnerung an den irischen Freiheitswillen wach halten und für kommende Zeiten aufbewahren. Das

### Von einem politischen Protest wie er sich etwa, in je unterschiedlicher Form, in Spanien, Italien oder Griechenland formiert, fehlt in Irland fast jede Spur.

irischen Staat einige diskriminierende Gesetze gegen den protestantischen Teil der Bevölkerung erlassen. Der ursprünglich sozialistische Impuls der Nationalbewegung, personifiziert etwa vom am Osteraufstand maßgeblich beteiligten Arbeiterführer und marxistischem Theoretiker James Collonny oder Feministinnen wie Constance Markiewicz und Maud Gonne (letztere

erte Fraktionsführer der Iren im britischen Parlament verlor nach dem Bekanntwerden seiner langjährigen Affäre mit einer geschiedenen Frau die Unterstützung des katholischen Klerus und damit eines Großteils seiner Wählerschaft. Politisch ruiniert starb er kurze Zeit später. Wen wundert es da, dass es in einem mit Politics überschriebenen anderen Spätgedicht Yeats' heißt:

heißt freilich auch, dass der Kampf noch nicht abgeschlossen ist – und in diesem Kampf kommt den »Barden« eine konstitutive Funktion als Bewahrer der »monumentalistischen« Tradition zu, die ohne sie zu verschütten droht unter dem Druck des modernen Lebens, dem Yeats so skeptisch gegenübersteht.

### **Keiner sollte ausschließlich nach seiner Vergangenheit beurteilt werden.**

Irland ist eines der Länder der Europäischen Union, die am härtesten von der Weltwirtschaftskrise betroffen sind. Der Boom der »Celtic Tiger«-Jahre seit den 90ern hatte zu einer Aufblähung des Immobilienmarktes geführt, wovon die Myriaden von uniformen Einfamilienhäusern in den Vorstädten zeugen. Jede\*r, der\*die wollte, konnte einen Kredit für ein Eigenheim erhalten. Mit dem Platzen der Blase kamen so die irischen Banken wie ihre Gläubiger\*innen, deren Häuser nun drastisch an Wert verloren hatten, in Bedrängnis. Dies führte zu einer weiteren Verschärfung der Krise, die nun auch auf die Staatsfinanzen übergriff. Das aus Deutschland importierte Konzept von staatlicher Seite: Sparen, Sparen, Sparen.

Auch jetzt merkt das noch, wer durch Dublins Straßen geht: Die öffentlichen Straßen sind in teilweise katastrophalem Zustand, es gibt zahlreiche Obdachlose und leerstehende Häuser. Die Iren greifen derweil zu altbewährten Methoden zurück: Die Zahlen der

### ***Von einem politischen Protest wie er sich etwa, in je unterschiedlicher Form, in Spanien, Italien oder Griechenland formiert, fehlt in Irland fast jede Spur.***

Emigrant\*innen sind auf einem Rekordniveau – wer jung und gut ausgebildet ist, geht nach Australien, in die USA oder nach England –, es gibt besorgniserregende Studien über den Alkoholismus und den Vandalismus unter jungen Menschen. Von einem politischen Protest wie er sich etwa, in je unterschiedlicher Form, in Spanien, Italien oder Griechenland formiert, fehlt in Irland fast jede Spur. Auch in Irland haben die Studierenden etwa unter einer erheblichen Verschlechterung der Studienbedingungen und einer Erhöhung der Studiengebühren zu leiden. Ein Protest dagegen geht nur von Splittergruppen aus. Die meisten Studierenden scheren sich nach dem Motto »Sauf dich voll und fress dich dick, / doch halt das Maul von Politik« nicht um politische Themen, sondern planen lieber ihre Emigration und frönen am

Wochenende trotz der im Vergleich zu Deutschland exorbitanten Preise dem Bier- und Schnapsgenuss. Ich habe während meines 10-monatigen Aufenthalts in Dublin mit verschiedensten Menschen über diese Dinge gesprochen, der O-Ton war immer derselbe: Während eher bürgerlich eingestellte Menschen die gewachsene Kriminalität beklagen und ein härteres Vorgehen des Staates dagegen einfordern, beklagen Linke die politische Resignation und die passiv-sozialpartnerschaftliche Rolle der Gewerkschaften und linken Parteien. Überall sind soziale Entsolidarisierung und Depolitisierung bis hin zu aggressiv antipolitischen Haltungen bis hinein ins intellektuelle Milieu zu spüren. Nur die Kirche hat im Zuge der massiven Kindermissbrauchsskandale der letzten Jahre etwas an Rückhalt verloren. An die Stelle des traditionell tiefverwurzelten Katholizismus ist ein Hedonismus, gemischt mit etwas nationaler Folklore, getreten. Irland nimmt sich so fast ein wenig wie »Kleinamerika« aus.

### **Niemand ist so reich, sich seine Vergangenheit zurückzukaufen.**

Zu der geschilderten tragischen Historie der irischen Nationalbewegung, die seit jeher eine starke sozialistische Fraktion hatte (auch die heutigen radikalnationalistischen Parteien in der Republik und in Nordirland verstehen sich als dezidiert sozialistisch), kommen die jüngsten traumatisierenden Erfahrungen um Nordirland hinzu. Ist das eine zufriedenstellende Erklärung für das Ausbleiben jeglichen substantiellen Widerstands gegen die Austeritätspolitik? Jedenfalls scheinen diese Erfahrungen den fruchtbaren Boden für die kulturelle Hegemonie einer individualistischen Ideologie zu liefern, die auch in anderen Staaten durchaus dem Zeitgeist entspricht. Allerdings muss man hier differenzieren: Das irische nationalistische Projekt war von Anbeginn an ein idealistisches hinter dem kaum ein greifbares ökonomisches oder politisches Interesse stand. Die irische Nationalbewegung war konstitutiv ein Amalgam aus verschiedensten Fraktionen – Katholiken, die sich eine Milderung der Diskriminierungen erhofften, Bürgern, die sich von einem unabhängigen Staat eine bessere Wahrung ihrer ökonomischen Interessen erhofften, Sozialisten, die in genau einem solchen Staat ein Mittel zur Durchsetzung von sozialen Rechten sahen, Idealisten wie Yeats. Letztendlich setzte sich die katholisch-bürgerliche Fraktion durch. Ihre Interessen konnten im neuen Irland weitgehend durchgesetzt werden, für darüber hinausgehende Bestrebungen war schon bald kein Platz mehr. Insofern ist die irische Nationalbewegung nur

gescheitert vom Standpunkt ihres sozialistisch-idealistischen Flügels – auch wenn es dieser war, der sie maßgeblich voranbrachte. Der katholisch-bürgerliche Flügel hat unterdessen erreicht, was er wollte: ein wirtschaftlich relativ starkes Irland mit einem starken Einfluss der katholischen Kirche. Das Interessante ist vielleicht eher, dass angesichts der Wirtschaftskrise und der Legitimitätskrise der Kirche dieser Traum ins Wanken gerät. Noch glaubt man in Irland, wie anderswo, dass man sich individuell schon irgendwie aus der Krise retten kann, dass die Wirtschaft schon irgendwann wieder brummen wird und dass sich die Kirche schon irgendwie reformieren kann. Die Iren haben erfahren, dass sie binnen von Jahrzehnten von einem der ärmsten zu einem der reichsten Länder Europas aufgestiegen sind. Es ist nur allzu nachvollziehbar, dass sie von daher unter keinen Umständen den bisherigen Sozialkompromiss in Frage stellen wollen, so sehr es auch Bröcklungserscheinungen gibt. Vermutlich könnte erst eine weitere Verschärfung der Krise daran etwas ändern. Freilich fehlt es dafür – wenigstens gegenwärtig – an einer politischen Vision, die über den ebenso delegitimierten Nationalismus alter Schule hinausgeht. Das scheint mir die eigentliche Sackgasse der irischen Linken zu sein: die Befangenheit im Nationalismus, die teilweise wie ein Relikt aus früheren Jahrzehnten wirkt. Während in Deutschland autonome Zentren meist irgendwie kosmopolitan oder »hipp« wirkende Namen tragen, heißt das einzige derartige Zentrum in Dublin »Seomra Spraoi«, gälisch für »Spielraum«. An eine Parole wie »Irland muss sterben, damit wir leben können!«, ist dort nicht zu denken, selbst wenn im Diskurs der irischen Linken eine durchaus kritische Auseinandersetzung mit dem irischen Nationalismus in Ansätzen stattfindet. Die Arbeit von Seomra Spraoi erschöpft sich im Organisieren von Partys, Konzerten, einer Vokü und einem Fahrradworkshop, von politischer oder theoretischer Arbeit im eigentlichen Sinne gibt es kaum eine Spur.

### **Liebe ist mehr als Geld.**

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass das Beispiel Irland die zwei Hauptprobleme radikalen politischen Widerstands heute generell aufzeigt: die Befangenheit in die unaufgearbeiteten kollektiven Traumata des 20. Jahrhunderts einerseits, die kulturelle Hegemonie des postmodernen Individualismus andererseits. Was dort besonders krass ausgeprägt ist, findet sich in anderen Staaten ebenso. Von der Geschichte der irischen Nationalbewegung kann man freilich auch lernen, wie eine erfolgreiche politische Bewegung

sich konstituieren kann: durch eine Mischung von politökonomischen Interessen einerseits, einem hinzutretenden kulturellen Impuls, der es den Individuen plausibel erscheinen lässt, für eine Sache zu kämpfen, die ihre unmittelbaren Interessen transzendiert, andererseits. Schriftsteller wie Yeats haben dafür einen wichtigen Beitrag geleistet. Diese beiden Momente stehen in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander, doch erst in diesem Spannungsfeld scheint sich so etwas wie wirklich revolutionäre Praxis konstituieren zu können. Das letztere Moment ist nicht zuletzt in Deutschland sicherlich nicht ganz zu Unrecht in Verfall geraten. Yeats selbst hat sich in seinen späteren Jahren, inspiriert u. a. von seinem Schüler Ezra Pound, einem künstlerisch sehr avancierten Dichter amerikanischer Herkunft, der bis zum Ende des 2. Weltkriegs Propagandaarbeit für Mussolini und Hitler betrieb, dem italienischen und irischen Faschismus gegenüber positiv interessiert gezeigt, selbst wenn er zu ihm wie zu allen realpolitischen Bewegungen stets eine gewisse kritische Distanz bewahrte. Dennoch geht von diesem »irrationalen« Moment vielleicht gerade erst der entscheidende Impuls aus, der aus einem rational erkannten Missstand das Motiv für ein wirklich politisches Engagement macht. Es kommt freilich darauf an, wie es inhaltlich gefüllt wird. Dies können heute nicht mehr die nationalistischen Mythen des 19. und 20. Jahrhunderts sein, vielleicht auch nicht die Ideen des Sozialismus in ihrer tradierten Form. Es scheint an einem kulturell-ästhetischen Impuls zu mangeln, der genug Nähe zur heutigen Lebensrealität besitzt, um gleichzeitig dem postmodernen Individualismus etwas entgegenzusetzen wie eine Alternative zu den alten Idealen und Mythen der nationalen und sozialen Revolutionen zu bieten. Dieses Vakuum ist vielleicht das eigentliche Problem unserer Zeit – in Irland wie in Deutschland und anderswo. Dass dies kein abstraktes Problem ist, zeigt sich an den verschiedenen Versuchen auf der ganzen Welt nach dem faktischen Ende der alternativen Subkulturen früherer Dekaden eine neue Ästhetik des Widerstands zu definieren. Die Protestbewegung in der Türkei ist dafür ein beeindruckendes Beispiel. Dies zu diskutieren würde allerdings einen eigenen Artikel erfordern, in Irland finden sich solche Entwicklungen jedenfalls so gut wie nicht.

**Ich pflegte Ehrgeiz für  
das Größte zu halten.  
Das stimmt nicht. Liebe ist  
das Größte auf der Welt.  
Es gibt nichts als Liebe.**

Wie das Zusammenspiel von emotionaler und rationaler Motivation konkret zu fassen ist, demonstriert vielleicht konkret der Hauptcharakter von James Joyces bedeutendstem Roman Ulysses, Leopold Bloom. Er ist Mitglied der Irish Republican Brotherhood, einer Vorläuferorganisation von Sinn Fein, und als solcher glühender Verfechter einer irischen Republik. Seine Ideale transzendieren den bürgerlichen Nationalismus jedoch bei weitem. Er, jüdischer Herkunft und als solcher Opfer eines manifesten irischen Antisemitismus und Antijudaismus, träumt von einer Gesellschaft, in der, vereint unter dem Banner der Liebe, keine Bevölkerungsgruppe mehr diskriminiert wird und soziale Gerechtigkeit herrscht. Dieses Ideal ermöglicht ihm auch, eine als durchaus post-patriarchal zu bezeichnende Beziehung zu seiner Frau Molly zu unterhalten, in der er etwa ihre Affären mit anderen Männern akzeptiert. Er träumt von universeller sexueller Emanzipation, die gerade eine Emanzipation der weiblichen Sexualität von ihrer patriarchalen Beschränkung wäre. Zugleich ist er mitnichten ein irrationalistischer Träumer, sondern hat ein sehr nüchternes, aufgeklärtes Weltbild in jeder Hinsicht.

Leopold Bloom fungiert so als posi-

---

***Leopold Bloom fungiert  
so als positives Gegenbild  
zu den pragmatistischen  
Kleinbürgern wie zu den  
verblendeten, latent bis  
offen antisemitischen und  
ohnehin sexistisch-patriar-  
chalen, irischen Nationalisten  
gleichermaßen.***

---

tives Gegenbild zu den pragmatistischen Kleinbürgern wie zu den verblendeten, latent bis offen antisemitischen und ohnehin sexistisch-patriarchalen, irischen Nationalisten gleichermaßen. Von ersteren unterscheidet er sich durch seinen Idealismus, von letzteren zum einen durch den Inhalt seiner Ideale (universalistisch statt partikularistisch, sensibel für Unterdrückungsverhältnisse jeglicher Art statt nur für bestimmte), zum anderen durch seinen Realitätssinn. Von beiden unterscheidet er sich in seiner Absage an den von ihnen praktizierten schlechten Hedonismus, insbesondere an den Alkoholkonsum, den er (sicherlich nicht ganz zu Unrecht – bis heute) für das größte Übel Irlands hält. Gleichzeitig

gelingt es ihm, gerade in der konkreten Vermittlung von Idealismus und Realitätssinn unter dem Primat des ersteren, seine Ideale bis zu einem gewissen Grad auch zu leben.

So sehr freilich Blooms Liebesideal seinen polemischen Sinn in der Konfrontation mit seinen antisemitischen christlichen Mitbürgern haben mag, so leer und fast kitschig wirkt es heute. Es ist aufgeladen mit einer ganzen Chronik von Ideologiebildung, in der heutigen Zeit kulturindustriell ausgebeutet bis zum Erbrechen. Naiv daran anzuknüpfen, sei es ästhetisch oder theoretisch, praktisch oder gar politisch, kann daher mit Sicherheit keine Lösung sein. Andererseits steckt im Liebesideal ein romantisches Begehren nach dem Überwinden der intersubjektiven Entfremdung, das durchaus nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden sollte, sondern dem durchaus ein revolutionäres Moment innewohnt. Auch diese Frage muss in diesem Artikel offen gelassen werden – bzw. verweist sie exakt auf das erwähnte Vakuum. Wir haben keine Sprache und keine Bilder mehr für unsere Träume – selbst die Liebe hat man uns genommen. Sie wäre neu zu erfinden.

**Am Ende wird alles gut.  
Wenn es nicht gut wird, ist  
es noch nicht das Ende.**

Es ist eine Ironie der Geschichte und vielsagend, dass Ulysses bis in die 60er Jahre in Irland selbst nur unter der Hand verkauft wurde, vor allem aufgrund seiner ›Pornographie‹. Der heutige Joyce-Kult hat dagegen einen eher folkloristisch-kulturindustriellen Charakter ohne die eigentlich radikale Dimension des Buches im Auge zu haben. Das Abbey Theatre ist zu einem Abendunterhaltungsschuppen nach amerikanischem Vorbild verkommen. In den Werken von Joyce und Yeats hat sich der revolutionäre Elan jener Zeit konserviert. Freilich in keiner frühbürgerlich-naiven Form, sondern einer bereits spätbürgerlich-reflektierten. Das macht sie für unsere Zeit der Ratlosigkeit so interessant. Solange sie authentisch rezipiert werden, ist die im Titel gestellte Frage sicherlich zu verneinen, egal wie die politische Lage in Irland im Augenblick sein mag.

**PAUL STEPHAN**



# Zum Juni-Aufstand in der Türkei



## I.

Mit der Verteidigung des Gezi Parks und des an ihn anschließenden Tak-sim Platzes im Herzen von Istanbul Ende Mai/Anfang Juni 2013 fing eine türkeiweite Massenbewegung an, die viele Beobachter\*innen, insbesondere in Europa, schlicht verblüfft und ihnen unerklärlich schien.

Denn schaut man sich einmal an, wie die »ganze Geschichte« anfängt, dann scheint alles sehr unspektakulär zu sein: eine Gruppe von ca. 50–60 zumeist jugendlichen Park-schützer\*innen baut am 27. Mai ihre Zelte im Gezi Park auf um den Park vor den anrückenden Bulldozern zu schützen. Der Gezi Park ist einer der letzten übriggebliebenen Parks im Zentrum Istanbuls und es wird kaum einen Menschen in Istanbul geben, der mit diesem Park keine Erinnerungen verbindet. Er sollte plattge-walzt werden um anstatt seiner eine osmanische Kaserne wiederaufzu-bauen, die ein Einkaufszentrum und eine mehrstöckige Autoparkanlage beherbergen sollte. Auf die Parkbe-setzung folgt massive Polizeigewalt. Tage später, am 31. Mai demonstrieren über eine Million Menschen in Istanbul und der Gezi Park wie auch der an diesen Park angrenzende Tak-sim Platz werden besetzt.

Dann schlägt der Funke von Istan-bul aus über und wird zum Flächen-brand: in 79 von 81 Städten gibt es Aufstände, Gefechte mit der Polizei um dutzende brennende Barrika-den, Platzbesetzungen, usw. Nach den sehr, sehr zurückhaltenden Einschät-zungen des Innenministeriums nehmen bis Ende Juli ca. 2,5 Millionen Personen aktiv an den Demonstrationen teil; realistischer dürfte eine Zahl von 8-10 Millionen sein, wobei die Zahl der passiven Beteiligung (Hup-konzerte, Klopfen auf Töpfe, usw.) uneinschätzbar bleibt. 5 junge Men-schen verlieren durch (Zivil-)Polizei-gewalt ihr Leben, über 8000 Personen werden verletzt, 60 davon schwer, 11 davon verlieren mindestens ein Auge und 103 Personen erleiden Gehirn-erschütterungen (Stand: Ende Juli). Die Zahl der Ingewahrsamnahmen bewegt sich auf einem Niveau von mehreren Tausenden, wobei die Zahl der wirklich Inhaftierten (noch) rela-tiv niedrig bleibt.

Und auch nach der Räumung des Gezi Parks – auf den allein oft die interna-tionalen Medien ihr Augenmerk rich-ten – ebbt die Bewegung nicht ab, sondern ändert ihre Form und nimmt den Charakter von Parkversammlun-gen an, die sich in den Vierteln vie-ler türkischer Städte ausbreiten, und das Potenzial in sich tragen, parallel zu den gegebenen staatlichen Struk-turen eine nicht-staatliche, populäre Organisationsform zur Diskussion und Bewältigung kultureller, ökono-mischer und politischer Probleme der Bevölkerung in den jeweiligen

Vierteln zu sein. Zudem steigt plötz-lich die Beteiligung bei Demonstra-tionen, bei denen es um soziale und demokratische Forderungen geht, sprich: ein Politisierungsprozess wird initiiert. Dieser Prozess und seine Dimensionen sind eine Neu-heit für die Türkei nach 1980. Ein fri-scher Wind fängt an durch die Türkei zu wehen und rüttelt an Fundamen-ten, die nie zuvor so stabil zu sein schienen.

Will man jedoch nicht an der Ober-fläche der unmittelbaren Erschei-nungen verbleiben und sich von der Verblüffung über ein Ereignis zum nächsten Spektakel hin- und herwer-fen lassen, so muss man versuchen zu begreifen, was hier stattfindet; muss man konkret die Dynamiken der jeweiligen Länder untersuchen, in diesem Fall: der Türkei.

Den Juni-Aufstand in der Türkei kann man nur verstehen, wenn man unter-sucht: 1. welche gesellschaftlichen Widersprüche unter der AKP fortge-setzt, transformiert, vertieft wurden und wie sich die gesellschaftlichen Kämpfe verschärft haben; und 2. was das Ereignis des Gezi Parks mit den Menschen gemacht hat.

Wenn man dies unternimmt, kann man das »Neue« als auch die Bezie-hung des Neuen zum »Alten« begrei-fen; dann wird man sehen, dass schon längst vor dem durch die Gezi Park Besetzung ausgelösten Juni-Aufstand

---

### **Den Juni-Aufstand in der Türkei kann man nur verste-hen, wenn man untersucht: 1. welche gesellschaftli-chen Widersprüche unter der AKP fortgesetzt, transfor-miert, vertieft wurden und wie sich die gesellschaftlichen Kämpfe verschärft haben; und 2. was das Ereignis des Gezi Parks mit den Menschen gemacht hat.**

---

in vielen gesellschaftlichen Sphären gekämpft wurde und dass es diese Widersprüche sind, die nun explo-diert sind.

Ich werde mich im Folgenden vor allem dem ersten Punkt zuwenden. Allerdings erscheint es mir hierfür notwendig, erst einmal zu skizzieren, was eigentlich die Rolle der AKP, die seit über 10 Jahren allein regiert, in der Türkei ist.

## II.

Seit der Machtübernahme der AKP, aber insbesondere seit Mitte der 2000er, spricht der Staat offen »isla-misch« zur Gesellschaft, räumt Hindernisse, die das Ausleben des sunnitischen Islams verhindern (z. B. Kopftuchverbot), aus dem Weg und unterstützt direkt und indirekt die Verbreitung sunnitisch-islamischer Wertvorstellungen in der Bevölke-rung. Allerdings muss man hier genauer analysieren: ein Umbau des republikanischen Staates in einen Gottesstaat oder die Einführung der

Scharia war nie Plan der AKP und stif-tet bloß Verwirrung in der Analyse der »Islamisierung« der türkischen Gesellschaft.

Die »Islamisierung« der türkischen Gesellschaft durch die AKP, die auf eine schon seit der Republikgrün-dung gegebene Tradition an staatlich kontrollierter und instrumentalisier-ter Religionspolitik zurückgreift, lässt sich als ein besonderer Modus kon-servativ-autoritärer Ideologie und Politik begreifen, der einen anderen Modus, den »kemalistischen«, ablöst, wobei beide Modi in keiner sinnvol-len Nutzung des Begriffs »demo-kratisch« genannt werden können. Beiden Modi ist es gemeinsam, eine bestimmte Integration und Konsensproduktion der unterdrückten und marginalisierten Klassen und Schichten für ein politökonomisches Gesamtprojekt zu gewährleisten, das ohne jene Integration und jenen Konsens nicht funktionieren kann.

Diese Ablösung der Ideologie wurde notwendig, nachdem das »kemalisti-sche Modell« ökonomisch, politisch und kulturell aus der Perspektive der sich verändernden Weltwirtschaft und den Bedürfnissen der führen-den Fraktionen der türkischen Kapi-talist\*innen gegen die Wand fuhr.

So sollte, erstens, die Konstruktion der Einheit der Nation in Bezug auf die Religion das sog. »kurdische Pro-blem« lösen, das die Türkei spätes-

Kapitalfraktionen, die um den TÜSIAD (Türkischer Industriellen-verband) herum organisiert sind und nach wie vor die Spitzen der Wirt-schaft kontrollieren, zu enormem Wachstum verholfen hat.

Drittens beabsichtigen die führenden Fraktionen des türkischen Kapitals eine weitergehende Expansion nach Afrika, den Nahen Osten und Eura-sien. Dem dient das mancherorts sog. »neosmanische« Modell der AKP, das die Türkei zu einer Regional-macht transformieren will – selbst-verständlich im Abgleich mit den größeren Mächten, die ein Interesse in diesen Regionen haben. Jeden-falls ist ein solcher Aufschwung zur Regionalmacht auf Grundlage einer kemalistisch-türkischen Ideologie offensichtlich unmöglich, mitunter da eine türkisch-nationale Ideologie in einem Raum, in dem die Türken außerhalb der Türkei nur eine Min-derheit sind, keine Legitimations-grundlage finden kann.

Viertens inkludierte die AKP die ver-armten und prekarierten, haupt-sächlich anatolischen oder aus Anatolien in die Großstädte migrier-ten und gläubigen Massen an Werk-tätigen und ehemaligen Bauern, die diskursiv und kulturell durch das kemalistische Hegemonieprojekt ausgegrenzt und erniedrigt wurden. Die diskursive und kulturelle Inklusion dieser Massen ist ein grund-legendes Element der massiven populären Unterstützung der AKP – wohlgemerkt bei materieller Exklusion resp. verschärfter Ausbeutung derselben Massen, z. B. durch Aus-weitung informeller Arbeitsverhält-nisse, andererseits.

Womit wir zusammenfassend, fünf-ten, beim ökonomischen Projekt der AKP wären, das grob gesagt in einer Installation des Neoliberalis-mus entsprechend den Bedingungen der Türkei besteht; schon von Turgut Özal angestoßen, aber nicht vollendet, wird dieses Projekt seit ehedem vom International Monetary Fund (IMF) unterstützt wie auch von den führenden Fraktionen des türki-schen Kapitals erwünscht. Die AKP übernahm dabei das vom vorherge-henden Wirtschaftsminister Kemal Derviş initiierte und IMF- sowie World Bank(WB)-unterstützte »Pro-gramm für den Übergang zur star-ken Wirtschaft« und vertiefte dieses durch dutzende Gesetzes- und Insti-tutionsreformen. Die Eckpfeiler bestehen, klassischerweise, in einer massiven Privatisierungswelle, einem Bauboom ermöglicht durch staat-lich geförderte Landnahme, Zerstö-rung der Rechte der Werk-tätigen und Drückung der Lohnquote, massiven Zentralisierungsprozessen insbeson-dere im Finanz- und Mediensektor, Öffnung aller Märkte für ausländi-sche Investoren und Substituierung des wegbrechenden Konsums der

Privathaushalte durch eine Explosion der Konsumkredite.

Aus diesem Komplex heraus, der das AKP-Projekt darstellt und letztlich die Hegemonie einer Allianz unterschiedlicher Fraktionen der herrschenden Klasse ist, lässt sich allein begreifen, warum die AKP in unterschiedliche Gesellschaftssphären eingriff und welche Widersprüche sie erzeugte. Und umso tiefer dieser Eingriff erfolgte, umso mehr wurde in diesen Sphären, oft jeweils isoliert voneinander und in der Intensität variierend, Widerstand geleistet, so dass es letztlich bloß mehr eines Funkens bedurfte, um diese Widersprüche für einen Moment explodieren zu lassen. Diese Eingriffe haben sich ab der Mitte der 2000er Jahre insofern intensiviert, als die AKP Schritt für Schritt ihre »Demokratiemaske« ablegen konnte, nachdem sie gegenüber den alten Kadern der Militär- und Zivilbürokratie die Oberhand erhielt und anfangs zentrale Staatsorgane zu übernehmen. Bezeichnenderweise wurde an der Struktur der Staatsapparate – die doch ein gewichtiger Maßstab für eine »Demokratisierung« sein müsste – so gut wie nichts geändert, allein der Vorrang der Militärinstitutionen durch den Vorrang der Exekutive in allen Staatsapparaten ersetzt. Wenden wir uns nun also diesen Widersprüchen zu.

### III.

Wie bei allen solchen autoritär-konservativen Umstrukturierungsprozessen leiden darunter, erstens, am meisten Frauen und geschlechtlich von der heterosexuellen Matrix abweichende Personen, also LGBTQ-Individuen. Die AKP-Ideologie und -Politik hat die islamisch-moralisch fundierte und heterosexuelle Kernfamilie als Grundbaustein der Gesellschaft vor Augen, derzufolge klassischerweise die Frau die Reproduktionsarbeiten erledigt und der Mann hauptsächlich das Einkommen ins Haus bringt. Zwar brachte die AKP einige formaljuristische Verbesserungen im Zuge der EU-Anpassung und lancierte u.a. Programme zur Förderung von Frauenbeschäftigung. Das war aber Schein allein schon deswegen, weil sich an der Struktur weiblicher Beschäftigung gar nichts veränderte, sondern die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft in klassisch neoliberal-konservativer Manier in Form der Vertiefung tradierter gesellschaftlicher Rollen in Verknüpfung mit der »Freiheit« sich zudem den jeweils prekarisierten Reproduktionsjob individuell auswählen zu dürfen, stattfand. Aber in dem Moment, als der AKP keine effektive institutionalisierte Opposition mehr entgegenstand, fuhr sie schwerere Geschütze auf: als die AKP versuchte die Abtreibung zu illegalisieren, erwachte die feministische

Bewegung wieder aus ihrem Schlaf und flutete die Straßen. Das führte dazu, dass das Gesetz gekippt wurde, dafür fing die Diskussion um ein mögliches Verbot der »Pille danach« an. Im selben Zeitraum verglich Premier Erdogan die Abtreibung mit dem Massaker von Uludere, bei dem ca. 40 kurdische Zivilisten durch einen Luftwaffenangriff getötet wurden (»Jede Abtreibung ist ein Uludere!«), rief die Frauen dazu auf mindestens 3 Kinder zu gebären, damit die Türkei im »Rennen der Nationen« nicht zurückbleibe und bezeichnete den »organisierten Kaiserschnitt« und die Abtreibung als Angriff auf die türkische Nation. Frauen mussten sich nun nicht nur ideologisch, sondern auch direkt dem Eingriff in ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung stellen. So nimmt es nicht Wunder, dass, laut einer Analyse, 60% der Beteiligten im Gezi Park Frauen waren. Ähnliches gilt für LGBTQ-Individuen: schon seit ehemals behandelt als kranke Subjekte, protestierten sie seit einigen Jahren organisierter und in größerem Format gegen Ausgrenzung, Versuche zur Illegalisierung ihrer Vereine und die konstant bleibenden Mordzahlen. Auch sie waren zahlreich und organisiert im Gezi Park und auf den Barrikaden vertreten.

Die zweite Gruppe, die unter diesem Projekt leidet, ist die Jugend. Je offener die AKP ihr eigentliches Gesicht zu zeigen begann, umso mehr Eingriffe in das kulturelle Alltagsleben fanden statt: so wurde z. B. ein Gesetz zum Verbot des Verkaufs von Alkohol nach 22:00 Uhr sowie die Einschränkung des Alkoholkonsums in der Öffentlichkeit in Bars und Restaurants durchgesetzt. In Ankara wurde das Küssen in den Straßenbahnen und Bussen verboten, da es der öffentlichen Moral widerspreche. Auf der anderen Seite verschlechterten sich die Studienbedingungen massiv durch den neoliberalen Umbau des Bildungssystems: das durch dutzende äußerst schwere Prüfungen gekennzeichnete türkische Schul- und Universitätssystem wird mehr und mehr zu einer Angelegenheit von Kindern reicher Eltern, die sich Kurse bei privatisierten Nachhilfe- und Fortbildungsinstituten leisten können, da das Schulprogramm nicht zureichend für die Prüfungen vorbereiten kann. Mit der Einführung von Studiengebühren verschärfte sich diese Tendenz so stark, dass letztlich massenhafte Demonstrationen landesweit an den Universitäten ausbrachen. Die erzwungene Rücknahme der Studiengebühren und die Errichtung einer Studierendengewerkschaft (Genç-Sen) gehören zu den Geburtsstunden der Universitätsbewegung in der Türkei der 2000er. Allerdings reagierte der Staat daraufhin mit einem Verbot der Gewerkschaft und der Einführung resp. Erhöhung dutzender

anderer Kosten (wie Stempel- und Rückmeldegebühren).

Das dritte Feld gesellschaftlicher Widersprüche entwickelte sich entlang des Pols der Gentrifizierung, Umweltzerstörung und Landnahme. Zur Illustration mag hier der erste Punkt genügen: der Bauboom als tragende Stütze des Wirtschaftswachstums der Türkei nach 2002 wird grundlegend unterstützt und gefördert durch den Staat, z. B. durch die fehlbenannte, quasi-omnipotente und direkt dem Ministerpräsidenten unterstehende TOKI (übersetzt in etwa: Verwaltungseinheit für sozialen Wohnbau), die an allen anderen politischen Entscheidungsstellen vorbei den Verkauf von öffentlichen Ländereien organisiert, was dann orwellianisch »Stadtentwicklung« genannt wird. De facto läuft es auf eine Vertreibung der ärmsten Schichten aus zentral gelegenen Ghettos hinaus, die ersetzt werden durch Luxuswohneinheiten und Gated Communities; zudem eine Umstrukturierung der bisher für viele Gesellschaftsschichten offenen Haupteinkaufs- und Unterhaltungsmeilen wie die Istiklal in Istanbul in Richtung einer Orientierung auf Luxuskonsum und -tourismus, und zuletzt noch eine Reihe von wahnsinnigen Megaprojekten wie z. B. in Istanbul der Bau eines 3. Flughafens (angeblich der Größte der Welt), einer 3. Brücke über den Bosporus inkl. eines mehrere Milli-

---

### In Ankara wurde das Küssen in den Straßenbahnen und Bussen verboten, da es der öffentlichen Moral widerspreche.

---

onen umfassenden Wohngebiets in der Gegend drumherum und einem künstlichen Kanal zwischen Schwarzem und Mittelmeer, inklusive Luxuswohnungen und Yachthäfen. Vor allem die ärmsten Schichten in den Ghettos haben sich in den letzten Jahren weitergehend organisiert und Kämpfe um ihre Viertel geführt, die allesamt jedoch eher isoliert voneinander blieben. Aber auch um die Istiklal wurde gekämpft: als das älteste Kino der Türkei, Emek Sineması, abgerissen werden sollte um ein Einkaufszentrum zu bauen, formierte sich zum ersten Mal massenhafter Widerstand gegen diese Umstrukturierung der Istiklal. Der unmittelbare Ursprung der Verteidigung des Gezi Parks ist letztlich genau eine solche Angelegenheit: ein grüner Raum, der allen sozialen Schichten offen steht, sollte ersetzt werden durch einen Betonklotz, der nur für eine Minderheit real zugänglich ist. Als viertes Feld ist die Auseinandersetzung mit der alevitischen Minderheitsreligion zu betonen. Das

Alevitentum ist eine sehr unorthodoxe islamische resp. aus dem Islam erwachsene Konfession, die sich je nach Gebiet, z. B. Syrien oder Türkei, anders ausgestaltet hat. Das »Alevitenproblem« der Türkei reicht weit zurück und sitzt tief in der Gesellschaft wegen der staatlich eingeschriebenen unterdrückerischen Dominanz des sunnitischen Islams. Nachdem sich auch das angekündigte Lösungsprogramm für das »alevitisches Problem« durch die AKP als Farce entpuppte, verschärfte sich die Fronten, insbesondere seitdem sich die AKP aus geopolitischen Gründen dafür entschied, in Syrien zu intervenieren und bewaffnete Banden, die wie die Al Nusra Front kompromisslos sunnitisch sind und vermehrt gezielt Massaker und Entführungen an und von syrischen Aleviten begehen, logistisch und militärisch zu unterstützen. In den arabischen Teilen der Türkei, die zugleich durch die unterschiedlichen alevitischen Gemeinschaften dominiert sind, bildete sich vermehrt eine antimilitaristische Massenbewegung heraus, die jedoch den Bombenanschlag von Al-Qaida nahen Gruppierungen in der türkischen Grenzstadt Reyhanlı am 11. Mai 2013 nicht verhindern konnte: vermutlich über 100 Menschen starben hierbei. Die Wut auf diese Kriegspolitik und die staatliche Unterstützung von Alevitenmördern trieb die arabische Minderheit in den südöstlichen Teilen der Türkei und die alevitische Minderheit in allen Teilen der Türkei auf die Straße.

Bleibt noch, fünftens, die Lage der Werktätigen, die durch konfessionelle und geschlechtliche Differenzierungen weiter verschärft wird. Die Lage der Werktätigen ist, mit einem Wort, katastrophal: der informelle Sektor wie auch der Niedriglohnsektor gehören zu den größten der Welt, wie umgekehrt der Gewerkschaftsgrad zu den niedrigsten. Streiks werden oft mit den härtesten Mitteln bekämpft und die gewerkschaftliche Organisation, fußend auf der gewerkschaftsfeindlichen Verfassung der Militärjunta von 1982, massiv behindert. Die annähernd 10 Millionen kurdischen Werktätigen in den mehrheitlich türkischen Teilen der Republik arbeiten zumeist im informellen Sektor ohne irgendeine Sozialversicherung, meist über 10 Stunden und in den gefährlichsten Teilen der Textil- und Bauindustrie. Die Reallöhne stagnieren (oder sinken) durch die Bank durch. Der Druck und massive Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt ist mittlerweile auch zu Sektoren durchgestoßen, die klassischerweise als Aufsteigersektoren des Kapitalismus im 21. Jh. galten: Medien, Architektur, Design, Marketing, usw. Auch in diesen Sektoren verbreiten sich atypische und unsichere Arbeitsverhältnisse, die



hier arbeitenden einstmaligen »Eliten« oszillieren immer mehr zwischen phasenweiser Arbeitslosigkeit und temporärer Anstellung zu härtesten Arbeitsbedingungen bei permanenten unbezahlten Überstunden als Standard, insbesondere in der Medienbranche. Die jungen hippen Menschen in Gezi, deren Gesichter man

Protestierenden waren abhängig Beschäftigte, 10% arbeitslos und der Rest bestand zumeist aus Studenten und (Schein-)Selbständigen.

#### IV.

Hat man erst einmal die oben genannten Widersprüche und die fragmentierten sowie voneinander isolierten

---

### Was passiert, wenn ein Platz von Menschen besetzt und durch Dutzende Barrikaden abgeriegelt wird und für 1–2 Wochen kein Staat in diesem Raum vorhanden ist,...

---

in den internationalen Medien sehen konnte, gehen nicht allein wegen den Eingriffen in ihr kulturelles Alltagsleben auf die Straße – sondern genauso wegen ihrer zunehmenden Proletarisierung, die unter prekärsten Bedingungen stattfindet. Diese Lage spiegelt sich auch in der sozialen Komposition der Protestierenden im Gezi Park wieder: 58% der

Kämpfe um diese verschiedenen Widersprüche herum vor Augen, dann kann man, jenseits der oberflächlichsten Plattitüden von wegen »Laizismus« vs. »autoritärer Islamismus«, begreifen, was das Ereignis des Gezi Parks gewesen ist und bleibt – nämlich ein kleines »Festival der Unterdrückten«, Ausgebeuteten, Marginalisierten und Ausgegrenzten.

Was macht ein solches Ereignis aus den Menschen? Was passiert, wenn zehntausende Menschen inmitten der brutalsten Polizeigewalt, die ganze Städte in Gaswolken ertränkt und mit Plastikugeln durchsiebt hat, in burlesker Manier den Polizist\*innen entgegen rufen »CS Gasole!«? Was passiert, wenn ein Platz von Menschen besetzt und durch Dutzende Barrikaden abgeriegelt wird und für 1–2 Wochen kein Staat in diesem Raum vorhanden ist, während die Menschen allerlei Aufgaben wie Versorgung, Sicherheit und Kulturproduktion selbst in die Hand nehmen?

An fassbaren Ergebnissen ist bisher wenig zu sehen und die Massenbewegung hat sich nun, nach der Räumung des Gezi Parks, von der Bildoberfläche zurückgezogen in den Bildhintergrund.

Es hat sich aber etwas grundlegendes geändert: der Geist einer aufständischen Subjektivität ist erwacht, einer Subjektivität, die es nicht mehr

hinnehmen will, nur das Objekt ihrer eigenen Geschichte zu sein und perspektivlos von einem prekären Job zum nächsten zu hüpfen und dann auch noch den eigenen kulturellen Freiheitsraum gefährdet zu sehen.

Die AKP bereitet sich auf eine erneute Explosion der Massenbewegung nach dem Ende der Sommerferien vor und kurbelt die (arg verschwörungstheoretisch unterfütterte) Propagandamaschinerie an, derzufolge fremde Mächte ahnungslose Jugendliche im Verein mit gekauften Linksrevolutionären dazu benutzen werden die Regierung zu stürzen, die Nation zu spalten und das Land ins Chaos zu stürzen.

Nun, man kann nicht garantieren, dass es wieder explodiert; jedenfalls hat aber auch niemand vor irgendwas zu spalten oder das Chaos einzuführen – allerdings ist zu hoffen, dass die Menschen wieder auf die Straße gehen um sich selbst ihre sozialen und demokratischen Rechte zu erkämpfen.

ALP K.

# NUR MOB

Deutschland — Proteste gegen Flüchtlingsheime häufen sich, in Berlin-Hellersdorf mischt die NPD an vorderster Front mit.



# noch keine Elite

Von Antifa AG Avanti Berlin

Die Stimmung bei der Bürger\_innenversammlung am 9. Juli 2013 in Berlin-Hellersdorf werden anwesende Antifaschist\_innen nicht so schnell vergessen. Vom »braunen Dienstag« ist danach die Rede, von »Pogromstimmung« und von »Hellersdorf-Lichtenhagen«.

Was war passiert? Etwa 800 Menschen waren an diesem Dienstag zu einer Versammlung gekommen, bei der der Bezirk die Anwohner\_innen über ein neues Heim für Flüchtlinge informieren wollte. Unter dem Applaus Hunderter Anwohner\_innen heizten zahlreiche Nazis von NPD und Kameradschaften die Stimmung an. Anwesende Antifas und Flüchtlingsaktivist\_innen waren von der offen rassistischen und aggressiven Atmosphäre sichtlich schockiert.

Die Bezirksvertreter\_innen ließen die »Wortergreifungsstrategie« der Nazis tatenlos geschehen. Entgegen der Empfehlung der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) und den Hinweisen von Antifas wurden auch bekannte Nazis wie Maria Fank vom Ring nationaler Frauen an das Mikro gelassen.

## »Brauner Dienstag« in Berlin-Hellersdorf

Im johlenden Mob befanden sich neben NPD-Leuten und Kameradschaftlern auch zahlreiche Nazis, die in den 1990er Jahren in Hellersdorf aktiv waren und sich inzwischen aus der Szene zurückgezogen haben. Einige trugen T-Shirts mit dem Datum »22. – 26.8.1992«. Eine unmissverständliche Botschaft: An diesen Tagen fand das rassistische Pogrom von Rostock-Lichtenhagen statt.

Die anwesenden Linken versuchten, durch Sprechchöre der aggressiven Stimmung etwas entgegenzusetzen. Das ließ den Hellersdorfer Bezirksbürgermeister Stefan Komofß (SPD) und einige Medien später in bodenlos dummer »Extremismuslogik« davon sprechen, die Bürger\_innenversammlung sei von »Extremisten von links und rechts« aus anderen Bezirken gestört worden. Dieser Versuch der Weißwaschung der Anwohner\_innen ist so durchsichtig wie einfältig.

Die Situation in Hellersdorf steht nur exemplarisch für eine Vielzahl von Auseinandersetzungen, die um die Einrichtung von neuen Heimen bundesweit geführt werden. In den Berliner Bezirken Charlottenburg, Reinickendorf und Steglitz, aber auch in Bremen-Vegesack oder in Gemeinden in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gibt es Anwohner\_innenproteste und rassistische Anfeindungen.

Manchmal kommen sie eher im bieder-konservativen Gewand daher wie in Berlin-Reinickendorf. Hier hatten Anwohner\_innen über einen Anwalt versucht, das Heim wegen »Seuchengefahr« schließen zu lassen, und ihren privaten Kinderspielplatz eingezäunt, damit die geflüchteten Kinder aus dem benachbarten Heim dort nicht mehr spielen können. In Wolgast wollten bereits am 9. November 2012 Nazis mit einem Fackelmarsch gegen eine Unterbringung demonstrieren. Erst in höherer Instanz wurde der Aufmarsch verboten. Diese Zunahme von rechter Hetze gegen Flüchtlingsheime ist kein Zufall. Rassistische Gruppen versuchen, die seit 2012 wieder steigende Zahl von Geflüchteten in eine rassistische Stimmung zu kanalisieren.

Nicht zuletzt dank der antirassistischen Kämpfe in den vergangenen Jahren ist die Lagerunterbringung zunehmend in die Kritik geraten. Es wurden Sammelunterkünfte geschlossen und zunehmend städtische Quartiere gesucht. Allerdings bringen viele Städte und Gemeinden weit weniger Geflüchtete unter, als der Verteilungsschlüssel vorschreibt. Statt der vorhersehbaren Situation verantwortungsvoll zu begegnen, werden jetzt in etlichen Bundesländern hektisch neue Unterkünfte aus dem Boden gestampft.

## Allerdings suchen die Konservativen momentan nicht das »Bündnis von Mob und Elite« (Hannah Arendt), sondern bedienen sich der kalten Instrumentarien bürgerlichen Verwaltungshandelns.

Die rechte Partei PRO NRW hat bereits im März zu einer »Volksinitiative gegen Asylmissbrauch« aufgerufen. Die NPD versucht ihrerseits, sich als »Speerspitze« des Protests zu profilieren - wie etwa bei der Bürger\_innenversammlung in Hellersdorf. Dabei legt die Partei viel Wert auf ein modernes, bewegungsförmiges Vorgehen. Hauptsächlich agiert sie in Form der von einem NPD-Kandidaten mitgegründeten Bürger\_inneninitiative Marzahn-Hellersdorf (BMH). Die BMH setzt ihrerseits vor allem auf eine auf Mitwirkung ausgerichtete Facebook-Kampagne. Gleichzeitig organisiert sie niedrigschwellige Angebote. So tauchen z. B. rund um das Heim immer wieder großflächige

Kreidegraffitis mit Sprüchen wie »Nein zum Heim« auf.

Offene Gewaltaufrufe sind auf der Facebookseite der BMH nicht zu finden, zu eindeutige Kommentare werden in der Regel schnell gelöscht. Allerdings wird Antifas subtil mit Gewalt gedroht, in dem z. B. Fotos veröffentlicht werden, die Antifas zeigen, wie sie die rassistischen Kreidezeichnungen entfernen. Diese Einschüchterungsstrategie traf auch eine im lokalen Gegenbündnis aktive Politikerin der Grünen, die massiv bedroht und deren E-Mail-Postfach gehackt wurde.

Offensichtlich versucht die BMH, eine Scharnierfunktion zwischen organisierter Naziszene und ansprechbaren Anwohner\_innen auszufüllen. Dazu bedient sie sich einer gewissen Mimi-krystrategie und ist tatsächlich lokal recht gut verankert. Ein entscheidender Unterschied zu den Anwohner\_innenprotesten anderswo liegt in Hellersdorf in der Akzeptanz der Nazis als »Lautsprecher«. Ein Grund hierfür ist sicherlich auch, dass im Bezirk noch viele Vertreter\_innen der »Nazigeneration« der 1990er Jahren leben, die zwar nicht mehr organisiert sind, aber ein sympathisierendes Umfeld bilden. Die Berliner Zeitung schätzte die Zahl der BI-Aktiven auf ca. 100, die Kerngruppe wird kaum mehr als zehn Personen umfassen. Inzwischen wurde eine zentrale Figur im Gefüge der BI, ein IT-Techniker aus Hellersdorf, von der Antifa geoutet.

Die Situation heute ist (noch) nicht wie 1992

Trotz der von Antifas befürchteten und von den Nazis beschworenen Parallelität zu der Pogromstimmung zu Beginn der 1990er Jahre liegt ein wesentlicher Unterschied darin, dass das politische Establishment aktuell

Bernd Krömer (CDU) im Einklang mit zahlreichen Medien von Springer bis zum Tagesspiegel seit Wochen gegen das Flüchtlingscamp am Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg.

In der Eigenlogik des heraufziehenden, aber themenlosen Wahlkampfes scheint es denkbar, dass sich in diesem Umfeld eine rechte Mobilisierung entfalten könnte. Es wird viel davon abhängen, ob sich für die rechten Kräfte erfolgreiche »Präzedenzfälle« schaffen lassen und damit der rassistische Protest gegen ein Heim Früchte trägt. Deshalb ist es für Menschen aus der Antifa- und Antirabewegung unbedingt notwendig, in diese lokalen Konflikte zu intervenieren und für ein Scheitern der rechten Mobilisierung zu sorgen.

Die Stärkung von lokalen linken Akteur\_innen und die Unterstützung von breiten Bündnissen sind dabei essenziell. Im Gegensatz zu vielen Antifa-Interventionen der 1990er Jahre kommt es dabei jedoch darauf an, dass Handlungsstrategien dem Stand der lokalen Kämpfe angepasst sind und gemeinsam auch von den linken lokalen Akteur\_innen getragen werden und nicht im Nachhinein deren Position schwächen.

AK - ANALYSE & KRITIK - ZEITUNG  
FÜR LINKE DEBATTE UND PRAXIS,  
NR. 585

# ANTI-FLAG



**Hallo, vorab erst mal alles Gute zu euren 20-jährigen Band-Be- stehen. Wie geht es euch und wie war bisher eure Europa Sommer Tour?**

Vielen, vielen Dank. Es war großartig, eine fantastische Tour. Aber ich war krank, so dass ich meine Stimme etwas schonen musste, davon abseits aber toll!

**Hat sich etwas geändert nach 20 Jahren des Tourens?**

Natürlich. Ich denke ich bin besser als früher, aber das ist wie mit allem anderen. Nach einer Weile weiß man was man braucht und wie man diese Eigenschaften erwirbt. Ich weiß inzwischen wie ich mir Dinge leichter machen kann, weiß mich darauf zu fokussieren, und das macht touren in weiten Teilen für mich aus. So... ich genieße touren inzwischen weit- aus mehr als früher, weil ich jetzt weiß wie ich es mir einfacher machen, mich auf den Spaß konzentrieren kann.

**20 Jahre Anti-Flag heißt auch 20 Jahre engste Zusammenarbeit und viel Zeit mit bestimmten Menschen. Wie fühlt sich das an? Und vor allem; langweilt es nicht irgendwann!?**

Es ist großartig und vor allem macht es auch einiges einfacher. Wir alle wissen, welche Rolle wir in der Band einnehmen, mehr noch als früher. Wir kennen unsere Stärken, es hilft uns und Dinge laufen glatter und nicht zuletzt kommen wir gut miteinander klar, nicht immer selbstverständlich, aber im großen und ganzen gut.

**Euer ›Jubiläumsalbum‹ unterscheidet sich ja von klassischen neuen Alben; vielmehr habt ihr nochmal an einigen eurer alten Tracks gearbeitet und diese dann gesammelt auf einer limitierten 7" Vinyl Single veröffentlicht. Ist das ein Art Best-Of? Sind das die Tracks, die eurer Meinung nach die meiste Aufmerksamkeit gebraucht haben oder was hat euch bewegt gerade diese Tracks für die Single Box auszuwählen?**

Wir wollten etwas besonderes machen. Wir wollen auch ein best of machen, aber das ist etwas anderes. Es sollte mehr sein als ein ›20 years of oder ein ›best of...

**Also irgendwie schon Lieblingstracks...?**

Nein! Das sind die Songs die, als wir uns alle unsere Tracks nochmal angehört haben, gesagt haben ›Hey, das ist ein cooler Song, es würde doch Spaß machen mit ihm nochmal etwas neues zu machen'.

**Ihr habt mit einigen anderen Artists mit ›Toast to Freedom‹ einen Track gecovered, dessen Erlös an AI geht; wie kam es zu dieser Zusammenarbeit mit AI?**

Allem voran, weil AI uns gefragt haben ob wir es machen... Also AI wollten eine Punk Rock Version eines Tracks machen, den andere Künstler aus anderen Genres bereits gesungen hatten... und so haben sie uns gefragt.

**Justin, du hast ja in einem Interview mit der Guardian gesagt: »I feel like we've been a voice in the wilderness for too long.« und das**

**als Grund angegeben zu einem Majorlabel zu wechseln, das euch trotz, oder vielleicht gerade wegen eures politischen Understatements signed hat. Auch wenn ihr jetzt nicht mehr bei RCA seid, wie bewertet ihr die Präsenz oder die Beziehung von Politik und/in der Musikindustrie?**

Zu der Zeit waren wir mitten im Golfkrieg und das Album zeigte das und die Leute vom Label waren genau daran interessiert; sie waren sehr an den Geschehnissen interessiert, sie waren gegen den Krieg und sie wollten es zeigen. Und es gab bis dato noch keine Band, die ein Anti-Kriegs Album gemacht hatte. Und ich vermute mal die Leute von dem Label haben gedacht, dass wir eine Band sind, die das schaffen könnte. Und so ließen sie uns das Album machen, das wir machen wollten. Dementsprechend hat es sich gut ergänzt und wir haben uns für das Label entschieden. Für uns war zu dem Zeitpunkt klar, dass wir zu keinem Label, egal ob Indie oder Major, gehen können, wo sie uns stoppen würden bestimmte Dinge zu sagen. Und das war für uns ausschlaggebend zu RCA zu wechseln.

**Ihr habt ja in den letzten Jahren auch die Occupy-Bewegung unterstützt. Besonders Occupy Oakland ist mir durch die präzisere und weitergehende Kritik positiv aufgefallen, auch in dem Versuch solidarisch mit den Hafnarbeiter innen zu streiken. Hat das eine Rolle für euer letztes Album gespielt?**

Ja, Occupy Oakland war vermutlich

eine der erfolgreichsten Occupy-Bewegungen. Wie sie es geschafft haben den Hafen lahm zu legen war sehr beeindruckend, und zeigt sehr deutlich, dass wenn Menschen sich zusammenschließen sie viele Möglichkeiten haben etwas zu erreichen. Es sendet vor allem eine Nachricht an viele Führungsriege irgendwelcher Firmen, die glauben die Welt zu beherrschen (schmunzelt)... ja es schickt ihnen diese starke Nachricht: ›Nein, das tut ihr nicht‹ (lacht)... und dass die Menschen ihr Leben kontrollieren...

Ganz offensichtlich hat die Occupy-Bewegung Einfluss auf unser letztes Album gehabt, an einem Punkt wo wir gesehen haben, dass Menschen gegen vor sich gehende Ungerechtigkeit aufstehen, auf einem Level überall auf der Welt, das man bisher noch nicht gesehen hat. Um genau zu sein ist es ökonomische Ungerechtigkeit. Für mich gab und gibt es schon immer einen Klassenkampf. Die Reichen führen einen Kampf gegen die Armen seit dem Tag, an dem es die erste reiche Person gegeben hat. Und ich glaube viele Leute realisieren das nicht... ich glaube es ist wichtig, dass die Leute sich wehren, sich wehren gegen einen Klassenkampf der sie betrifft. Und ich glaube, dass Occupy Wallstreet, besonders in den Vereinigten Staaten die erste große Bewegung dieser Art seit sehr langer Zeit war.

**Was steht denn gerade in den Staaten an? Hier in Deutschland hatten wir ja zuletzt Blockupy...**

Es gibt immer noch Leute, die in der Occupy Bewegung aktiv sind, aber ich glaube, dass Occupy inzwischen viele



verschiedene Dinge geworden ist. Die Hauptidee ist zwar noch da, aber die Menschen haben es (an)genommen und es ist inzwischen in viele Aktionsfelder geteilt was sehr aufregend ist. So gibt es z. B. die Occupy-Homes-Bewegung, die aktiv wird, wenn Leuten droht geräumt zu werden, und wo die Menschen dann zu den betroffenen Wohnungen gehen und so eine Räumung verhindern. Ich denke es gibt da einige sehr spannende Geschichten, auch wenn es ganz anders aussieht als zu Beginn...

**Klingt so als fändest du es gut...**

Ja, es ist großartig! Ich glaube da ist soviel Kreativität, wenn Menschen an demokratischen Prinzipien arbeiten, mehr als alles andere siehst du dort Menschen, die Interessen von Menschen vor Profite stellen und ich glaube wann und wo auch immer so etwas gesagt wird: es ist ein wichtiges Statement!

**In Spanien und in Griechenland wurde in der Vergangenheit flächendeckend gestreikt, gerade auch vor dem Hintergrund massiver gesellschaftlicher Veränderungen, die durch die Finanzkrise ausgelöst wurden. Zuletzt vor kurzem in Griechenland...**

Um ehrlich zu sein hinke ich auf Tour den Nachrichten etwas hinterher, aber ich habe es am Rande mitbekommen...

Deutschland, das zwar auch, wenn auch in viel geringerem Maß als im südeuropäischen Raum, von den Auswirkungen der Krise betroffen ist bezeichnet sich gerne als

Krisengewinner, hat sich vor bald 3 Jahren das M31-Netzwerk gegründet, dass zu einem europaweitem Aktionstag gegen den Kapitalismus aufgerufen hat.

**Wie ist deine Einschätzung? Glaubst du, dass momentan große Dinge gemeinsam erreicht werden können oder siehst du die Chance eher in Kleingruppen die in ihrer Nachbarschaft versuchen zu arbeiten.**

Ich glaube, dass jede Art von Aktivität total wichtig ist momentan. Ich glaube an Dingen zu arbeiten, die sehr klein sind, gibt Menschen erst einmal die Möglichkeiten Erfahrungen zu sammeln. Diese Erfahrungen sind sehr wichtig und was wir in den Staaten gesehen haben, zeigt es. Der Grund warum Occupy so erfolgreich war, insbesondere in den Ursprüngen, ist dass die Menschen während des Irakkriegs in kleinen Gruppen und Gemeinschaften die Erfahrung gemacht haben wie und auf welchen Ebenen sie aktiv sein können. Dieser Kampf hat so viele Menschen politisch aktiv gemacht, die anders vermutlich nicht politisiert worden wären. Und mit der Zeit, was sehr spannend war, endete der Kampf mehr oder weniger, nach und nach, und es sah so aus als sei alles tot und alle würden nach Hause gehen... ..aber die Wahrheit ist, die Leute haben auf einmal diese Erfahrung gemacht, und BOOM, sie kamen nach New York und es ist quasi explodiert. Sie kamen nach Oakland, sie waren in San Francisco und Chicago. Es ist also sehr spannend zu sehen wie Menschen diese Erfahrungen machen, wenn auch in kleiner

Zahl... Und wenn ein Funke in einer Flasche gefangen wird, dann nährt er sich und wird zu etwas größerem... Und ich glaube das ist genau das, was wir gerade überall auf der Welt sehen können. Es ist eine sehr beeindruckende Zeit. Meiner Meinung nach gibt es immer die Kraft und die Möglichkeit der Menschen sich zusammen zu tun und für Gerechtigkeit auf der Welt zu kämpfen, egal ob in Deutschland, in Spanien oder den Vereinigten Staaten oder Brasilien oder wo auch immer. Ich denke, dass die Möglichkeit der Möglichkeit der weitläufigen Veränderung in Form eines Generalstreiks auf jeden Fall gegeben ist. Das glaube ich. Ich denke aber auch, dass all die andere Arbeit getan werden muss, und dass keine Arbeit wichtiger ist als eine andere. Ich würde sagen das ist mein Punkt: Ich glaube, dass beide Seiten einem sehr wichtigem Punkt dienen und sich nicht entzweien sollten.

**Kann man sagen, dass du mit deiner Band Politik machst und so deinen Teil dazu beiträgst, jenseits von der Musik über Ungerechtigkeit nachzudenken?.**

Also wir arbeiten mit vielen verschiedenen Künstlern Künstler\_innen?, mit vielen Organisationen und Menschen, aber ich denke am besten sind wir im Musik machen, Menschen zusammen bringen und Menschen das Gefühl zu vermitteln nicht alleine zu sein, dass da draußen Menschen sind, die sich um die gleichen Dinge kümmern wie sie. Ich denke auf unseren Shows können Menschen einander treffen und deswegen versuchen

wir immer Gruppen wie AI, Peta oder Greenpeace und örtliche Organisationen einzuladen... Vor ein paar Tagen hatten wir eine Organisation zu Besuch, die sozial schwachen Kindern geholfen hat. Deswegen glaube ich, dass unsere Konzerte wirklich hilfreich sind und darüber hinaus haben wir alle noch unser Ding an oder in dem wir jeweils politisch aktiv sind.

**Ihr habt also nicht ein gemeinsames Ding, das über die Jahre gewachsen ist und eure Interessen vereinbart?**

Doch, wir haben sehr hart zum Thema der Rekrutierung des Militärs an Schulen in den Vereinigten Staaten gearbeitet, um genau zu sein haben wir dagegen gekämpft. Ich bin der Meinung, dass die meisten Menschen, die sich verpflichten sich nicht der Tragweite ihrer Entscheidung bewusst sind, nicht wissen worauf sie sich einlassen, was das Militär wirklich ist. Es gibt soviel Propaganda, die Menschen dazu auffordert dem Militär beizutreten und ich denke, dass Menschen nicht auf etwas hereinfallen sollten, was auf einer Lüge basiert, vor allem wenn es über Leben und Tod entscheidet. Das Militär dient nicht dem Frieden oder der Gleichheit oder der Freiheit ... es dient allem voran dem Interesse von Firmen und anderen wirtschaftlichen Akteuren. Ich vermute mal, dass die Menschen wenn sie es wüssten, nicht sehr scharf darauf wären sich verpflichten zu lassen.

**Justin, vielen Dank für das Gespräch und Spaß beim Auftritt**

Klar doch, Danke euch auch.

# WOHNUNGSMANGEL

**In Frankfurt und Hessen spitzt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu – Studierende sind oft die Leidtragenden**



Martina hatte sich schon sehr auf ihr Studium der Physik an der Goethe-Universität in Frankfurt gefreut. Sie kommt eigentlich aus der Nähe von Landshut in Rheinland-Pfalz. »In eine etwas größere Stadt zu ziehen war für mich eine willkommene Herausforderung und Abwechslung.« Im Sommersemester 2013 war es dann soweit.

Wenige Wochen vorher fing Martina damit an, eine Wohnung zu suchen. »Ich war überrascht, als ich mit Gruppen von 5, teilweise sogar 10 anderen Leuten Wohnungen besichtigen sollte.« Die Fahrten aus Rheinland-Pfalz kosten viel Zeit und Geld, deswegen kann sie nicht an jeder Besichtigung teilnehmen. »Im Endeffekt habe ich die ersten paar Wochen bei Freunden übernachtet, die Situation hat sich dann zum Glück entspannt und ich habe eine Wohnung finden können und bin jetzt sehr zufrieden.«

### Kein Einzelfall

Es gibt viele, die Ähnliches erleben. In Martinas Fall begann das Studium im Sommersemester, hier ist der Ansturm noch geringer. In den vergangenen Jah-

ren - vor allem aufgrund der Doppeljahrgänge durch die Umstellung auf G8 - zeigte sich, dass im Wintersemester der Andrang noch größer ausfällt. Das führte dazu, dass für die weniger Glücklichen Notlager, sprichwörtlich Feldbetten für Erstsemester im Studierendenhaus auf dem Campus Bockenheim aufgestellt wurden.

Eigentlich sollten Studierende sich mit anderen Sachen beschäftigen: Anschluss finden an die neue Umgebung, den Alltag organisieren, aus Kommiliton\*innen Freund\*innen und aus der Leidenschaft einen Beruf machen.

### Studentenwohnheime: Ein Klumpen in der Brandung

Um dies zu ermöglichen, gibt es ja auch die Studentenwerke. Diese bieten, laut eigener Aussage, momentan ca. 180.000 Wohnheimplätze für Studierende an. Bei derzeit 2,5 Millionen eingeschriebenen Studierenden ergibt das eine mehr als bedrückende Quote von 7,2%. Es braucht keinen Diplom-Mathematiker um zu erkennen, dass dies nur zu langen Wartezeiten führt. Yannick, 24, Student der Biowissenschaften kann ein Lied davon singen. »Ich musste ein Jahr lang auf einen Platz im Wohnheim warten. Nicht, dass ich nicht gerne privat gewohnt hätte, aber auf Dauer konnten meine Eltern

mich nicht unterstützen und neben dem Studium habe ich nicht ausreichend Zeit und Energie, um genug zu verdienen.« Immerhin scheinen die Studentenwerke den Ernst der Lage zu begreifen, und fordern selbst eine Erhöhung der Wohnheimplätze um 25.000 pro Jahr. In 10 Jahren würde damit die Quote auf 17% steigen, vorausgesetzt die Zahl der Studierenden nimmt nicht zu. Das ist zwar auch nicht das Gelbe vom Ei, aber selbst das wird wohl nicht durchgesetzt. Denn hierzu braucht es das Geld von Bund und Ländern.

Und tatsächlich, Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) sagt, 70.000 Wohnheimplätze müssen her. Er fordert damit mutig das Dreifache der Studentenwerke und legt gleich schon einen Plan nahe, man könne »leerstehende Kasernen umfunktionieren«. Was Ramsauer nicht dazusagt, ist dass in der Bundesrepublik der Regierung in Sachen Bildung die Hände gebunden sind. Dies ist auf die Föderalismusreform zurückzuführen.

### Kahlschlag in der Politik

Dabei gibt es doch eigentlich in Frankfurt genug Platz, könnte man jedenfalls meinen. Wer vom Willy-Brandt-Platz mit dem Auto Richtung Hauptbahnhof fährt, sieht eine Menge Schilder, die freien Büroraum bewerben, in sprichwörtlich bester Lage.

Im Jahre 2012 waren 18% der gesamten Bürofläche der Bankstadt Frankfurt, die zum größten Teil auf Dienstleistung setzt, leerstehend. Und trotzdem stehen Studierende kopfschüttelnd vor horrenden Mietpreisen, die sich kaum jemand leisten kann. Hintergrund ist ein drastischer Rückgang im sozialen Wohnungsbau. Allein in Hessen ist die Zahl der Sozialwohnungen seit 1991 um 85.000 zurückgegangen. Dieser Trend zeigt leider keinen Abbruch: Jährlich fallen 3.000 Wohnungen aus der Sozialbindung und es kommen nur 600 dazu, ein Verhältnis von 5 zu 1.

Da die öffentliche Hand immer weniger zu investieren scheint, wittern Unternehmen neue Spielräume. Das Unternehmen »Youniq« bietet zum Beispiel in verschiedenen deutschen Großstädten hochwertig ausgestattete Wohnungen an für Studierende, mit Fitness- und Learning Lounge. Ab 500€ aufwärts plus Anzahlung in ungefähr gleicher Höhe. Es ist leider fragwürdig, ob das ein tragfähiges

Konzept für die gesamte Studierendenschaft darstellt.

»Letztendlich sehen wir hier die Politik in der Verantwortung, auf Bundes- Landes- und Kommunalebene.« meint Noah Zeise, der hochschulpolitisch aktiv ist. »Es kann nicht sein, dass Studieren dadurch eingeschränkt wird, dass Menschen auf Sofas übernachten müssen oder dass das Ersparnis der Eltern geschöpft wird - falls vorhanden.« In den meisten Fällen müssen Studierende neben dem Lernen arbeiten, nicht selten zu Lasten des Selbigen.

### Handlungsperspektiven

Der Ärger über die Situation macht sich langsam breit. Oftmals wird die Wut individuell geschluckt, ohne dass sie sich »produktiv« äußert. Auf der anderen Seite gibt es kollektive Aktionen wie Wohnraumbesetzungen. Diese setzen ein wichtiges Zeichen, nämlich dass leerstehender Raum verwendet gehört, gehen aber leider oft an der Masse der Studierenden vorbei und sind mit einem relativ hohen Risiko und erheblichen Strapazen verbunden. Meist bleibt es beim Symbol.

Da es sich bei dem Thema Wohnungsmangel um ein Thema handelt, dass auf der einen Seite alle Studierenden, auf der anderen Seite aber auch immer die ganze Stadt betrifft, gilt es hier den Kontakt zu lokalen Initiativen zu suchen. So zum Beispiel die Campusinitiative Bockenheim, die sich dafür einsetzt, dass nach dem Umzug der Universität aus dem Campus Bockenheim unter anderem Wohnraum errichtet wird. Auch auf der nächsten Vollversammlung sollte Thema sein, wie wir gemeinsam Protest- und Handlungsperspektiven auf städtischer Ebene entwickeln können.

Die nächsten Bettenlager werden schon vorbereitet

BRUCE PAENSON

# Tierversuche an der Uni

Im April 2013 wurde der Senat der Uni Frankfurt über den jährlichen Bericht des Tierschutzbeauftragten über die Tierversuche in den einzelnen Fachbereichen in Kenntnis gesetzt. Der Bericht zeigt wie viele Tierversuche im Jahr 2012 an der Uni Frankfurt stattgefunden haben und wie viele Versuchstiere dabei verwendet wurden. Tierversuche sind wissenschaftliche Experimente an oder mit lebenden Tieren. Die hierzu verwendeten Tiere werden »Versuchstiere« genannt.

Nur in den Fachbereichen 14 (Biochemie, Chemie und Pharmazie), 15 (Biowissenschaften) und 16 (Medizin) fanden Tierversuche statt. Dabei wurden allein im Jahr 2012 unglaubliche 33.850 Tiere in 240 Versuchen »verbraucht«. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Steigerung von mehr als 12 %. Verglichen mit dem Jahr 2000, in dem 4.890 Versuchstiere verwendet wurden, ergibt sich sogar eine drastische Erhöhung von 600 %. Zur Erklärung: Ein »Verbrauch« ist nicht zwangsläufig mit dem Tod der Versuchstiere verbunden. Allerdings ist es üblich die Tiere nach dem Tierversuch zu töten - sofern es nicht bereits durch den Versuch selber geschehen ist - da die mehrfache Verwendung von Versuchstieren entweder aus gesetzlichen (z. B. leidet das Tier an irreparablen Schäden durch den Versuch) oder aus wissenschaftlichen Gründen (die Aussagekraft bei ungesunden Tieren ist äußerst begrenzt) nicht vorgesehen ist.

Der Bericht orientiert sich nach Angaben der Vertretung der jeweiligen Tierschutzbeauftragten ausschließlich an den gesetzlichen Vorgaben. Es werden keine expliziten Zahlen präsentiert, welche Tierarten verwendet wurden. Nur in den Erläuterungen zu dem Fachbereich 16 wird kurz aufgezeigt, welche Tiere verwendet wurden: »Wie in den letzten Jahren wurde im Fachbereich 16 nur mit Säugetieren gearbeitet – jedoch wurde hauptsächlich auf Nager zurückgegriffen. Insgesamt entfallen 99,8% auf Nagetiere: 94,9% entfallen auf Mäuse, 4,8% auf Ratten. Des weiteren werden in

geringem Umfang Schafe, Schweine und Kaninchen eingesetzt.«

Warum solch eine Beschreibung nicht auch für die Fachbereiche 14 und 15 vorgenommen wurde, hinterlässt viel Raum für Spekulation und es verbleibt der Eindruck einer möglichen Verheimlichung. Ebenso ist nicht ausreichend ersichtlich, zu welchem Zweck die Tiere überhaupt verwendet wurden. Der Bericht liefert hierzu nur sehr undurchsichtige Informationen. Normalerweise finden Tierversuche Anwendung in der Grundlagen-, Arzneimittel- und Verhaltensforschung sowie bei der Herstellung und Qualitätskontrolle von Produkten und Giftigkeitsprüfungen. Daneben wer-

den Tiere für die Ausbildung benötigt, um z.B. den theoretischen Lehrstoff im Studium der Biologie, Human- und Tiermedizin zu veranschaulichen. Beispielsweise werden Ratten bevorzugt getötet, um den modellhaften Bau und die räumliche Anordnung der inneren Organe von Säugetieren kennenzulernen. Weiterhin wird eine Vielzahl an Tieren getötet, um ihre Zellen und Organe für entsprechende wissenschaftliche Zwecke zu gewinnen. Allerdings werden noch nicht einmal solche allgemeinen Informationen im Bericht preisgegeben. Wieso ist es so schwierig, den interessierten Studierenden der Hochschule zu erklären, mit welchem konkreten Ziel ein Tierversuch stattfand?

**Nutzen und Unnutzen von Tierversuchen**  
Tierversuche sind ein höchst kontroverses Thema und werden es sicherlich auch in Zukunft sein. Laut der »Deutschen Forschungsgemeinschaft« sind

wichtige Erkenntnisse im Bereich der Medizin auf Tierversuche zurückzuführen. Dies gilt z.B. für die Entdeckung des Insulins oder die Entwicklung von verschiedenen Impfsereen. Alternativmethoden könnten ihrer Meinung nach keinen »intakten Organismus« ersetzen. Demgegenüber stehen die Tierversuchsgegner\_innen, z. B. die »Ärzte gegen Tierversuche«, die sich aus ethischen, medizinischen und wissenschaftlichen Gründen für die Abschaffung von Tierversuchen einsetzen. Die Tierversuchsgegner\_innen erkennen die Fortschritte durch Tierversuche zwar an, allerdings kritisieren sie auch, dass diese nicht in Relation zum Aufwand und zur eingesetzten Tierzahl stünden. Außerdem seien diese Erkenntnisse auch mit Zellkulturen »in vitro« zu gewinnen. Mit »in vitro« werden organische Vorgänge bezeichnet, die sich außerhalb eines lebenden Organismus befinden, z. B. in einer künstlich geschaffenen Umgebung wie im Reagenzglas. Allein deshalb zweifeln Tierversuchsgegner\_innen den Erkenntnisgewinn zahlreicher Tierversuche an, aber sie bemängeln auch die häufig nicht vorhandene Übertragbarkeit von Tierversuchsergebnissen auf den Menschen. Als Beleg sehen sie hierfür die als sicher eingestuftem Medikamente aus Tierversuchen, die beim Menschen schwerwiegende Nebenwirkungen zur Folge hatten. Hinzu kommt die ethi-

Aber unabhängig davon, wie die einzelnen Argumente der Tierversuchsbefürworter\_innen und -Gegner\_innen zu gewichten sind, sollte für alle zu erkennen sein, dass die Zahl der verwendeten Tiere an unserer Hochschule eine schockierende Entwicklung vollzogen hat. Die Transparenz und Aufklärung der Studierenden in diesem Zusammenhang ist absolut ungenügend. Nur relativ wenige Studierende wissen überhaupt, dass es Tierversuche an der Uni Frankfurt gibt. Wohl noch weniger wissen, wie viele Tiere tatsächlich verwendet wurden. Und fast keine Person weiß, welche Tiere zu welchem Zweck verwendet und schlussendlich getötet wurden.

Der AK Ökologie fordert einen wesentlich ausführlicheren Tierschutzbericht und mehr Transparenz gegenüber den Studierenden: Welche Tiere wurden verwendet (Mäuse, Kaninchen, Katzen, Schweine, Pferde, Affen,...)? Zu welchen Zwecken wurden die Tiere verwendet bzw. welches Ziel hatte der Tierversuch? Woher kommen die Versuchstiere? Wie sehen die konkreten Anstrengungen aus Tierversuche mit tierversuchsfreien Alternativen zu ersetzen (in vitro-, in silico-Verfahren [= Vorgangsbeschreibung am Computer] und / oder Experimente mit aus Operationen zur Verfügung stehenden menschlichen Zell- und Gewebekulturen)?

Nicht nur schlicht weg für die Transparenz, sondern auch für die generelle Bewusstseinsweckung sollte der (ausführliche) jährliche Tierversuchsbericht an alle Studierenden verschickt werden.

**AK ÖKOLOGIE**

Link zum Tierversuchsbericht:  
<http://url9.de/Js7>

## Anzahl der Versuchstiere an der Uni Frankfurt

	FB 14	FB 15	FB 16	Summe	Prozent
2000	126	0	4764	4890	100 %
2001	12	24	5700	5736	117 %
2002	98	143	10825	11066	226 %
2003	103	137	6918	7158	146 %
2004	798	168	11395	12361	253 %
2005	333	254	13481	14068	288 %
2006	450	1151	16934	18535	379 %
2007	1321	1039	16671	19031	389 %
2008	1091	1307	19701	22099	452 %
2009	1057	2523	21967	25547	522 %
2010	504	2375	26748	29627	606 %
2011	1020	3059	26055	30134	616 %
2012	728	4133	28989	33850	692 %



2012 wurden 33.850 Tiere »verbraucht«



# Die Goethe-Universität zieht um<sup>1</sup>

## Staatliche Raumproduktion und die Neoliberalisierung der Universität

### 1. Politics of ›Place‹ – Universität als erfahrener und gelebter Raum

Um die Repression im Umgang mit studentischen Protesten an der Johann Wolfgang Goethe-Universität (JWGU) zu verstehen, welches besonders augenscheinlich geworden ist bei der gewaltsamen Räumung des besetzten Casinos 2009, ist es unserer Ansicht nach nötig, die Neoliberalisierung der JWGU in den Blick zu nehmen, die im Rahmen ihres Umzugs auch einen räumlichen Ausdruck erhält. Dies wollen wir in diesem Beitrag mittels eines Vergleichs von zwei *places* tun, dem Campus Bockenheim und dem IG-Farben-Campus, die unseres Erachtens für zwei Konstellationen von Kräfteverhältnissen an der JWGU und in der BRD stehen, den »Fordismus« und den »Neoliberalismus« in ihrer bundesdeutschen Ausprägung. Wir verwenden diese Begriffe, um zwischen zwei Perioden des Kapitalismus zu unterscheiden, die jeweils als die temporär stabile Hegemonie eines

historischen Blocks gesellschaftlicher Kräfte aufzufassen sind.

Universität verstehen wir dabei erstens als Staatsapparat mit spezifischen Leistungen und Anforderungen sowie eigener Materialität, aus welcher eine relative institutionelle Trägheit im Bezug auf die neoliberale Transformation resultiert. Zweitens wollen wir die aktuellen Raumproduktionen der JWGU näher untersuchen, weil sich in ihnen der Wandel der Institution in besonderer Weise manifestiert. Hier treffen wir auf eine zweite Trägheit, die der gebauten Umwelt der Universität geschuldet ist. Beide Trägheiten vermitteln zwischen gesellschaftlicher Dynamik und dem konkreten *place* JWGU.

Die wörtliche Übersetzung für *place* wäre »konkreter Ort«. Als feststehenden Begriff der anglophonen Geographie mit umfangreicher Begriffsgeschichte belassensien wir *place* im Englischen (für eine ausführlichere Begriffsdiskussion siehe

den sub/urban-Artikel, FN i). *Places* werden jeweils subjektiv erlebt und sind emotional aufgeladen. Teils gewalttätige Auseinandersetzungen wie bspw. die um den neuen IG-Farben-Campus deuten zugleich an, dass sie durch und durch politisch und nur zu verstehen sind, wenn sie in den Kontext gesellschaftlichen Wandels gestellt werden. So hat bspw. Doreen Massey herausgearbeitet, dass *place*-spezifische subjektive Erfahrungen und Emotionen in globale Vernetzungen verschiedener Art eingebunden sind und durch diese hervorgebracht werden. Auch David Harvey bestimmt die Vielfältigkeit erfahrener und emotional angelegener *places* im Zusammenhang mit über sie hinausreichenden und sie zugleich konstituierenden sozialen Verhältnissen. Hieraus folgen für unser Thema vor allem drei Aspekte: Erstens ist die subjektiv-emotionale Seite von *places* in kritischer Theorie und Empirie ernst zu nehmen, zweitens gilt es gerade deshalb *places* im

Kontext gesellschaftlicher Prozesse und Kämpfe zu untersuchen, was drittens wegen der Natur von *places* stets konkret und am Gegenstand erfolgen muss, um das je spezifische Verhältnis von sozialen Prozessen und subjektiver Aneignung in den Blick zu bekommen. Eben hiermit befassen wir uns im Folgenden, wobei wir beide *places* in chronologischer Reihenfolge diskutieren.

### 2. Campus Bockenheim

#### 2.1 – Die Goethe Universität nach dem Nationalsozialismus

Infolge der Befreiung vom Nationalsozialismus waren an der Universität Frankfurt Anfang der 1950er Jahre einige Außenseiter\_innen in entscheidende Funktionen gelangt: 1951 wurde das – von der JWGU formell unabhängige – Institut für Sozialforschung (Abb.1) wiedereröffnet, dessen Leiter Max Horkheimer bald darauf Rektor der JWGU werden sollte. 1953 eröffnete er



Abb. 1: Das Institut für Sozialforschung auf dem Campus Bockenheim.

Abb. 2: Das Studierendenhaus auf dem Campus Bockenheim.

Abb. 3: Das von Ferdinand Kramer 1952 modifizierte Portal des Hauptgebäudes auf dem Campus Bockenheim.

Abb. 4, 5, 6: Graffiti im AfE-Turm auf dem Campus Bockenheim.

Abb. 7: Campus Bockenheim mit dem AfE-Turm im Hintergrund.



das stiftungsfinanzierte Studierendenhaus (Abb.2) mit folgenden Worten:

»Das Glück des unabhängigen Denkens und das Bedürfnis nach Freiheit, das aus ihm folgt, ja mit ihm identisch ist, muss gelernt und erfahren sein; es bedarf der Übung und der Gelegenheit, des Beispiels und des Umgangs. [...] Wie unendlich klein auch das Ausmaß dieses Hauses im Hinblick auf so hoch gesteckte Ziele erscheint, die Wirkung dieser Zelle wird sich aufs Ganze der Universität und weiterhin erstrecken, es wird ihr Zentrum werden.« (Horkheimer 1953: 13)

Im gleichen Jahr hatte Horkheimer den Architekten Ferdinand Kramer, einen Jugendfreund Theodor W. Adornos, aus dem Exil nach Frankfurt geholt und ihn mit dem Wiederaufbau der Universität beauftragt. Kramer stand in der Tradition der Klassischen Moderne und versuchte mit seinen Hochschulbauten an die Ideen der demokratischen Architektur anzuknüpfen (Hansen 2001), wie sie unter Ernst May mit dem Neuen Frankfurt (Mohr/Müller 1984) begonnen wurden. Kramer begann seine Tätigkeit mit einem Paukenschlag: Das barocke Hauptportal des schlossähnlichen Hauptgebäudes lässt er einreißen und ersetzt es durch eine transparente Glastürenkonstruktion, ein Zeichen von Öffnung und Demokratisierung der Universität, das bei den restaurativen Kräften auf vehemente Ablehnung stößt (Abb.3).

Bei dem Bündnis von Kritischer Theorie und moderner Architektur handelte es sich jedoch nicht um eine Liebesbeziehung. Was beide verband, war eine inhaltliche Nähe: ihr Kampf gegen den Nationalsozialismus und

alles, was ihn konstituierte; ein emphatischer Begriff von Demokratie, der deren soziale Bedingungen wesentlich mit in den Blick nahm; schließlich die Idee der Möglichkeit von Aufklärung. Materielle Grundlage waren u. a. der institutionalisierte Klassenkompromiss (Korporatismus) sowie bis dahin ungeahnte wirtschaftliche Wachstumsraten in der BRD der 1950er und 60er Jahre (Hirsch/Roth 1986; Lutz 1984). Im weitesten Sinne standen beide Projekte schon für die Paradigmen von »Chancengleichheit« und »Mitbestimmung«, noch bevor diese im bundesdeutschen Staatsapparat Universität institutionalisiert wurden.

Da die fundamentale Kapitalismuskritik der Frankfurter Schule in dieser Zeit zugunsten progressiver Wahrheitspolitik in den Hintergrund trat, können beide – Universitätsleitung und Architekt – als Teil der Durchsetzung der sozial-demokratischen Version des Fordismus an der JWGU verstanden werden. Dabei standen sie relativ verloren in der Opposition zu den herrschenden Kräften im Staatsapparat Universität und dem national-konservativen Hegemonieprojekt. Die frühen Jahre des westdeutschen Fordismus trugen in Deutschland das restaurative Gesicht der Adenauer-Ära, das die national-sozialistische Vergangenheit inhaltlich wie personell dem Vergessen übereignete (Frei 1996). Im universitären Apparat äußerte sich dies in der Organisation durch Ordinarien wie in der Besetzung von Lehrstühlen durch Altnazis. In der Auseinandersetzung zwischen den Hegemonieprojekten können Horkheimer und das Institut für Sozialforschung als Teil des sozial-demokratischen

Hegemonieprojektes verstanden werden. Zugespielt ließe sich formulieren, dass sie das Feigenblatt bildeten, unter dem alte Traditionen des national-konservativen Hegemonieprojektes, das im Staatsapparat Universität nach wie vor hegemonial war, unhinterfragt fortgesetzt werden konnten.

## 2. 2. — 1968 und die Politisierung der Wissenschaft

Der Bruch kam mit 1968. Die studentische Revolte gegen die autoritären Verhältnisse war im Verbund mit dem ökonomischen Interesse nach mehr wissenschaftlich qualifizierten Fachkräften in der Lage, die Kräfteverhältnisse so zu verändern, dass die institutionelle Trägheit des Staatsapparates Universität überwunden und eine Reorganisation der Universität bewirkt wurde (Rodrian-Pfennig 2008). Die Ersetzung der Ordinariendurch die Gruppenuniversität mit einer verfassten Studierendenschaft korrespondierte mit den studentischen Aktivitäten: selbstorganisierte Seminare und Lesekreise, Cafés und Zeitungen, politische Initiativen und Wohngemeinschaften, Demonstrationen und Häuserkämpfe. Das Graffiti wurde neu erfunden, Plakate und Flugblätter kommunizierten mit dem städtischen Leben (Abb. 4–6).

Nachdem Kramer bereits die Grundzüge des Bockenheimer Campus erarbeitet und umgesetzt hatte, wird eben in dieser Zeit das Symbol der neuen Kräfteverhältnisse geschaffen: der AfE-Turm (Abb. 7). Dieser kann in vielerlei Hinsicht als der materielle Ausdruck der fordistischen Gesellschaftsformation an der JWGU gelten: Mit seiner Fertigstellung 1973 war er für einige Jahre das höchste

Gebäude Frankfurts, gestalterisch trägt er sein Stahlbeton-Skelett im Stile des Brutalismus offen zur Schau und signalisiert damit Funktionalität und Massenproduktion. Die Ordinarien sind darin Vergangenheit, die Seminarräume sind flach und die Kritische Theorie in Form der Gesellschaftswissenschaften ist zu einem breiten interdisziplinären Projekt transformiert, dessen mechanischer Betriebsamkeit etwas Tayloristisches anhaftet.

Die Gesellschaftswissenschaften verkörpern auch inhaltlich den Fordismus: Zentrales Thema sind der »sozialdemokratische Staat« (Buci-Glucksmann 1982) und das korporatistische »Modell Deutschland« (Hirsch 1980) sowie deren Akteure und Institutionen. Hier werden Personal und sozialtechnologisches Wissen insbesondere für die Apparate Schule, Wissenschaft, Medien, Sozialdemokratie und Gewerkschaften produziert. Auf dem Programm stehen gesellschaftliche Verteilungsfragen, die sich aus der angewachsenen Produktivität ergeben. Tendenziell kritisch ist diese Wissenschaft, weil der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital im Korporatismus zwar befriedet ist, aber als Klassenkompromiss ausdrücklich benannt bleibt und »von links« in Frage gestellt wird. Publiziert wurde vielfach in linken Zeitschriften und Buchreihen, wobei die *edition suhrkamp* zeitweise mit sozialistischen und marxistischen Büchern die öffentliche intellektuelle Debatte der BRD mitbestimmte.

Versteht man Fachbereiche als Ausdruck der Verdichtung unterschiedlicher sozialer Kräfte, dann ist bemerkenswert, dass kritische



Positionen in den 1970er Jahren an der JWGU nicht nur in den Gesellschaftswissenschaften dominant wurden (Steinert 2008: 168), sondern sich deren Einflüsse selbst in jenen Bereichen finden, die weit mehr unmittelbare Nähe zu Kapital und (repressivem) Staat aufweisen. So wurde in den Wirtschaftswissenschaften ein Lehrstuhl mit dem Schwerpunkt »Marxistische Wirtschaftstheorie« eingerichtet, in den Rechtswissenschaften gewannen die Grundlagenfächer Rechtstheorie, -geschichte und -soziologie an Bedeutung, und selbst in der Medizin hielten mit dem »Institut für Sexualforschung« gesellschaftstheoretische Fragen Einzug.

Ganz im Sinne der institutionellen Trägheiten zieht der fordistische Geist in der BRD erst in den Staatsapparat Universität ein, als die Krise des Fordismus gerade beginnt manifest zu werden, nämlich um 1970. Seine Materialisierung im Turm 1973 fällt als Resultat einer zweiten Trägheit, jener der gebauten Umwelt, mit dem Beginn der Krise des Fordismus zusammen. Obwohl die radikaleren Elemente der JWGU um die 1970er herum sicherlich nicht durch und durch fordistisch waren – weil etwa viele Studierende und Lehrende nicht das Ideal der Kernfamilie lebten oder daran glaubten, dass der Klassenkompromiss das Ende der Geschichte sei –, kann der Turm doch in vielerlei Hinsicht als der *place* verstanden werden, der die deutsche Version des Fordismus im Staatsapparat Universität verkörpert. In dieser Hinsicht blieb der Turm fordistisch bis weit in die 1990er Jahre hinein. Durch die beiden Trägheiten benötigte es etwa 20 Jahre, bis das neue, neoliberale Hegemonieprojekt an der JWGU

ankam. Obwohl es bereits seit Ende der 1960er Jahre umfassende Debatten und Kämpfe um den Staatsapparat Universität gab, waren diese für gewöhnlich im Rahmen fordistischer gesellschaftlicher Verhältnisse und Denkweisen situiert – ein Ausdruck des hegemonial gewordenen sozial-demokratischen Projektes an der JWGU und anderswo (Demirovic 2007b).

Trotzdem sind aus einer *ex post*-Perspektive in dem, was der Turm als *place* repräsentiert, einige Elemente des neoliberalen Wandels bereits vorgezogen: Die Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsverhältnisse fanden in der studentischen Subkultur ihre positive Begründung und das fordistische Normalarbeitsverhältnis erfuhr hier eine Absage, die sich das Kapital von Seiten der Arbeiterklasse nicht hätte erträumen können. Der Turm ist damit einerseits Stein gewordener Fordismus, wie er sich an kaum einer anderen Universität der BRD so augenfällig in der gebauten Umwelt materialisiert. Andererseits trägt er den Keim der Neoliberalisierung bereits in sich.

### 3. Der IG-Farben-Campus

Im Laufe der Durchsetzung des neoliberalen Hegemonieprojektes in der BRD wird der Staatsapparat Universität seit den 1990er Jahren verstärkt als zu neoliberalisierender entdeckt. Im folgenden Abschnitt werden wir argumentieren, dass der neue IG-Farben-Campus für eine Vielzahl verschiedener gesellschaftlicher Verhältnisse und Diskurse steht, die nur in ihrer *place*-spezifischen Kombination dem neoliberalen Hegemonieprojekt zugeordnet werden können. Der Campus steht zentral für den neoliberalen Erfolg in einem

strikten Sinn, insofern darin Praktiken, Diskurse und Technologien gebündelt und vorangetrieben werden, die Konkurrenz in allen Lebensbereichen zum Ziel haben. Während die spezifischen historischen und ästhetischen Qualitäten des Campus nicht an sich neoliberale sind, argumentieren wir, dass die autoritäre Art, in der Geschichte und Ästhetik benutzt und hergestellt werden, Ausdruck des neoliberalen Hegemonieprojektes ist. Ziel ist die Produktion eines *place*, der als Ressource im Wettbewerb der Universitäten dient und der alle Abweichungen von diesem Ziel diszipliniert. Die Produktion des *place* IG-Farben-Campus verändert somit auch das Verhältnis der Universität im Bezug zur Stadt. Ein Journalist bringt es folgendermaßen auf den Punkt:

»Viele Jahrzehnte hatte es die Universität Frankfurt sträflich versäumt, die unmittelbare Nachbarschaft zum führenden Finanzplatz in Kontinentaleuropa als ein Glücksgeschenk zu begreifen und zum eigenen Vorteil zu nutzen [...]. Nun ziehen Universität, das Land Hessen, die Stadt Frankfurt und das private Bankgewerbe alle an einem Strang. Ziel ist, ein Netzwerk zwischen der Finanzplatz-Community, der Wissenschaft sowie der Politik aufzubauen.« (FAZ, 24.02.2004).

Zentraler Teil dieses Prozesses ist die Konstruktion des – wie es der neue Präsident im Anschluss an seinen Vorgänger nennt – »schönsten Campus Europas« (FR, 25.11.2011) – ein *place* mit einer spezifischen Geschichte, wie im Folgenden diskutiert wird.

### 3.1 Das IG-Farben-Haus

→Abb. 8: Das IG Farben Haus

Das 1931 von der IG-Farben<sup>3</sup> bezogene Gebäude wurde von Hans Poelzig geplant und realisiert. Die Grundidee, die Poelzigs Entwurf kennzeichnet, ist die architektonische Repräsentation des Konzerns:

»Neben dem eigentlichen Zweck, ein Verwaltungsgebäude zu sein, eine Arbeitsstätte für 2000 denkende Menschen, in deren Hände die unsichtbaren Fäden des gewaltigen Konzerns laufen, mußte die Anlage einen Sinn haben. Es mußte sichtbar zum Ausdruck gebracht werden, welche große geistige und materielle Macht das Unternehmen ist. Nicht nur für heute, wir Mitlebenden spüren alle seine Bedeutung, sondern für Morgen. Das Gebäude soll seine Schatten in die kommenden Jahrhunderte werfen und von der Macht und Größe des Unternehmens unablässig reden, wenn seine Zeit längst vorbei ist« (Knoll 1931; zitiert nach Schmal 1999: 47).

Mittel zu diesem Zweck ist die architektonische und städtebauliche Figur der »Stadtkrone«, die auf verschiedenen Merkmalen basiert: Das Gebäude wirkt durch seine Breite und die leicht geschwungene, scheinbar ins Unendliche reichende Form als große Baumasse, die Krümmung ist gegenüber Stadt und Betrachter konvex, wirkt also abweisend. Dieser festungsartige Charakter wird unterstützt durch eine Travertinfassade sowie einen künstlichen Sockel. Schließlich nimmt das Gebäude als Solitär keinen baulichen Bezug auf die städtische Umgebung, es liegt hinter einer weiten Rasenfläche auf einer Anhöhe am damaligen Rand der Stadt, wodurch sich eine »stadträumlich dominierende Lage« (Schmal



Abb. 8: Das IG Farben Haus

Abb. 9: Die weißen Wände auf dem IG Farben Campus.



1999: 53) ergibt. Zusammengekommen wirkt das Gebäude einerseits als Stadtkrone, andererseits als monumentaler Repräsentations- und Herrschaftsbau.

Nach 1945 wurde das Gebäude bis 1994 als militärisches Hauptquartier des V. Korps der US-Armee genutzt. Mit der Ankündigung des Abzugs der U.S. Army von dem Areal begann eine umfangreiche öffentliche Debatte um die Nachnutzung. Als mögliche Folgenutzerin wurde u.a. die Europäische Zentralbank (EZB) diskutiert, die aufgrund der Verstrickungen der IG-Farben in den NS und der damit verbundenen »historischen Belastung« des Hauses nach vehementer Kritik aus dem In- und Ausland jedoch kategorisch ausgeschlossen wurde (Wagner 1999: 124). Die Universität bezog das Areal schließlich in 2001. Dabei wurde die bauliche Form des Gebäudes durch die Universitätsleitung in spezifischer Weise angeeignet. Dies geschah, indem einerseits an die ursprüngliche Bedeutung des *place* angeschlossen und andererseits zahlreiche historische Bezüge negiert wurden.

### 3.2 Umzug I/Aneignung des IG-Farben-Hauses durch die Universität

Im IG-Farben-Haus wurden 2001 die Geisteswissenschaften untergebracht, die zuvor in Einzelinstituten über den Campus Bockenheim verstreut waren. In einem konfliktreichen Verhältnis eignete sich der neue universitäre Geist, gerade in der Transformation durch das neoliberale Hegemonieprojekt begriffen, den *place* an. Die dabei zu Tage tretende Widersprüchlichkeit brachte Micha Brumlik, Professor für Pädagogik an

der JWGU, in seiner Eröffnungsrede für die Gedenktafel für die Opfer der IG-Farben vor dem Gebäude in Anlehnung an Walter Benjamin (1963: 79) zum Ausdruck: »[Das IG-Farben Haus] ist niemals ein Denkmal der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein.« (zitiert in Fritz-Bauer-Institut 2007)

Obschon die Universität als Institution der Aufklärung als prädestiniert zur Aufarbeitung der Geschichte des Hauses angesehen wurde (Wagner 1999: 126), fand der Umzug gerade nicht unter solchen Vorzeichen statt. Dies begann schon vor dem Umzug mit der Umbenennung des IG-Farben-Hauses in »Poelzig-Ensemble«, was der damalige Präsident Werner Meißner explizit mit der »Reinwaschung von nationalsozialistischen Bezügen« (Campuservice GmbH o. J.: 7) begründet. Das IG-Farben-Gebäude soll als das autonome Werk des Architekten Hans Poelzig gewürdigt werden, der *place* vom Kontext seiner Produktion abgeschnitten werden, womit die Idee von Aufklärung aufgegeben wird. Weiterhin wurden die Gedenktafel zur Erinnerung an die Zwangsarbeiter der IG-Farben sowie eine Dauerausstellung nur auf öffentlichen Druck hin realisiert, Überlebende aus den Konzentrationslagern durften bei der Einweihung nicht sprechen, der Vorschlag einer Umbenennung des Grüneburgplatzes in Norbert-Wollheim-Platz wurde abgelehnt. Ebenso weigerte sich die Universitätsleitung, das Wandbild des von den Nazis verfolgten Künstlers Georg Heck freizulegen. Während auf dem Campus Bockenheim der kritische Bezug auf den Nationalsozialismus den Ausgangspunkt und eine Konstante

bildete, ist die Auseinandersetzung mit dieser Geschichte auf dem neuen Campus zum unliebsamen Ballast geworden.

Doch nicht allein die Auseinandersetzung mit der Geschichte wird gemieden. Vielmehr findet sich bei der *place*-Konstruktion eine spezifische Praxis der Verweigerung all dessen, was nicht in das Bild des sauberen Campus passt. Diese Praxis der *zero tolerance* wollen wir im Anschluss an kritische Interventionen im Zuge der gewaltsamen Räumung des besetzten Casinos 2009 als »Politik der weißen Wand« (Einige Irrelevantierte 2009) bezeichnen. Generelles Ziel dieser Praxis ist die Eliminierung alles Deviantierten und Störenden auf dem Campus. Der Zaun, der als einzige größere Veränderung aus der Zeit der Nutzung durch die US-Armee blieb, die architektonische Abgrenzung, Kameraüberwachung und eigens engagiertes Sicherheitspersonal übernehmen dabei eine zentrale Funktion in der »Abwehr« von Störfaktoren aus dem städtischen Umfeld: Wohnsitzlose, Drogenabhängige, aber auch kritische Öffentlichkeit wie bspw. Demonstrationen sind auf dem Campus und in den universitären Einrichtungen nicht erwünscht. Nach innen findet Repression gegenüber kritischer studentischer Öffentlichkeit statt. Ohne Genehmigung angebrachte Flyer oder Plakate, ganz zu schweigen von Graffiti, Tags und ähnlichem, werden durch eigens dafür abgestelltes Personal umgehend beseitigt (→ Abb. 9). Ex-Unipräsident Rudolf Steinberg gibt allerdings einen anderen Grund für die weißen Wände an als die restriktive Ordnungspolitik:

»Die neue Universität in Frankfurt wird die schönste Universität

Deutschlands sein. Sie ist das Gegenteil zu dieser abweisenden Beton-Architektur vieler Universitäten, die kein gedeihliches Umfeld für Wissenschaft bietet. Im Poelzig-Bau gibt es auch nach sechs Jahren keinerlei Schmierereien an Wänden oder sonstige Zerstörungen. Ich betrachte das als die zivilisierende Kraft der Ästhetik.« (Steinberg 2008)

Indem hier die Entpolitisierung des *place* als Ästhetik beschworen wird, kommt das distanzlose, affirmative Verhältnis der Universitätsleitung bezüglich des IG-Farben Konzerns nochmal auf den Punkt: Ein Gebäude, das etwa noch in den Debatten um den EZB-Einzug für den barbarischen Zivilisationsbruch der Shoah stand, soll nun zivilisierend wirken.

Auch werden denkmal- und brandschutzrechtliche Gründe vorgebracht, um das Studieren so steril wie möglich zu machen: Auf den Gängen gibt es keine Aufenthaltsmöglichkeiten, die Seminarräume sind außerhalb des Seminarbetriebs geschlossen und nur mit professoraler Genehmigung nutzbar, so dass weder für Arbeitsgruppen noch für spontane Treffen Raum zur Verfügung steht. Selbstverwaltete studentische Räume und Cafés sind nicht vorgesehen. Außer den gesetzlich vorgeschriebenen Fachschaftsräumen gibt es keinen Platz für studentische Projekte oder Veranstaltungen. Stattdessen werden Räume über ein privates Dienstleistungsunternehmen kommerziell vermietet. Dies führt nicht nur dazu, dass auch studentische Projekte Miete bezahlen müssen, sondern die Räume sind oftmals nicht verfügbar, weil an Privatunternehmen vergeben (Dellmann 2004: 29).

Abb. 10: Bücherflohmarkt auf dem Campus Bockenheim.

Abb. 11: Wochenmarkt auf dem Campus Bockenheim.

Abb. 12: IG Farben Campus: Das House of Finance.

Die »Politik der weißen Wand« manifestiert sich mithin in einem doppelten Verhältnis: Abwehr äußerer Störfaktoren und Repression nach innen konstruieren den *place* als *non-place* für Studierende, die vom Studium mehr erwarten als ihre Anpassung an Kriterien der eigenen Verwertbarkeit. Gleichzeitig wird durch die kommerzielle Vermietung ein *place* für repräsentative und zahlungskräftige Unternehmen geschaffen.

### 3.3 Umzug II/Produktion neuen Raums im Norden

Der neue Geist, der sich den *place* aneignet, wird durch den Ausbau des Campus nach Norden in der zweiten Umzugsphase weiter verdeutlicht (→ Abb. 10). Während in der ersten Umzugsphase eine widersprüchliche Aneignung des Alten durch das Neue konstatiert werden kann, findet mit der Erweiterung eine neoliberale Produktion neuen Raums statt, welche die Trägheit gebauter Umwelt überwindet.

Wiederum spielen Architektur und städtebauliche Bezüge eine zentrale Rolle. Der Architekt Ferdinand Heide schließt in seinem Masterplan für den neuen Campus von 2003 direkt an Poelzigs Vorlage an. Die Konzeption ist so ausgelegt, dass »die Dominante und Stadtkrone im Sinn seines Architekten Hans Poelzig« erhalten bleibt und durch die axiale Aufnahme der alten Gebäudeform über »zwei Grünspangen« und ein »zentrales Band«, bestehend aus wichtigen Gebäuden, auf das IG-Farben-Haus »antwortet« (Heide 2009: 87f.). Gebäudehöhen, Gestaltung der Fassaden und Wahl des Fassadenmaterials sollen mit Poelzigs IG-Farben Haus ein Ensemble bilden. Das von Heide arrangierte Prinzip stellt das Gegenteil eines architektonischen Bruchs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit des IG-Farben Hauses dar. Dessen Herrschaftscharakter wird nicht nur fortgeführt, sondern als identitätsstiftend begrüßt: »Architektur und städtebauliche Struktur schaffen einen

besonderen Ort. Dieser verleiht der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität eine räumliche und bauliche Identität.« (Heide 2007: 16)

Die Erweiterung ist weitergehend in ihren inneren und äußeren Bezügen als Campus und zur Stadt zu problematisieren. In der schriftlichen Begründung des Komitees zur Wahl von Heides Masterplan heißt es: »U-förmige Baukörper bilden klare Raumkanten zur Hansaallee und Miquelallee und öffnen sich zu einer großzügigen Universitätscampuslandschaft im Inneren des Plangebietes.« (JWGU 2003: 1) Die klaren Raumkanten – neben dem Zaun ein Ausdruck räumlicher Abgrenzung gegenüber der städtischen Umgebung – werden ausdrücklich begrüßt. Die enge Verbindung mit der Stadt war aber genau das, was den *place* in Bockenheim so lebendig gestaltete: Gemüse- und Bücherflohmarkt (→ Abb. 12, 13), Cafés und Kneipen, Wohnen und Arbeiten – es gab eine Vielzahl von Orten, an denen die Inhalte des Studiums angeregt oder weitergeführt werden konnten und mit anderen gesellschaftlichen Praktiken konfrontiert wurden. Eine räumliche Grenze zwischen JWGU und Stadtteil war kaum auszumachen. Der neue Campus ist dagegen auf rein betriebliche Funktionen reduziert, der *place* wird so konstruiert, dass eine Kommunikation mit dem umliegenden Raum verhindert wird.

Die »Politik der weißen Wand« schlägt sich auch in der neuen Raumproduktion nieder. Für den IG-Farben-Campus ist ein Studierendenhaus als Nachfolge des von Horkheimer 1953 so emphatisch eröffneten Baus lediglich am nördlichsten Rand geplant, wo es durch eine Straße sowie Wohnbebauung vom Campus abgeschnitten sein wird. Es wird nicht einmal Sichtkontakt zu den Universitätsgebäuden bestehen. Zudem verzögern sich die Pläne zum Bau seit Jahren. Die Wahl von Zeitpunkt und Ort kann dabei als bewusst unterstellt werden: Von Anbeginn hätten im Casino wenigstens in Teilnutzungen



studentische Initiativen Raum finden können, spätestens aber mit der Neubebauung wäre ein zentral gelegenes Studierendenhaus mit einzuplanen und zu realisieren gewesen.

Die enge Verbindung zum Finanzkapital, die im Zuge der Durchsetzung des neoliberalen Hegemonieprojektes an der JWGU zunehmend gesucht wird, drückt sich erstens in der Entscheidung zur Änderung der Umzugsreihenfolge aus: Bis 2003 wurde unhinterfragt angenommen, dass die Gesellschaftswissenschaften als erste ein Gebäude auf der Campus-erweiterung erhalten würden. Denn, so der damalige Dekan des Fachbereichs, die Bedingungen im »heruntergekommenen« Turm seien »slumartig« (FAZ, 11.06.2003), während die Gebäude der Fachbereiche Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in vergleichsweise gutem Zustand waren. Jedoch wurde diese angedachte Reihenfolge 2003 geändert, so dass zuerst die »wirtschaftsnahen« Fachbereiche umziehen konnten und

die Gesellschaftswissenschaften erst im Frühjahr 2013 folgten.

Die neue Verbindung zum Finanzkapital wurde zweitens spätestens 2008 deutlich, als das HoF als erster Neubau auf dem IG-Farben-Campus eingeweiht wurde (Abb. 14). Wie kaum ein anderes Gebäude verkörpert es das neoliberale Hegemonieprojekt in Gesellschaft und Universität, präzise zum Ausdruck gebracht von Klaus-Peter Müller, dem ehemaligen Präsident des deutschen Bankenverbandes: »*Competition, diversity and dynamism are the ingredients of successful economic action. It is gratifying that large state universities are now also adopting such principles. The concept of the House of Finance bears testimony to such developments.*« (JWGU o. J.: 8) Auf der Website des HoF werden die engen Kontakte zur Finanzindustrie hervorgehoben und das Projekt stellt sich dar als »*open forum for cooperation and an exchange of ideas between academics and practitioners*« (House of Finance 2013).



Inhaltlich spiegelt es die gewachsene Bedeutung der für Frankfurt so wichtigen Finanzmärkte, formal handelt es sich um ein kaum durchschaubares Konstrukt von Instituten und privaten Trägern, meistens staatlich finanziert unter dem Deckmantel von Drittmitteln. Im neuen »Leuchtturm« (Steinberg) wird die aufwändige Inneneinrichtung gesponsert von transnationalen Banken, nach denen auch die Hörsäle benannt sind. Der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, erhält eine Ehrenprofessur, und der ehemalige Vorstandssprecher der gleichen Bank, Rolf-Ernst Breuer, wird Vorsitzender des Hochschulrats.

Vor diesem Hintergrund erhält auch die Betonung der neu gewonnenen »Autonomie« der Stiftungsuniversität ihre spezifische Bedeutung. Während der Einfluss des (Finanz-)Kapitals öffentlichkeitswirksam gestärkt wird, sollen auf Chancengleichheit und soziale Verantwortung verweisende Bezüge zum »Staat« gekappt werden.

Das neue Leitbild ist nicht mehr »die Gesellschaft«, für die der interventionistische Wohlfahrtsstaat der fordistischen Epoche stand, sondern »die Wirtschaft« und der freie Markt. In Bockenheim konnten das Institut für Sozialforschung und der Turm ihre Theorien aus einem starken Staatsapparat heraus formulieren, was nicht ohne Widersprüche und Zugeständnisse möglich war, immerhin aber eine umfassende Kritik erlaubte. Das *House of Finance* hingegen ist inhaltlicher staatlicher Einflussnahme weitgehend entzogen (wenn auch weitgehend staatlich finanziert) und steht mehr oder weniger offen im Dienst privater Interessen.

#### 4. Fazit

In diesem Beitrag haben wir argumentiert, dass die Kriminalisierung studentischen Protests an der JWGU sich nur im Kontext ihrer spezifischen neoliberalen Zurichtung verstehen lässt. Diese materialisiert sich in zweifacher Weise, institutionell in

der Stiftungsuniversität und baulich im IG-Farben Campus. Diese Materialisierungen, ihre Trägheiten und die sozialen Kämpfe, die in sie eingegangen sind, haben wir in diesem Beitrag oft nur angerissen, anderswo (vgl. FN i) weit näher untersucht und dabei gezeigt, dass und warum der Campus Bockenheim für die fordistische Universität und der IG-Farben-Campus für die neoliberale Universität stehen.

**BERND BELINA,  
TINO PETZOLD,  
JÜRGEN SCHARDT,  
SEBASTIAN SCHIPPER**

1 Der vorliegende Beitrag ist die gekürzte und leicht abgewandelte Version eines gleichnamigen Artikels, erschienen in *sub/urban – Zeitschrift für kritische Stadtforschung*, 2013, Heft 1 (online zugänglich unter: <http://www.zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/4/73>). Dort kann auch das Literaturverzeichnis eingesehen werden.

2 Zur Geschichte des IG-Farben-Konzerns und seiner aktiven Beteiligung am NS siehe z. B. <http://initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.com/> oder die letzten Ausgaben der AStA-Zeitung.

3 Norbert Wollheim war Zwangsarbeiter im IG-Farben-Konzentrationslager Buna-Monowitz. Als erster überlebender NS-Zwangsarbeiter hatte er ein deutsches Industrieunternehmen erfolgreich auf Entschädigung verklagt.

# TROTTEL AUF ABWEGEN

Der nachfolgende Text dokumentiert den Inhalt eines  
Flugblattes, das die Gruppe Morgenthau anlässlich einer Veranstaltung vom  
12.08.13 verteilt hat.



---

## »Man muss nicht unbedingt von Kretins sprechen, wo man es mit Trotteln zu tun hat.« – Karl Kraus

---

Am heutigen Abend lädt der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) unter dem Titel »Auf dem Weg zur Trottelnsprache – Vom Sinn und Unsinn der Political Correctness« in die Frankfurt School of Finance. Zur Diskussion hat man den Journalisten Jan Fleischhauer und die Berufsvertriebene Erika Steinbach bestellt. Von Leuten, die sich als Notbremse »auf dem Weg zur Trottelnsprache« gerieren, wäre freilich zu erwarten, dass sie selber nicht wie Trottel schreiben. Im Ankündigungstext zur Veranstaltung heißt es allerdings wenig galant und im Stil einer Einladung zu einer studentischen Tupperparty: »Wir freuen uns auf einen spannungsreichen und mit Sicherheit lustigen und informativen Abend.« Einen solchen Kumpelton schlägt nur an, wer zu Recht fürchtet, die Sache, zu der gesprochen werden soll, könne nicht genügend Interessierte locken. Zudem stellt sich die Frage, welche attraktiven Spannungen hier freudig erwartet werden. Die Besetzung des Podiums mit politisch und ideologisch Gleichgesinnten jedenfalls verspricht keine kontroverse Diskussion. Dass der brave Journalistenstreiber Fleischhauer oder die Politikerin Erika Steinbach, deren politische Feuchttäume, die irgendwo zwischen '33 und '45 spielen, sie immer wieder auf die politische Bühne treiben, ohne dass sie dort etwas anderes als stolzdeutsches Gejammer produzierte, für personell begründete Spannungen sorgen könnten, ist unwahrscheinlich. Anscheinend rechnet man fest mit der Anwesenheit von Linken im Publikum, die sich von den Referenten oder dem Thema der Veranstaltung provoziert und zu Widerspruch angehalten fühlen. Ohne die Präsenz des politischen Gegners könnte der Abend wohl auch nicht zu jener Lustigkeit eskalieren, die der Einladungstext verspricht. Die Verheißung von lustvoller Unterhaltung und gleichermaßen sachlicher Unterrichtung spricht exakt jenen Typus politisch engagierter Studenten an, der im Hochschulalltag zum permanenten Changieren zwischen spröder Informationsaufnahme und karnevalesker Bespaßung genötigt ist. Der Spaß allerdings, den der RCDS und seine Gäste dem Publikum zu bieten haben, ist die Sorte deutschen Humors, der Pointen bloß als Verächtlichmachung und Lachen nur als Auslachen kennt. Dass die Deutschen selbst darin noch unglaublich schlecht sind, lässt sich am Elend des hiesigen Kabarets ebenso beobachten wie am Krawalljournalismus neuliberaler Zotenreißer, von denen der parteipolitische Nachwuchs von

rechts sich auf Veranstaltungen wie dieser ein wenig angeilen lässt. Um den Spaß nicht ganz zu verderben: die radikale Linke lässt tatsächlich kaum eine Chance ungenutzt, sich der Lächerlichkeit preiszugeben. Auf zahllosen Stickern, Klosprüchen und Party-Flyern dokumentiert sie minutiös den Infantilismus ihrer Sprache. Auf einem Transparent, das im vorigen Jahr während der kurzen Besetzung der Frankfurter Schumannstraße 2 an der Balkonbrüstung hing, forderte man in selbtherrlicher Blöðheit, die man wohl für witzig hält: »Westend, du Standort – Gib Villa!« Wo Linke ausnahmsweise versuchen, in ganzen Sätzen zu schreiben – also in ihren Pamphleten, Aufrufen und Traktaten –, kommen sie über Eventmanagergeschwalle und Berufspoliti-kerjargon nicht hinaus. Richtig liegt der RCDS, wenn er konstatiert, dass den Linken Sprache als »Betätigungsfeld« gilt. Dass Sprache nicht als Ausdruck einer widersprüchlichen gesellschaftlichen Realität begriffen wird, sondern umgekehrt als Werkzeug zur Konstruktion sozialer Verhältnisse, erklärt die Normierungswut, mit der Linke der Sprache auf den Leib rücken. Antirassistische und antisexistische Sprachregelungen ändern an der gesellschaftlich produzierten Ungleichbehandlung von Männern und Frauen oder Deutschen und Ausländern jedoch nichts. Schlimmstenfalls dienen sie dazu, reale Widerwärtigkeiten mittels harmonisierender Sprachwahl zu entschärfen und dadurch zu verwewigen. Kein Binnen-I wird das Lohnniveau von Frauen heben und die Bereinigung aller Kinderbücher von vermeintlich diskriminierenden Anachronismen wird pädagogisch nichts ausrichten, solange die Kinder in Verhältnissen aufwachsen, in denen etwa Abschiebungen als Kulturschutzmaßnahme anerkannt sind und in denen die absolute Mehrheit der Menschen unter dem Druck ökonomischer Verhältnisse zu vernunftfreien und würdelosen Mitmachern verfratzt. Trotz der praktischen Folgenlosigkeit für eine Wirklichkeit, der man ohnmächtig gegenübersteht, erfreut sich die Sprache als politisches Einsatzgebiet bei Linken immer größerer Beliebtheit. Einer der Gründe dafür ist, dass die Sprache – anders als Klassen und Völker, für die man sich in vergangenen Zeiten erfolglos abgemüht hat – kein Desinteresse an solcherlei politischer Vereinnahmung bekunden kann. Das macht sie zum prädestinierten Objekt linker Fürsorge. In ihrem politischen Kampf wird Sprache nicht gefasst als

Gestalt geistiger Reflexion und Form begrifflichen Ausdrucks, sondern als Schlachtfeld, Waffe und Beute zugleich.

Dieses instrumentelle Verhältnis zur Sprache bedient zugleich ein weiteres Bedürfnis: Ein reglementierter, esoterischer Sprachgebrauch wirkt identitätsstiftend. Damit es fortdauernd gelingt, die Freund-Feind-Linie anhand verschiedener Sprachverwendungsmuster zu ziehen, müssen die Linken immer neue groteske Schreib- und Sprechweisen ersinnen, weil über kurz oder lang der Mainstream ihre Sprachmanierismen stets dankbar adaptiert.

Komplementär zum linken Bedürfnis nach Gesinnungsgemeinschaft verhalten sich die rechten Ambitionen zur Herstellung nationaler Identität. 2006 forderte Erika Steinbach ein Gesetz zum Schutz der deutschen Sprache. Unliebsame Amerikanismen wie »on/off« statt »an/aus« will sie aus der Öffentlichkeit verbannen, weil in Deutschland eine Minderheit von 30% über keine ausreichenden Kenntnisse der englischen Sprache verfüge. Derweil zeigt sich Jan Fleischhauer in seinem Buch »Unter Linken. Wie ich aus Versehen konservativ wurde« bestürzt über die linke Marotte, gesellschaftliche Minderheiten als Opfergemeinschaften zu halluzinieren, in deren Namen dann der öffentliche Meinungskampf geführt werde und zu deren Gunsten man den »PC-Sprech« verordne. Was eine Politikerin, die ihren eingebildeten Opferstatus zur Profession gemacht hat und für die Rechte reinrassiger Muttersprachler streitet, und ein Journalist, der sich vom übermächtigen rot-grünen Meinungskartell an die Wand gedrängt fühlt, gegen linke Betroffenheitsrhetorik zu sagen haben, muss schmal ausfallen. Rechts wie links lautet das Programm schließlich gleich: kultureller Artenschutz. Linke wollen sozialen Randgruppen und kulturellen Kollektiven Anerkennung qua Sprachregelungen verschaffen; rechts steht die Rettung der deutschen Leitkultur mittels der Abschaffung von Fremdwörtern und der Verhinderung von Eingriffen in die Sprache durch politische Gegner auf dem Plan. Beiden Lagern geht es um die Hege des jeweiligen Kulturreviere, für das man sich politisch ins Zeug legt.

In krasser Disproportion zur Rolle der Sprache im Machtkampf steht ihre Bedeutung im alltäglichen Leben. Das Wort des Einzelnen hat kein Gewicht mehr. Zweckmäßig ist die Sprache nur noch für die Kommunikation von Herrschaftsinteressen oder als hübsches Feigenblatt für arrivierte Bürger mit Kultur- und Bildungsdünkel, die wie eh und je deutsch fühlen, aber nicht Deutsch können. Als Medium der Verständigung taugt sie heute weniger als standardisierte Smilies es tun. In dem Maße, wie Sprache

ihre Kraft einbüßt, verschärft sich der Kampf um die Deutungshoheit über das öffentliche Vokabular, denn die Sorge um den Sprachverfall ist nichts anderes als die Angst, seine Propaganda nicht mehr verständlich an den Mann bringen zu können.

Hohlen Schwätzern bietet diese Situation die Chance, ihre Neigung zur Redseligkeit politisch oder publizistisch zu professionalisieren. Nichts anderes ist das Geschäft eines Jan Fleischhauers, dessen verbaler Auswurf ja zum Großteil aus wenig originellen Fertigsätzen und den immergleichen Signalwörtern besteht, was ihn jedoch nicht daran hindert als sprachschützender Angeber hausieren zu gehen. Die begriffslose Häme gegen Ökos, Sozis oder Gutmenschen erfüllt zudem eine sozialpsychologische Funktion. Wer sich wie Fleischhauer in einem linken Milieu als Konservativer outet oder wie die Frankfurter RCDS-Ortsgruppe eine Minderheitsfraktion im links dominierten StuPa stellt, dem steht in diesem Umfeld das Wort Trottel auf die Stirn geschrieben. Wer überdies schon in jungen Jahren durch soziale Überanpassung und Betriebswirtschaftsfixierung auffällig wird und diese Beschädigung nicht schamvoll zu verbergen versucht, sondern in Sprechweise, Stil und Kleidung selbstbewusst nach außen trägt, hat Strategien zur habituellen Selbstpolitur bitter nötig – es sei denn, er will als Trottel gelten. Abhilfe in dieser narzisstischen Kardinalfrage schafft die Schmähung des politischen Konkurrenten, die allerdings mangels Sprachwitz und Begriffsschärfe nichts erhellt oder kritisiert, sondern mit altbekannten Kli-

---

### »Westend, du Standort – Gib Villa!«

---

schees die rechtsdeutsche Gemeinde bedient. Nach oben buckelnd, nach unten und links tretend, bekräftigen die Liberalen und wutbürgerlichen Konservativen, die heute mit ihren Sprachschablonen gegen die Linke mobil machen, nur ihren eigenen Verrat an der Hoffnung auf das Bessere, statt die notwendige Kritik am linken Elend als spezifische Form der Kritik des allgemeinen Elends zu begreifen. In einer besseren Welt wären Leute wie Fleischhauer und Steinbach freilich keine Vortragsreisenden, sondern dürften, anstatt die Sprache zu säubern, ihren Reinlichkeitsfimmel weitaus produktiver an Flurböden, Treppenhäusern oder Klokabinen ausleben.

GRUPPE MORGENTHAU  
WWW.GRUPPEMORGENTHAU.COM

# Wenn die Linke die Welt verändern will, muss sie sich zuallererst selbst verändern!

Ebenso wie das Überleben des Schnabeltiers (englisch: Platypus) ein Paradoxon in der Naturgeschichte darstellt, ist Platypus als kritische Erbin einer besiegten Tradition der Versuch, das Aussterben der Linken zu überleben.

2006 gründete sich unsere Organisation aus kritischen Schüler\*innen des marxistischen Professors Moishe Postone in Chicago aus der Auseinandersetzung mit der Anti-Irakkriegsbewegung in den USA, die aufgrund einer unkritischen Emphase auf "Widerstand" zahlreiche Probleme und Fragen bezüglich der Geschichte und dem Inhalt linker Politik aufwarf. Während die Linke diese Probleme ignorierte und sich an überhistorischen Wahrheiten, wie in diesem Fall den Anti-Imperialismus zu heften versuchte, wurde die Notwendigkeit überreif, der geschichtlichen Bedingtheit der Situation innezuwerden. Unsere Notwendigkeit besteht darin, diese grundlegende historische Reflexion innerhalb der Linken voran zu treiben. Seitdem verbreitete Platypus sich in viele weitere Städte der USA und Kanada sowie nach London, Thessaloniki, Wien, Maastricht, Neu Delhi und Frankfurt, wo wir seit 2011 vertreten sind.

Wir sind der Versuch, Selbstkritik und Selbstbildung in der Linken zu organisieren, damit die tradierten geschichtlichen und ungelösten Probleme und Aufgaben innerhalb der Linken überwunden werden können. Platypus ist der organisierte Versuch einer Re- und Neuorganisation der Linken, um in praktischer Hinsicht Politik wiederzubeleben, die in der Lage wäre, einheitliche, programmatische und in sich kohärente sozialpolitische Forderungen zu stellen, nachdem die politische Linke – zu

großen Teilen selbstverschuldet – verschwunden ist.

Die einstmalige Möglichkeit einer marxistischen Linken, das soziale Versprechen gesellschaftlicher Emanzipation zu erfüllen, scheint verblasst. Verpasste Möglichkeiten der Vergangenheit werden zu toter Geschichte historisiert – doch diese Geschichte dauert fort, denn die heutige Linke ist nur das Zerfallsprodukt eben dieser verpassten Möglichkeiten. Der Ruf zurück zu Vergangenem und der, der die geschichtlichen Möglichkeiten als blanken Utopismus, der von Anfang an zum Scheitern verurteilt war, verschreit, sind zwei Seiten der selben Medaille: Reproduktion des immer gleichen. Diese führt zu rapider Rückbildung des Bewusstseins für politische Probleme und die eigene Geschichte.

Angesichts der vergangenen und gegenwärtigen Katastrophe müssen wir einsehen, dass wir heute nicht besser wissen, wie emanzipatorische Politik, die diesen Namen verdient, aussehen könnte, als die »Utopisten« der Vergangenheit. Sich über die Reflexion der Bedingungen von Politik hinwegzutäuschen oder die Bedeutung vergangener Niederlagen und Fehler in Nebel zu hüllen, indem Hoffnung auf »Widerstand« von einem gedachten »Außerhalb« der kapitalistischen Dynamik gesetzt wird, bedeutet nichts anderes, als die Affirmation jener Dynamik in der Gegenwart und die Befestigung ihrer zukünftigen zerstörerischen Realität.

Die Gegenwart ist das Produkt des Scheiterns der Hoffnung auf eine befreite Gesellschaft – den Sprung aus dem barbarischen Zug der Weltgeschichte. Eine Hoffnung, die in der Moderne durch das geschichtliche Moment der Jahre 1848 und

1917 aufleuchtet, 1968 nur noch schwach glimmt und 1989 schließlich erloschen ist. Insofern nur eine marxistische Linke diese Hoffnung einlösen kann, ist ihre Neuorganisation die dringendste Aufgabe, von der die Zukunft der Menschheit abhängt. Die erste Aufgabe einer solchen Neuorganisation ist die Erkenntnis der Ursachen und Gründe des Scheiterns des Marxismus, sowie die Aufklärung über die Notwendigkeit einer marxistischen Linken für die Gegenwart und Zukunft.

Aufgrund dieser Betrachtung der Geschichte der Linken und dem Eingeständnis der aktuellen Unmöglich-

keits produktiv austragen können, indem eine problemorientierte Diskussion über die offensichtlichen Grenzen und zukünftigen Möglichkeiten linker Politik zustande kommt.

Außerdem laden wir alle Interessierten auch zum Wintersemester 13/14 wieder zu unseren wöchentlichen »Coffee breaks« ein, in denen wir sowohl über aktuelle (hochschul-) politische Ereignisse als auch über Artikel der Platypus Review sprechen. Des Weiteren werden wir dieses Wintersemester, bereits im dritten Jahr, wieder einen wöchentlichen Lesekreis anbieten, in dem die Geschichte von Marxismus, Liberalismus und

---

## Unsere Notwendigkeit besteht darin, diese grundlegende historische Reflexion innerhalb der Linken voran zu treiben.

---

keit linker Politik heute, begreift sich Platypus explizit als prä-politisches Projekt. Wir möchten ein Forum stellen für ein Gespräch über den Tod der Linken und die Möglichkeiten ihrer Neukonstitution. Aus diesem Grund betreiben wir eine vielfältige Praxis, die allen Interessierten unterschiedliche Plattformen zur Verfügung stellen soll:

Wir laden zu Podiumsdiskussion ein, so im vergangenen Sommersemester zu den Themen »Antifaschismus« und »Euro-Krise« und veröffentlichen die monatlich erscheinende Platypus Review (PR), in der zahlreiche Diskussions-Beiträge unterschiedlicher Strömungen und Einzelpersonen der Linken publiziert werden. Bei unseren Podiumsdiskussionen wie auch den Artikeln der Platypus Review, wollen wir eine Diskussion moderieren, in der linke Theoretiker\*innen sowie Aktivist\*innen ihre ideologischen Spannungen

der Linken behandelt wird.

Wir freuen uns außerdem sehr, dass wir mit der freundlichen Unterstützung des studentischen Projektrates der Uni Frankfurt, einen 32-seitigen Reader veröffentlichen können, in dem einige zentrale Texte unseres Projekts, sowie ein Transkript unserer Frankfurter Podiumsdiskussion »Reform, Revolution, Widerstand« enthalten sind. Zusätzlich sind für jeden Text weiterführende Online-Quellen angegeben, falls ein Interesse an bestimmten Frage- und Problemstellungen entstehen sollte.

Informationen darüber, wann Teach-Ins, Coffee breaks und Lesekreis-Termine stattfinden, wie auch die Aufzeichnungen unserer letzten Podiumsdiskussionen und vieles mehr findet ihr auf unserer Website [germany.platypus1917.org](http://germany.platypus1917.org) oder auf unserer englischen Hauptseite [platypus1917.org](http://platypus1917.org)



## Das Medizynner-Kabarett

Es war wohl 1990, als sich ein paar Medizinstudierende entschlossen, einfach ihre aktuelle Studiensituation zu parodieren. Es wurden Tische zur Bühne zusammengestellt, Lichtanlage und weitere Technik beschafft und somit über die Jahre ein immer professionellerer Charakter geschaffen.

Das Medizynner-Kabarett ist eine Gruppe von mehr oder weniger im

medizinischen Bereich tätigen Lachnummern, die ständig auf der Suche nach Nachwuchs und Mitgliedern sind.

Traditionell finden drei Aufführungen Anfang des Jahres statt. Inzwischen lassen sich die Karten neben Uniklinik-Mensaverkäufen auch online über die Homepage [www.medizynner.de](http://www.medizynner.de) beschaffen.

Die Kabarett-Gruppe ist mittlerweile überregional bekannt, Plagiate der Fanartikel wurden bereits auf dem Schwarzmarkt in Pjöngjang (sprich »Ping-Pong«) gesichtet.

Ein Markenzeichen der Gruppe ist inzwischen, dass die musikalischen Beiträge satirisch und zeitgemäß gestaltet und überwiegend live sind.

Die ehemalige Auftrittsstelle (das KOMM in der Uniklinik in Niederrad) wurde 2011 abgerissen, seit Oktober 2013 steht nun das neue Kommunikationszentrum (Haus 18) als Wirkungsstätte zur Verfügung.

Sowohl zu den Projekttagen in diesem Monat im neuen KOMM, wie auch zu den jährlichen Aufführungen, erwartet Euch das Medizynner-Team

als Publikum oder zukünftige Mitglieder.

Also wer schon immer mal bei Speakers-Corner stehen wollte, oder aktuelle Probleme satirisch aufarbeiten will, oder einfach nur über sich selber gerne lacht, freiwilliger oder unfreiwilliger Komik (fast besser!) schutzlos ausgeliefert ist, der sollte sich einfach mal davon überzeugen lassen, diese Begabungen nicht der Welt vorzuenthalten ...

Homepage: [www.medizynner.de](http://www.medizynner.de)  
Kontakt unter: [sprungbrett@medizynner.de](mailto:sprungbrett@medizynner.de)

## Neuer Sammelband in der Reihe »Frankfurter Beiträge zur Erziehungswissenschaft«

**Günter Burkart,  
Nikolaus Meyer:**  
**Leben und Studieren am  
Fachbereich  
Erziehungswissenschaften.  
Abschied vom Campus  
Bockenheim**

Vor wenigen Tagen erschien der neue Sammelband »Leben und Studieren am Fachbereich Erziehungswissenschaften. Abschied vom Campus Bockenheim« in der Reihe Frankfurter Beiträge

zur Erziehungswissenschaft, die vom Dekanat des Fachbereichs Erziehungswissenschaften herausgegeben wird.

Aus dem Inhalt:

Der Fachbereich Erziehungswissenschaften der Goethe-Universität hat zum Sommersemester 2013 seine bisherigen Räume auf dem Campus Bockenheim verlassen und das neue PEG-Gebäude auf dem Campus Westend in unmittelbarer Nähe des IG Farben-Hauses bezogen. Zeit, zurück und nach vorne zu schauen, vor allem aber Zeit, um das Leben und die Studienbedingungen im geliebt-gehassten AfE-Turm sowie dem FLAT in den Blick zu nehmen.

In diesem Sammelband haben sowohl Studierende als auch Lehrende ihre individuellen Sichtweisen, Erlebnisse und Anmerkungen aufgeschrieben, dies sowohl in der Methodik als auch in der Form höchst unterschiedlich: Hier findet sich ein kurzer Abriss über die wechselvolle Geschichte der Erziehungswissenschaften in Frankfurt am Main, wie auch ein Einblick in die Ergebnisse einer Fragebogen-Untersuchung mit etwa 400 Studierenden am Fachbereich zur Wahrnehmung der Studienbedingungen und zum Verhalten im Studium. Daneben thematisieren zwei Beiträge eben diese Studienbedingungen mit Hilfe der reflexiven Fotografie. Auch persönliche Referenzen wie kritische Positionen werden anhand des »Turms« aufgezeigt. Schließlich wird auch die finanzielle Ausstattung des Fachbereichs in den Blick genommen.

ISBN: 3981476166 €16,90

### Leben und Studieren am Fachbereich Erziehungswissenschaften

Abschied vom Campus Bockenheim

Günter Burkart  
&  
Nikolaus Meyer

Forschungsbericht 10

# Arbeitskreis Kritische Theorie

»Kritische Theorie ist nicht irgendeine Forschungshypothese, die im herrschenden Betrieb ihren Nutzen erweist, sondern ein unablässbares Moment der historischen Anstrengung, eine Welt zu schaffen, die den Bedürfnissen und Kräften der Menschen genügt. Sie zielt nirgends bloß auf Vermehrung des Wissens als solchen ab, sondern auf die Emanzipation des Menschen aus versklavenden Verhältnissen.

Die Philosophie, die bei sich selbst, bei irgendeiner Wahrheit, Ruhe zu finden meint, hat daher mit kritischer Theorie nichts zu tun.«

(Max Horkheimer)

Seit Juni diesen Jahres gibt es an der Goethe-Universität den *Arbeitskreis Kritische Theorie (AKKT)*, der es sich zum Ziel gesetzt hat, die Kritische Theorie wieder verstärkt in den akademischen und öffentlichen Diskurs einzubringen.

Wir beschäftigen uns mit der ersten Generation der Frankfurter Schule, als deren Hauptvertreter Adorno, Horkheimer und Marcuse gelten, setzen uns aber auch kritisch mit Aktualisierungsversuchen, wie sie beispielsweise von Honneth, Habermas, Rosa oder Jaeggi angestrebt werden, auseinander. Wichtig ist uns die Frage, wie die frühe Kritische Theorie für eine Kritik der gegenwärtigen Situation fruchtbar gemacht werden kann, ohne mit ihren Grundannahmen zu brechen.

Der *AKKT* versteht sich als ein Zusammenschluss, der für alle an Kritischer Theorie Interessierten offen ist. Neben einem wöchentlichen Lesekreis (im Wintersemester 2013/2014 zum Thema *Kritische Theorie und Studierendenbewegung*) wollen wir Veranstaltungen organisieren und einen Reader herausbringen, um studentischen Beiträgen zum Thema eine Plattform zu bieten.

Wir haben den *AKKT* gegründet, weil wir eine Auseinandersetzung mit der Kritischen Theorie an der Universität vermissen: Es werden kaum Lehrveranstaltungen dazu angeboten und die Theoriebildung, die heute am Institut für Sozialforschung stattfindet

und sich mit dem Label *Frankfurter Schule* bzw. *Neuere Kritische Theorie* schmückt, hat mit der radikalen Kritik der ersten Generation kaum mehr etwas zu tun: Was sich als Aktualisierung der Kritischen Theorie versteht, scheint viel eher hinter diese zurückzufallen. Davon, dass die kapitalistische Gesellschaft, in der wir leben, eine »falsche«, »unwahre« ist und dass für ein freies und selbstbestimmtes Leben eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse nötig wäre, will man dort nichts mehr wissen. Wir halten aber einen solchen Ansatz radikaler Gesellschaftskritik gegenwärtig für unverzichtbar.

Kritische Theorie stellt eine andere Form der Theoriebildung dar, als sie derzeit im *Mainstream* der Wissenschaften anzutreffen ist, umso wichtiger ist es, dass ihr der nötige Raum eingeräumt wird.

Selbstverständlich kann eine Rezeption der Texte der Frankfurter Schule, die vor Jahrzehnten formuliert wur-

---

**»Wir wollen dagegen auf die Dringlichkeit einer radikalen Kritik hinweisen und aufweisen, dass diese sehr wohl über eine wissenschaftliche Grundlage verfügt.«**

---

den, nicht ohne Berücksichtigung der veränderten historischen Bedingungen geschehen. Schon Adorno und Horkheimer haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die Gültigkeit von Theorie immer an deren historischen Kontext gebunden ist und auf keinen Fall in Stein gemeißelt werden darf. So ist es nicht Ziel des *Arbeitskreises Kritische Theorie* zu einer Kanonisierung Kritischer Theorie beizutragen, sondern stattdessen darüber zu reflektieren, was dieser Ansatz zu einer kritischen Analyse der Gegenwart beitragen kann und wo Aktualisierungen nötig sind. Wir halten eine genaue Lektüre und Diskussion der Texte von Adorno, Horkheimer, Marcuse und Co. für unverzichtbar, um ein Verständnis davon zu entwickeln, was Kritische Theorie überhaupt ist, welche Facetten sie umfasst, wie ihre Kritik

»funktioniert«. Aber wir wollen die Kritische Theorie immer auch anwenden auf Phänomene gegenwärtiger Gesellschaft. Anknüpfungspunkte bieten sich hierzu genug.

Interessante Fragen wären beispielsweise: Wie sind die Anforderungen an die Subjekte in der neoliberalen Gesellschaft aus der Sicht einer kritischen Theorie der Gesellschaft zu beurteilen? Was bedeutet die Bologna-Reform im Spiegel der radikalen Wissenschaftskritik Adornos und Horkheimers? Horkheimer sah in der Universität eine Enklave des kritischen Denkens, in der Freiheit eingeübt werden kann – inwiefern kann sie das heute noch sein? Auf welche Aspekte des alltäglichen Lebens würde sich eine Kritik im Stil von Adornos *Minima Moralia*, bei der Gesellschaftskritik von der Analyse konkreter Phänomene ausgeht, heute richten? Normt das Internet als Teil der Kulturindustrie das Bewusstsein oder bietet es Möglichkeiten für Kri-

tik und Widerstand? Wie lassen sich heute stattfindende Proteste im Hinblick auf die verschiedenen Positionen der Vertreter der Kritischen Theorie zur politischen Praxis analysieren? Was würde beispielsweise Marcuse zum Protest der »Wutbürger« sagen?

Und ganz allgemein: In welchem Verhältnis stehen die gegenwärtigen Verhältnisse zu der Gesellschaft, die von den Vertretern der Kritischen Theorie analysiert wurde? – Was hat sich verändert? Welche Diagnosen treffen noch immer zu? Haben sich Prognosen bewahrt? Lässt sich so etwas wie eine Verschlechterung oder Verbesserung feststellen?

Wir hoffen, dass der *AKKT* einen Beitrag zur Diskussion dieser Fragen leisten kann – und dabei noch viele weitere Fragen aufwerfen wird, ist es doch ein wichtiges Moment

der Kritischen Theorie, nicht aufzuhören zu fragen und zu hinterfragen – nichts mehr als die eigenen Erkenntnisse.

Der *AKKT* wurde im Bewusstsein gesellschaftlicher Verantwortung gegründet. Kritik hat es in der gegenwärtigen Gesellschaft nicht leicht, da sie entweder marginalisiert oder zwar hingenommen aber nicht ernstgenommen oder von dem, was sie kritisiert, vereinnahmt wird. So verliert sie häufig ihre Schärfe. Wir wollen dagegen auf die Dringlichkeit einer radikalen Kritik hinweisen und aufweisen, dass diese sehr wohl über eine wissenschaftliche Grundlage verfügt. Das bedeutet aber gerade nicht, dass sie ihre Berechtigung dadurch erlangen würde, dass sie sich dem vorherrschenden Wissenschaftsideal unterwirft. Sondern die bewusste Verweigerung gegenüber einer bloßen Übernahme des je schon Vorgegebenen, wissenschaftlich Approbierten ist, was Kritische Theorie auszeichnet. Sie gewinnt gerade dadurch ihre widerständige Kraft, dass sie an konkreten Lebensverhältnissen Kritik übt und der Gesellschaft dabei das Verfehlen der eigenen normativen Ansprüche nachweist, auch wenn sie damit nicht schon unmittelbare positive Empfehlungen für eine bessere Praxis bereitstellt.

Mithilfe der Auseinandersetzung mit der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule wollen wir die theoretische Basis für ein Nichteinverständnis mit den Verhältnissen in den Fokus rücken und einer Wissenschaftsauffassung, die sich der bloßen Deskription verpflichtet hat, aktiv widersprechen, denn: »*umwälzende wahre Praxis aber hängt ab von der Unnachgiebigkeit der Theorie gegen die Bewusstlosigkeit, mit der die Gesellschaft das Denken sich verhärtet lässt*«

(Adorno, Horkheimer: *Dialektik der Aufklärung*).

Weitere Informationen findet ihr auf unserer Website [akkt.jimdo.com](http://akkt.jimdo.com) und auf Facebook unter »AK Kritische Theorie Frankfurt«. Dort finden sich der Link zu unserer Mailingliste und die aktuellen Termine.



**Der AK Kritische Theorie freut sich über Interessierte und Menschen die mitmachen wollen - egal wie groß eure Vorkenntnisse sind, aus welchem Fachbereich ihr seid oder ob ihr überhaupt studiert!**

# 100 Jahre Ernest Jouhy

**Ernest Jouhy wäre 2013 100 Jahre alt geworden. Er war eine der herausragenden Persönlichkeiten aus der Professorenschaft der Goethe-Universität. Als Pädagoge und Erziehungswissenschaftler lehrte er ab 1969 und war einer der wenigen »Rückkehrer« aus dem Exil, die an der Goethe Universität – wie auch Adorno und Horkheimer – lehrten.**

## 1. Emigration aus NS-Deutschland

Ernest Jouhys Leben knapp darzustellen bereitet erhebliche Schwierigkeiten. Ein ausführliches Interview über seinen Lebensweg aus dem Jahr 1973 gibt entscheidende Hinweise. Bereits als Schüler engagiert er sich, wie er sagt aus jüdisch-demokratischer Tradition, gegen die deutschnationale Reaktion, die er schon als Sechzehnjähriger im Jahr 1928 nicht nur in Hindenburg repräsentiert sah. Die erste dokumentierte Auseinandersetzung betrifft Turnvater Jahn. Der Schüler Ernst Jablonski, wie Jouhy zunächst hieß (der Name Ernest Jouhy war sein Deckname in der französischen Resistance), nahm es nicht hin, dass 1928 an seiner Schule nicht der Gründung der Weimarer Republik gedacht, sondern der deutschnationale »Turnwüterich Jahn« und die »Qualitäten der deutschen Rasse« (frisch, frei, fröhlich, fromm) gefeiert werden sollten (Nicht auf Tafeln zu lesen..., S. 125). Jouhy organisierte eine Gegenveranstaltung. Durch die politischen Auseinandersetzungen und ununterbrochenen Diskussionen in Berlin organisiert er sich in einer kommunistischen Schülergruppe als Teil der KPD; von der Universität wird er 1933 als Kommunist relegiert.

## 2. Im von Nazi-Deutschland besetzten Frankreich

Die Emigration nach Frankreich, die Erfahrungen mit einem Land mit einer anderen Geschichte und einer anderen aktuellen Arbeiterbewegung prägten Ernest Jouhy nachhaltig. Auch später wird er immer wieder den Blick auf Frankreich und dessen wesentliche Unterschiede zu Deutschland lenken. Er promovierte

an der Universität Sorbonne in Psychologie, bekannte sich zum Freud-Schüler Alfred Adler und thematisierte Macht und Ohnmacht als eine der Kernfragen der Menschheit. (Alfred Adler, nach seinem Bruch mit Freud 1911 und seinem Siegeszug im sozialdemokratischen Wien nach 1919 eine weithin anerkannte Persönlichkeit, brach deutlich mit dem Marxismus und seinen sich auf den Marxismus berufenden Mitstreitern.) Die Jahre vor dem Einmarsch der deutschen Truppen ließen ihn die Abwehraktionen gegen den französischen Faschismus erleben. Die Erfahrung der gemeinsamen Aktion über Parteigrenzen und ideologische Differenzen hinweg ließ ihn sein Leben lang nicht mehr los.

Bereits nach dem Pogrom im November 1938 hatte Jouhy in der Nähe von Paris ein Heim für elternlose jüdische Kinder, die aus Deutschland nach Frankreich geschafft worden waren, mit dem Namen »Kinderrepublik« gegründet. Ernest Jouhy selbst berichtete:

»Ab November 1942 gab es Razzien zur Deportation der jüdischen Bevölkerung. Ich war zu dieser Zeit pädagogischer Leiter eines jüdischen Kinderheims in Mittelfrankreich. Bei der ersten Razzia in unserem Heim wurden zwei Dutzend Kinder, Stefan Hermlin und ich in ein Durchgangslager gebracht. Nur Hermlin und ich wurden nicht deportiert, und das trotz meines Versuchs bei der französischen Lagerverwaltung, bei den Kindern bleiben zu können. Wieder im Heim zurück, organisierten wir bei jeder Warnung, die wir über Widerstandsleute in der Polizeiverwaltung bekamen, den Exodus der namentlich gesuchten Kinder. Wir gingen mit ihnen - es war Winter

- die Nächte durch in die Wälder. Die jüngsten waren sieben Jahre alt. Im Februar gab es fünf Alarmnächte. Dann dachte ich, eine Nacht ausschlafen zu können. Ohne Alarm kamen Gendarmen, mich allein zu verhaften. Ich sollte als Antifaschist ausgeliefert werden. An der Dorfstraßenkreuzung, wohin sie mich brachten, standen alle großen Jungen unseres Heims. Ich lief um mein Leben, und die Jungen sprangen vor die Revolver der Gendarmen, um zu verhindern, dass sie mich trafen. Dann versteckte ich mich in der Scheune eines Bauern. Meine Frau besorgte falsche Papiere. In die Blankopapiere trugen wir den Namen Ernest Jouhy ein, damit die Initialen mit denen in der Wäsche übereinstimmten.« (Ernest Jouhy, »Nicht auf Tafeln zu lesen ...«, Frankfurt 1983, S.26)

Diese erste große pädagogische Station im Leben Jouhys zeigt deutlich, wie Pädagogik unter den Bedingungen gesellschaftlicher und politischer Zwänge, von denen nicht abstrahiert werden kann, zu arbeiten hat. Alfred Adlers Ansatz, die Ohnmachtserfahrung, wurde in dieser extremen Situation täglich praktisch fühlbar. Jouhy blieb noch lange, auch nach 1945, der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, die durch die NS-Diktatur bedingt in Heimen untergebracht werden mussten, treu, und so kann als praktischer Schwerpunkt Jouhys die pädagogische Arbeit mit Kindern in Heimen bezeichnet werden (bis hin zur Zusammenarbeit mit der UNESCO).

## 3. Die Bedeutung der Grundwissenschaften

In der Geschichte der Erziehungswissenschaft war es keinesfalls selbstverständlich, dass spätere Lehrerinnen

und Lehrer – erst recht nicht, wenn sie »Volksschulkinder« unterrichten sollten – über die Erziehungswissenschaft hinaus grundlegende Kenntnisse in anderen Humanwissenschaften, in Soziologie, Politologie und Psychologie erwerben müssen. Die systematische Begründung für die Einbeziehung von insgesamt vier Grundwissenschaften war das Ergebnis eines hier nicht im Einzelnen nachzuzeichnenden, schwierigen Prozesses. Diese formale Festschreibung, wie sie in Hessen und in anderen Bundesländern aus guten Gründen vorgenommen wurde, ist jedoch möglicherweise gerade in den Studiengängen der Lehramtsstudierenden in den Hintergrund geraten.

Der Pädagoge und Sozialpädagoge Ernest Jouhy hat in seinem Werk – wenn auch nicht ausdrücklich – auf seine Weise die Notwendigkeit eines Zusammenwirkens der Erkenntnisse aus den vier »Grundwissenschaften« mit großer Hartnäckigkeit betont. Sein soziologisches Interesse mag teilweise eingeschränkt gewesen sein; seine Betonung, die materiellen Grundlagen einer Gesellschaft in ihrer Geschichte zu verstehen, die ökonomischen Faktoren nicht auszuklammern, sondern im Sinne von Marx hervorzuheben, staatliche Institutionen als geschichtlich gewachsen anzusehen und Machtmissbrauch im demokratischen Sinne mit organisiertem Misstrauen zu begegnen, den Fortschritt von Gesellschaftsformationen mit der Austragung von Konflikten unlöslich zu verbinden, also eben einen soziologischen Blick auf die Gesellschaft und die im gesellschaftlichen Kontext verortete Erziehung zu werfen, lässt sich in allen pädagogischen Schriften



Jouhys – von der Geschichte der Heimerziehung bis hin zur Pädagogik der Dritten Welt (ein Begriff, der sich in Frankreich seit den 1950er Jahren in Anlehnung an den dritten Stand eingebürgert hatte) – nachvollziehen. Dabei klammert Jouhy auch die über die Soziologie hinausgehende Frage nicht aus, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Methodologie der Wissenschaften zwischen Humanwissenschaften und Naturwissenschaften existieren, die er im Marx'schen Sinne als Instrumente in den zwei großen Kämpfen der Menschheit – des Kampfs der Menschen mit der Natur und des Kampfs der Menschen untereinander – betrachtet. Bei seiner an Marx orientierten Positionierung lässt sich allerdings einwenden, dass Jouhy seine Ablehnung von Max Weber und Karl Popper eher ein passant einfließen ließ, als dass er diese Kontroverse offen angepackt hätte.

Dass Jouhy der Bedeutung psychologischer Analysen für pädagogische Prozesse erstrangige Bedeutung beigemessen hat, steht außer Frage. Orientiert an dem »abtrünnigen« Freud-Schüler Alfred Adler und der Richtung der sogenannten Individualpsychologie – die durchaus auch als Gemeinschaftssoziologie bezeichnet werden könnte – hat Jouhy vom Kleinkind bis zum Heranwachsenden das Problem der Machtlosigkeit, der Übermacht und der Ohnmacht und daraus folgend die Ermutigung zum Handeln durch bewusste Klärung der Situation als zentrale Achse seiner pädagogischen Aufklärung begriffen. Aber auch hier gilt, dass Jouhys eher eingestreute Polemiken gegen die Tiefenpsychologie Freuds an keiner Stelle zu einer wirklichen Auseinandersetzung mit Freud geführt

haben – so, wie er auch die Auseinandersetzung mit Adorno durchaus nicht gesucht hat.

Es steht ebenfalls außer Zweifel, dass Jouhy Pädagogik als politische Aufgabe begriffen hat. Auch wenn er theoretisch mehr auf die aufklärerische Staatstheorie vor der Französischen Revolution, insbesondere Montesquieu, abzielte und die aktuelle Auseinandersetzung mit Theoretikern der Politikwissenschaft nicht sein Themenschwerpunkt war, ist seine Biographie und sind seine Schriften doch durchzogen von seiner Erfahrung mit dem deutschen Staat, insbesondere in der NS-Zeit, wobei ihm der Kontrast zum französischen Staat und der französischen Gesellschaft ein zentrales Anliegen war.

Das politische Handeln stand bei Jouhy im Vordergrund und war ein Ziel seiner emanzipatorischen Pädagogik, da aus seiner Sicht nur der politisch handelnde Mensch, der reflektiert, nicht überwältigt und nicht zum bloßen Objekt der gesellschaftlichen Entwicklung degradiert werden kann.

#### 4. »Emanzipatorischen Erziehung«

In seinem Essay »Zum Begriff der emanzipatorischen Erziehung« von 1972 klärt Jouhy zunächst, dass Erziehung keinesfalls »als geistig-physische Manipulation abhängiger Gruppen« (Klärungsprozesse, Band IV, S. 7) definiert werden darf. Die von ihm definierte emanzipatorische Erziehung schließt eigentlich den Auftrag der Adressaten ein und schließt alle an der ideologischen Macht Beteiligten als Träger emanzipatorischer Erziehung aus.

Die von Jouhy positiv entworfenen acht Punkte emanzipatorischer

»Der Student hat in steigendem Maße das Empfinden und die Vorstellung, Objekt und nicht Subjekt seines Studiums zu sein. In den überfüllten Hörsälen und Seminaren kann er sich immer weniger Anregungen holen, um zu lernen, was ihn interessiert; er muss sich im Gegenteil ständig bemühen, auf dem Laufenden zu bleiben, was er zu belegen und zu leisten habe, um einen ›Schein zu machen‹, um Zwischenprüfungen und Abschlüsse zu erreichen. (...)« Ernest Jouhy

Erziehung stützen sich 1. auf wissenschaftliche Einsicht mit ihrer relativen Geltung sowie 2. auf eine realistische Einschätzung der existierenden Mächte und der Möglichkeit ihrer Veränderung durch vernünftiges Handeln.

Weiterhin muss emanzipatorische Erziehung 3. die entstandenen psychischen Strukturen des Einzelnen und von Gruppen berücksichtigen und gleichzeitig, nicht pädagogisch oder national beschränkt, 4. gesamtgesellschaftliche Perspektiven berücksichtigen. Damit nicht genug, werden als weitere Merkmale und Kriterien aufgeführt, ob 5. eine Auslösung einer Selbstbewegung erfolgt und somit 6. auch zunehmende Kritik am Erzieher ermöglicht, also ein Element der Demokratie realisiert wird. Weitere Gesichtspunkte sind, ob 7. wirkliches Vertrauen aufgebaut, die 8. realistische Autorität des Erziehers durchsichtig erklärt und abgebaut wird.

#### 5. Der Blick auf die Länder der sogenannten »Dritten Welt«

Jouhys Erfahrung und theoretische Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur bildete nicht direkt den Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen Tätigkeit. Er war kein Nationalist, er war internationalist, Weltbürger, auf der Seite vor allem der »Verdamnten dieser Erde«. Das auf der Welt insgesamt existierende Unrecht konzentrierte sich für ihn nach 1945 vor allem auf den Gegensatz zwischen den Metropolen und der sogenannten »Dritten Welt«. Die Problematik, für ehemalige Kolonialländer nicht nur technisches Wissen, sondern auch Humanwissenschaft und Bildung zu entwickeln, in schwierigen Konflikten mit den Theorien, die in den Metropolen entstanden sind, sind prägend für Jouhys Intervention auf dem Gebiet »Pädagogik Dritte Welt«. Er erreichte, dass an der Goethe-Universität eine Professur und ein Institut zu diesem Thema eingerichtet wurden.

#### 6. Zur Situation der Studierenden vor 40 Jahren – Was hat sich geändert?

In seiner Analyse der spezifischen Bedingungen des Studenten als

Subjekt des Studiums von 1973 entwickelt Jouhy auf 43 Seiten zunächst den Kontrast zur Vergangenheit: »Die Zeit der feuchtfröhlichen Burschenherrlichkeit, der Schmissee, Tripper und der gesicherten Karrieren ist vorbei.« (Klärungsprozesse, Band III, S. 123) Die aktuelle Misere der Studenten, einschließlich katastrophaler Wohnverhältnisse und trostloser Räume und Gelegenheiten für Geselligkeit, ist Jouhys Meinung nach vor allem folgende:

»Der Student hat in steigendem Maße das Empfinden und die Vorstellung, Objekt und nicht Subjekt seines Studiums zu sein. In den überfüllten Hörsälen und Seminaren kann er sich immer weniger Anregungen holen, um zu lernen, was ihn interessiert; er muss sich im Gegenteil ständig bemühen, auf dem Laufenden zu bleiben, was er zu belegen und zu leisten habe, um einen ›Schein zu machen‹, um Zwischenprüfungen und Abschlüsse zu erreichen. Seine Leistungen, besonders in den ersten Semestern, entsprechen weniger selbstbestimmender als fremdbestimmter Motivation.« (Ernest Jouhy, »Klärungsprozesse«, Band III, S. 123, Hervorhebung im Original)

Ernest Jouhys Denksätze sind offensichtlich auch auf diesem Gebiet von großer Aktualität.

APL. PROF. DR. BENJAMIN ORTMEYER

1. Jouhy, Ernest: Nicht auf Tafeln zu lesen... Leben, Denken, Handeln. Ausgewählte Schriften, herausgegeben von Ursula Menzemer und Herbert Stubenrauch, Frankfurt am Main 1983.

2. Wie dieses Institut nach seinem Tod abgewickelt wurde, ist ein anderes Thema, das hier nicht weiter verfolgt werden kann.



# Frauen sollen nicht in Lager

**Women in Exile (WIE) ist eine 2002 von Asylbewerberinnen gegründete Gruppe, die sich der Probleme von Flüchtlingen in Deutschland annimmt. Die Jungle World, die uns freundlicherweise erlaubte das Interview zu nutzen, sprach mit Elisabeth Ngari, einer der Gründerinnen von WIE, über die Arbeit der Gruppe und die Probleme speziell weiblicher Flüchtlinge in Deutschland. Ngari kommt aus Kenia und lebt seit 17 Jahren in Deutschland. Zuerst wohnte sie sieben Jahre in Prenzlau, 2004 zog sie nach Berlin.**

### Wie kam es 2002 zur Gründung von Women in Exile?

Wir Frauen kamen alle aus Brandenburg und waren zu der Zeit Asylbewerberinnen. Wir haben alle in Flüchtlingsgruppen gearbeitet, die sich gegen gesellschaftliche Diskriminierung zur Wehr gesetzt haben. Damals haben sich ungefähr sieben Frauen zusammengetan, um ein Interview für die BBC zu geben. Die Journalistin war besonders daran interessiert, etwas über die Probleme von Frauen und Kindern in den Flüchtlingsheimen zu erfahren. Deshalb entschieden wir, eine Frauengruppe zu gründen, die sich genau um diese Probleme kümmern sollte.

### Welche spezifischen Probleme sind das?

In den Flüchtlingsheimen gibt es für Frauen keine Privatsphäre. Heimmitarbeiter kommen ohne zu klopfen in ihre Zimmer, und sie werden sexuell belästigt. Sie können ihre Räume zwar abschließen, aber wenn sie nachts über die langen Flure zur Toilette müssen, sind sie ungeschützt. Aus Angst gehen manche Frauen nachts nicht mehr zur Toilette und benutzen stattdessen einen Eimer in ihrem Zimmer. Es ist andauernd laut, auch nachts. Die Kinder sind unkonzentriert in der Schule, weil sie nachts nicht schlafen können.

### Gibt es auch Probleme mit anderen Flüchtlingen?

Die Frauen werden auch von den männlichen Flüchtlingen mit sexuellen Angeboten belästigt. Viele Leute betrinken sich aus Frustration und Langeweile, weil sie in den Heimen isoliert sind, und die Männer werden dann zudringlich. Das liegt an der Art der Unterbringung in den Heimen. Es sind einfach zu viele Leute auf zu wenig Raum zusammengedrängt. Die Menschen dort haben keine Perspektive und sie wissen nicht, worauf sie warten. Häufig für sehr lange Zeit. Manchen geht es dadurch so schlecht, dass sie psychologisch behandelt werden müssen.

### Wir organisieren Sie Ihre Arbeit gegen diese Missstände?

Wir sind nur drei bis vier Frauen, die kontinuierlich bei WIE arbeiten, darüber hinaus gibt es keine festen Mitglieder. Die Frauen kommen und gehen, weil sie sich in erster Linie um ihr Aufenthaltsrecht kümmern müssen. Wenn sie es nicht bekommen, müssen sie das Land wieder verlassen, und wenn sie es bekommen, müssen sie sich um Arbeit kümmern, oder sie ziehen in eine andere Stadt. Aber es kommen immer wieder neue Leute und wir versuchen natürlich ständig, Frauen aus den Heimen dazu zu motivieren, bei uns mitzumachen. Jeden ersten Samstag im Monat haben wir ein offenes Treffen im Bethanien

(eine Art soziales Zentrum in Berlin, Anm. d. Red.), zu dem auch Freundinnen und Freunde und andere Menschen kommen, die uns bei unserer Kampagne »Keine Lager für Frauen und Kinder. Alle Lager abschaffen!« unterstützen.

### Wie genau sieht die Kampagne aus?

Sie begann 2011 mit der Übergabe eines Memorandums an den Brandenburgischen Sozialminister Günter Baske, in dem wir die Schließung aller Flüchtlingsheime und eine Unterbringung in Wohnungen fordern. Aktuell haben wir eine finanzielle Unterstützung von der Bewegungsstiftung erhalten und wollen die Kampagne jetzt auf ganz Deutschland ausweiten. Gerade planen wir ein bundesweites Treffen mit interessierten Leuten. Außerdem wollen wir einen Newsletter einrichten und unsere Website (<http://womeninexile.blogspot.de>) aktualisieren. Auf der Ebene der Bundesländer wollen wir verstärkt die Ministerien ansprechen. Beispielsweise in Brandenburg schien sich die Situation für Flüchtlingsfrauen zu bessern, weil das Sozialministerium dem Heimpersonal verbot, ohne Klopfen die Zimmer der Flüchtlinge zu betreten, und in manchen Heimen die Einrichtung getrennter Frauentoiletten anwies. Aber jetzt wird in Potsdam gerade darüber beraten, die Flüchtlinge in Containern unterzubringen. Deshalb planen wir Demonstrationen, offene Briefe und Pressemitteilungen, um auf die Situation aufmerksam zu machen. Auf der lokalen Ebene wollen wir Flüchtlingsheime besuchen und den Frauen Treffen anbieten, um herauszufinden, was ihre speziellen Probleme dort sind. Wir wollen sie dabei unterstützen, ein Recht auf Unterbringung in Wohnungen zu bekommen, und ihnen dabei helfen, Wohnungen zu finden.

### Welche Pläne haben Sie, um auf Bundesebene mehr Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen?

Der Newsletter, den wir alle zwei Monate veröffentlichen wollen, soll über die Lage der Flüchtlinge in den verschiedenen Bundesländern berichten. Auf dieser Grundlage wollen wir herausfinden, wie wir am besten bundesweit zusammenarbeiten können. Wir können unsere Ziele nur verwirklichen, wenn wir sie alle zusammen auf Bundesebene angehen. Und dafür brauchen wir Flüchtlinge, die nicht nur zu uns kommen, um über ihre Probleme zu berichten, sondern auch bereit sind, bei uns mitzuarbeiten.

### Welche Angebote haben Sie für andere Flüchtlinge?

Wir helfen Frauen, Beratungsstellen für ihre individuellen Probleme zu finden. Das kann soziale, juristische oder medizinische Beratung sein. Außerdem haben wir einen Flyer mit wichtigen Anlaufstellen verfasst, den wir den

Frauen geben und auch in Flüchtlingsheimen verteilen.

Mit anderen zusammen organisieren wir einen Deutschkurs im International Women Space in der Schule in der Ohlauer Straße (besetzte Schule im Berliner Bezirk Kreuzberg, Anm. d. Red.), an dem momentan ungefähr 15 Frauen teilnehmen, die aus Berlin und Heimen in Brandenburg kommen. Wir bieten auch Peer-Education-Seminare für die Frauen an, damit der Informationsfluss besser läuft. Menschen lernen voneinander und von den Erfahrungen, die sie gemacht haben. Mit Peer-Education können sie sich gegenseitig weiterbilden, indem sie ihr Wissen effektiv weitergeben.

### Was sind die größten Probleme der Flüchtlingsfrauen?

Neben sexistischer und rassistischer Diskriminierung ist es das größte Problem, an Aufenthaltspapiere zu kommen. Aber auch die schwierige Arbeitssuche und das mangelnde Angebot von Deutschkursen sind große Probleme.

Im April fand in Hamburg die erste Konferenz von Flüchtlingsfrauen statt, und auch während des »Flüchtlingstribunals gegen Deutschland« Mitte Juni haben sich Frauen zusammengetan. Wie haben Sie diese Veranstaltungen zur weiteren Vernetzung genutzt? Die Konferenz in Hamburg war nicht als Treffen von Flüchtlingsgruppen geplant, weil dort den Flüchtlingsfrauen aus den Heimen der Raum geboten werden sollte, über ihre Probleme zu sprechen. Deshalb haben nur Einzelpersonen von uns teilgenommen. Beim Tribunal haben wir uns mit Frauen von der »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen« und vom International Women Space getroffen. Wir wollen uns auch zukünftig treffen, um weitere gemeinsame Pläne zu schmieden.

### Welche Forderungen haben Sie auf dem Tribunal vertreten?

Wir wollen, dass Frauen nicht mehr in Lagern untergebracht werden, damit sie keinen sexistischen Übergriffen ausgesetzt sind. Darüber hinaus haben wir uns gegen die Residenzpflicht ausgesprochen und gegen die Isolation, die sie erzeugt. Wir wenden uns gegen das Gutscheinsystem. In Brandenburg gibt es immer noch drei Heime, die Essen nur über Gutscheine herausgeben. Außerdem haben wir die medizinische Versorgungssituation kritisiert und die rassistische Behandlung durch das racial profiling.

### Mit wem arbeiten Sie noch zusammen?

Wir arbeiten zusammen mit No to Racism, No Border Lasts Forever, Refugees Emancipation, der Flüchtlingsinitiative Brandenburg und anderen antirassistischen Gruppen aus Brandenburg. Auch die Flüchtlinge aus

dem Camp auf dem Oranienplatz (in Berlin-Kreuzberg, Anm. d. Red.) sind uns verbunden. Als sie eine Pressekonferenz anlässlich ihrer Bustour im März organisierten, haben sie uns den Raum gegeben, um auch eine unserer Demonstrationen anzukündigen. Und es gibt noch weitere Gruppen, die mit uns solidarisch sind, wie zum Beispiel Les Migras und der Transgeniale CSD.

### Welche Probleme haben Sie bei Ihrer Arbeit?

Trotz der Unterstützung, die wir von anderen Gruppen bekommen, fehlt uns Geld für viele wichtige Dinge. Um den Leuten, die überall aus Brandenburg nach Berlin kommen, die Fahrt zu unseren Treffen zu ermöglichen, müssen wir zum Beispiel Fahrschein besorgen. Außerdem fehlen uns Leute, die die Übersetzung unserer Informationsmaterialien übernehmen. Momentan gibt es sie nur auf Englisch, aber wir würden sie gerne auch auf Farsi, Arabisch und Französisch veröffentlichen.

### Hatten Sie Probleme mit deutschen Unterstützerinnen und Unterstützern?

Das größte Problem ist bisher, dass wir festgelegt haben, dass die Zahl der Unterstützerinnen und Unterstützer die Zahl der Mitglieder von WIE nicht übersteigen sollte. Aber weil die Mitarbeiterinnen von WIE so häufig wechseln und mit existentiellen Problemen beschäftigt sind, ist es schwer, diese Vorgabe einzuhalten. Trotzdem versuchen wir immer, das Verhältnis auszubalancieren.

### Gibt es Probleme in der Zusammenarbeit mit Männern in anderen Gruppen?

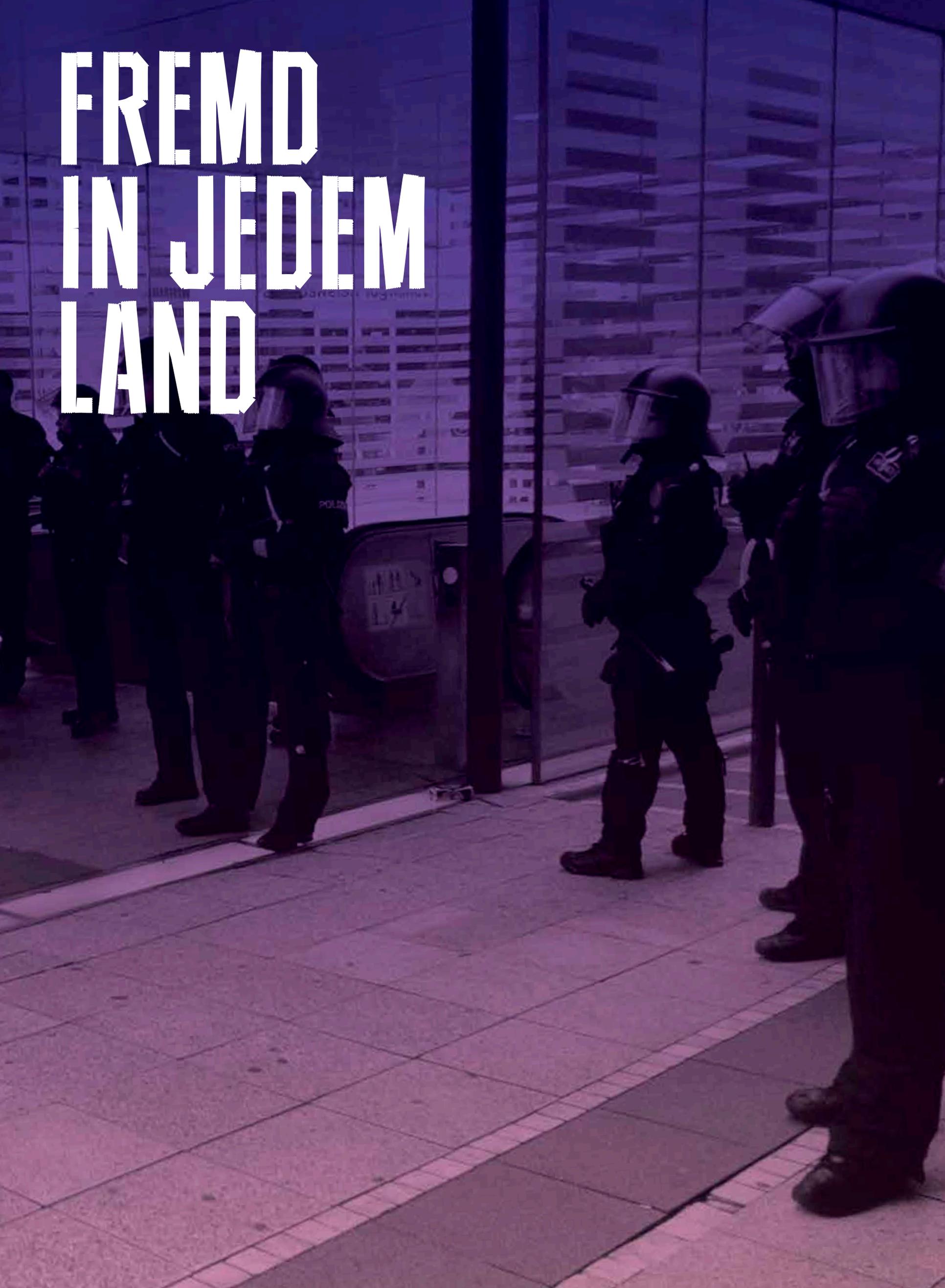
Manchmal ist es schwierig, Frauenthemen in die Diskussion und auf Veröffentlichungen wie Flyer zu bringen, weil der Fokus der Gruppen mehr auf den allgemein diskriminierenden Zuständen und der Gesetzgebung liegt.

### Seit dem Münchner Kongress »Refugee Struggle« Anfang März kam die Unterscheidung zwischen »citizens« mit gesichertem Aufenthaltsstatus und »non-citizens« auf. Wie stehen Sie zu dieser Differenzierung?

Ich denke, dass einige Leute die Dinge manchmal einfach schwieriger machen, als sie sein müssten. Natürlich wissen die Leute aus den Flüchtlingsheimen am besten, welche Interessen sie haben und worunter sie leiden. Aber entscheidend ist doch, dass wir die selben Ziele haben. Dafür ist es egal, wo wir uns gerade befinden.

ZOÉ SONA

# FREMD IN JEDEM LAND



### Ein Kommentar

Die Welt ist zu Gast bei Freunden hieß es doch noch im Jahre 2006, als man stolz Gastfreundschaft, Willkommenskultur und Kosmopolitismus in diesem Lande propagierte. Alle Probleme der Welt zur Globalisierung von Kultur, Politik und Kapitalismus waren für einige Zeit vergeben und vergessen. Doch 2013 trägt plötzlich eine Studierenden-Zeitung aus Frankfurt den Themenschwerpunkt »Krise« erneut in die Öffentlichkeit und erweckt damit den berechtigten Eindruck, dass eine immerwährende, kritische Auseinandersetzung mit den Verhältnissen unserer Zeit, die uns ja auch hierzulande seit Jahrzehnten bereits in Form der Kritischen Theorie sowie ihrer Vertretung durch die renommierte Frankfurter Schule vorliegt, in jeglicher Art und Weise noch zeitgerecht ist. Krisen bleiben bekanntlich immer aktuell – sie stehen sinnbildlich und pauschalisierend für schwierige Zeiten, in denen allgemeine Probleme der Menschen sich verschärfen oder gar eskalieren. Daher gilt es auch weiterhin: aus der Krise hilft nur eine spürbare Kritik, die sich vor unangenehmen Fragen nicht verschließt:

Aus Gründen der persönlichen Erlebnisse sei hier zunächst einmal auf die Auseinandersetzung mit dem Blockupy-Desaster abzustellen. Es ist nämlich Beweggrund dieser Schrift und stellt eine Aufbereitung der Geschehnisse dar, die mein noch recht junges Bild von diesem Land erschütterten und mein politisches Weltbild bis heute prägen. Anschließend werden Bezüge zu den weltweiten Krisen der Neuzeit gezogen, das Phänomen der neuen Rechten dieses Landes behandelt und auf Besonnenheit beim Umgang mit Menschenrechten hingewiesen. Zuletzt rufe ich zum Widerstand gegen Totalitarismus, Faschismus und autoritäre Strukturen auf.

### Als der Staat seinen grundrechtlichen Schutzauftrag verkannte.

»Wir sind friedlich – was seid Ihr!« schallte es damals reihenweise aus den Sprechhören der Demonstrierenden, darunter größtenteils Studierende, während die Polizei in martialischer Aufmachung jede Gelegenheit zur Intervention nutzte. Ein solcher Eingriff zeigte sich nur zu gut durch den Einsatz von Schlagstock, Pfefferspray und einem massiven Körpereinsatz der Beamten\_innen. Dass solche Maßnahmen im juristischen Sinne als unverhältnismäßig zu bewerten sind, machte mir in jenem Moment mein persönliches Gewissen über die Unterscheidung von gut und schlecht deutlich. Dieser Polizeieinsatz war damit nur ein weiterer Versuch der Politik, den berechtigten Widerstand der

Menschen gegen das kapitalistische System zu verhindern und so der dringenden benötigten Kritik an den gegenwärtigen Wirtschaftsstrukturen, die für viele Leid und Verzweiflung bedeuten, Einhalt zu gebieten.

Unsere vermeintlichen, politischen Repräsentant\_innen, die für sich heute noch beanspruchen, die öffentliche Meinung zu repräsentieren und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu dienen, zeigten sich im Frankfurter Römer und im Hessischen Landtag von einer ganz respektlosen Seite. Die Debatte über die Gewährleistung der Versammlungsfreiheit befasste sich eher mit den typischen Kontroversen, die wir auch im üblichen politischen Spektrum finden. Abgeordnete warfen sich gegenseitig vor, Populismus zu betreiben, eine ungerechte Polemik gegen die hessische Regierung durchzuführen und die Problematik für den Eigennutz der Partei zu verwenden. Einige erlaubten sich sogar, linksorientierte Gruppierungen mit dem absurden Vorwurf der »Demokratiefeindlichkeit« zu

---

## Das gezielte Vorgehen der Polizei bei der Störung der Demonstration, die Art und Weise, wie man mit den Menschen im Kessel umging und die an den Skandal anknüpfenden Events in Politik und Gesellschaft beweisen eines: das System hat ein befremdliches Verständnis von Grundrechtsgewährleistung.

---

konfrontieren und verschlossen sich so vor den genannten kritischen Stimmen. Anlass einer Sitzung im Innenausschuss, der an jenem Tag auch durch viele betroffene Studierende unserer Universität gefüllt wurde, war ein Gesetz über die Etablierung eines unabhängigen Polizeibeauftragten, der als eine Art Mediator zwischen den Fronten bei Vorwürfen der Polizeigewalt dienen sollte. Unzählige Gruppen, NGOs aus dem Menschenrechtsbereich und Vertreter der Polizei waren anwesend – eine Einigung wurde nicht erzielt, die Auseinandersetzung beschränkte sich auf politische Fehden zwischen »rechts und links«. Das Thema Blockupy wurde im Nachhinein nur ansatzweise diskutiert – Studierende bewiesen Mut und Solidarität mit den Demonstrierenden, indem sie Innenminister Rhein (CDU) am Ende der Sitzung mit Plakaten konfrontierten – ähnlich liefen auch die Sitzungen im Frankfurter Römer ab. Appellierend soll diesbezüglich auch die Notwendigkeit einer Kennzeichnungspflicht für Polizisten angeführt werden, die rechtsstaatliche Aufklärung über polizeiliches Fehlverhalten enorm verbessern würde, durch die Hessische Regierung und parteipolitisch-orientierte Polizeivertreter jedoch abgelehnt wird.

Das gezielte Vorgehen der Polizei bei der Störung der Demonstration, die

Art und Weise, wie man mit den Menschen im Kessel umging und die an den Skandal anknüpfenden Events in Politik und Gesellschaft beweisen eines: das System hat ein befremdliches Verständnis von Grundrechtsgewährleistung. Sicher ist dennoch, dass der Protest von Menschen unmittelbarer Ausdruck eines zu hörenden Willens ist, mit dem das Individuum im Kollektiv Meinungen verstärkt und zu einer gesunden Demokratie, für die eine gleichberechtigte Opposition konstitutiv ist, beiträgt. Blockupy, ungeachtet seiner ideologischen Ausrichtung, öffnet ein Ventil für vernachlässigte Minderheiten und ist damit ein unabdingbarer Teil der Meinungsbildung in einem Industriestaat wie Deutschland und muss von den »Großen und Mächtigen« gehört werden.

Aus der Krise hilft nur der Widerstand – oder zumindest der beträchtliche Diskurs, das hat Blockupy 2013 gezeigt. Wenn den Menschen jedoch grundlegende Möglichkeiten zur Kommunikation ihrer Probleme mit

dem Staat, einschließlich den kapitalistischen Strukturen sowie den damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Zuständen verwehrt werden, in diesem Falle war es Verknennung der herausragend wichtigen Bedeutung der Versammlungsfreiheit aus Art. 8 GG für die Demokratie, dann entzieht sich der Staat seiner Legitimation. Eine Freiheit, die schon 1933 aus der Rechtsanwendung des nationalsozialistischen Staates ausgeschlossen war, wird auch 2013 noch ihrer konstitutiven Macht beraubt. Diese naturrechtliche Freiheit, dieses Recht gilt es jedoch gegen äußere Eingriffe zu verteidigen – der Staat ist daher beispielsweise durch geeignete Mittel auf Missstände hinzuweisen, seine Aufmerksamkeit erlangt der Mensch durch verbale sowie nonverbale Ausdrücke des Widerstandes. Selbst der zivile Ungehorsam vom großen Lehrer Ghandiji ist ein solcher wunderbarer Ausdruck.

So sind die gegenwärtigen »Weltrevolutionen« in diesem Sinne beispielhaft für eine Umsetzung der öffentlichen Meinung. Die Scheckbuchdiplomatie der internationalen Staatengemeinschaft, die auch heute noch einen »Handschlag mit dem Teufel« eingeht, mit Diktatoren und Menschenrechtsverletzer-Banden, bestehend aus profitgierigen Industrien der mächtigen

Rüstungskonzerne sowie Mineral-, Erdgas-, Textil-, Lebensmittelunternehmen und Lobbygruppen aus Wirtschaft, Sicherheit und Gesellschaft koaliert, steht stellvertretend für das Scheitern des politischen Systems, Krisen nachhaltig zu bewältigen. Ob es Studierende in Türkei, Kanada, England, Ägypten oder Frankreich sind – die Gemeinsamkeit liegt in der Veränderung gesellschaftlicher Zustände, in der Verbesserung der demokratischen Kultur.

Pakistan hat eine solche revolutionäre Bewegung noch nicht erlebt, der Umbruch ist aber im Gange – man berücksichtige hier bspw. die junge Malala Yousafzai. Protestgegenstände der Studierenden in Pakistan sind unter anderem Korruption, Arbeitslosigkeit, Totalitarismus und Islamisierungstendenzen der Regierung. Die Mehrheit der aus Pakistan stammenden und hier lebenden Studierenden beruft sich dabei meist auf die militante Islamisierungspolitik diktatorischer Epochen, wie der des General Zia-ul-Haq, der selbst meine Eltern und viele andere Minderheiten durch §§ 295-C und 298-B/C PAK-StGB (Blasphemiegesetze, Bestrafung durch Freiheitsentziehung oder Tod) für vogelfrei erklärte. General Zia-ul-Haq ist in der heutigen jungen pakistanischen Zivilgesellschaft mit dem Symbol von Iblis, einem böswärtigen, listigen Dschinn und dem Teufel im Islam gleichgestellt – und das zurecht, obwohl er in den 80er Jahren noch durch die USA, VK, Frankreich, China (permanente Mitglieder des Sicherheitsrates), Kanada und Saudi-Arabien bei der durch ihn durchgeführten Koordination von Mujahideen im Krieg zwischen Afghanistan und der Sowjetunion finanziert und massiv unterstützt wurde. Die Auseinandersetzung mit der »Krise« meiner Wurzeln zeigte mir, dass Freiheit in allen möglichen Ausprägungen zumindest keine Selbstverständlichkeit ist und Widerstand nötig bleibt – die gesetzlichen Bestimmungen aus Zia-ul-Haq's Militärdiktatur sind übrigens heute noch alle gültig.

### Polizeigewalt und polizeiliche Willkür sind grundrechtsverletzend.

Die öffentliche Gewalt ist nach dem deutschen Recht an grundrechtliche Gewährleistungen wie die der Freiheit der Person oder der Würde des Menschen gebunden. Doch legen selbst Sittengesetz und Gewohnheitsrecht, die zur Rechtsentwicklung des materiellen Rechts beitragen (vgl. Entwicklung von Rechten für Homosexuelle), tiefgründige Grenzen für Eingriffe in die Integrität der Bürger\_innen fest. Ein für mich neben Blockupy sehr einschneidendes Erlebnis bleibt das Racial Profiling, bei dem die Polizei nach eigenem Ermessen Personen

anhand von Merkmalen wie Hautfarbe und Religion gezielt kontrolliert. Diese Verfahrensweise verstößt zwar gegen internationale Antirassismuskonventionen und insbesondere gegen den Gleichheitssatz aus Art. 3 I GG, doch ist es nach Polizeirecht gang und gäbe, dass man »verdächtigen« Personen nach einem vorausgehenden Verdachtsmoment nachgeht: solche Momente sind für Beamten\_innen schon gegeben, wenn dunkelhäutige oder südländisch aussehende junge Menschen im Zug zur Uni fahren oder sich an potenziell gefährlichen Orten wie öffentlichen Veranstaltungen, Bahnhöfen, Flughäfen, Behörden oder dem Unipräsidium aufhalten. Auch der Heimweg kann verhängnisvoll werden, wenn die entgegenkommende Polizei einem Straftaten vorwirft und den Knüppel in die Hand nimmt – das ist alles medienwirksam veröffentlicht worden und bleibt heute noch Gegenstand von Demonstrationen gegen den Rassismus.

Dass letztlich dadurch die Persönlichkeit eines Menschen tief verletzt ist, wenn der eigene Wert auf absolut unwichtige Charakteristika wie Hautfarbe hinabgesetzt wird, ist Befürwortern des Racial Profiling wie der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) gar nicht bekannt. Es ist eine Zumutung, dass von Integration gesprochen wird, während man gleichzeitig das »Fremde« nicht respektiert. Wenn dann noch der Bun-

eine Würde und vermute meine Unschuld. Mein Staat nennt sich Rechtsstaat – ich hoffe, dass er auf den Grundlagen des Rechts steht und mir so ein gesellschaftliches Zusammenleben ermöglicht.

#### **Vandalismus ist keine Krise.**

Die demokratische Protestkultur von Studierenden ist die beste Auseinandersetzung mit der Krise überhaupt – sei es in Kairo, London oder Québec. Die Freiheit von Lehre und Forschung zeigt sich auch in dem Kampf zur Verteidigung dieser gegen äußere Verhältnisse. Während sich an unserer Universität weiterhin Studierendenblöcke zum Thema Sachbeschädigung / »Vandalismus« bilden und sich innerhalb der Studierendenschaft so manche Front verhärtet, ist eine grundlegende Anerkennung der Protestkultur von Studierenden notwendig und unabdingbar. Was häufig als »Vandalismus« bezeichnet wird, muss nämlich nicht immer blinde Zerstörungswut und erheiternde Beschädigung von fremdem Eigentum sein. Selbst die Verhinderung einer Nazi-Demonstration durch die Blockade von Bahnhöfen und die Beschädigung ihrer Ausrüstung könnte in so manch einseitiger Betrachtungsweise unter den Begriff »Vandalismus« passen – doch ist solche Sachbeschädigung, unabhängig von der strafrechtlichen Konsequenz, aus freiheitlicher, sozialer und demokratischer Sichtweise schlecht und zu verteufeln? Die

---

### **Während sich an unserer Universität weiterhin Studierendenblöcke zum Thema Sachbeschädigung / »Vandalismus« bilden und sich innerhalb der Studierendenschaft so manche Front verhärtet, ist eine grundlegende Anerkennung der Protestkultur von Studierenden notwendig und unabdingbar.**

---

desvorsitzende der DPoIG (CDU), der öffentlich für solche polizeilichen Mittel plädiert, im Innenausschuss des Hessischen Landtages das Gefahrenpotenzial von Demonstrierenden bei Blockupy unseriös hochhält, dann ist das persönliche Empfinden über die Aussage »Polizei als Freund und Helfer« stark beschädigt, berechtigt verletzt. Racial Profiling als Denkweise beschreibe ich daher bewusst werturteilend als rassistisch. Ein unbeschränkter Generalverdacht bleibt rechts- und sittenwidrig (da unter anderem ein Verstoß gegen die informationelle Selbstbestimmung sowie das Allgemeine Persönlichkeitsrecht vorliegt). Andere Beispiele sind hier nur genannt: PRISM, Rasterfahndung, Online-Überwachung/Durchsuchung, Cybercops, Vorratsdatenspeicherung und selbst Videoüberwachung. Jeder Mensch hat ein Recht auf Sicherheit vor terroristischen Gefahren - Aber: ich bin ein Mensch, ich habe

Lösung könnte sich in der Anwendung der Zweck-Mittel-Relation sehen lassen: Sachbeschädigung, die von Seiten einer gesunden Zivilgesellschaft immer abgelehnt werden wird, setzt einen unangemessen, egoistischen Selbstzweck voraus, um schädlich zu sein. Die Verhinderung einer Nazidemo dient der Verteidigung unserer (unter kurzer Nichtbeachtung von PRISM, BND & co.) freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Insofern sind jetzige unterschiedliche Initiativen, die sich mit der Sachbeschädigung an unserer Universität auseinandersetzen, grundsätzlich zu befürworten. Doch verraten solche Gruppierungen ihre Grundgedanken, wenn sie Konflikte provozieren, parteipolitische Stellungen einnehmen und zur Spaltung der Studierendenschaft beitragen – alles natürlich unter Beachtung der diesjährigen Bundestagswahl und dem möglichen Profitdenken bei der Stimmenjagd.

Max Horkheimer, ehemaliger Rektor unserer Universität, beschreibt in überragender Weise, welche Ausmaße die Macht von Studierenden zur Krisenbewältigung haben kann: »Trotz aller Übermacht der Dinge in der Massengesellschaft sind es immer noch die Menschen, die ihre Geschichte machen. Die bedrohte Freiheit kann nur bewahrt werden durch die, die Widerstand leisten, und die Universität ist einer der wenigen Orte in der heutigen Gesellschaft, in der, wenn sie sich ihrer Aufgaben recht bewusst ist, Freiheit eingeübt werden kann. Wenn Sie von der akademischen Freiheit den Gebrauch machen, (...) dann bleibt durch Sie die Hoffnung in der Welt.« (aus: Akademische Freiheit, Rede an die Erstsemester 1953)

#### **Alerta, alerta: Deutschland – ein Land der Täter? Faschismus bleibt aktuell.**

1933 hatte die Verkennung der Menschlichkeit ein Maß der Unmöglichkeit erlangt. Aus jenem System wurde ein neues geboren, das es zu bis zum Tode zu verteidigen gilt. Doch angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen, man betrachte die 23 Verbindungen in Frankfurt oder die Veränderungen in Berlin-Hellersdorf, wo der Wert eines Asylbewerbers mit dem Wert eines Kinderspielplatzes für Deutsche auf eine Stufe gestellt wird und von Mord, Totschlag und Dreck durch Ausländer die Rede ist, rassistische Übergriffe der Polizei auf »Gefahrenmenschen« in Frankfurt und Umgebung steigen, die Anzahl von Rechten wie der NPD in verschiedenen Parlamenten und Volksvertretungen auf kommunaler Ebene (selbst Hessen) sowie Länderebene (Sachsen) wächst oder sogar Hochschulparteien unserer Universität vor migrant\_innenfeindlichen und rechtspopulistischen Kommentaren über die Fraglichkeit einer großzügigen Immigrations- und Asylpolitik nicht haltmachen, wird deutlich, dass Totalitarismus, Rassismus oder gar Faschismus nicht ausgestorben sind und sich neu formieren. Entsprechend passt hier auch der Begriff der Krise, denn gefährliche Entwicklungen gesellschaftlicher Verhältnisse sind zu prophezeien, wenn rechte Gesinnungen in unserer Stadt Frankfurt ihre Tentakel ausbreiten dürfen – das werden sie jedoch nicht ungehindert tun können, denn es bleibt dabei: Wir. Kriegen. Euch. Alle!

#### **Kritisches Denken braucht Raum und Zeit.**

Mit jeder Enttäuschung sinkt letztlich sichtbar das Vertrauen der Menschen in den scheinbaren Rechtsstaat. Aus dem ursprünglichen, die Demokratie konstituierenden Legitimationsbedürfnis des Staates durch die Bürger\_innen erwächst so ein sehr einseitiges

Abhängigkeitsverhältnis. Der Staat, dem die Gewährleistung von Grundrechten als Schutzauftrag obliegt, entledigt sich letztlich seiner gesamten Identität, wenn er der kritischen Auseinandersetzung mit den Verhältnissen unserer Zeit keinen Raum und keine Zeit gibt oder Möglichkeiten dazu gar untergräbt.

Auch wenn das folgende Zitat von Madiba aus einem anderen Kontext stammen mag, bleibt sein Aussagegehalt für den Schutz der Freiheit angesichts der anhaltenden, weltweiten Menschenrechtsverletzungen ergreifend: »Frei sein heißt nicht nur, seine Ketten abzuwerfen, sondern ein Leben zu führen, das die Freiheit anderer *respektiert* und *fördert*.« – Nelson Mandela.

In Bescheidenheit und Ehrfurcht vor den großen Freiheitskämpfer\_innen und Menschenrechtler\_innen dieser Welt,

**WALID MALIK**

## Sonderstellung Lehramt: Uni-Präsident verweigert Mitbestimmung

Nachdem sich der Senat der Goethe Universität Frankfurt am Mittwoch, dem 12. Juni 2013, mit einer deutlichen Mehrheit von elf Ja-Stimmen, vier Enthaltungen und keiner Gegenstimme für den Antrag der Lehramtsfachschaft (L-Netz) entschieden hatte, ließ der Präsident der Goethe Universität, Werner Müller-Esterl, einige Wochen später verlauten, dass er von seinem Veto-Recht Gebrauch machen wolle. Dies hatte zur Folge, dass die Änderungen, welche ein Stimmrecht für alle Statusgruppen in der Abteilung für Lehrerbildung der Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung (ABL) beinhaltet

hätten, trotz Mehrheit im Senat nicht übernommen werden konnten. Bislang haben nur die Professor\_innen die Möglichkeit bei Abstimmungen mitzuwirken. Wissenschaftliche Mitarbeiter\_innen, Technisch-Administrative und Studierende dürfen hingegen nur beratend vor Ort sein. Im Vorfeld hatten über 1300 Studierende und Lehrende eine Petition des L-Netz, welche eine entsprechende Demokratisierung der ABL zum Ziel hatte, unterzeichnet.

Bereits während der Sitzung hatte der Universitätspräsident, Werner Müller-Esterl, wenig Interesse daran gezeigt, die Mitglieder der Lehramtsfachschaft anzuhören. Erst nach mehrmaligem Hinweis der studentischen Senatoren, dass die Betroffenen anwesend seien und gehört werden wollten, bekamen schließlich auch die Studierenden die Möglichkeit, ihren Antrag vorzustellen.

Nun weigert sich Müller-Esterl noch immer den Beschluss des Senats zu unterschreiben. Stimmrecht für alle soll es offensichtlich erst geben, wenn eine professorale Mehrheit in allen Angelegenheiten gesichert ist.

So ist, nachdem ein diesbezüglicher Antrag in der Senatssitzung scheiterte, nach aktuellem Stand geplant, eine Anwesenheitspflicht für die Professor\_innen festzulegen. Obwohl das Gremium die gleichen Aufgaben wie ein Fachbereichsrat wahrnimmt, sitzen dort nur zwei statt drei Studierende und die Professor\_innen sind bereits jetzt mit zwei Vertreter\_innen in der Überzahl (im Fachbereichsrat ist nur ein\_e Professor\_in mehr drin). Auch im Direktorium sind nur die Professor\_innen vertreten (also keine wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen, keine Technisch-Administrativen und keine Studierenden!).

In den Direktorien auf Fachbereichsebene sieht das ebenfalls anders aus.

Unserer Meinung nach stellt das, was aktuell in der Lehrer\_innenbildung geschieht, einen neuen Tiefpunkt in der Entdemokratisierung der Hochschule dar.

Wenn ihr mehr über unsere Arbeit wissen möchtet und wie es genau mit der Stimmrechtssache weitergeht, gibt es folgende Möglichkeiten sich zu informieren:

E-Mail: [post@l-netz.info](mailto:post@l-netz.info)

Homepage: <http://www.l-netz.info>

[https://twitter.com/lnetz\\_ffm](https://twitter.com/lnetz_ffm)

<https://www.facebook.com/l.netz>

Oder kommt zu unseren Treffen. Wir treffen uns immer donnerstags 18h c.t. im Studierendenhaus Raum C110 (Bockenheim, 1. Stock)

## Studentischer Projektrat – Raum für eure Ideen!

### I. Wer wir sind:

Der Studentische Projektrat, kurz SPR, fördert seit dem WS 2012/2013 jedes Semester studentische Ideen und Projekte. Dazu stehen ihm Gelder aus QSL-Mitteln (Mittel zur Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre) zur Verfügung. Über die Vergabe der Mittel entscheidet die Kommission des studentischen Projektrats, die sich aus den gewählten Mitglieder\_innen des Studierendenparlaments, der Fachschaftskonferenz und des AstA zusammensetzt. Die Kommission bearbeitet nach der Abgabefrist die eingegangenen Projektanträge und entscheidet am Ende

über eine mögliche Finanzierung. Also von Studierenden für Studierende.

### II. Was wir fördern:

Wenn ihr Lust habt ein interdisziplinäres Projekt auf die Beine zu stellen, dann könnt ihr bei uns Gelder dafür beantragen!

Die Vorteile eines selbst initiierten Projektes sind vielfältig. Zum Einen könnt ihr viele praktische Erfahrungen sammeln, die im Studienalltag in der Regel eher zu kurz kommen. Zum Anderen könnt ihr Theorie in Praxis umsetzen und fachübergreifend mit anderen €Studierenden lernen und das vor allem selbstbestimmt.

Für die Beantragung eurer Projektvorhaben dienen euch folgende Kriterien zur Orientierung:

Antragsteller\_in muss an der Uni Frankfurt immatrikuliert sein  
eine strukturierte Konzeption des

Vorhabens inklusive Kostenplan (max. 3 Seiten) die max. Förderhöhe von 1000 € sollte nicht überschritten werden  
aus eurem Konzept sollte die Relevanz für das Studium hervorgehen  
der eigene wissenschaftliche Anspruch sollte klar definiert sein  
das Vorhaben sollte sich nicht zu stark mit der universitären Lehre oder anderen Angeboten der Universität überschneiden  
ein kritischer Anspruch des eigenen Vorhabens sowie Interdisziplinarität sind wünschenswert

Die Bewerbungsfrist ist halbjährlich zum Beginn des Semesters, also 1. Oktober / 1. April

Die Förderung von Abschlussarbeiten, Praktika oder individuellen Forschungsvorhaben sind hingegen nicht vorgesehen. Auch können Bewirtungskosten nicht übernommen werden.

Eure Ideen und euer Engagement

bereichern unsere Universitätskultur und sollen daher sichtbar sein. Deshalb begrüßen wir besonders Projekte, die sich für einen möglichst großen Personenkreis öffnen und daher über den eigenen Fachbereich hinaus Studierende erreichen.

Bei der Planung, Beratung, Durchführung der finanziellen Abrechnung sowie für offene Fragen steht euch Julia Dupont (die Koordinatorin des studentischen Projektrates) gerne zur Verfügung.

Eure Bewerbung schickt ihr bitte an die Mailadresse:

[Projektrat.unifrankfurt@gmx.de](mailto:Projektrat.unifrankfurt@gmx.de)

Wir freuen uns auf Eure Projektideen!

**EUER PROJEKTRAT**

## Studieren mit Handicap? Kein Problem!

Vielen Studierenden und Studieninteressierten ist nicht bekannt, dass es an der Universität neben der offiziellen Behindertenbeauftragten auch eine Interessengemeinschaft behinderter und chronisch erkrankter Studierender (IbS) existiert. Diese wird, als autonomes Referat des AstA, von Studierenden für Studierende geführt und hat sich zur Aufgabe gemacht, die speziellen Interessen gehandicapter Studierender zu vertreten. Auch besteht die Möglichkeit bei regelmäßigen Treffen, per E-Mail oder telefonisch sich über

verschiedenste behindertenspezifische Themen zu informieren und eventuell Hilfestellung und Beratung bei potentiellen Problemen wie z. B. Benachteiligung oder Diskriminierung zu bekommen.

Am Campus Westend gibt es Behindertenruheräume, die von behinderten Studierenden genutzt werden können.

Ilse Martin setzt sich für eine größere Akzeptanz des Andersseins seitens der nicht behinderten Studierenden ein und möchte vor allem die Eigenakzeptanz der behinderten Studierenden fördern. Da die Arten der Behinderungen so facettenreich sind, bedarf es einer Empathie und

Flexibilität, auf alle Bedürfnisse studierender behinderter Menschen einzugehen.

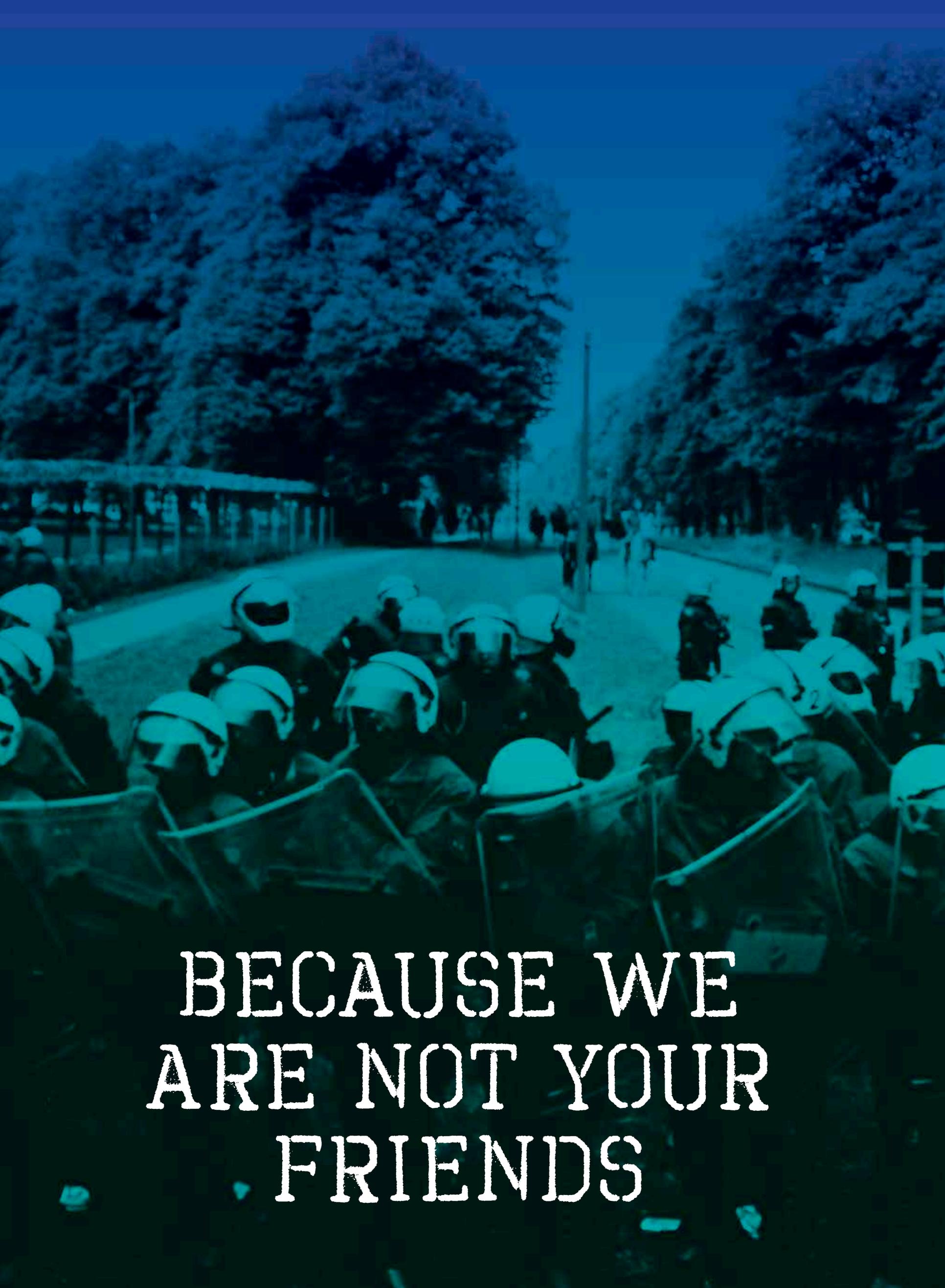
Die IbS trifft sich immer monatlich am ersten Montag des Monats im Behindertenruheraum, PEG, Raum 1.G059 (Campus Westend) Änderungen und weitere Treffen werden im Internet unter [http://www.uni-frankfurt.de/org/stud\\_sch/ibs/index.html](http://www.uni-frankfurt.de/org/stud_sch/ibs/index.html) angekündigt oder hängen im Schaukasten vor dem Ruheraum Bockenheim aus. Anregungen, Ideen und Anfragen kann man außerdem per E-Mail an [ibs@em.uni-frankfurt.de](mailto:ibs@em.uni-frankfurt.de) schicken. Auch ist es möglich während der Treffen unter der Nummer 069 79 81 29 89 anzurufen. Wenn

gerade kein Treffen stattfindet, kann eine Nachricht auf der Mailbox hinterlassen werden. Diese wird regelmäßig abgehört.

Wir laden Euch hiermit herzlich zu dem nächsten Treffen des IbS im Behindertenruheraum, PEG, Raum 1.G059 (Campus Westend) ein.

Wir freuen uns auf Eure Anregungen und Ideen für eine Verbesserung unserer aller Studiensituation.

**MIT FREUNDLICHEN GRÜSSEN ILSE**



BECAUSE WE  
ARE NOT YOUR  
FRIENDS

## Polizeigewalt in der Krise

In diesem Text soll es darum gehen, darzustellen, warum die Polizei im Gegensatz zum häufig rezipierten Satz: »Freund\_in und Helfer\_in« eben genau das Gegenteil von diesen darstellt, da sie nämlich die Repräsentierenden des staatlichen Gewaltmonopols sind, das sie praktisch ausüben. Sowie welche besondere Rolle ihr in staatlichen Krisenzeiten zukommt und mit welchen Mitteln und Wegen sie ihre Autorität durchzusetzen sucht. Eingegangen werden soll hierbei vor allem auf Vorfälle, Zusammenstöße und Ereignisse im Großraum Rhein-Main.

### »Sie müssen zur Polizei gehen ...«

»Zur Polizei? Warum zur Polizei? Das ist doch Blödsinn, was sie da sagen! Unsinn, alles Unsinn!«

Polizeirepression ist keine neue Erscheinung im kapitalistischen Normalvollzug. Der Polizei bzw. den staatlichen Ordnungsbehörden wird die Aufgabe zugeteilt, sämtliche Maßnahmen zu treffen, um die öffentliche Ordnung zu schützen und aufrechtzuerhalten.

Aber genau dort sehen wir das Problem!

Auf der Basis einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft bedeutet dies Produktion von Ausschluss, Devianz und folglich Kriminalisierung, die zu einer Zuschreibung der Angehörigkeit zu bestimmten Gesellschaftsgruppen führt, aufgrund des vermeintlichen Innehabens bestimmter Merkmale. Die Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Standortes steht an oberster Stelle, deswegen muss quasi alles, was die Reproduktion des Alltäglichen stören, verhindern oder einschränken könnte aus dem Weg geräumt werden. Häufig wird daran dann ein Exempel statuiert, um Sympathisierende oder potentiell Nachahmende einzuschüchtern, damit ihnen ihre Bestrebungen gegen die bestehende Ordnung »ausgetrieben werden«. Aus diesem Grund sind häufig auch solche Formulierungen vorzufinden wie: »diese linken Chaoten«, »Flaschenschmeißer« oder der »gewalttätige BlackBlock«. - Die oftmals angebrachte Kritik am Bestehenden, mit der abschließenden Forderung, eine bessere Gesellschaft für alle Menschen schaffen zu wollen, wird dabei leider in der öffentlichen Darstellung und Meinung nur allzu häufig überhört, oder bewusst übersehen, denn wieso sollte denn etwas besseres gefordert werden - »Schließlich geht es uns im Kapitalismus doch auch so gut...?!«

Doch was passiert, wenn eben jener Kapitalismus mal wieder in einer Krise steckt? Das Moment der Krisenhaftigkeit beschreibt folglich eine Angreifbarkeit der bestehenden Ordnung, ganz praktisch gesehen, sieht sich die

herrschende Regierung in Gefahr. In einem Staat, dem verfassungsgemäß eine Gewaltenteilung zu Grunde liegt, wie der Bundesrepublik Deutschland, bedeutet das mehrere Mittel und Wege, die gegenwärtige Situation wieder stabilisieren zu können. Die rechtliche Ebene der Krisenbewältigung meint das Verabschieden bestimmter Gesetze, sprich sie wird von der Legislative praktiziert.

Ein anderes Durchsetzungsorgan der staatlichen Interessen in einer gegenwärtigen Krise stellen die Ordnungsbehörden - die Exekutive - dar, mit dem Ziel einer bisher unbekannt Art des aktiven Protests Einhalt gebieten zu können, wie es auch in

---

## Polizeigewalt tritt nicht nur auf politischen Großveranstaltungen auf, sondern ist im Alltag verankert. Seien es rassistische Übergriffe, sexistische Anmachen, willkürliche Kontrollen...

---

zahlreichen Krisenprotesten weltweit zum Ausdruck kommt. Dies kann auch die Einschränkung demokratischer Grundrechte - wie das Demonstrationsrecht, oder die Pressefreiheit, manchmal auch schlichtweg das Verbot von einem Aufenthalt an bestimmten Orten- zur Folge haben, sofern diese zum vermeintlichen Schutz des öffentlichen (Alltags) Lebens dienen.

Dementsprechend stellt gewalttätiges und übergriffiges Verhalten gegen Protestierende, selbst bei Übertretung von Gesetzen, keine angemessene Behandlung dar, sondern ist fest in der herrschenden Logik verankert. Diese Vorkommnisse gilt es ebenso sehr zu kritisieren und zu bekämpfen wie die herrschende Ordnung an sich!

### »...Keine Diskussion, spür das Visier im Gesicht, mein Kumpel schreit und liegt gleich am Boden, mit dem Knie im Genick...«

Seit der Krise spitzt sich Polizeigewalt weiterhin enorm zu, dies wird ersichtlich an den massiven Polizeiaufgeboten bei Protesten, die sich gegen das bestehende System richten wie den »European day against capitalism M31« 2012, dem 1.Mai 2013 oder den beiden Blockupy-Aktionstagen.

Die Exekutive als notwendiges Organ zu bezeichnen, um die Demokratie zu erhalten und die bürgerliche Mehrheitsgesellschaft vor »Linksextremist\_innen« zu schützen ist eine beliebte Argumentation, die dabei von Staatsseite hervorgebracht wird. Jedoch werden auch genau die »zu schützenden Bürger\_innen« bei Protesten massiver Polizeigewalt ausgesetzt. Besonders bei Großveranstaltungen im Rhein-Main Gebiet wird dies deutlich. Bei M31, Blockupy 2012 & 2013

und den Blockaden des Nazi-Aufmarschs - angemeldet von der NPD - am 1. Mai 2013 in Frankfurt zeigte sich dies in besonders hohem Ausmaß. Wie sich im Nachhinein herausstellen sollte, waren auch Rentner\_innen, Kinder und Journalist\_innen unter den mehreren hundert Verletzten. Bei den Blockaden am 1. Mai wurden 800 Menschen über 7 Stunden in einem Polizeikessel, bei Hitze ohne Versorgung mit Trinkwasser, festgehalten. Selbiges Szenario wiederholte sich einen Monat später bei der Abschlussdemo von Blockupy. Beide Kessel wurden unter massiver Polizeigewalt aufgelöst. Die Polizei nutzt diese Taktik nicht erst seit M31, sondern seit

sind diese oftmals weit weniger souverän als sie sich selbst darstellen. So wundert es kaum noch, wenn sich Meldungen von Übergriffen unter der Beteiligung der Polizei oder ihre Unterstützung bei diesen häufen. Im Gegensatz zu ihrem eigenen Selbstverständnis tragen sie häufig eben nicht zu einer Entspannung einer konfliktbeladenen und krisenhaften Situation bei, sondern bringen sie oftmals zur Eskalation. Dies geschieht nicht nur bei ohnehin angespannten Großveranstaltungen, kleineren politischen Aktionen wie Hausbesetzungen oder (studentischen) Protestaktionen, sondern auch im Alltag. Stattdessen kommen bei sogenannten Routineeinsätzen Menschen zu Tode, werden schwer verletzt oder traumatisiert, so z. B. Christy Schwundek, Derege Welwesiep oder die zahlreichen nicht bekannten Betroffenen, die tagtäglich Polizeischikanen ausgesetzt sind. Dazu gehören außerdem rassistische Polizeikontrollen (Racial Profiling), bei denen bestimmten Personengruppen verallgemeinernde Attribute zugeschrieben werden, die angeblich zu einem bestimmten Tatgebiet gehören.

Doch nicht nur in Deutschland ist polizeiliche Repression ein alltägliches Problem. In den Ländern, in denen sich die Krise stärker kristallisiert, wie z. B. Spanien und Griechenland, sind Todesopfer durch Polizeigewalt, rassistische Hetzjagden und der Einsatz von Gummigeschossen an der Tagesordnung. Das alles zeigt einmal mehr - und nur zu deutlich - dass tagtäglich Rassismus, Ausschließung und Diskriminierung reproduziert werden. Was wiederum mit der gegenwärtigen gesellschaftlichen Lage in Relation steht und durch die Polizei und andere Ordnungsbehörden stets spürbar wird, sodass von der »Norm Abweichendes« in dieser Gesellschaft keinen Platz finden kann.

In Folge dessen stellt die radikale Kritik der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse in unseren Augen einen Ausweg daraus dar. Ob diese nun bei der Kritik an Polizei, Politik, Staat, Volk oder Kapital ansetzt, spielt hierbei keine Rolle, solange sie die Gesamtheit des Bestehenden umfasst.

### No justice - no peace!

INSTITUT FÜR KRITISCHE  
POLIZEIBOBSCHTUNG UND  
PRAKTISCHE INTERVENTION

### »Ihr seid hier nicht in Afrika« Scheinbar schon!

Polizeigewalt tritt nicht nur auf politischen Großveranstaltungen auf, sondern ist im Alltag verankert. Seien es rassistische Übergriffe, sexistische Anmachen, willkürliche Kontrollen von Jugendlichen. Trotz des häufig an den Tag gelegten rigorosen Auftretens von Polizist\_innen

# »Nachtgedanken<sup>1</sup> zum Vandalismus«

## Was bisher geschah...

Anfangs war ich ja total entnervt von den ganzen Diskussionen um den Vandalismus auf dem Campus Westend, doch inzwischen ist es wohl leider eines der interessantesten Themen, die die Studierenden der Universität Frankfurt zu bieten haben.

Das Ganze begann im Frühjahr 2013 als auch die Fachbereiche Politikwissenschaft, Psychologie und Erziehungswissenschaft auf den Campus Westend umzogen. Pünktlich zum Umzug fand auch eine studentische Vollversammlung statt, die sich mit den aktuellen Problemen der Studierenden auseinandergesetzt hat. Zum einen ist da das Problem des Raummangels und zum anderen die fehlende Mensen auf dem neuen Campus. Kaum war das PEG also begehbar, fanden sich die ersten Schmierereien auf den Toiletten, die netterweise auf die bevorstehende Vollversammlung hindeuteten. »24.04.13 VV – IG Campus Fick die UNI!« Wirklich schade um die Tür und die Person, die schon wieder so schlechte Laune hatte und sie unbedingt mit seinen Mitmenschen teilen musste, aber - in Ordnung! Nun ja, die Vollversammlung wurde abgehalten und auch wieder beendet, nur die Schmierereien vermehrten sich aus irgendeinem Grund. »Nie wieder Deutschland« hieß es das nächste Mal. »Da scheint mir aber einer ein Problem zu haben«, wäre wohl ein passender Kommentar gewesen. Aber ich möchte natürlich nicht dazu aufrufen, sich in solcher Form auszutauschen.

## »Zudem ist mir immer noch nicht klar, wie diese Sprüche Probleme wie den Raummangel lösen sollen.«

Aber vielleicht wäre ich ja schlauer, wenn ich die ganzen Diskussionen besser mit verfolgen würde. Zum Beispiel auf der Facebook-Seite von »Pro Westend«. Als Reaktion auf die neueren Entwicklungen erstellten einige Studierende Facebook-Seiten um ihr Bedauern und ihre Abneigung gegen die Vandalismusaktionen öffentlich kund zu tun. Die wohl bekannteste dieser Seiten ist die »Pro Westend« Seite. Auf ihr werden aktuell immer Fotos von neuen Schmierereien auf dem Campusgelände hochgeladen. Diese sind dann mit unzähligen Kommentaren gekoppelt. Ich bringe hier nur ein paar Argumente an: Da wäre zum Beispiel die Behauptung, dass die Studierenden sich durch den Vandalismus frei entfalten könnten oder somit einen Zugang zu hochschulpolitischen

Angelegenheiten und Diskussionen finden würden. Tendenziell finde ich es etwas spät, wenn man jetzt erst anfängt sich mit seiner Person auseinander zu setzen, aber natürlich hat das nichts zu heißen, nur bitte ich darum, dass vielleicht für sich zu tun und uns nicht alle damit zu belästigen. Zum anderen werben die Hochschulgruppen ständig mit Flyern und Postern vor den Wahlen und jeder Studierende ist bestimmt mal an einem Stand einer Hochschulgruppe vorbei gelaufen. Also Augen auf! Allen Studierenden ist es möglich sich jederzeit bei den Hochschulgruppen zu engagieren. Die Wahlbeteiligung lag die letzten beiden Male unter 15%. Ziemlich bedauerlich, wenn ich bedenke, wie viel Energie meine Mitstudierenden in die ganzen Vandalismusaktionen stecken statt wählen zu gehen. Aber ich möchte der Pro Westend Seite noch ein paar Sätze widmen. Die Administratoren\*innen der Seite versuchten den Zerstörungsversuchen entgegenzuwirken und wollten einen Putzmop organisieren. Dieser ist aber daran gescheitert, dass die Betreiber\*innen angeblich Drohungen von linksradikalen Anhänger\*innen bekommen hätten. Die verantwortlichen Personen der Pro Westend Seite haben sich natürlich nicht unterkriegen lassen und posten deshalb weiter fröhlich Bilder von neueren Entwicklungen. Ich bedauere die Vorkommnisse auf dem Campus auch zutiefst, nur ehrlich gesagt, bringe ich keine Zeit dafür auf mir die verschiedensten Kommentare durchzulesen und dann auch noch mit zu diskutieren. Mir wäre lieber, einer unternimmt endlich mal was und stoppt diese Verwüstung! Es ist zwar bemerkenswert, wie schnell die UNI die Schmierereien von den Wänden entfernen lässt, nur scheint

## »Letztendlich muss man seinen Mitstudierenden zugestehen, ihr Studium in angemessener Zeit zu absolvieren, ohne in große ideologische Streitereien zu verfallen oder aufgrund dessen den zu erlernenden Stoff zu hinterfragen.«

mir das keine dauerhafte Lösung zu sein. Da fließen schließlich Unmengen von Geld hinein. Deswegen schalteten sich dann auch die Hochschulgruppen ein. Der RCDS sprach sich zum Beispiel geschlossen gegen Vandalismus und die Verwüstung des Campus Westend aus. Nur schienen die anderen Hochschulgruppen das Ganze nicht so ernst zu nehmen, da sie den RCDS

erst einmal auslachten. Dieser forderte nämlich den ASTA auf, sich ebenfalls gegen den Vandalismus auszusprechen. Weiterhin bemühte sich Daniel Katzenmaier von der Grünen Hochschulgruppe um einen Kompromiss und schlug White-boards vor, worauf sich die wütende Turmanhängerschaft austoben dürfte. An sich finde ich die Idee auch lobenswert, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt betrachtet, dass wir nicht drum herum kommen, dass der ein oder andere seinen Edding zückt um uns alle an seinen Emotionen und Gedanken teilhaben zu lassen. Deswegen frage ich mal nach, was ist denn nun mit den White-boards?

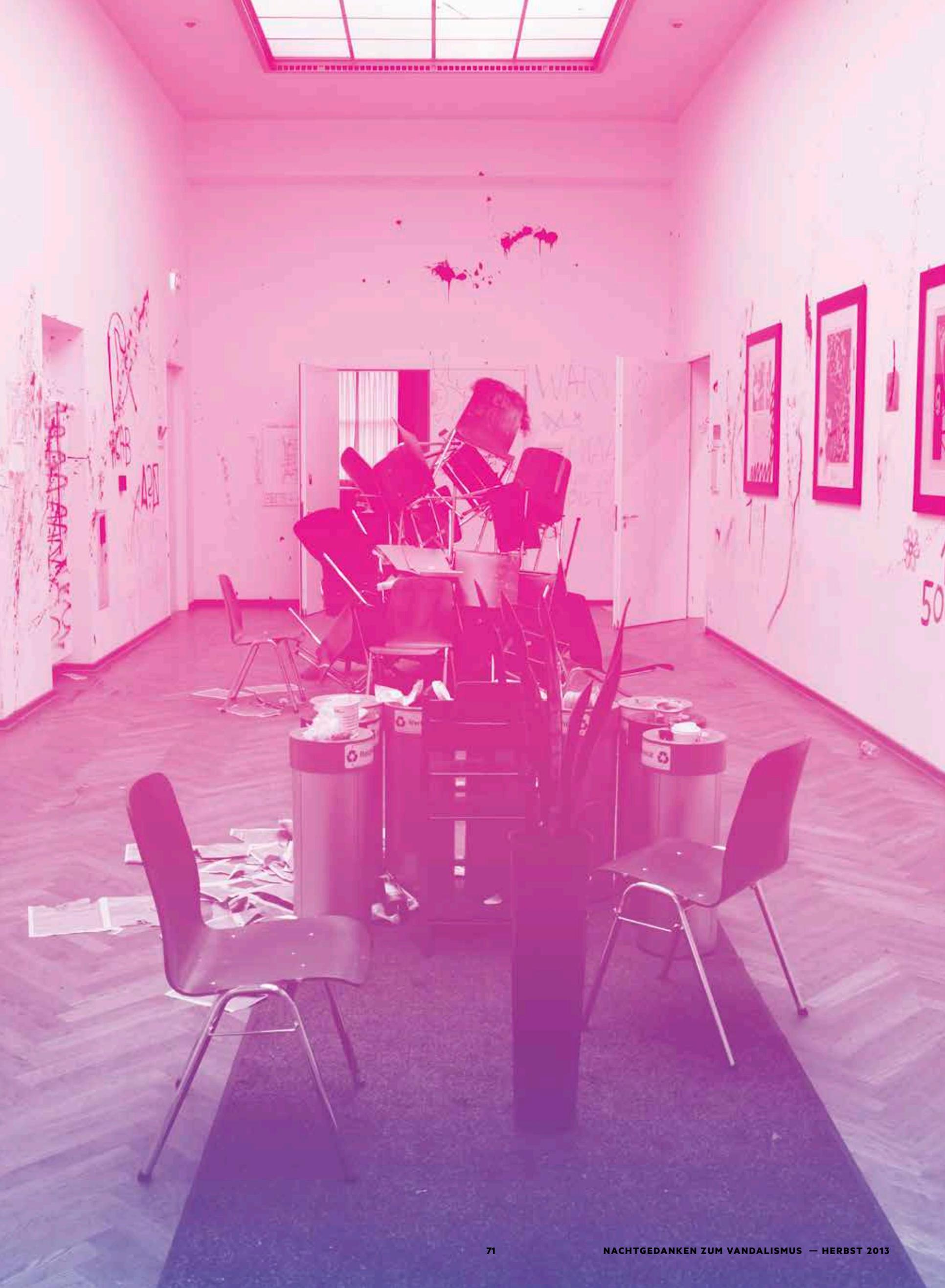
## »Liebe Studierendenvertretung, her mit den White-boards!«

Und das Präsidium? Das hält sich bis jetzt souverän aus den Streitigkeiten heraus. Zu dem Punkt komme ich aber im weiteren Verlauf nochmal zu sprechen. Währenddessen sich also auch das Studierendenparlament mit der Vandalismusfrage auseinandergesetzt hat, kamen natürlich neue kreative Sprüche dazu. »Warum seid ihr Lappen so friedlich?« Nun, die Frage lässt sich einfach beantworten wie es mir scheint. Vielleicht sind einige Mitstudierende einfach nur daran interessiert ihr Studium in möglichst vorgesehener Studienzeit zu absolvieren, um dann das Leben führen zu können, welches sich er oder sie vorgestellt hat. Das mag man als gut oder schlecht befinden. »Letztendlich muss man seinen Mitstudierenden zugestehen, ihr Studium in angemessener Zeit zu absolvieren, ohne in große ideologische Streitereien zu verfallen oder aufgrund dessen den zu erlernenden Stoff zu hinterfragen.«

sie gegen Vandalismus warben und auf die Seite Pro Westend verwiesen. Die Administratoren\*innen reagierten überrascht und behaupteten nichts mit der Gestaltung des Flyers zu tun zu haben. Tatsächlich ist die Pro Westend Seite, eine die bei mir keine Unterstützung findet. Irgendwie scheinen sich die Verantwortlichen dort uneinig zu sein und bis jetzt haben die Administratoren\*innen kaum etwas Effektives hinbekommen. Nachdem Hochschulgruppen und Medien sich ausführlich mit dem Thema beschäftigt haben, entschlossen sich auch die Landespolitiker der CDU, wie in der FNP am 15.07 zu lesen war, sich die Sache mal etwas genauer anzusehen und verabredeten einen Termin mit dem Hochschulpräsidium. Was die Konsequenzen dieses Gespräches sind, bleibt abzuwarten. Inzwischen hat sich auch der ASTA geschlossen gegen Vandalismus ausgesprochen, was ich als Fortschritt verbuche. Aber mal von allen sich beteiligenden Parteien abgesehen, frage ich mich doch: Was macht eigentlich das Hochschulpräsidium? Außer einem eher wenig aussagekräftigen Schreiben an die Studierendenschaft, habe ich bislang kaum etwas mitbekommen. Scheint als ob das Präsidium den Hochschulgruppen und ihren ideologischen Machtvorstellungen den Platz frei überlässt oder haben die Landespolitiker genug Druck ausgeübt um nun Taten folgen zu lassen? Ich fasse nochmal zusammen, seit diesem Frühjahr wurden Glasscheiben eingeworfen, Toiletten und Innenräume beschmier, das House of Finance mit Farbbomben attackiert und auch die Außenwände des Hauses Normative Ordnung wurden nicht verschont. Diese Entwicklungen sind mehr als bedauerlich. Aktuell warte ich auf das Zusammentreffen aller Beteiligten an dem sogenannten Runden Tisch, der schon vor Ewigkeiten angekündigt wurde und hoffe, dass diese »Erste-Welt-Probleme« wie ich sie nenne, dort behoben werden können. Dann könnte man auch endlich konstruktiv über Raummangel, Anwesenheitslisten, uvm reden. Und falls der ein oder andere Angst um seine neugewonnene Zeit haben sollte, dann könnte er oder sie einfach mal bei einer StuPa – Sitzung vorbeischaun, diese geben auch immer genug Diskussionsstoff her.

LISELOTTE MEISTER

<sup>1</sup> Titel liebevoll von der Redaktion ersonnen



## Kontakte/Adressen

### AStA

Allgemeiner Studierendenausschuss  
der Universität Frankfurt am Main  
<http://www.asta-frankfurt.de>  
Studierendenhaus, Mertonstr. 26-28,  
60325 Frankfurt  
Telefon: 069 798-23181, Fax: 069 7020-39  
E-Mail: [info@asta.uni-frankfurt.de](mailto:info@asta.uni-frankfurt.de)

### Sekretariat

[info@asta.uni-frankfurt.de](mailto:info@asta.uni-frankfurt.de) Regine Nicoleit  
(Studierendenhaus: Raum B2)  
Telefon: 069 798-23181, Fax: 069 7020-39  
Montag – Freitag: 9:30 Uhr – 13:00 Uhr  
Montag – Donnerstag: 13:30 Uhr – 15:00  
Uhr

### AStA-Sozialberatung

[soziales@asta.uni-frankfurt.de](mailto:soziales@asta.uni-frankfurt.de)  
Do 16:00 Uhr – 18:00 Uhr  
Campus Bockenheim,  
Studierendenhaus: Raum B7  
Di 14:00 Uhr – 16:00 Uhr  
IG-Farben Campus, Ort noch unbekannt

### AStA-Rechts- und BAFöG-Hilfe

Campus Bockenheim, Studierendenhaus:  
Raum B7  
Montag: 10:15 Uhr – 11:00 Uhr  
Dienstag: 8:00 Uhr – 8:45 Uhr  
Donnerstag: 17:45 Uhr – 8:30 Uhr  
Freitag: 15:30 Uhr – 16:15 Uhr  
IG-Farben Campus, AStA-Kiosk  
(Trinkhalle)  
Mittwoch: 9:15 Uhr – 10:00 Uhr

### Studienbedingungen

[studienbedingungen@asta.uni-frankfurt.de](mailto:studienbedingungen@asta.uni-frankfurt.de)  
Termine auf Anfrage

### AStA-Projekt- /Kulturförderungsberatung

Campus Bockenheim, Studierendenhaus:  
Raum B4, Montag: 16:00 Uhr – 17:00 Uhr

### Autonomes Ausländer\_innenreferat

[www.auslaenderinnenreferat.info](http://www.auslaenderinnenreferat.info)

### Autonomes FrauenLesben-Referat

<http://aflr.blogspot.de>

### Autonomes Schwulenreferat

<http://www.frankfurter-schwule.de>

### Autonomes Behindertenreferat

[ibs@em.uni-frankfurt.de](mailto:ibs@em.uni-frankfurt.de)

### AStA-Vorstand

David Malcharczyk, Giorgio Nasseh  
[vorstand@asta.uni-frankfurt.de](mailto:vorstand@asta.uni-frankfurt.de)

## Sonstige

### Studien-Service-Point

Grüneburgplatz 1, PEG-Gebäude, Erdge-  
schoss, Montag bis Freitag: 9–17 Uhr  
Telefon: 069 798-3838  
[ssc@uni-frankfurt.de](mailto:ssc@uni-frankfurt.de)

### Studentenwerk Frankfurt am Main

Bockenheimer Landstr. 133, 60325  
Frankfurt  
Telefon: 069 798-2301  
<http://www.studentenwerkfrankfurt.de/>

### AK Recht Uni Frankfurt am Main

c/o AStA Uni Frankfurt am Main  
Mertonstr. 26-28, 60325 Frankfurt  
Telefon: 069 798-28095  
[akrechtunifrankfurt@yahoo.de](mailto:akrechtunifrankfurt@yahoo.de)  
[www.akrechtunifrankfurt.wordpress.com](http://www.akrechtunifrankfurt.wordpress.com)  
Dienstag: 21.00 Uhr – 22.30 Uhr  
EA begleitend zu den Protestaktionen

## Studentische Initiativen und Cafés

### Pupille e.V. - Kino in der Uni

Programm: [www.pupille.org](http://www.pupille.org)  
Jeweils um 20:30 Uhr, Eintritt 2,50 €  
Campus Bockenheim, Festsaal über dem  
KoZ

### IG-Farben-Campus

Campus Trinkhalle am IG Farben  
(AStA-Kiosk)  
Café Anna Blume (IG 0.155)  
Philo-Café (IG 2.451)  
Fachschaftscafé Jura & WiWi (RuW 1.127)  
TuCa (PEG 1.G 208)

### Campus Bockenheim

Café KOZ (Studierendenhaus)

### FH-Campus

Café Profitratte Gleimstraße 2  
Café Kurzschluss Kleiststraße 5  
(Rotes Haus)  
Neues Café Friedberger Landstraße  
(Gebäude 1)

## Autonome Zentren

### IVI – Institut für vergleichende Irrelevanz

– zur Zeit ohne Wohnsitz –  
[www.ivi.copyriot.com](http://www.ivi.copyriot.com)

### «Faites votre jeu!»

im ehemaligen Polizeigefängnis »Klapperfeld«  
Klapperfeldstraße 5, 60313 Frankfurt,  
[www.faitesvotrejeu.tk](http://www.faitesvotrejeu.tk)  
Zur Geschichte des ehem. Gefängnisses:  
[www.klapperfeld.de](http://www.klapperfeld.de)

### Café ExZess

Leipziger Straße 91, 60487 Frankfurt,  
[www.cafe-exzess.tk](http://www.cafe-exzess.tk)

### AU

In der Au 14–16, 60489 Frankfurt,  
[www.au-frankfurt.org](http://www.au-frankfurt.org)

